

# **Über die Problematisierung von Wasser in Sub-Sahara Afrika**

Eine diskursanalytische Betrachtung der Problemwahrnehmung und Lösungsvorstellungen nachhaltiger Entwicklung innerhalb der Institutionen deutscher Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Wasserpolitik

## **Dissertation**

zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)

vorgelegt der

**Philosophischen Fakultät I**

**Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften**

**der**

**Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

von Herrn Tim Kunkowski

geb. am 01.12.1982 in Brunsbüttel



**Erstgutachter:**

Prof. Dr. Petra Dobner (Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg)

**Zweitgutachter:**

Prof. Dr. Michael Suda (Technische Universität München)

**verteidigt am:**

17.12.2019



## Zusammenfassung

Für die deutsche wie internationale Entwicklungszusammenarbeit spielen im Zeitalter Nachhaltiger Entwicklungsvorstellungen Wasserthemen eine zentrale Rolle: Einige der einflussreichsten Akteure der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Deutschland - das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) sowie deren Durchführungsorganisationen, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) - fokussieren einen erheblichen Anteil ihrer verfügbaren Mittel auf Zielsetzungen im Wasserbereich in Sub-Sahara Afrika. Allerdings deuten persistente Mangelerscheinungen in den Wassersektoren der Zielländer sowie gescheiterte Entwicklungsprojekte und -maßnahmen auf mögliche Unzulänglichkeiten in der Arbeit der deutschen EZ hin.

Bisherige Forschungsarbeiten im Kontext wasserrelevanter Entwicklungspolitik konzentrieren sich häufig auf etablierte Erklärungsmuster für das Ausbleiben tragfähiger Entwicklungsfortschritte - namentlich den Vorwurf von ‚bad governance‘ als Antonym von ‚good governance‘. Das Ausbleiben von messbaren Fortschritten und Projekterfolgen kann der Vorwurf schlechter Regierungsführung - angesichts erfolgreich umgesetzter Projekte und Strukturanpassungsmaßnahmen in der Vergangenheit - allerdings nur sehr begrenzt erklären. Indem eine unzureichende Wasserversorgungssituation mit der Unfähigkeit afrikanischer Partner begründet wird, Entwicklungsmaßnahmen effektiv und effizient zu implementieren, reproduziert eine solche Problemsicht zudem einen ‚westlich-hegemonialen‘ Blick auf ‚Entwicklungsdefizite‘ in Sub-Sahara Afrika. Solche einseitigen Problemdiagnosen werden der Komplexität und Konflikthaftigkeit sozialökologischer Herausforderungen im Entwicklungskontext jedoch nicht gerecht.

Durch die normative Bezugnahme auf Arbeiten aus dem Umfeld der Post-Development sowie sozialökologischen Forschung kann in der hier vorliegenden, induktiv-explorativ ausgerichteten Dissertation auf Blindstellen innerhalb der positivistischen Entwicklungsforschung aufmerksam gemacht werden. Mit Hilfe des Forschungszugangs über Problematisierungen - also der Frage nach der spezifischen Art und Weise, wie ein politisches Problem konstruiert, definiert und bearbeitet wird - und unter Anwendung diskursanalytischer Untersuchungsmethoden ergeben sich Hinweise auf Widersprüche und Unzulänglichkeiten in der Zieldefinition und Maßnahmenplanung der deutschen EZ:

Vor dem Hintergrund einer unterkomplexen, simplifizierenden und institutionell vorgeprägten Problemdiagnose der Wasserprobleme in den Ländern Sub-Sahara Afrikas versäumen es Akteure der deutschen EZ einen systematischen Blickwinkel in Wasserfragen einzunehmen und die Komplexität sozialökologischer Herausforderungen vollständig einzufangen. Die selektive Problemwahrnehmung der EZ-Institutionen gründet dabei einerseits auf Vorstellungen von Entwicklung als linearem Fortschritt sowie der Überzeugung, volkswirtschaftliches, materielles Wachstum sei die notwendige Voraussetzung für ‚Entwicklungsprozesse‘. Andererseits hält die deutsche EZ an einer unterkomplexen und normativ fragwürdigen Unterscheidung der Welt in ‚entwickelt‘ und ‚unter-entwickelt‘ fest.

Die Problemwahrnehmung seitens der deutschen EZ beschreibt dabei in erster Linie institutionelle wie politische Unzulänglichkeiten und Ineffizienzen. Diese Defizite werden mit mangelndem Wissen, fehlender Motivation und unzureichenden rechtlichen wie institutionellen Rahmenbedingungen seitens der Partner erklärt.

Entwicklungspolitische Lösungsstrategien für Wasserprobleme, insbesondere Beratung und Kapazitätsentwicklung in Wasserpolitik und -management, zielen entsprechend vorrangig auf ein ‚Nachholen‘ von vermeintlichen Standards im Governancebereich sowie die Etablierung der

abstrakten Prinzipien von ‚good governance‘ in den Institutionen afrikanischer Wasserpolitik und -organisation.

Offengelegt werden seitens der deutschen EZ dabei jedoch weder die konkreten Inhalte der Beratungsleistungen oder die programmatische Stoßrichtung spezifischer Aktionen, noch präzise Handlungsanweisungen und dahinterliegende Wirkungslogiken von entwicklungspolitischen Maßnahmen. Zugleich bleibt, trotz einer wiederholten Betonung der Relevanz von Monitoring- und Evaluationsprozessen seitens der deutschen EZ, unklar, welche positiven entwicklungspolitischen Effekte sich konkret aus den Beratungsleistungen der deutschen EZ für die Menschen Sub-Sahara Afrikas ergeben (haben), auf welche Art und Weise sich diese Wirkungen zukünftig einstellen sollen und wie Erfolge objektiv bemessen werden können.

Die deutsche EZ verbleibt in ihrer Problem- und Lösungsperspektive damit in einem simplifizierenden Zirkelschluss, in welchem die mangelhafte Leistungsfähigkeit afrikanischer Wasserversorger mit dem Abweichen vom Idealbild einer westlich geprägten, rationalisierten Bürokratie sowie (unspezifischen) ‚Governancemängeln‘ erklärt und zugleich die eigene Beratungs- und Kapazitätsentwicklungsleistung als notwendiges Mittel einer nachhaltigen Wasserpolitik beworben wird. Zielerreichungskonflikte der eigenen entwicklungspolitischen Strategien werden systematisch übergangen, z.B. hinsichtlich Widersprüchen zwischen Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft und Ressourcenextraktion einerseits und dem zeitgleichen Schutz und Erhalt der dadurch belasteten Umweltgüter andererseits.

Letztlich wird an denjenigen Lösungsstrategien festgehalten, welche eine Festschreibung kapitalistischer Inwertsetzungs- und Entwicklungslogiken ungeachtet ihrer sozialökologischen Konsequenzen begünstigen. Während unterkomplexe und unzutreffende, modernisierungstheoretische Erklärungsmuster in den Institutionen der deutschen EZ reproduziert werden und auf diesem Wege hegemoniale Diskurse um Entwicklung stabilisieren, bleiben alternative Vorstellungen sozialökologischer Gesellschaftstransformationen ebenso exkludiert, wie Auseinandersetzungen mit asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen ‚dem globalen Norden und Süden‘ sowie den negativen sozialökologischen Implikationen implementierter Entwicklungsstrategien.

Aus der hier eingenommenen Forschungsperspektive erscheinen Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien und Maßnahmen der deutschen EZ im Wasserbereich daher nur bedingt geeignet, die aktuellen Herausforderungen einer komplexen sozialökologischen Krise ausreichend einzufangen und bearbeiten zu können.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. ENTWICKLUNG VON MANGEL: ÜBER DIE ROLLE VON WASSER IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT</b>	<b>1</b>
1.1 DIE WELT AM SCHEIDEWEG: SOZIALÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN DES 21. JAHRHUNDERTS	1
1.2 DISKUSSION UM KLIMAWANDEL UND UMWELT IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK	10
1.3 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND DIE KOMPLEXITÄT VON MENSCH-UMWELT BEZIEHUNGEN	15
1.4 POST DEVELOPMENT KRITIK AM ENTWICKLUNGSDENKEN	23
1.5 METHODISCHE UND KONZEPTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN BEI DER ANALYSE SOZIALÖKOLOGISCHER FRAGEN IN DER EZ	30
<b>2. EINE SOZIALÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVE AUF ENTWICKLUNGSFRAGEN: THEORETISCH - NORMATIVE VERORTUNG DER UNTERSUCHUNG</b>	<b>34</b>
2.1 DAS KONZEPT GESELLSCHAFTLICHER NATURVERHÄLTNISSE	34
2.2 EIN SOZIALÖKOLOGISCHER BLICK AUF WASSERGEBUNDENE UMWELTKRISEN	42
2.3 WASSER AUS PERSPEKTIVE GESELLSCHAFTLICHER NATURVERHÄLTNISSE	44
2.4 ÜBER DEN WASSERFOKUS INNERHALB DER EZ	49
2.5 DIE DISKUSSION UM IWRM UND WATER GOVERNANCE	50
2.6 EINE KRITISCHE REFLEKTION DES KONZEPTS VON WATER GOVERNANCE	58
2.7 DAS ERKENNTNISINTERESSE DER VORLIEGENDEN ANALYSE	63
<b>3. PROBLEMATISIERUNG UND FRAMING: VORSTELLUNG DES METHODISCHEN VORGEHENS</b>	<b>73</b>
3.1 PROBLEMATISIERUNG ALS FORSCHUNGSZUGANG	73
3.2 ERHEBUNGSMETHODE: FRAMING ANALYSE MIT FOKUSSIERUNG AUF PROBLEMATISIERUNGEN	77
3.3 STORY-LINES UND DIE PROBLEMATISIERUNG EINER SITUATION	81
3.4 EXKURS: DIE RELEVANZ VON WISSENSCHAFT FÜR DIE EZ	88
3.5 KONKRETISIERUNG DES METHODISCHEN VORGEHENS	94
<b>4. DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE PROBLEMATISIERUNG VON WASSER: PRÄSENTATION DER ANALYSEERGEBNISSE</b>	<b>99</b>
4.1 NACHHALTIGE WASSERPOLITIK DER DEUTSCHEN EZ?	99

4.1.1 DER ENTWICKLUNGSBEGRIFF INNERHALB DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	101
4.1.2 DER ENTWICKLUNGSBEGRIFF IM WANDEL	102
4.1.3 DAS ENTWICKLUNGSVERSTÄNDNIS DER DEUTSCHEN EZ	105
4.1.4 NACHHALTIGKEITSBEGRIFF INNERHALB DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	111
4.1.5 NACHHALTIGKEITSVERSTÄNDNIS DER DEUTSCHEN EZ	115
4.1.6 UMWELTAUFFASSUNGEN INNERHALB DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	118
4.1.7 DAS NATURVERSTÄNDNIS DER DEUTSCHEN EZ	121
4.1.7.1 <i>Boden und Landwirtschaft</i>	122
4.1.7.2 <i>Biodiversität</i>	124
4.1.7.3 <i>Umwelt- und Klimaschutz</i>	126
4.1.7.4 <i>Wasser</i>	128
<b>4.2 DIE PROBLEMATISIERUNG VON WASSER INNERHALB DER DEUTSCHEN EZ</b>	<b>135</b>
4.2.1 DIE PROBLEMDIAGNOSE	136
4.2.2 NICHT-ANTHROPOGENE PROBLEMURSACHEN	137
4.2.2.1 <i>Klimawandel</i>	137
4.2.2.2 <i>Bevölkerungswachstum und Urbanisierung</i>	141
4.2.3 ANTHROPOGENE PROBLEMURSACHEN	143
4.2.3.1 <i>Kapazitätsdefizite</i>	144
4.2.3.2 <i>Wissensdefizite</i>	148
4.2.3.3 <i>Rahmenbedingungen</i>	151
4.2.3.4 <i>Falsche oder defizitäre Einstellungen</i>	155
4.2.3.5 <i>Mangel an Kontrolle und Evaluierung</i>	157
4.2.3.6 <i>Zusammenfassung</i>	159
<b>4.3 STRATEGIEN ZUR ERREICHUNG DER ANVISIERTEN ZIELE</b>	<b>161</b>
4.3.1 BERATUNGSLEISTUNGEN	162
4.3.1.1 <i>Good Water Governance: Anlernen der richtigen Organisationsweise der Ressource?</i>	164
4.3.1.2 <i>Mechanismus: Partizipation</i>	167
4.3.1.3 <i>Fehlverhalten unterbinden: Unternehmerische Disziplin, Nachhaltige Konsummuster und Akzeptanz des (ökonomischen) Werts von Wasser</i>	169
4.3.2 ÖKONOMISCH EFFIZIENTE, NACHHALTIGE UND ARMUTSORIENTIERTE WASSERVERSORGUNG: EINE FRAGE DER RICHTIGEN PREISE?	173
4.3.3 BESSERE PLANUNG, ÜBERWACHUNG UND EVALUATION: DIE BEDEUTUNG VON DATEN UND INFORMATIONEN	177
<b>4.4 FORMALISIERTE, KONTROLLIERTE UND EFFIZIENTE WASSERVERSORGUNG: OPTIMALE LÖSUNGEN FÜR ALLE SIND MÖGLICH</b>	<b>183</b>
<b>4.5 DAS PROBLEMATISCHE AN DER PROBLEMDIAGNOSE DER DEUTSCHEN EZ</b>	<b>186</b>

4.5.1 DICHOTOMISIERUNG	186
4.5.2 QUANTIFIZIERUNG UND MESSBARKEIT	187
4.5.3 SIMPLIFIZIERUNG	189
4.5.4 DIFFUSE BEGRIFFSVERWENDUNG	194
4.5.5 EINSEITIGE VERANTWORTUNGSZUSCHREIBUNGEN	195
4.5.6 AUSBLENDEN VON ALTERNATIVEN	198
4.5.7 EXPORT EINES SPEZIFISCHEN GESELLSCHAFTLICHEN WASSERVERHÄLTNISSES	201
4.5.8 UNWISSENHEIT UND KONTINGENZ WERDEN VERNACHLÄSSIGT	204
<b>4.6 UNTERKOMPLEXE, ALTERNATIVLOSE PROBLEMATISIERUNG VON ENTWICKLUNG: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE</b>	<b>206</b>
<b>4.7 LEGITIMIERUNG DER STORY LINES</b>	<b>212</b>
4.7.1 ERZÄHLUNGEN VON WASSERARMUT: DIE STORY-LINES DER DEUTSCHEN EZ	213
4.7.2 CREDIBILITY	217
4.7.3 ACCEPTABILITY	218
4.7.4 TRUST	221
<b>5. FUNKTIONALISIERUNG VON NATUR, VERDINGLICHUNG DES SUBALTERNEN, QUANTIFIZIERUNG VON ENTWICKLUNG: IMPLIZIERTE GESELLSCHAFTLICHE WASSERVERHÄLTNISSE DER DEUTSCHEN EZ</b>	<b>224</b>
<b>6. LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>238</b>
<b>7. ANHANG</b>	<b>259</b>

## **Abbildungsverzeichnis**

<b>ABBILDUNG 1: KATEGORIENSYSTEM</b>	<b>96 - 97</b>
<b>ABBILDUNG 2: ILLUSTRATION BMZ/GIZ</b>	<b>147</b>

## Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FZ	Finanzielle Entwicklungszusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IWRM	Integrated Water Resource Management
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MDGs	Millennium Development Goals
M&E	Monitoring- und Evaluationsverfahren
NePDAD	New Partnership for Africa's Development
NROs	Nicht_Regierungsorganisationen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PRSPs	Poverty Reduction Strategy Papers
SDGs	Sustainable Development Goals
TZ	Technische Entwicklungszusammenarbeit
WSPs	Water Service Providers

# I. Entwicklung von Mangel: Über die Rolle von Wasser in der Entwicklungszusammenarbeit

## 1.1 Die Welt am Scheideweg: Sozialökologische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

Neben Forderungen nach einer verstärkten transdisziplinären Orientierung der Forschungsanstrengungen (vgl. Jaeger-Erben/Rückert-John et al. 2017: 9; Krause/Strang 2016: 633) stehen bei der sozialwissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Naturgut Wasser Ansätze im Vordergrund, welche systemische Bearbeitungsstrategien künftiger Herausforderungen<sup>1</sup> anmahnen (vgl. Kluge/Schramm 2016: 10). Systemlösungen in Wasserfragen implizieren eine umfassende, langfristige und dynamische Herangehensweise an Aspekte gesellschaftlicher Wassernutzung. Dabei wird der Versuch unternommen, soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Dimensionen von

---

<sup>1</sup> Der in der vorliegenden Arbeit verfolgte Forschungszugang via Problematisierungen sowie dessen Nähe zu konstruktivistischen Forschungspositionen macht darauf aufmerksam, dass politische Probleme das Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse sind. Dies erfordert einen sprachlich differenzierten Einsatz des Begriffs ‚Problem‘. Daher wird - soweit dies im Rahmen des Leseflusses vertretbar ist - auf den Problembegriff überall dort verzichtet, wo eine genaue Benennung der Ursachen und Verantwortlichen spezifischer problematischer Situationen nicht zweifelsfrei möglich ist. Die Beschreibung einer bestimmten Situation als ‚Herausforderung‘ soll jedoch auch darauf hinweisen, dass aufgrund ökologischer Verwerfungen im Zuge des anthropogenen Klimawandels konfliktträchtige und diffizile Zustände erreicht sind, welche einer politischen Bearbeitung bedürfen. Der Verfasser ist sich dabei bewusst, dass es hier an konzeptioneller Trennschärfe für spezifische Einzelfälle mangeln kann. Allerdings ist es nicht Aufgabe der vorliegenden Analyse, Aussagen darüber zu treffen, wann eine Situation aufgrund ihrer Begleitumstände und Auswirkungen als problematisch zu begreifen ist und sich hieraus Notwendigkeiten zum Handeln ergeben, welche außerhalb sozialer Interpretationsprozesse begründet sind. Vielmehr wird nach subjektiven Situationswahrnehmungen sowie den dahinterliegenden Interpretationsmustern gefragt, aufgrund derer die involvierten Akteure eine bestimmte Problemlösung anvisieren und umsetzen wollen (vgl. hierzu Kapitel 3.1).

Wasserherausforderungen<sup>2</sup> integrativ zu denken. Nicht nur technische Innovationen oder ökonomische Gewinnerwartungen prägen die Suche nach potentiellen Lösungen, sondern auch tiefgreifende Auseinandersetzungen mit den strukturellen Bedingungen bestehender Wasserherausforderungen: Gefragt ist eine Problemorientierung, welche die gesellschaftlichen Konditionen hydrologischer Schwierigkeiten berücksichtigt (vgl. Dobner 2013: 52-53; Kluge/Schramm 2016: 26).

Ausgehend von der Erkenntnis, „[...] dass die kapitalintensive Wasserinfrastruktur eine hohe Pfadabhängigkeit bewirkt“ (Kluge/Schramm 2016: 11), erscheint es folglich notwendig, zeitlich langfristige und ganzheitliche Betrachtungsweisen von Wasserfragen einzufordern: Ist eine spezifische Infrastruktur und politische Organisationsweise von Wasser erst einmal etabliert, erweisen sich Transformationen bestimmter Aspekte der regional oder lokal spezifischen „Wasserkultur“<sup>3</sup> (Cheng/Götz 2016: 4) als aufwändig. Einmal installierte, zentralisierte Schwemmkanalisationssysteme etwa definieren nicht nur langfristig die technologische Dimension der Abwasserorganisation, sondern wirken im erheblichen Maße auf den Wasserverbrauch aufgrund der Ermöglichung wasserintensiven Verbraucherverhaltens, z.B. das Fortschwemmen von Fäkalien und Urin mit Wasser (vgl. Kluge 2000: 22).

Die Transformation eingelebter Verhaltensmuster im Umgang mit der Umwelt hat sich dabei in den vergangenen Jahrzehnten als schwierig offenbart (vgl. Jaeger-Erben/Rückert-John et

---

<sup>2</sup> Mit dem Begriff der Herausforderungen sollen hier insbesondere diejenigen kontroversen Aspekte angesprochen werden, welche sich auf die langfristige Verfügbarkeit von Wasser für menschliche wie ökologische Zwecke auswirken: von Wasserknappheit und Dürre über Überschwemmungsschutz, Schutz von Aquifern bis hin zum Erhalt der Qualität unbelasteten Wassers (vgl. Linton 2010: 191ff.). Angesichts der Gefahren, welche von einem anthropogen induzierten Klimawandel ausgehen und welche von der internationalen Staatengemeinschaft wiederholt thematisiert wurden (Rio 1992, Wasserdekade 2005-2015 usw.), wird die Bewältigung solcher Wasserherausforderungen als eine der zentralen Aufgaben internationaler Politik und insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit gefasst (vgl. BMZ 2017b: 4-5; UNESCO 2015: 2-4).

<sup>3</sup> „Wasserkultur kann in Anlehnung an Götz/Deffner 2009 beschrieben werden als die Ganzheit der auf die Wassernutzung bezogenen materiell und symbolisch wirksamen Praxisformen. Sie schließt die geographischen, die meteorologischen Bedingungen, die Infrastruktur, den bebauten und den Naturraum ebenso ein wie Leitbilder, auf Wasser bezogene Diskurse und Politikformen, das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher und die dahinter stehenden Handlungsorientierungen und Lebensstile.“ (Cheng/Götz 2016: 5). Dieser Definition von Wasserkultur wird in der vorliegenden Arbeit gefolgt.

al. 2017: 9). Entsprechend sollte die politische Gestaltung der Organisation von Wasser langfristig ausgerichtet sein. Zugleich sollen die vielfältigen Implikationen unterschiedlicher Bearbeitungsstrategien in der Wasserpolitik idealerweise Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus haben sich die aktuell eingesetzten technischen oder politischen Lösungen von Wasserherausforderungen als nur kurzfristige Linderungen beobachtbarer Symptome entpuppt, beeinflussen die Situation allerdings nur bedingt positiv (vgl. Beck/Schramm 2016: 18). Dadurch erweisen sich etablierte Lösungsansätze oftmals als weitgehend ungeeignet, die komplexen Herausforderungen einer ökologisch tragfähigen und sozial verträglichen Wasserorganisation zu bewerkstelligen, sofern sie auf Teilaspekte nicht-nachhaltiger Wasserorganisation und -nutzung ausgerichtet bleiben.<sup>4</sup>

Systemische Lösungsansätze hingegen betonen die Wechselwirkungen zwischen kulturellen, technischen, politischen, sozialen sowie ökologischen Rahmenbedingungen und nehmen die jeweiligen Kontextbedingungen der gesellschaftlichen Wassernutzung in den Blick (vgl. Kluge/Schramm 2016: 2). Dabei ist es Ziel systemischer Lösungen, eine ressourcenschonende und flexible Wasserbereitstellung zu ermöglichen, welche an die jeweiligen Nutzungserfordernisse angepasst ist. Dabei geht es explizit nicht nur um die Erarbeitung technisch innovativer Lösungen, auch wenn die Kombination verschiedener „Schlüsseltechnologien“ (Kluge/Schramm 2016: 1) hier eine zentrale Rolle spielt.

Demgegenüber werden die gesellschaftlichen Umweltbezüge in den Blickpunkt einer sozialökologischen Bearbeitung von Phänomenen gerückt: *„Der systemische Ansatz bezieht sich explizit auch auf die Gewohnheiten, Normen und Werte der Nutzenden beziehungsweise Betreiber von Technologien, ihr Wissen, die institutionellen und politischen Rahmenbedingungen einschließlich wirtschaftlicher Anreize sowie die allgemeinen Randbedingungen.“* (Kluge/Schramm 2016: 2). Die im Alltagsleben immer wieder neu reproduzierte, infrastrukturell manifeste und politisch regulierte Wassernutzung bildet somit einen zentralen Ausgangspunkt bei der Suche nach neuartigen Bearbeitungsstrategien

---

<sup>4</sup> In der Umweltforschung spricht man hierbei von Problemen zweiter Ordnung, wenn eine Problemlösung zwar kurz-oder mittelfristig greift - etwa indem der lokale Wasserbedarf erfolgreich gedeckt wird - das Problem letztlich aber nur verschoben wird, da es an einem anderen Ort oder zu einem späteren Zeitpunkt erneut auftritt: z.B. dort, wo das Fernwasser herkommt oder ein tieferer Grundwasserleiter ausgebeutet wird (vgl. Beck/Schramm 2016: 18).

sozialökologischer Herausforderungen.<sup>5</sup> Diese Aufgaben präsentieren sich im Hinblick auf Wasser als vielfältig und von unterschiedlicher Gestalt: Einerseits lassen sich politische Konflikte um Nutzung und Belastung von Wasser beobachten, welche sich besonders in grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten verschärfen (vgl. UNESCO 2015: 12-12). Hinzu kommen Herausforderungen der Wasserversorgung und des Abwassermanagements, welche sich insbesondere in den Ländern des globalen Südens als persistent präsentieren (vgl. UNESCO 2015: 14). Andererseits spielt Wasser im Hinblick auf den sich zuspitzenden Klimawandel eine zentrale Rolle, da von einer zusätzlichen Gefährdung der Hydrosphäre durch die Erwärmung des Planeten auszugehen ist (vgl. IPCC 2015: 40-43).

Von besonderer Schwere scheinen die sozialen wie ökologischen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent zu sein. Während ein Großteil der Menschen<sup>6</sup> südlich der Sahara keinen ausreichenden Zugriff auf die lokalen Wasservorkommen sowie angemessene Sanitäreinrichtungen hat und zugleich in teils menschenunwürdigen Zuständen leben muss, erwarten Klimaforscher in den Ländern Sub-Sahara Afrikas<sup>7</sup> eine dramatische Verschlechterung der Umweltsituation im Zuge des anthropogenen Klimawandels (vgl. FAO AQUASTAT Database 2017; Bohensky/Lynam 2005; Hahn 2013). Die ohnehin defizitäre

---

<sup>5</sup> Dabei wird explizit von standardisierten Lösungsstrategien Abstand genommen und Adaption sowie Flexibilität der Lösungsstrategien in den Vordergrund gerückt. In diesem Sinne werden die spezifischen Bedingungen und Erfordernisse ‚vor Ort‘ zum Ausgangspunkt der Lösungssuche, wodurch normierte Ansätze unbrauchbar erscheinen: „Die besondere Anpassungsleistung von integrierten Systemlösungen führt dazu, dass es sich hierbei im Wesentlichen nicht um Angebote ‚von der Stange‘ handelt.“ (Beck/Schramm 2016: 19).

<sup>6</sup> In der vorliegenden Arbeit wird weitgehend versucht, einen genderneutralen Sprachgebrauch durchzusetzen, sofern dies dem Lesefluss nicht schadet. Wo die weibliche oder männliche Form von Begriffen Verwendung findet, soll damit keineswegs eine unterschiedliche Gewichtung oder Exklusivität ausgedrückt werden. Alle Geschlechter werden in dieser Arbeit gleichberechtigt wahrgenommen, auch wenn sich dies nicht immer durchgehend im Sprachgebrauch äußert.

<sup>7</sup> Die Region Sub-Sahara Afrika umfasst insgesamt 49 höchst vielfältige Staats- und Regierungssysteme und reicht von der südlichen Grenze der Sahara bis zum südlichsten Punkt des Kontinents. Die Region zählt weitgehend zur tropischen Klimazone und ist durch die Sahelzone vom nördlichen Teil des Kontinents getrennt. Die Bevölkerung der Region, die sprachlichen, politischen und kulturellen Differenzen sowie die geschichtlichen Hintergründe sind dabei zahlreich; Sub-Sahara Afrika sollte daher nicht als einheitlicher Raum wahrgenommen, sondern in seiner Heterogenität begriffen werden.

Wasserversorgungssituation von Mensch und Umwelt wird sich aufgrund der sozialökologischen Krise weiter verschärfen (vgl. Schnurr/Swatuk 2010: 13).

Einer der zentralen Akteure bei der Bearbeitung der wasserbezogenen Herausforderungen in Sub-Sahara Afrika ist die bi- und multilaterale Entwicklungspolitik. Neben der Beseitigung von Armut verweisen entwicklungspolitische Akteure seit der Verknüpfung von Entwicklungs- mit Umweltfragen Anfang der 1990er Jahre zusehends argumentativ auf die Dringlichkeit zur Bearbeitung ökologischer Krisensymptome im Zuge entwicklungspolitischer Aktivitäten. Entwicklungspolitik sollte zumindest die ökologischen Implikationen ihrer Aktivitäten mitberücksichtigen (vgl. Hartmann 2011: 15).

Im Zuge ihrer Arbeit transformiert die Entwicklungspolitik die gesellschaftlichen Naturbezüge in den Ländern Sub-Sahara Afrikas<sup>8</sup> - auch im Hinblick auf Wasser: Entweder werden hier Infrastrukturmaßnahmen (wie Abwassersysteme oder Staudämme) finanziert und umgesetzt, oder die politische wie institutionelle Regulation von Wasser wird aufgrund von Beratungen des administrativen Apparats, Anlernen des Verwaltungspersonals oder der Schaffung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen erheblich durch Akteure der Entwicklungspolitik beeinflusst. Dadurch verändern entwicklungspolitische Maßnahmen zumindest indirekt die gesellschaftlichen Naturverhältnisse<sup>9</sup> zu Wasser und prägen auf eine

---

<sup>8</sup> Vernachlässigt werden sollte hier allerdings nicht der enorme Einfluss der sich verändernden Konsum- und Lebensgewohnheiten, die im Zuge einer globalisierten Wirtschafts- und Produktionsweise auch die wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten erfasst haben (vgl. Brand/Wissen 2017: 106ff.). Die Auswirkungen westlicher Konsummuster auf die Wassersituation in den Ländern Afrikas ist jedoch bisher wissenschaftlich kaum erfasst. Ebenso wenig lässt sich beziffern, wie sich eine auf Extraktivismus von Ressourcen und Externalisierung ökologischer Schäden basierende Wirtschaftsweise in den Ländern des globalen Nordens auf die Natur auf dem afrikanischen Kontinent auswirkt. Zugleich illustrieren etwa die desaströsen Entwicklungen rund um den Coltan-Abbau in Zentralafrika, welche Implikationen der Ressourcenbedarf der Konsumgesellschaften für die biophysische Umwelt haben kann - von den katastrophalen sozialen Effekten ganz abgesehen (vgl. Lohmann/Schlager 2012: 25). Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass sich eine problematische Lebens- und Produktionsweise weder ausschließlich in den Industrienationen ausgebreitet hat, noch diese Entwicklungen sozialökonomisch indifferent sind (vgl. Brand/Wissen 2017: 108-110).

<sup>9</sup> Der Begriff „gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ wird hier im Anschluss an die sozialökologisch ausgerichteten Arbeiten von Christoph Görg (2003) verwendet und in Kapitel 2.1 genauer erläutert. In einer ersten Annäherung an den Begriffskern wird deutlich, dass das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf das wechselseitige Beziehungsgeflecht zwischen menschlichen Gesellschaften und der sie umgebenden

spezifische Art und Weise - je in Abhängigkeit von der jeweiligen Maßnahmen - die Beziehung zwischen Mensch und Umwelt (vgl. Köhler 2008: 852-853).

Während sich die politikwissenschaftliche Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik neben der Beschreibung von Akteuren und Institutionen lange Zeit auf Fragen der Effektivität sowie der Erklärung von Scheitern und Erfolg entwicklungspolitischer Bemühungen konzentrierte (vgl. Hartmann 2016: 819-822), spielten ökologische Aspekte nur eine untergeordnete Rolle. Auch in der Entwicklungspolitik verfestigt sich vielmehr seit einigen Jahren die Dominanz der Ökonomie als Leitwissenschaft und primärer Fundus für den politikfeldspezifischen Sprachgebrauch: Wachstum, Effizienz und Modernisierung der Wirtschaft rücken nicht zuletzt im Zuge des aktuell diskutierten Marshall-Plans des Bundesentwicklungsministers (vgl. BMZ 2017a: 4) wieder verstärkt in den Vordergrund. Ökologische Aspekte bestehender Entwicklungsziele verschwinden angesichts der sicherheitspolitischer Bedeutung von Terrorismusbekämpfung sowie der Bearbeitung von Fluchtursachen zunehmend im Hintergrund (vgl. Schilly 2017). Ohnehin genießen Umwelt- und Klimaschutz im Raum der Europäischen Union aktuell kaum öffentliche Aufmerksamkeit, sondern liegen beispielsweise in der Eurobarometerumfrage 2017 abgeschlagen auf den Plätzen Acht und Zehn, hinter Themenfeldern wie Terrorismus, Zuwanderung, der allgemeinen Wirtschaftslage sowie dem Zustand der öffentlichen Finanzen der Staaten (vgl. European Parliament et al. 2017: 10). Grundsätzlich lässt sich ein relativer Bedeutungsverlust ökologischer Herausforderungen und ihrer Verquickung mit sozialökonomischen Problemstellungen im öffentlichen politischen Diskurs der BRD beobachten. Was dabei aus dem Blick gerät, ist die enge Verzahnung ökologischer Zielsetzungen mit anderen entwicklungspolitischen Zielvorstellungen<sup>10</sup>: Ohne die Beachtung der ökologischen

---

biophysischen Umwelt aufmerksam macht. Diese natürliche Sphäre ermöglicht erst menschliches Leben, wird aber zugleich durch den Menschen umgestaltet, beeinflusst und geschädigt (vgl. Görg 2003: 143).

<sup>10</sup> Mit Blick auf die Geschichte der Industrienationen seit dem Zeitalter der Industrialisierung und der Zunahme von Umweltschäden mit erheblichen sozialen Implikationen in den vergangenen 250 Jahren sollte eigentlich offensichtlich sein, dass die Vermeidung ökologischer Schäden eine notwendige Voraussetzung für dauerhafte Entwicklungserfolge ohne un intendierte Nebeneffekte in den Biosphären sein müsste (vgl. Chakrabarty 2016: 105-106).

Endlichkeit des Planeten und der Nicht-Übertragbarkeit eines, auf der Degradation des Umweltraumes fussenden, Entwicklungsmodells, werden inklusive und dauerhafte Verbesserungen der Lebensumstände der Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern kaum zu erreichen sein. Vielmehr gefährdet die Ignoranz gegenüber ökologischen Aspekten von Entwicklungszielen deren Verwirklichung, da vernachlässigt wird, dass jedwede Produktion gesellschaftlicher Güter nicht nur auf eine ausreichende Qualität der Umweltressourcen angewiesen ist, sondern diese auch oftmals belasten bzw. verbrauchen. Auf diesem Gedanken fusst die ökonomisch geprägte Konzeption von Nachhaltigkeit, wie sie in der Forstwissenschaft insbesondere von Hans-Carl von Carlowitz eingeführt wurde. Dass dies nicht stärkeren Widerhall in der Entwicklungspolitik erfährt, welche insbesondere nachhaltiges Wachstum initiieren will, verwundert.

Allerdings kann eine Minderung der öffentlichen wie politischen Relevanz sozialökologischer Fragestellungen zugleich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bereitstellung, Nutzung und Aufbereitung von Trinkwasser in Sub-Sahara Afrika weder sozial inklusiv, noch ökologisch nachhaltig organisiert ist und so zu erheblichen Leidensszenarien großer Bevölkerungsteile beiträgt. Diesen Umstand vermochten auch langjährige Interventionsversuche der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit<sup>11</sup> (im weiteren Verlauf abgekürzt mit: EZ) nicht grundlegend zu verändern. Eine Tatsache, welche in den Institutionen der EZ dazu beitrug, Projekte und Maßnahmen verstärkt intern zu evaluieren. So sollten die Ursachen gescheiterter Projekte identifiziert und Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung bei der Projektdurchführung herausgearbeitet werden.

---

<sup>11</sup> Im Kontext der Entwicklungspolitik lassen sich zahlreiche begriffliche Ungenauigkeiten identifizieren, welche eine systematische Auseinandersetzung mit dem Politikfeld erschweren: Während der deutschsprachige Begriff der Entwicklungshilfe heute kaum noch Verwendung findet, bezeichnet man die finanzielle Unterstützungsleistung international als ‚official development assistance‘ (ODA). Diese offizielle, staatliche Entwicklungshilfe firmiert unter dem Begriff Entwicklungszusammenarbeit (EZ) - der Begriff wird auch in der vorliegenden Arbeit hauptsächlich verwendet. Die EZ wiederum lässt sich zusätzlich aufgliedern in die technische (TZ) und finanzielle (FZ) Entwicklungszusammenarbeit, wobei diese Unterscheidung so vor allem in der deutschen EZ eine Rolle spielt. Das gesamte Feld der politischen Aktivitäten im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit wird als Entwicklungspolitik verstanden. Der Begriff der Entwicklung selbst transportiert Kontroversen und wird separat im Kapitel 4.1.1 behandelt.

Die positivistisch orientierte Erforschung politisch-institutioneller Ursachen gescheiterter Entwicklungsbemühungen konnte dabei bisher nur begrenzt rekonstruieren, warum die zahlreichen entwicklungspolitischen Interventionen innerhalb der Wasserpolitik nicht die erhofften Erfolge produzieren konnten (vgl. Hartmann 2011: 19-20). Grundsätzlich vermochten es die Evaluationsmechanismen nicht, die entscheidenden Kriterien erfolgreicher Projektdurchführung zu identifizieren und Schwächen bisheriger Projektverläufe herauszuarbeiten.

Ein bis dato in der sozialwissenschaftlichen Forschung unberücksichtigter, potentieller Einflussfaktor für den anhaltenden Misserfolg von Entwicklungspolitik hängt eng mit der Art und Weise zusammen, wie politische Herausforderungen von den involvierten Akteuren problematisiert werden und in Folge bearbeitet werden sollen.<sup>12</sup> In der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung mit dem Konzept Nachhaltiger Entwicklung blieb bisher außen vor, wie die beobachtbaren Symptome sozialökologischer Verwerfungen in Sub-Sahara Afrika von entwicklungspolitischen Akteuren problematisiert werden, welche Lösungsstrategien sich daraus ableiten und inwieweit dadurch den beobachtbaren Herausforderungen Rechnung getragen wird. Es ließe sich aus einer solchen Perspektive der Problematisierungen fragen, inwieweit die entwicklungspolitischen Bemühungen um die Bearbeitung wasserbezogener Herausforderungen von einer unzutreffenden oder ungenauen Problemdiagnose ausgehen und ob diese in der Folge zu einer Formulierung unzureichender oder ungeeigneter Lösungsstrategien neigen. Aufgrund der Ausblendung von zentralen Facetten sozialökologischer Krisenphänomene, Einflussfaktoren sowie Wechselwirkungen entwicklungspolitischer Aktivitäten läuft das Engagement entwicklungspolitischer Akteure Gefahr, die multiskalare, komplexe Konfliktsituation sozialökologischer Herausforderungen fehlerhaft und inadäquat wahrzunehmen. Für eine sinnvolle, den Problemstellungen und Gegebenheiten entsprechende Bearbeitung der Aufgaben ökologischer Nachhaltigkeit erscheint eine umfassende Problemsicht jedoch als

---

<sup>12</sup> Eine ausführliche Beschäftigung mit dem hier verfolgten Forschungsansatz der Problematisierung erfolgt in Kapitel 3. Die hier aufgeworfenen Fragen bilden jedoch den Ausgangspunkt des Erkenntnisinteresses und rahmen die forschungspraktische Ausrichtung der Arbeit ein: die sozialökologische Kontextualisierung und Kritik der entwicklungspolitischen Diskussion um die Wasserversorgung in Sub-Sahara Afrika.

notwendige Voraussetzung. Diese Vermutung bildet im Anschluss an das Konzept der Systemlösungen von Wasserfragen die Ausgangsthese der vorliegenden Untersuchung, welche am Beispiel der deutschen EZ aufzeigen möchte, in welcher Art und Weise entwicklungspolitische Akteure sozialökologische Herausforderungen wahrnehmen, interpretieren und daraufhin versuchen, zu bearbeiten.

Hierzu wird im einleitenden Teil der Arbeit (I) das kontroverse wie komplexe Feld der Entwicklungspolitik im Zeitalter von Nachhaltigkeit betrachtet und im Rückgriff auf Autoren der sogenannten Post-Development Kritik aus einer alternativen Sichtweise beleuchtet. Dabei wird deutlich, inwieweit es sich bei der sozialwissenschaftlichen Analyse Nachhaltiger Entwicklungspolitik um ein teils normativ stark aufgeladenes und oftmals wissenschaftlich einseitig erschlossenes Untersuchungsgebiet handelt, zu welchem die vorliegende Arbeit eine neuartige, explorative Analyseperspektive hinzufügt. Im Theorieteil der Arbeit (II) wird die theoretische Untersuchungsperspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse dargelegt, woran sich eine sozialökologisch ausgerichtete Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes Wasser in der EZ anschließt. Erkennbar wird hierbei der funktionalistische Blick der EZ auf Natur, aus welchem der spezifische Steuerungsoptimismus der Entwicklungspolitik bei der Bearbeitung sozialökologischer Herausforderungen seine Legitimation bezieht. Den Ausführungen folgend wird das explorativ-deskriptive Erkenntnisinteresse der Arbeit formuliert und von eher positivistischen Analysen im Forschungsfeld der Entwicklungspolitik abgegrenzt.

Im anschließenden Methodenteil (III) wird das dafür benötigte Analysewerkzeug präsentiert und der spezifische Forschungsansatz der Problematisierungsweise erläutert. Entgegen einer konkreten Forschungsmethode liefert ein Forschungsansatz ausgehend von Erkenntnisinteresse und theoretischer Verortung der Arbeit nur eine Orientierung für das methodische Vorgehen. Der hier verfolgte Forschungsansatz der Problematisierung hilft dabei, das Erkenntnisinteresse in konkrete Forschungsfragen zu übersetzen, die dann an das Untersuchungsmaterial gerichtet werden können. Hierbei wird ein diskursanalytischer Zugang verfolgt, welcher auf die Tiefenstruktur und argumentative Ausrichtung des Textmaterials ausgerichtet ist. Die Ergebnisse der umfassenden Diskursanalyse werden im darauffolgenden empirischen Teil der Arbeit (IV) präsentiert und anhand des

Forschungsansatzes systematisch ausgearbeitet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden vor dem Hintergrund der erkenntnistheoretischen Ausrichtung der Arbeit abschließend kontextualisiert.

## 1.2 Diskussion um Klimawandel und Umwelt in der Entwicklungspolitik

Vor dem Hintergrund eines anthropogen verursachten Klimawandels werden im 21. Jahrhundert in den Politikfeldern der inter- und transnationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik<sup>13</sup> sozialökologische Herausforderungen aufgeworfen, welche altgediente Gewissheiten über den Zusammenhang von Entwicklung, natürlichen Ressourcen und Umweltschutz weitgehend in Zweifel ziehen (vgl. Chakrabarty 2014: 3-5; Kersten 2014: 378-381): Mit Bewusstwerden und wissenschaftlicher Fundierung der anthropogenen Ursachen gegenwärtiger klimatischer Krisensymptome verbunden ist die Erkenntnis, dass menschliche induzierte Transformationsprozesse der biophysischen Gegebenheiten des Planeten Erde zu erheblichen sozialökologischen Verwerfungen führen können (vgl. Latour 2017: 24-26): *„Der traditionelle Entwicklungspfad, der von den heutigen Industrieländern beschritten wurde und wird, hat also zu einer Überschreitung der natürlichen Grenzen des Planeten Erde geführt und ist damit zu einer konkreten Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlage und damit unserer Existenz geworden.“* (Bethge/Steurer/Tscherner 2011: 20)

Aus ökologischer Sicht gemein war entwicklungspolitischen Anstrengungen bis in die 1970er Jahre hinein, Natur entweder als bloße Ressourcenquelle und Senke für reproduktive Wirtschaftstätigkeiten zu begreifen, ihren touristisch relevanten, exotischen Charakter

---

<sup>13</sup> Im Kontext der Entwicklungspolitik lassen sich zahlreiche begriffliche Ungenauigkeiten identifizieren, welche eine systematische Auseinandersetzung mit dem Politikfeld erschweren können: Während der deutschsprachige Begriff der Entwicklungshilfe heute kaum noch Verwendung findet, bezeichnet man die finanzielle Unterstützungsleistung international als ‚official development assistance‘ (ODA). Diese offizielle, staatliche Entwicklungshilfe firmiert unter dem Begriff Entwicklungszusammenarbeit (EZ) - der Begriff wird auch in der vorliegenden Arbeit hauptsächlich verwendet. Die EZ wiederum lässt sich zusätzlich aufgliedern in die technische (TZ) und finanzielle (FZ) Entwicklungszusammenarbeit, wobei diese Unterscheidung so vor allem in der deutschen EZ eine Rolle spielt. Das gesamte Feld der politischen Aktivitäten im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit wird als Entwicklungspolitik verstanden. Der Begriff der Entwicklung selbst transportiert Kontroversen und wird separat im Kapitel 4.1.1 behandelt.

hervorzuheben oder aber die entwicklungshemmenden Effekte biophysischer Gegebenheiten zu betonen.<sup>14</sup>

Nachdem es im 17. Jahrhundert in Kontinentaleuropa vermeintlich gelungen war, die Herrschaft des Menschen über die Natur mit Hilfe neuer Technologien zu besiegeln und sich weitgehend dauerhaft vor sogenannten Naturgewalten zu schützen, wurde das Konzept der Naturbeherrschung im Zuge der Kolonisierung Afrikas in die damaligen Kolonien exportiert (vgl. Haug 2008: 792).

Auf diesem Wege gelangten westlich geprägte Mensch-Umwelt-Beziehungen in die Gesellschaften des Südens: Bergbau, Flussbegradigungen, Dämme oder Waldrohdung repräsentierten Manifestationen einer neuen Herrschaft des modernen Menschen über die Natur (vgl. Montuschi 2010: 8-10). Mit der Kolonisierung des afrikanischen Kontinents einher ging daher auch ein Transformations- und Rationalisierungsprozess des Ökologischen: Gebiete wurden kartographiert, Grenzziehungen vollzogen, Verwaltungseinheiten definiert, Ressourcenextraktionen geplant und vollzogen (vgl. Riddell 1992: 59; Kwashirai 2013: 178-182). Mit dem Ende der kolonialen Herrschaft, dem Aufkommen nationaler Wohlstandsbestrebungen und dem Einsetzen volkswirtschaftlicher Wachstumsstrategien Ende der 1960er Jahre wurden die zahlreichen natürlichen Ressourcen zum entscheidenden Export- und Handelsgut der Staaten Sub-Sahara Afrikas. Ganz im Sinne modernisierungstheoretischer Ansätze wurde die ökonomische Inwertsetzung der Umwelt zu einer wichtigen Voraussetzung für Entwicklungsprozesse (vgl. Kwashirai 2013: 183-186; Matunhu 2011: 65). Erst durch die Nutzbarmachung der geographischen Besonderheiten für

---

<sup>14</sup> In der Epoche des Kolonialismus tendierten Wissenschaft und Politik noch dazu, die natürlichen Gegebenheiten in den Kolonien als teils ursächlich für vermeintliche Phänomene von Unterentwicklung zu begreifen: Das heiße und tropische Klima sowie die als undurchdringlich wahrgenommenen Urwälder würden Zivilisationsprozesse ausbremsen und die Fortentwicklung der ‚Hilfsbedürftigen‘ behindern, sofern sie nicht in die Lage versetzt wurden, ihre landwirtschaftliche Produktivität auszuschöpfen (vgl. Meggers 1954: 815). Die Rede von entwicklungsfeindlichen Umweltbedingungen, wie z.B. der vermeintlichen Trocken- und Unfruchtbarkeit Sub-Sahara Afrikas, verlor lange Zeit nur wenig an Resonanz in den Diskursen um den ausbleibenden Aufschwung des Kontinents (vgl. Afolayan/Adelekan 1999: 213). Mit Hilfe funktionalistischer Naturvorstellungen konnten in klassischen, linearen Entwicklungstheorien die ausbleibenden Entwicklungserfolge des Kontinents erklärt werden, ohne dabei den starren normativen Rahmen der entwicklungspolitischen modernisierungstheoretischen Logik (vgl. Hein 1998: 197-209) verlassen zu müssen.

einen komparativen Kostenvorteil erschienen die ambitionierten Entwicklungsziele für viele Länder aus nationalökonomischer Sicht erreichbar (vgl. Cowen/Shenton 2004: 459): Die Möglichkeit zur Verwertung exotischer Umweltmerkmale (insbesondere für den Tourismus sowie den Abbau seltener Mineralien und Edelsteine) wurde aus entwicklungstheoretischen Perspektive als Vorteil bei der Verwirklichung ökonomischen Fortschritts begriffen (vgl. GIZ 2013b: 4). Demnach sei die ökonomische Nutzbarmachung natürlicher Ressourcen sowie die fortschreitende Ausbildung der Produktivkräfte voranzutreiben (vgl. Görg 2003: 140): z.B. indem Wissenschaft und Technik zielgerichtet für die (nachhaltige) Verwertung der Natur eingesetzt werden (vgl. BMZ 2007a: 5; Lay/Nolte 2011: 5). Oder in anderen Worten: Es erscheint im Sinne der modernisierungstheoretischen Logik notwendig, „die Umwelt zu seinem wirtschaftlichen Vorteil planmäßig zu manipulieren.“ (Rostow 1960, zitiert nach: Fischer/Hödl et al. 2010: 42).

Entsprechend forcierten entwicklungspolitische Akteure und Institutionen jahrzehntelang Aufbauprogramme, insbesondere zur infrastrukturellen Erschließung des Kontinents (vgl. Riddell 1992: 67-68). Grundsätzliches Ziel der ökonomischen Anpassungsmaßnahmen der Gebergemeinschaft war und ist es, die Armut durch gesellschaftlich umfassende volkswirtschaftliche Wachstumsprozesse zu bearbeiten (vgl. The World Bank 2008; BMZ 2017a: 16).<sup>15</sup> Die entwicklungspolitische Gemeinde versteht sich weitgehend als unterstützende Kraft zur Überwindung der zahlreichen Entwicklungshemmnisse des

---

<sup>15</sup> Die Kritik an einer ökonomischen Wachstumsideologie, welche volkswirtschaftliche Wachstumsprozesse mit gesellschaftlicher Entwicklung gleichsetzt, ist gerade vor dem Hintergrund des anthropogenen Klimawandels erheblich und vielfältig (vgl. Maier-Rigaud 2000: 31-32; Scherhorn/Bakker 2000: 23; Günther 2002: 2). Interessant hierbei ist, dass selbst aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive weder einheitliche Wachstumsprozesse die Transformation von Gesellschaften historisch begleiten, noch das Anwachsen des Nationaleinkommens heute proportional zu Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen vor Ort verläuft. Ein kausaler Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand existiert nicht. Vielmehr lassen sich aus sozialer wie ökologischer Perspektive erhebliche Verwerfungen beobachten, die mit denjenigen Strategien einhergehen, welche Wachstum induzieren sollen. Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich destruktive Implikationen jahrzehntelanger Wachstumsimperative erkennen, welche zu sozialen, kulturellen und ökologischen Degradationserscheinungen geführt haben (vgl. Dahm 2000: 44-45; Sehring 2002: 25; Kress 2012: 145).

Kontinents<sup>16</sup>. Zur Verwirklichung ihrer Zielsetzungen führten die unterschiedlichen Institutionen der EZ in ihrer Geschichte eine ganze Reihe umfassender Strukturanpassungen und Investitionsprogramme<sup>17</sup> durch (vgl. Nuscheler 2005: 77-97).

Während öffentlich die Erwartungen geschürt wurden, die ökonomischen Wachstumsprozesse der Volkswirtschaften würden der allgemeinen Wohlstandsentwicklung der Gesellschaften dienen, transformierten sie vor allen Dingen die biophysischen Gegebenheiten vor Ort. Die Verfügbarmachung der reichhaltigen, natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer für den Weltmarkt ging mit umfassenden Transformationsprozessen der Umwelt einher (vgl. Görg 2003: 136-141; Frauenlob/Kuhnmann et al. 2017: 21): Für den intensiven industriellen Abbau von Mineralien oder Agrarprodukten wird eine Infrastruktur mit Transportwegen und Umschlagplätzen benötigt, damit Waren effizient ihren Weg zu den globalen Fertigungsstätten und Umschlagplätzen finden können (Brand/Wissen 2017: 80-92). Solche infrastrukturellen Maßnahmen gehen dabei jedoch zugleich mit der Versiegelung von Flächen oder der Veränderung von Landschaften einher - und implizieren letztlich ökologisch schädliche Folgeeffekte (vgl. Urban 2002: 274-280).

So führten entwicklungspolitische Interventionen häufig zu Transformationen der biophysischen Umwelt (vgl. Hofmeister 2008: 815-817): Menschliche Aktivitäten wandeln Natur um, wirken auf sie ein und werden zugleich mit den Konsequenzen der eigenen Naturtransformation konfrontiert. Bei den Beziehungen zwischen Gesellschaften und ihrer Umwelt handelt es sich dementsprechend um ein komplexes Geflecht von Wirkungsverschränkungen, welches mit einer eindimensionalen, funktionalistischen Beschreibung von Natur nicht angemessen erfasst werden kann. Denn weder erschöpft sich die Bedeutung von Natur in der Bereitstellung ökonomisch oder sozial relevanter Güter, noch sind Gesellschaften und die biophysische Umwelt als voneinander separierte Entitäten

---

<sup>16</sup> Die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen werden etwa als „blueprint“ für Frieden und Wohlstand beworben. Bei deren Vorgängern, den Millenium Development Goals, sprach man ebenfalls von einem „blueprint“ für Armutsbeseitigung und tragfähige Entwicklung. Zumindest hinsichtlich der MDGs fällt jedoch auf, das die empirischen Erfolge deutlich hinter den normativen Zielsetzungen zurückgeblieben sind (vgl. Hickel 2017: 57-75). Solche Ergebnisse ändern jedoch augenscheinlich nichts an der Selbstwahrnehmung der EZ Gemeinde.

<sup>17</sup> Für eine detaillierte Übersicht über die verschiedenen Schwerpunktsetzungen innerhalb der entwicklungspolitischen Dekaden siehe Nuscheler 2005: 30-39.

zu begreifen, die in simplen Tauschbeziehungen zueinanderstehen (vgl. Wissen 2011: 120ff.). Der menschliche Zugriff auf Ressourcen und Senken, die stoffliche Exploitation des Planeten sowie dessen Belastung gehen nicht ohne vielfältige Nebenwirkungen vonstatten.

Dass dies auch in der entwicklungspolitischen Diskussion aufgegriffen wurde, hängt rückblickend betrachtet eng mit der Publikation "Limits to Growth" (1972) zusammen: Der Bericht an den Club of Rome bildet neben der erstmaligen photographischen Aufnahme des Planeten Erde aus dem Weltall einen wichtigen Einschnitt in der modernen umweltpolitischen Diskussion (vgl. Hajer 1995: 8-10). Die Ergebnisse der Computersimulationen und Systemanalysen des Teams um das Ehepaar Meadows provozierten eine Infragestellung der Fortführung etablierter Produktions- und Konsumtionsmuster vor dem Hintergrund begrenzter natürlicher Ressourcen und Senken (vgl. Meadows/Meadows et al. 1974: 86-87). Im Anschluss an die Veröffentlichung der Studie Anfang der 1970er Jahre war der diskursive Raum zur Beschäftigung mit ökologischen Fragen neu ausgerichtet: Wenn die damals anhaltende Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert fortbestehen, würden die biophysischen Wachstumsgrenzen des Planeten im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht (vgl. Meadows/Meadows et al. 1974: 87). Gefährdet war damit auch der nun als fragil wahrgenommene, blaue Planet (vgl. Dryzek 2013: 34-37).

Erstmals stand so mit dem Konzept der Industrialisierung eine gesamtgesellschaftlich prägende Struktur gesellschaftlich-materieller Reproduktion in der Kritik. Dieses Produktionsregime hatte das biophysische Antlitz der Erde in den vergangenen 250 Jahren grundlegend verändert (vgl. Brand 2008: 858): Mit Hilfe technologischer Neuerungen und der Intensivierung des globalen Handels war es möglich geworden, die Natur umfassend und im globalen Maßstab zu beeinflussen. Über Minenwirtschaft, Kohleförderung oder andere extraktivistische Prozesse wurde die Erde geologisch umfassend verändert (vgl. Wagner 2013: 21-28). Zugleich trug der Zugriff auf fossile Brennstoffe zu einer Intensivierung des Energieumsatzes bei und führte so zu einer beschleunigten Naturnutzung und -belastung (vgl. Altvater 2011: 31).

Im Anschluss an die Diskussionen um Wachstumsgrenzen und die sich neu formierenden politischen Umweltbewegungen Ende der 1960er Jahre, gerieten diese ökologischen Aspekte

der sozialen Wirklichkeit zunehmend in den Fokus.<sup>18</sup> Erkennbar wurde in der Diskussion um das globale Klimasystem, dass es menschliche Gesellschaften sind, die in ihrer Wechselwirkung mit der biophysischen Umwelt jene Reaktionen erzeugten, die zu einer zunehmenden Beeinträchtigung der fragilen stofflichen Reproduktionsbedingungen der Biosphären führten: der *anthropogenen* Klimakrise. (Vgl. IPCC 2013: 15)

### 1.3 Nachhaltige Entwicklung und die Komplexität von Mensch-Umwelt Beziehungen

Die Thematisierung des menschlich induzierten Klimawandels führte auch zu einer normativen Aufwertung der Umwelt- und Klimaschutzaspekte innerhalb des Politikfeldes der Entwicklungspolitik. Es formierte sich in den internationalen Beziehungen ein normativer Handlungsdruck, soziale wie ökonomische Ziele in Zukunft nicht mehr unabhängig von ökologischen Prämissen zu formulieren. Dem systematischen Charakter komplexer Umweltfragen wurde zusehends Aufmerksamkeit zuteil. Zugleich sollten ökologische Herausforderungen auf der politischen Handlungsagenda stärker in den Fokus rücken (vgl. UN Our Common Future 1987: 16-17). Seit dem Weltgipfel in Rio de Janeiro von 1992 ist es auf dem Parkett internationaler Umwelt- und Klimapolitik weitgehend Usus, Entwicklungs- und Umweltfragen als miteinander verknüpft zu betrachten und als sich wechselseitig beeinflussend zu verstehen (vgl. UN UNFCCC Paris Accord 2015: 7, 21). Der Begriff ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ sollte im Anschluss an Rio de Janeiro allen entwicklungspolitischen Anstrengungen zugrunde liegen; nicht zuletzt, um auch symbolisch den Übergang zu einer neuen Entwicklungspolitik zu markieren.

Unter der politikfeldübergreifenden Ägide Nachhaltiger Entwicklung verfolgt die internationale Gebergemeinschaft laut eigener Aussage nicht weniger, als „*durch die*

---

<sup>18</sup> Ulrich Brand (2008) verweist allerdings darauf, dass die anfänglich stark ökologisch geprägte Auseinandersetzung mit den Implikationen einer ressourcen-intensiven Wirtschaftsweise innerhalb weniger Jahre in eine neoliberale Wirtschaftslogik überführt wurde. Die internationalen Umwelt- und Entwicklungskonferenzen von Johannesburg und Kopenhagen waren von den Versuchen gekennzeichnet, die sozialökologische Krisensymptome mit Hilfe wirtschaftspolitischer Instrumente zu bearbeiten und die Infragestellungen bestehender Konsum- und Produktionsnormen weitgehend zu verhindern (vgl. Brand 2008: 858-859).

*Schaffung von neuen Ebenen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, wichtigen Teilen der Gesellschaft und den Menschen eine neue und gerechte weltweite Partnerschaft aufzubauen“, welche „[...] die Interessen aller achte(t) und die Unversehrtheit des globalen Umwelt- und Entwicklungssystems schütz(t)“, während anerkannt wird, „dass die Erde, unsere Heimat, ein Ganzes darstellt, dessen Teile miteinander in Wechselbeziehung stehen“ (Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung 1992).*

Im Verweis auf das globale Umwelt- und Entwicklungssystem taucht der Gedanke der Wachstumsgrenzen der 1970er Jahre wieder auf: Er hilft zu verdeutlichen, dass eine grenzenlose Maximierung der materiellen Produktion auf einem endlichen Planeten physisch unmöglich ist. Zugleich hebt die Betonung der Wechselbeziehungen zwischen unterschiedlichen Biosphären die Komplexität und Unübersichtlichkeit des globalen Umweltsystems hervor.

Aus diesem Grund haben sich die Kontextbedingungen politischen Handelns grundlegend gewandelt: Ohne Bezugnahme auf ökologische Effekte können politische Entscheidungen heute nicht für sich in Anspruch nehmen, auf integrative und umfassende Wirkung ausgerichtet sowie langfristig zukunftsfähig zu sein (vgl. Woodhouse 2000: 158-162; Wissen 2011: 230-231). Eine Ignoranz gegenüber den negativen Implikationen anthropogener Umweltnutzung erscheint im Zeitalter der Nachhaltigkeit kaum vertretbar. Dabei geht es nicht nur um konkrete Momente der unmittelbaren Umweltnutzung. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass Entscheidungen und Aktivitäten in zahlreichen Politikfeldern auch dann Effekte auf die Natur haben, wenn sie nicht dezidiert auf umweltpolitische Aspekte ausgerichtet sind: Maßnahmen in der Infrastrukturpolitik sind etwa auf die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen wie Mineralien oder Metalle angewiesen und wirken zugleich auf den globalen Umweltraum zurück, z.B. indem Flächen versiegelt, Flüsse umgeleitet oder Baumbestände abgeholzt werden. Ebenso haben Veränderungen in der internationalen Handelspolitik indirekte Auswirkungen auf den regionalen Abbau oder Handel mit natürlichen Ressourcen und regulieren dadurch mittelbar relevante, lokale Umweltwirkungen – etwa indem der Abbau von Holz in bestimmten Arealen erschwert oder der Handel mit spezifischen Naturgütern unter Strafe gestellt wird (vgl. Germanwatch/FIAN Deutschland 2008: 1). In ähnlichem Sinne evozieren Entscheidungen in der Sicherheits-,

Militär, Landwirtschafts-, Ernährungs-, Gesundheits- oder auch Verkehrspolitik laufend Umwelteffekte, ohne dass dies explizit beabsichtigt wäre (vgl. Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 1996: 117-118).

Die in den jeweiligen Politikfeldern involvierten Interessen, Zielvorstellungen und Regelungsmechanismen sind dabei ebenso vielfältig wie die unterschiedlichen Bezugnahmen auf Natur oder die damit einhergehenden, wechselseitigen Beeinflussungsprozesse zwischen Gesellschaften und der Tier- und Pflanzenwelt. Als ebenso unübersichtlich muss die Verzahnung unterschiedlicher räumlicher und zeitlicher Ebenen der Umweltnutzung begriffen werden, da auch hier nicht grundsätzlich von isolierten Phänomenen ausgegangen werden kann.<sup>19</sup> Ursachen, Auswirkungen und Begleiteffekte von Umweltdegradation sind dabei häufig räumlich voneinander getrennt und oftmals nur zeitlich versetzt zu beobachten.

Zudem sind Prozesse in den unterschiedlichen Biosphären sowie Interrelationen unübersichtlich und komplex, dass sie nicht in ihrer Gesamtheit betrachtet und bewertet werden können. Letztlich ergibt sich ein diffuses Bild gesellschaftlicher Naturbeziehungen, welches durch Unübersichtlichkeit, wechselseitige Abhängigkeiten und Wirkungsverflechtungen charakterisiert ist. Eine solch undurchsichtiges Zusammenwirken lässt sich mit Hilfe kausaler Modellierungen und linearer Wirkungsannahmen nicht einfangen<sup>20</sup> (vgl. Bader/Becker/Demirovic/Dück 2011: 16-19; Stache 2017: 256).

---

<sup>19</sup> So ergibt sich etwa aus umweltpolitischen Handlungen auf internationaler Ebene nicht zwangsläufig eine ganzheitliche globale Umweltwirkung, wie etwa die unterschiedlichen regionalen Erfahrungen mit den Mechanismen des Kyoto-Protokolls illustrieren (vgl. Kress 2012: 43-45).

<sup>20</sup> In den Naturwissenschaften setzen sich zurzeit sogenannte komplexe, adaptive Modellierungen durch, mit deren Hilfe Nebeneffekte und Wechselwirkungen zukünftig eingefangen werden sollen. Die ihr zugrundeliegende Komplexitätstheorie begreift Systeme als komplex, da sie aus mehreren verschränkten Elementen bestehen. Als adaptiv werden sie beschrieben, weil sie an ihre Umwelt anpassungsfähig sind. Darüber wird diesen Systemen zugesprochen, über die Fähigkeit für Lernprozesse zu verfügen. (Vgl. Ellis/Herbert 2011: 34-35)

Illustriert wurde diese ausufernde Komplexität etwa durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (1994) mit Hilfe einer schematischen Darstellung des sogenannten ‚Dust-Bowl-Syndroms‘ - einer Verflechtung unterschiedlicher Biosphären mit gesellschaftlichen Praktiken, welche zu einer Übernutzung landwirtschaftlich relevanter Ressourcen beitragen. Aufgrund der enormen Übernutzung von Umweltressourcen zur Verwirklichung einer ökonomischen Gewinnerwirtschaftung auf möglichst kleiner Fläche ruft die moderne, industrialisierte Landwirtschaft Degradationserscheinungen in unterschiedlichen Umwelträumen hervor. Zugleich entstehen Wechselwirkungen und Folgeeffekte zwischen Praktiken, Ökosystemen und Umweltschäden, welche die Umweltzerstörung zusätzlich beschleunigen und konsolidieren (vgl. Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 1994: 158-159).

Erscheint die Komplexität von Umweltfragen bereits als überbordend und forschungspraktisch kaum einfangbar, verschärft sich diese analytische Herausforderung hinsichtlich der Aktivitäten der Entwicklungspolitik: Ähnlich wie umweltpolitische Schwierigkeiten sind auch Fragen von Entwicklung mit Wechselwirkungen verschiedener Politikfelder konfrontiert sowie auf langfristige Ziele und Wirkungen ausgerichtet, während zugleich widerstreitende Interessen, unterschiedliche Zielvorstellungen und asymmetrische Machtbeziehungen Entscheidungsfindungsprozesse bestimmen (vgl. Koch/Weingart 2016: 58). Dabei lässt sich die Entwicklungspolitik per se als inhaltlich überfrachtetes Politikfeld begreifen, da die ganzheitliche Steuerung gesellschaftlicher Transformation ohnehin als zu kontingent und komplex erscheint, als dass sie einer zentralistischen Steuerung unterliegen könnte (vgl. Hobart 1993: 8-9; Becker/Jahn 2006: 245). Hervorgehoben wird damit der Umstand, dass die Veränderungsprozesse menschlicher Gesellschaften weder einer zuvor festgelegten Strategie Folge leisten, noch auf einer einheitlichen Entwicklungslinie zu verorten wären, sondern in sich heterogen und unübersichtlich sind (vgl. Bendix/Ziai 2015: 166-167).

Die politische Ausgestaltung gesellschaftlicher Umweltbezüge muss entsprechend als kontingent in dem Sinne verstanden werden, als dass keinerlei objektiv richtigen und dauerhaften Bearbeitungsstrategien existieren, welche konfliktfrei und widerspruchlos auf

unterschiedliche umweltpolitische Herausforderungen anwendbar wären (vgl. Hajer 1995: 17-20; Jetzkowitz 2012: 75; Haraway 1995: 84-86). Dennoch regiert in der staatlichen EZ<sup>21</sup> ein recht eng gefasstes, praktisches Entwicklungsverständnis<sup>22</sup>: Entwicklung wird gemeinhin übersetzt in das Ziel, Menschen aus unmittelbarer physischer und psychischer Entbehrung zu befreien. Der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman steckte in seiner wegweisenden Antrittsrede (1949) ein klares Aufgabengebiet zukünftiger Entwicklungspolitik ab: *„More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. [...] Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. [...] Our aim should be to help the free peoples of the world, through their own efforts, to produce more food, more clothing, more materials for housing, and more mechanical power to lighten their burdens.”* (Truman 2017).

Beinahe 70 Jahre später haben sich Eigenanspruch und Selbstverständnis der Entwicklungspolitik<sup>23</sup> grundsätzlich wenig ausdifferenziert: Weiterhin versteht man sich als

---

<sup>21</sup> Es muss hier darauf hingewiesen werden, dass in der vorliegenden Arbeit eine recht heterogene Gruppe an Akteuren und Institutionen aufgrund ihrer überschneidenden Tätigkeiten, inhaltlichen Orientierungen, institutioneller Normierung sowie einer geteilten Problem- und Zielorientierung zusammengefasst wird: Insbesondere vor dem Hintergrund der umfassenden Institutionsreformen der vergangenen Jahre innerhalb der staatlichen Institutionen der EZ tritt die deutsche Entwicklungspolitik weitgehend mit einer einheitlichen Stimme auf. Differenziert wird vielmehr hinsichtlich der verschiedenen Tätigkeiten, so dass das BMZ die politische Verantwortung trägt, die Durchführungsverantwortung aber bei der finanziellen (FZ) wie technischen Zusammenarbeit (TZ) liegt. Die sprachliche Differenzierung wird aufgrund der starken inhaltlichen Kongruenz der Akteure sowie ihrer einheitlichen Handlungsorientierung dem Lesefluss geopfert, indem im Folgenden - trotz unterschiedlicher Institutionen, Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Organisationsstrukturen - von *der* deutschen EZ die Rede sein wird.

<sup>22</sup> Eine solche begriffliche Engführung sollte den Beobachter jedoch nur begrenzt irritieren: Die staatliche EZ kommt aus vielerlei Gründen (Ressorthoheit, Zieldefinition, Arbeitsauftrag, Legitimierung der eigenen Leistungen vor der Öffentlichkeit, usw.) nicht umhin, den Bereich ihrer Aktivitäten sinnvoll abzugrenzen. Folglich ist erwartbar, dass der abstrakte Entwicklungsbegriff innerhalb der EZ eine Konkretisierung erfährt. Inwieweit dennoch Schwierigkeiten aus dem Entwicklungsverständnis erwachsen könnten, will die hier vorliegende Analyse eruieren.

<sup>23</sup> Die internationale EZ bildet in der vorliegenden Arbeit den institutionellen wie argumentativen Rahmen der deutschen entwicklungspolitischen Aktivitäten ab, da sie Begriffe, Konzepte und Überzeugungen teilen, wechselseitig nutzen oder aufeinander verweisen - insbesondere betont die deutsche EZ ihre Mitgliedschaft

Wegbereiter modernisierungstheoretischer Entwicklungsprozesse. Inhaltlich hingegen hat man das Aufgabenfeld deutlich ausgeweitet. Heute gehören Armutsbeseitigung und Wohlstandsgenerierung bei gleichzeitiger Bearbeitung des Klimawandels zu den Kernforderungen an entwicklungspolitische Bemühungen. Der amtierende deutsche Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller formuliert die Ansprüche der EZ in Abgrenzung zu Truman mittlerweile deutlich umfassender: *„Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert kann so als innovative Zukunfts- und Friedenspolitik ganz konkret die globalen Herausforderungen gestalten statt Reparaturbetrieb zu sein.“* (Müller 2016).

Im Anschluss an die öffentliche Auseinandersetzung mit den anthropogen induzierten Klimakrisen wurden die Aufgaben der Entwicklungspolitik, welche sich bisher vorranglich dem Ziel einer Entwicklung vermeintlich ‚unterentwickelter‘ Gesellschaften durch die Initiierung wirtschaftlichen Wachstums verschrieben hatte, deutlich erweitert (vgl. Mumm 2016: 26-32): Heutzutage soll Entwicklungspolitik gesellschaftliche Transformationsfragen unter Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen wie sozialen Implikationen bearbeiten<sup>24</sup>.

Im Anschluss an die globale Finanzkrise von 2008 und den zunehmenden klimatischen Veränderungen wird Entwicklungspolitik heute vielerorts als Krisenpolitik gelabelt (vgl. Rechkemmer 2002: 1). Auch die Institutionen deutscher Entwicklungspolitik haben diese umfassendere Aufgabenbeschreibung übernommen: *„Entwicklungspolitik ist Klimapolitik! Fast 90 Prozent der Mittel, die die Bundesregierung für die internationale Klimafinanzierung zur Verfügung stellt, werden vom BMZ umgesetzt.“* (BMZ 2017d: 6).

Ungeachtet der Diagnose des Entwicklungstheoretikers Franz Nuscheler, dass die Entwicklungspolitik bereits 2004 mit Erwartungen überfrachtet wurde, die sie mit immer kleiner werdenden Budgets bewältigen sollte (vgl. Nuscheler 2004: 16), wurden die

---

und Kooperation mit der internationalen Gebergemeinschaft, aus welcher sie ebenfalls ihre allgemeinen Zielsetzungen ableitet (z.B. die Sustainable Development Goals; vgl. BMZ 2017: 4, 14, in: Marshall).

Allerdings werden die Aktivitäten und Interventionen anderer entwicklungspolitischer Akteure in Sub-Sahara Afrika in dieser Analyse nicht berücksichtigt; der Fokus liegt ausschließlich auf den Wahrnehmungen und Orientierungen der deutschen EZ, wodurch der Untersuchungsfokus sinnvoll begrenzt werden kann - andernfalls wäre der Analysegegenstand internationaler EZ deutlich zu unübersichtlich und komplex.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu die Darstellung der unterschiedlichen Nachhaltigkeitsmodelle bei Mumm 2016: 35-43

Erwartungen an die Entwicklungspolitik weiter nach oben geschraubt. In gewisser Hinsicht lässt sich daher Entwicklungspolitik im Zeitalter des Leitbildes der Nachhaltigkeit als Politikfeld begreifen, dem zumindest inhaltlich die Bearbeitung und Lösung drängender Zukunftsfragen überantwortet wurde: Von der Entwicklungspolitik wird je nach Kontext oder Publikum erwartet, klima-, umwelt-, friedens-, wirtschafts-, infrastruktur- oder auch sicherheitspolitische Leistungen zu erbringen (vgl. Nuscheler 2005: 93-96). Die Ansprüche an Entwicklungspolitik sind folglich alles andere als eindeutig und unumstritten (vgl. Koch/Weingart 2016: 5-6).

Zugleich fehlt es an widerspruchsfreien Auffassungen dessen, was unter Nachhaltiger Entwicklung zu verstehen ist und wie diese zu verwirklichen sei (Hellbrück/Kals 2012: 93-96). Dies führt zu Uneindeutigkeiten hinsichtlich Zielsetzungen und Lösungsstrategien. Der Begriff der Nachhaltigkeit unterliegt einem inflationären, unübersichtlichen Gebrauch in beinahe allen gesellschaftlichen Teilbereichen, wobei er insbesondere in ökonomischen Kontexten gehäuft vorkommt (vgl. Brand/Görg 2002: 15; Erlemann 2012: 150). Ob von nachhaltiger Unternehmensführung, nachhaltigen Investitionen oder nachhaltiger Personalentwicklung die Rede ist: Der Begriff ist mittlerweile in aller Munde; selbst dort, wo ein mittelbarer Umweltbezug kaum oder gar nicht erkennbar wird (vgl. Schachtschneider 2005: 10; Grober 2010: 281-282). Ungeachtet der globalen Forschungsanstrengungen, der unzähligen Datenerhebungen sowie der politischen Förderung nationaler wie globaler Nachhaltigkeitsforschung, fehlt es aber auch in Zeiten der ‚Sustainable Development Goals‘ (SDGs; Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen) an weithin anerkannten Lösungen für die global unterschiedlich auftretenden Symptome sozialökologischer Krisen (vgl. Pogge/Sengupta 2016: 92-94; Easterly 2015).

Weder können die Mechanismen des Kyoto-Protokolls als letztgültige Präventivmaßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels in seiner Gänze betrachtet werden (vgl. Altvater/Brunnengräber 2008: 11-12; Haensgen 2002: 99-101), noch werden die bisher beobachtbaren Konsequenzen einer zunehmenden Umweltdegradation effektiv durch entwicklungspolitische Interventionen eingefangen (vgl. Hobart 1993: 3; Thioune Diop 2017: 61). Dies liegt nicht zuletzt an der Unübersichtlichkeit und Komplexität der biophysischen Reproduktionsprozesse auf dem Planeten Erde (vgl. Hattermann/Huang et al. 2015: 209) „*So despite our best efforts at eliminating uncertainty with the latest computing and intellectual*

*firepower doubt and risk remain; indeed, I argue that they are fundamental and always will remain. The recursive world of social, ecological and economic systems is highly uncertain. Knowledge always will be incomplete and theories partial.“* (Harris 2007: 163).

Zugleich impliziert die weitgehende Unsicherheit hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung eines normativ aufgeladenen Konzepts wie dem der ‚Nachhaltigen Entwicklung‘ fast zwangsläufig Konflikte und Widersprüche zwischen unterschiedlichen Positionen und Interessen (vgl. Brunnengräber 2002: 195). Während politisches Handeln beständig durch Unsicherheiten und das Phänomen von Unwissenheit gegenüber Handlungskonsequenzen geprägt ist, sich diese Kontingenz angesichts der Komplexität sozialer Wirklichkeit aber auch nicht überwinden lässt (vgl. Bacchi 2009: 20; Rüb 2011: 19-22), verschärfen sich Herausforderungen im Hinblick auf sozialökologische Fragestellungen: In jenem, auf die kontingente Zukunft ausgerichteten Feld der Entwicklungspolitik - mit seinen zahlreichen, politikfeldübergreifenden Aktivitäten - spielen Unsicherheit und fehlendes Wissen um zukünftige Entwicklungen und Handlungskonsequenzen eine wesentliche Rolle (vgl. Fischer 2002: 8). Denn: *„Eine Patentlösung dafür, wie man wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt, soziale Gerechtigkeit schafft und zugleich die verfügbaren Ressourcen schonend nutzt, gibt es nicht.“* (Gehart 2011: 215)

Damit fehlt es in der EZ an unhinterfragbaren Strategien, welche die Akteure in ihrem Handeln unmissverständlich anleiten könnten. Eine einheitliche Entwicklungsstrategie für alle Gesellschaften gleichermaßen existiert nicht.

Zugleich wird aufgrund fehlender Einheitlichkeit bei den Lösungsstrategien umso deutlicher, dass Entwicklungsfragen, ebenso wie Umweltfragen, nicht dauerhaft gelöst werden können. Vielmehr muss man sie in ihrer Unabgeschlossenheit und Konflikthaftigkeit ernst nehmen (vgl. Brunnengräber 2002: 209; Murphy 2005: 6-8). Problemdiagnosen und Lösungsstrategien, welche diese Unbestimmbarkeit negieren oder die räumlich-zeitliche Interdependenz sozialökologischer Herausforderungen nicht ernst nehmen, werden daher langfristig keine brauchbaren Handlungsstrategien anbieten können (vgl. Kluge/Schramm 2016: 26).

## 1.4 Post Development Kritik am Entwicklungsdenken

Eine solche inhaltliche Kontingenz innerhalb des Politikfeldes der Entwicklungspolitik wird von der so genannten Post-Development Kritik aufgenommen, die mit der Betonung von Unsicherheit und Unwissenheit eher eine Ausnahme in der Diskussion um EZ bildet.<sup>25</sup>

Gemeinhin werden mit Entwicklungspolitik die „*Gesamtheit aller Maßnahmen* [umschrieben; Anm. TK], *die zu sozialem Fortschritt in den Entwicklungsländern führen*“ (Dudenredaktion o. J.). Damit werden mit dem Politikfeld progressive, humanitäre Aktivitäten wie die Armutsbekämpfung oder die Beseitigung von Hunger assoziiert: Entwicklungshilfe gilt entsprechend als weitgehend wertneutral und auf positive Veränderungen ausgerichtet, wenn auch zusehends eine bessere Informationspolitik sowie effektivere Politikgestaltung eingefordert werden (vgl. IPPR 2012: 2-3). Auch die deutschen, entwicklungspolitischen Institutionen sind mit Kritik an der eigenen Leistungsfähigkeit sparsam: Während entwicklungspolitische Handlungen kaum in ihrer Sinnhaftigkeit und Zielorientierung infrage gestellt werden, konzentriert sich die interne Kritik an der EZ vorwiegend auf Mängel in der effektiven Umsetzung von Maßnahmen, unzureichende Koordination von Geberinstitutionen untereinander oder auf die ineffiziente Kooperation

---

<sup>25</sup> Zwar setzen sich auch Vertreter der Dependenztheorie kritisch mit den Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens auseinander, jedoch fokussieren sie dabei auf externe Hindernisse bei der Erreichung von bereits definierten Entwicklungszielen. Ansonsten liegen auch den Dependenztheorien ähnlich lineare Vorstellungen von Entwicklung zugrunde (vgl. Hein 1998:197-216; Ziai 2014: 7).

Eine andere Gruppe von Forschern, welche eine kritische Position hinsichtlich des Entwicklungskonzepts vertritt, sammelt sich um den Begriff der postkolonialen Studien. Allerdings lassen sich hinsichtlich der Autoren und Inhalte starke Überschneidungen mit dem Konzept der Post-Development Kritik ausmachen, weswegen hier auf eine gesonderte Darstellung postkolonialer Forschung verzichtet wird (vgl. Ziai 2010: 402-412). Auch in postkolonialen Studien wird das Konzept der Entwicklung kritisch hinsichtlich seiner normierenden, herrschaftsstabilisierenden und ambivalenten Wirkung betrachtet: „*Eriksson Baaz (2005) hingegen hat nachgewiesen, dass auch lange nachdem die Entwicklungshilfe in Entwicklungszusammenarbeit (EZ) umbenannt und unter das Leitbild der Partnerschaft gestellt worden ist, die Konstruktion des Anderen durch in der EZ tätige Personen immer noch Züge der Bürde des weißen Mannes aufweist. In den Darstellungen entwicklungspolitischer Institutionen findet sich dementsprechend die Konstruktion eines aufgeklärten und selbstlosen Gebers unter Ausblendung der mit den Finanztransfers in den Süden verbundenen Auflagen und ihrer Instrumentalisierung für außenwirtschaftliche und geopolitische Ziele.*“ (Ziai 2012: 289).

mit lokalen gesellschaftlichen Kräften (vgl. Lammerding/GTZ 2009: 4-6). Zugleich begreift die EZ ihre Arbeit selbst als notwendig und grundlegend funktional: *„Die deutsche Entwicklungspolitik trägt dazu bei, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen.“* (BMZ 2009: 2)

Zwar existieren in der Forschung zur Entwicklungspolitik zahlreiche Stimmen, welche die EZ in wiederkehrender Regelmäßigkeit kritisieren. Weite Teile dieser Kritik zielen jedoch vordringlich auf eine gesteigerte Fähigkeit zur Selbsthilfe als grundlegende Voraussetzung erfolgreicher Entwicklungsprozesse: Die Menschen in Entwicklungsländern müssten demzufolge ‚lernen‘, sich selbst zu helfen. Diese Fähigkeit, das eigene gesellschaftliche Schicksal in die Hand zu nehmen, würde die EZ durch die Erzeugung von Abhängigkeitsbeziehungen und Negierung der Eigenverantwortlichkeit schwächen und so tragfähige Entwicklungsprozesse langfristig verhindern (vgl. Seitz 2009: 47-48). Festgehalten wird auch hier an einem linearen Entwicklungsverständnis, während die Menschen in den Partnerländern als passive Hilfsempfänger beschrieben werden, denen - gehemmt durch die Entwicklungshilfe - der Aufholungsprozess nicht gelingen will: *„Statt die Ärmel hochzukrempeln“* würde man sich als *„Opfer des Kolonialismus, Rassismus, der Globalisierung etc.“* stilisieren und so *„die Schuldgefühle der Weißen manipulieren“* (Seitz 2009: 47)<sup>26</sup>.

Daneben finden sich in der entwicklungspolitischen Diskussion Stimmen, welche die Möglichkeiten zur erfolgreichen Entwicklung der Entwicklungsländer dadurch behindert sehen, dass Interdependenzen, benachteiligende Handelsregelungen oder asymmetrische Machtbeziehungen im internationalen System vorherrschen, was zu einer Verfestigung der ungleichen Nord-Süd-Beziehung beitragen würde. Vertreter solcher dependenztheoretischen Ansätze bemängeln die strukturell festgeschriebene Ungerechtigkeit zwischen den Staaten im internationalen Raum und assoziieren mit ihrer Abschaffung die Chance, dass die unterentwickelten Länder zu den Industrienationen aufschließen (vgl. Hein 1998: 159-162). Dabei steht auch hier die Verfolgung eines linearen Entwicklungsweges im Vordergrund (vgl. Ziai 2014: 7).

---

<sup>26</sup> Der rassistische und herablassende Einschlag der Problemdiagnose von Volker Seitz ist unverkennbar (vgl. Wilson 2012: 139).

Ohne auf die Vielfalt kritischer Stimmen an dieser Stelle im Detail eingehen zu können, ist ihnen mit der Ausrichtung der staatlichen EZ selbst doch gemein, Entwicklung einerseits mit der Verbesserung allgemeiner Lebensumstände in den jeweiligen Entwicklungsländern zu assoziieren und andererseits diese Prozesse nicht nur als mehr oder minder wünschenswert, sondern zugleich zwangsläufig zu begreifen. Entwicklung ist in diesem Sinne als evolutionärer Vorgang zu betrachten, welcher einige Gesellschaften bereits erfasst hat, während andere aus vielfältigen, teils unbekanntem Gründen bisher außen vor geblieben sind.<sup>27</sup> Entwicklung ist aus dieser Perspektive ein unvermeidlicher Fortschrittsprozess, welcher Gesellschaften auf eine höherwertige Stufe hebt, zugleich aber sein Pendant der Unterentwicklung impliziert. Unterentwickelte Gesellschaften haben es demnach nicht bewerkstelligt, die notwendigen Fortschrittsprozesse erfolgreich zu initiieren.

Eine grundsätzlich divergente Perspektive nehmen hier Vertreter der Post-Development Kritik ein. Gemein ist der heterogenen Gruppe der sogenannten Post-Development-Kritiker, Entwicklung nicht als evolutionären oder historisch alternativlosen Prozess zu begreifen, welcher alle Gesellschaften in gleicher Weise erfasst. Entwicklung sei in Wirklichkeit zu einem „schwammigen, qualligen, amöben-gleichen Wort geworden: ‚Wer es ausspricht, benennt gar nichts, doch nimmt für sich alle guten Absichten dieser Welt in Anspruch‘.“ (Ziai 2012: 134).

---

<sup>27</sup> Die Dichotomie zwischen Entwicklung und Unterentwicklung kann im Anschluss an die diskursanalytischen Arbeiten zur Narrationsanalyse von Viehöver auch als konzeptuelle Narration begriffen werden. „Damit sind (...) die theoretischen Konzepte und Erklärungsmodelle gemeint, die die Sozialforscher entwickeln oder auf die sie sich beziehen.“ Diese Narrationen stellen häufig ein Vokabular zur Verfügung „das die Rekonstruktion von ontologischen Erzählungen, ihren Plots und Plotstrukturen, ihren Aktantenrollen und deren Beziehungen, die darin entfalteten Argumente und Argumentstrukturen sowie das Muster der ihnen zugrundeliegenden Werte, Wertgegensätze und Zeit- und Raumkonzepte ermöglicht.“ (Viehöver 2012: 77). Durch die Beschreibung der afrikanischen Gesellschaften als ‚unterentwickelt‘ werden zahlreiche Zuschreibungen und Argumentationsmuster ermöglicht, welche politische Interventionen und Strategien rechtfertigen können (vgl. Ziai 2010: 401-402). Die Einordnung in die Unterscheidung von Entwicklung/Unterentwicklung bezieht sich argumentativ auf vergangene Erzählungen (etwa von Armut oder mangelnder Zivilisierung der beschriebenen Objekte) und ermöglicht es zugleich, flexibel auf Varianzen in der Erzählung zu reagieren (etwa durch die Bezugnahme auf die Dichotomie nachhaltig/nicht nachhaltig).

Dabei wird nicht nur die staatliche EZ, sondern das Entwicklungskonzept selbst grundsätzlich in Zweifel gezogen, während man gegenüber der positiven Konnotation des Entwicklungsbegriffs skeptisch ist (vgl. Ziai 2001: 6-8). Der Entwicklungsbegriff sei vielmehr – ähnlich dependenztheoretischer Annahmen – Deckmantel für eine, von Machtasymmetrien durchsetzten, globalen Interessenpolitik, welche eine grundsätzliche Nachrangigkeit vermeintlich unterentwickelter Gesellschaften gegenüber den Industrieländern ermöglicht und rechtfertigt: *„Die Annahme, dass „Entwicklung“ nach westlichem Vorbild sowohl positiv wie auch unausweichlich sei, diene zur Legitimierung unzähliger Interventionen gegen den Willen der Betroffenen, die z.T. äußerst negative soziale und ökologische Auswirkungen für die ‚Zielgruppen‘ hatten (Seabrook 1993; Alvares 1992). Kritiker\*innen verweisen auf die Zerstörung von Lebensräumen, funktionierenden Subsistenzwirtschaften, Solidarstrukturen, sozialem Zusammenhalt, kulturellen Traditionen und lokalem Wissen als Konsequenz der Ausbreitung und Durchsetzung des westlichen Gesellschaftsmodells (Mies/Shiva 1993; Norberg-Hodge 2009) und darauf, dass allein als Konsequenz von Staudammprojekten geschätzte 50 Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verloren haben und zu Flüchtlingen wurden.“* (Bendix/Ziai 2015: 164).

Für Post-Development-Kritiker ist Entwicklung im Sinne der allgemeinen Entwicklungsansätze als Ideologie zu verstehen, mit deren Hilfe ein Großteil der Erdbevölkerung zur Zielgruppe politischer Interventionen deklariert wurde, indem man sie als unterentwickelt und hilfsbedürftig begriff. Rückblickend betrachtet, definierte die Antrittsrede von Truman so die Identität einer Mehrheit der Weltbevölkerung als unterentwickelt und rückständig: *„Nach dem Wegfall des rassistischen Elements wird jedoch kaum noch von unterentwickelten Völkern oder Menschen gesprochen, sondern in der Regel von unterentwickelten Ländern oder Regionen. Der Gegenstandsbereich wird sozialgeographisch statt biologisch erfasst. Die Zweiteilung ‚zivilisiert/unzivilisiert‘ wird durch den Dualismus ‚entwickelt/unterentwickelt‘ ersetzt.“* (Ziai 2004: 16). Der gesellschaftliche Zustand der Industrienationen wird damit zur Orientierungsmarke für die Entwicklungsländer, die entsprechend danach streben, den Verhältnissen im globalen Norden nachzueifern. Zugleich wird damit die Problemsicht auf Entwicklung gewissermaßen vorprogrammiert: Das übergreifende Entwicklungsproblem liegt demnach in der Unterentwicklung der Entwicklungsländer. Die Problemlösung besteht entsprechend in der

Initiierung von Entwicklungsprozessen, welche die Annäherung an die entwickelten Industrienationen ermöglichen.

Die positiv konnotierte, eurozentrische Sicht auf gesellschaftliche Transformationsprozesse hat insofern fragwürdige Implikationen, als dass mit ihr externe Interventionen in die vermeintlich unterentwickelten Gesellschaften gerechtfertigt werden (vgl. Ziai 2012: 134): „*The traditional concept of development has authoritarian and technocratic implications. It is clear that whoever gets to define what ‘development’ is and how it can be achieved – usually some kind of ‘development expert’ – is in a position of power (because ‘development’ is usually seen as synonymous with ‘positive social change’).*“ (Ziai 2007: 8). Entwicklung erzeugt demnach eine Dichotomie in der Weltdeutung, indem einigen Menschen und ihren Heimatländern der Status unzureichender Entwicklung auferlegt wird, während der andere Teil mutmaßlich einen Entwicklungsvorsprung besitzt, mit dessen Hilfe dann die enormen Unterschiede in der globalen Wohlstandsverteilung<sup>28</sup> erklärt werden können. „*Any position that implicitly or explicitly relies on universal standards for classifying and evaluating societies in fact subordinates the countless different perceptions and values of other people*“. (Ziai 2007: 9)

Während etwa Vertreter der Dependenztheorie in Anlehnung an modernisierungstheoretische Ansätze von Entwicklung davon ausgehen, dass Entwicklungsländer die notwendigen Entwicklungsschritte im Idealfall vollziehen können, jedoch daran aufgrund von Ungerechtigkeiten im internationalen System gehindert werden, lehnen Post-Development-Kritiker Vorstellungen linear und kausal verlaufender Entwicklungsprozesse nach einheitlichen Mustern grundlegend ab. Für sie existiert kein homogener Entwicklungsprozess, denen alle Gesellschaften gleichermaßen unterliegen würden, sondern eine Vielfalt an möglichen Transformationsperspektiven, welche

---

<sup>28</sup> Interessanterweise wird mit der Unterscheidung in Entwicklung und Unterentwicklung zwar der Versuch unternommen, die Armut in Entwicklungsländern selbst zu erklären, indem man sie als rückständig definiert. Zugleich findet diese Unterscheidung jedoch keine Anwendung auf asymmetrische, sozioökonomische Verhältnisse in den Industrienationen selber, in denen ebenfalls erhebliche, innergesellschaftliche Differenzen erkennbar sind. Entsprechend ungeklärt bleibt die Frage, warum im internationalen System Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten innerhalb der Entwicklungsländern mit ausbleibenden Entwicklungsfortschritten erklärt werden könne, diese Erklärungsformel jedoch nicht in Industrienationen Anwendung findet.

Gesellschaften für sich einnehmen können (vgl. Murphy 2005: 6): „*The end of development should not be seen as an end to the search for new possibilities of change. [...] It should only mean that the binary, the mechanistic, the reductionist, the inhumane and the ultimately self-destructive approach to change is over.*“ (Rahnema 2006: 391).

Damit lehnen Post-Development Kritiker einheitliche Entwicklungsvorstellungen ab und betonen demgegenüber die Vielfalt und Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Veränderungen. Ausgangspunkt solcher Transformationsprozesse sind in den Augen der Post-Development-Kritiker oftmals Graswurzelbewegungen, zivilgesellschaftliche Akteure, direktdemokratische Beteiligungsverfahren oder informelle Strukturen, welche alternative Wirtschafts- und gesellschaftliche Reproduktionsweisen ermöglichen.<sup>29</sup> Mit dem Verweis auf diejenigen Räume innerhalb von Gesellschaften, in denen sich Alternativen zu den dominierenden soziokulturellen Mustern herausbilden können, verbindet sich daher auch eine Kritik an etablierten sozioökonomischen Strukturen und Organisationsweisen. Diese werden in der Post-Development Diskussion, in Anlehnung an kapitalismuskritische Stimmen, häufig mitverantwortlich für die desaströsen Lebensumstände in vielen Ländern gemacht (vgl. Berthoud 1993: 236–237; Schneider 2004: 3; Kesicki/Tomei 2013: 273; Kohnert 2014; Murphy 2005: 7).

Die Post-Development Kritik beinhaltet folglich eine Abkehr vom Menschenbild des homo oeconomicus, also eines rational handelnden Menschen, welcher seine Handlungen auf die Maximierung seines eigenen Nutzens ausgerichtet hat: Entgegen der Deutung von Entwicklung als zunehmenden ökonomischem Wachstumsprozess wird aus Sicht der Post-Development-Kritiker die Alternation möglicher gesellschaftlicher Organisationsweisen betont. Dabei stehen Kriterien wie Solidarität und Reziprozität, traditionelle Wissensformen oder Ansätze dezentralisierter politischer Herrschaft im Vordergrund. Transformationsprozesse nach einem solchen Muster bedürfen jedoch Gesellschaftsmitglieder mit abweichenden sozialen Qualitäten, als dies ein auf Konkurrenz und Nutzenmaximierung fokussiertes Gesellschaftsmodell impliziert. Das Menschenbild eines homo oeconomicus entspricht folglich nicht den normativen Vorstellungen der Post-Development Kritik. Allerdings unterscheiden sich die Vertreter der Post-Development-Kritik

---

<sup>29</sup> Zur Kritik am Kulturrelativismus in Strömungen der Post-Development Forschung vgl. Ziai 2001: 14-15.

auch hier je nach kulturellem und wissenschaftlichem Forschungshintergrund hinsichtlich ihrer Fokussierung auf einzelne Kritikpunkte an dem Menschenbild (vgl. Ziai 2012: 136-137).

Die gemeinsame Kritik der Post-Development Vertreter lässt sich dennoch hier auf ein Kernargument komprimieren: *„The traditional concept of ‘development’ is Eurocentric. The concept of labelling Western Europe and North America as ‘developed’ and Africa, Asia and Latin America as ‘underdeveloped’ is a Eurocentric construct in which the own society is perceived as constituting an ideal norm and other societies are perceived as imperfect deviations from this norm, as inferior versions of the self, which are, however, in the process of approaching the norm – although they will never reach it.“* (Ziai 2007: 8)

Im Zentrum steht damit ein vermeintliches Wissens- und Fertigkeitendefizit seitens der unterentwickelten Länder. Dieses spielt nicht nur eine Rolle für die Legitimierung entwicklungspolitischer Aktivitäten, sondern begründet ebenso die Sinnhaftigkeit und Nützlichkeit von Interventionen in den Gesellschaften der Entwicklungsländer: Die Norm von Entwicklung – abgeleitet vom Wohlstandsmodell der wirtschaftsstärksten und politisch einflussreichsten Länder - kann durch die defizitären Gesellschaften unterentwickelter Länder nur mit Hilfe des Wissens und der Fähigkeiten der entwickelten Länder erreicht werden (vgl. Koch/Weingart 2016: 70-71). Die Entwicklungspolitik erklärt sich damit, entgegen der Auffassung der Post-Development-Kritiker, zur notwendigen Voraussetzung erfolgreicher Armutsbekämpfung: Ohne die Unterstützung durch die EZ seien demnach Entwicklungsprozesse in den vermeintlich unterentwickelten Gesellschaften nicht zu bewerkstelligen; ihnen fehle es an Wissen und Fertigkeiten, solche Fortschrittsprozesse selbstständig zu initiieren.

Während aus Perspektive der entwicklungspolitischen Akteure recht eindeutig bestimmt werden konnte, woran es den Entwicklungsländern vermeintlich mangelt, war man sich rückblickend betrachtet in der EZ Gemeinschaft selten einig, wie man diese Defizite gezielt überwinden könnte und welche Prioritäten einzelnen Herausforderungen dabei zukommen sollte: Der Bedeutungskern des Entwicklungsbegriffs unterlag, im Einklang mit wechselnden, entwicklungspolitischen Strategien, einem beständigen Wandel, so dass mal die Grundbedürfnisbefriedigung der Ärmsten, mal partizipative Momente der Politikgestaltung

oder der nachhaltige Umgang mit natürlichen Ressourcen im Fokus standen. Entsprechend waren unterschiedliche Entwicklungsprogramme im historischen Verlauf auf wechselnde Ziele ausgerichtet.

Unabhängig von der inhaltlich verschobenen Schwerpunktsetzung, so die Post-Development-Kritik, wurden, vor dem Hintergrund der Definition der Entwicklungsländer als defizitär, beständig Eingriffe in die Lebenswelt der ‚Unterentwickelten‘ legitimiert (vgl. Ziai 2012: 134). Während die EZ Gemeinschaft beständig neue Ansatzpunkte zur Transformation der Zielländer proklamierte, verblieben die Gesellschaften der Interventionsländer in einer passiven Rolle von Hilfeempfängern.

Die vorliegende Analyse schließt normativ an die Position der Post-Development Kritiker an und begreift Entwicklungspolitik nicht als wertfrei und unabhängig von politischen Interessen. Es wird sich der Kritik angeschlossen, wonach rassistische Stereotypen und simplifizierende Wahrnehmungen der Entwicklungsländer die Einteilung der Welt in entwickelt/unterentwickelt begleiten und so zur Reproduktion von Vorurteilen und Machtasymmetrien beitragen. Entwicklungspolitische Aktivitäten beziehen sich zwar argumentativ auf die Beseitigung von Armut und mögen in vielen Fällen auch strategisch auf die Verbesserung der Lebensumstände spezifischer Zielgruppen ausgerichtet sein. Sie lassen sich jedoch nichtsdestotrotz im Anschluss an die ausgeführte Post-Development-Kritik als hegemoniale und exogene Interventionen in endogene Transformationsprozesse von Gesellschaften verstehen. Solche Eingriffe induzieren häufig nicht nur positive sozialökologische Effekte in den Partnerländern. Vor allem haben sie es bisher jedoch versäumt, ihre eigens gesteckten Ziele der Armutsbeseitigung zu erreichen.

## 1.5 Methodische und konzeptionelle Herausforderungen bei der Analyse sozialökologischer Fragen in der EZ

Korrektur Weise sollte nicht von *den* Zielen der EZ gesprochen werden, sondern von einer widersprüchlichen Vielfalt an Ansprüchen, Zielvorstellungen und Lösungsansätzen. Die

Analyse von Entwicklung entzieht sich einer objektiven Bewertung<sup>30</sup>, da nur im Einzelfall und im Verweis auf die jeweiligen Akteursinteressen und Zielvorstellungen festgestellt werden kann, inwieweit politische Interventionen als subjektiv erfolgreich begriffen werden (vgl. Simonis 2004: 10; Haraway 1995: 89).<sup>31</sup> Angesichts der grundsätzlichen Diskrepanzen in der Deutung des Entwicklungsbegriffs durch unterschiedliche Akteure wird eine Bewertung entwicklungspolitisch motivierter Policies schwierig. Diese kann eher bei den subjektiven Wahrnehmungen der involvierten Akteure ansetzen, anstatt die Möglichkeit einer objektiven Beurteilung entwicklungspolitischer Aktivitäten vorzutäuschen.<sup>32</sup>

Verschärft werden Herausforderungen bei der Beobachtung und Analyse der komplexen, widersprüchlichen Entwicklungspolitik durch Wechselwirkungen zwischen umwelt- und entwicklungspolitischen Aktivitäten: Diese Interaktionen lassen sich als besonders unübersichtlich charakterisieren. Entwicklungspolitische Maßnahmen haben, auch wenn sie

---

<sup>30</sup> Ungeachtet der konzeptionellen Schwierigkeiten bei der Bewertung von Entwicklung, muss betont werden, dass im Bereich der Entwicklungspolitik aufgrund eines empirischen Datendefizits ohnehin Einschränkungen bei der Einordnung entwicklungspolitischer Effekte existieren: Hinsichtlich der Praxis der EZ, wie auch deren sozialökologischen, sozialökonomischen oder sozialkulturellen Auswirkungen finden sich kaum bis keinerlei belastbare Daten oder Informationen, welche eine abschließende Bewertung zulassen würden. Projektberichte oder Datenbanken der EZ erlauben zwar einen kursorischen Einblick in die entwicklungspolitische Praxis; dieser bleibt aber oberflächlich und unspezifisch. Auf Basis einer solchen schwammigen Datengrundlage ließe sich eine Einordnung der entwicklungspolitischen Aktivitäten kaum wissenschaftlich belastbar vollziehen. Hierfür bedürfte es alleine schon einer nachvollziehbaren Benennung der konkreten Aktivitäten sowie einer Darstellung involvierter Akteure - beides findet sich jedoch nicht in den Publikationen der deutschen EZ.

<sup>31</sup> Die grundsätzlichen Schwierigkeiten bei der Analyse der EZ erweisen sich im Hinblick auf die Eruiierung der Effekte der FZ als noch weitaus tiefgreifender, da kaum detaillierte Informationen zu den finanzierten Infrastrukturprojekten oder Investitionen vorliegen - es werden zwar Ziele formuliert und Auftragsvolumina angeführt, die konkreten Projektinhalte und -effekte sind daraus jedoch nicht ableitbar (vgl. KfW Projektdatenbank 2017).

<sup>32</sup> Daher erscheint auch die Rede von erfolgreicher Entwicklung oder erfolgreichen Entwicklungsprozessen fragwürdig. Dies deutet erneut auf eine lineare Auffassung von gesellschaftlicher Transformation hin, auf deren Weg ein weiterer Schritt in die richtige Richtung unternommen werden konnte (vgl. Hobart 1993: 1-4). Offenkundig kann aber weder der Entwicklungspfad der Industrienationen aufgrund seiner ökologischen wie sozialen Konsequenzen als Vorbild dienen, noch existieren unhinterfragte, messbare Kriterien erfolgreicher Entwicklung, welche der Politikgestaltung als Orientierungsmarken dienen könnten. Entsprechend kontingent und pluralistisch sollten gesellschaftliche Transformationsprozesse gedacht werden (vgl. Hobart 1993: 2-4).

nicht explizit auf Umweltfragen ausgerichtet sind, meist materielle Konsequenzen für die biophysische Natur. Ausgerichtet an spezifischen, institutionalisierten Entwicklungszielen, sollen Gesellschaften transformiert bzw. bei solchen Veränderungsprozessen unterstützt werden (vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 523). Dabei bildet die Entwicklungspolitik einen Querschnitt unterschiedlichster Politikfelder, wie der Infrastruktur-, Bildungs-, Wirtschafts- oder Umweltpolitik bzw. entfalten entwicklungspolitische Aktivitäten in all diesen politischen Teilbereichen eine Wirkung. Dies gilt insbesondere für sogenannte PRSPs (Poverty Reduction Strategy Papers) oder Strukturanpassungsstrategien (vgl. Koch/Weingart 2016: 2-3). Während entwicklungspolitische Institutionen und Akteure also versuchen, bewusst auf zukünftige Veränderungsprozesse von Gesellschaften hinzuwirken, kommt es zu Alterationen der Beziehungen zwischen Gesellschaften und der sie umgebenden Natur (siehe Kapitel 2.1). Die Entwicklungspolitik muss als Einflussgröße für die zukünftige Ausgestaltung globaler, regionaler sowie lokaler Mensch-Umwelt-Beziehungen entsprechend ernst genommen werden (vgl. Hennings 2009: 236; 241-242), während ihre Aktivitäten zugleich als unübersichtlich sowie in ihrer Wirkung als komplex beschrieben werden können.<sup>33</sup>

Angesichts der Komplexität, Widersprüchlichkeit sowie normativen Aufladung umwelt- und entwicklungspolitischer Fragen scheint es forschungspraktisch schwierig, Mensch-Umwelt-Beziehungen in ihrer Gesamtheit einzufangen oder ganzheitlich zu analysieren (vgl. Hajer 1995: 19-20). Als zu vielfältig und miteinander verwoben erscheinen die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaften und der biophysischen Umwelt für simplifizierende Bewertungsprozesse anhand von missverständlichen Konzepten wie dem der Nachhaltigkeit. Zudem kollidieren bei der Analyse entwicklungspolitischen Handels hinsichtlich ökologischer Effekte zahlreiche Vorstellungen und Konzepte von Natur, Gesellschaft und Entwicklung<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> Diese Komplexität verschärft sich dadurch, dass zahlreiche und unterschiedliche Akteure in der EZ aktiv sind. Alleine im entwicklungspolitischen Feld der Wasserversorgung sind neben staatlichen Akteuren in großer Zahl eine unübersichtliche Masse an Nicht-Regierungsorganisationen und Beratungsfirmen tätig, die allesamt Einfluss darauf nehmen, wie Transformationen der Wasserpolitik, -infrastruktur und -nutzung ausgestaltet werden. Daher können entwicklungspolitische Interventionen unvorhersehbare Wechselwirkungen mit anderen Maßnahmen entfalten, wodurch die Beschreibung von Ursache-Wirkungszusammenhängen zusätzlich verunmöglicht wird.

<sup>34</sup> Siehe hierzu die Kapitel 1.4 sowie 2.1

miteinander, was sich nicht zuletzt sprachlich in Ungenauigkeiten äußert (vgl. Downs 2005: 624). So beschreibt etwa Wolfgang Sachs den Begriff der Nachhaltigen Entwicklung als ‚Oxymoron‘ (vgl. Sachs 1999: 71): Der Begriffsinhalt unterliegt demnach einem beständigen Wandel, während sich Akteure mit unterschiedlichen Interessen und divergierenden normativen Positionen den Begriff aneignen (vgl. Brand 2012: 28).

Will man die Widersprüche, Subjektivität und Konflikte von Umwelt- und Entwicklungsfragen forschungspraktisch ernst nehmen, bedarf es einer Analyseperspektive, welche die Wechselwirkungen, Intersektionen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Natur und Gesellschaft in den Blick bekommt, Momente hegemonialer<sup>35</sup> Natur- und Entwicklungsdeutung nicht vernachlässigt und zugleich die diskursive Konstruktion des Verhältnisses von Natur und Gesellschaften berücksichtigt. Dafür eignet sich die Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

---

<sup>35</sup> Hegemonie wird in der vorliegenden Dissertation im Sinne der Arbeiten von Antonio Gramsci verstanden als Konstellation von Herrschaft, in welcher ein breiter geteilter, gesellschaftlicher Konsens der Regierten im Einklang mit den Interessen der Regierenden beobachtbar ist. Im Alltag der Menschen werden die strukturellen wie ideologischen Elemente der Herrschaft reproduziert, so dass Herrschaft als nicht hinterfragbar und natürlich erscheint – und dadurch gewissermaßen nicht mehr in ihrer Funktion als Herrschaft wahrgenommen wird. Hegemoniale Deutungen der sozialen Wirklichkeit sind entsprechend als Bestandteil einer spezifischen Weltauffassung und Sinndeutung zu begreifen. Der Zugang alternativer Interpretationen in den entwicklungspolitischen Diskurs wird erschwert, wohingegen passende Auslegungen und Überzeugungen leichter Anschluss an hegemoniale Deutungen haben. Dabei liegt der Hegemonie einer bestimmten Wirklichkeitsdeutung und Sinngebung kein umfassender Plan oder Wille zugrunde, sondern ist sie als Ergebnis von Konflikten unterschiedlicher Fraktionen zu begreifen. (Vgl. hierzu: Brand/Wissen 2017: 56-58; Gramsci 2012: 101)

## II. Eine sozialökologische Perspektive auf Entwicklungsfragen: Theoretisch - normative Verortung der Untersuchung

### 2.1 Das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Eine allgemeine Beschäftigung mit der Beziehung von Natur und Gesellschaften ist keinesfalls als Novum in den Sozialwissenschaften zu begreifen. Bisherige wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem sozialökologischen Beziehungsgeflecht zwischen Gesellschaften und ihrer biophysischen Umwelt reproduzierten jedoch weitgehend einen funktionalistischen Blick auf Umwelt. Becker/Jahn sprechen hier von einem methodischen Dualismus, welcher zu einer Trennung zwischen natur- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisgewinnen beitrug und ein kommunikativ-symbolisches Soziales von einer materiell-energetischen Natur abgrenzte (Vgl. Becker/Jahn 2006: 178ff.; Latour 2017: 66-68). Natur wurde in solchen Untersuchungen eine Reihe von Funktionserfüllungen für Gesellschaften zugesprochen und wurde als Rahmen gesellschaftlicher Transformationsprozesse begriffen, der auf die Sphäre des Sozialen einwirkt, gesellschaftliche Adaptionsprozesse induziert oder ressourcengebundenen Wachstumsprozessen Grenzen setzt. Ebenso finden sich in der entwicklungspolitischen Forschung zahlreiche Verweise auf die „*natürlichen Gegebenheiten*“, die vor Ort die Arbeit der Entwicklungspolitik prägen (GIZ 2016: 24). Zudem findet sich in der entwicklungspolitischen Literatur weiterhin die Behauptung, ausbleibende Entwicklungsfortschritte ließen sich vornehmlich mit geographischen Besonderheiten erklären (vgl. Freytag/Gebbhardt et al. 2015: 7-8).

Gemein ist allen Forschungsarbeiten außerhalb explizit sozialökologischer Forschungsansätze, dass sie an einer strikten Trennung von Ökologie und Sozialem festhalten und diese Unterscheidungspraxis, wie Becker und Jahn anmerken, durch die Ausrichtung ihrer Erkenntnisinteressen beständig reproduzieren.

Um „*natur- und sozialwissenschaftlichen Reduktionismen bei der Untersuchung komplexer ökologischer Krisenphänomene forschungspraktisch zu überwinden*“ (Jahn/Wehling 1998: 80)

bietet sich eine sozialökologische Perspektiverweiterung um die Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anschluss an die Arbeiten von Christoph Görg (1999) an. Mit Hilfe des Konzepts lässt sich die wechselseitige Konstitution von Natur und Gesellschaft einfangen: *„Diese dialektische Betrachtung von Natur und Gesellschaft trägt der Erkenntnis Rechnung, dass der ökologischen Krise der gesellschaftlichen Entwicklung keine isolierten ‚natürlichen‘ bzw. ‚äußeren‘ Problemlagen entgegenstehen, sondern dass diese Problemlagen vielmehr als Ausdruck einer immanenten und umfassenden Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse verstanden werden müssen.“* (Brunnengräber/Dietz et al. 2008: 50).

Aus Perspektive der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse wird Natur materiell wie symbolisch in der Sphäre des Sozialen produziert, ohne dass dadurch der Charakter von Natur als beliebig konstruierbar begriffen wird (vgl. Görg 2003: 143). Der Natur lässt sich allerdings kein ontologischer Kern zuordnen, welcher sich offenbart, sofern man gleichsam alle gesellschaftlichen Aspekte ausblenden würde. Zugleich ist nicht zu leugnen, dass Natur über eine gesellschaftlich überformte Materialität verfügt, *„[...] deren Missachtung hohe ökologische und soziale Kosten verursacht.“* (Wissen 2011: 122).

Christoph Görg (2003) spricht hier im Anschluss an Adorno von einer *"Nichtidentität von Natur"*, mit welcher eine beidseitige Kritik sowohl an rein konstruktivistischen wie auch naturalistischen Naturbegriffen verbunden ist<sup>36</sup>. Impliziert ist damit, dass weder eine Natur existiert, die als reine soziale Konstruktion begriffen, noch von diesen gesellschaftlichen Konstruktionsprozessen losgelöst betrachtet werden kann. Natur und Gesellschaften werden als aufeinander konstitutiv bezogen aufgefasst (vgl. Görg 2003: 200-201). Gesellschaften sind dabei grundlegend von Natur abhängig: Die Momente, in denen Menschen alltäglich auf verschiedenste Art und Weise auf Natur Bezug nehmen, diese nutzen, verschmutzen oder belasten, sind zahlreich und unübersichtlich (vgl. Woodhouse 2000: 149-150; Brand/Wissen

---

<sup>36</sup> Dieser nicht-identitäre Charakter von Natur äußert sich vor allem in einer gewissen Widerständigkeit gegenüber Prozessen gesellschaftlicher Naturaneignung. Als besonders prominentes Beispiel einer solchen Resistenz gilt der anthropogen induzierte Klimawandel, dessen Entstehung unmittelbar mit einer Ignoranz innerhalb industrieller Verwertungsprozesse gegenüber den besonderen Qualitäten von Natur verknüpft werden kann. In diesem Sinne untergräbt der kapitalistische Arbeits- und Verwertungsprozess durch die Abstraktion von der Materialität der Natur zugleich dessen stoffliche Voraussetzungen für die notwendige Reproduktion von Natur (vgl. Wissen 2011: 122ff).

2017: 16, 43-51; Harris 2007: 42). Beständig werden in gesellschaftlichen Teilbereichen von einer Vielfalt von Akteuren Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf die Art und Weise haben, wie Natur genutzt, organisiert oder transformiert wird: ob unmittelbar durch Flächenversiegelung oder den Abbau von Mineralien und Rohstoffen; allgemein verbindlich, etwa durch die Einrichtung von Naturschutzgebieten oder gesetzlichen Regelungen für Schadstoffemissionen; oder eher mittelbar aufgrund von individuellen Konsumententscheidungen oder neuen Technologien wie genetisch modifizierten Organismen - die Bandbreite an Wechselwirkungen zwischen Gesellschaften und Natur ist erheblich (vgl. Becker/Jahn 2006: 192-194; Bardi 2013: 15, 65-73, 151, 189, 265, 268-269; Barlow/Clarke 2003: 25-27).

Für Theorien gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind die flexiblen Unterscheidungspraxen zwischen Natur und Sozialem von besonderem Interesse: Schließlich kann nur das umweltpolitisch bearbeitet werden, was zuvor gesellschaftlich als Umwelt wahrgenommen wurde. So sind die gesellschaftlichen Bezugnahmen auf Natur neben kulturellen, geographischen und klimatischen Einflüssen in weiten Teilen durch politisch-institutionelle Regeln und Strukturen geprägt. Umwelt- und klimapolitische Entscheidungsfindungsprozesse sehen sich also ebenfalls mit den Konsequenzen vergangener politischer Definitionen von Natur konfrontiert (vgl. Wissen 2011: 121): Dort, wo abhängig von epistemischen oder institutionellen Rahmenbedingungen zwischen Natürlichem und dem Gesellschaftlichen unterschieden wird, Unterscheidungspraktiken eingeführt und durchgesetzt, Regeln formuliert und etabliert werden, kommt es zu sozialen Bestimmungen dessen, was als Natur gelten soll und damit auch, wie das Verhältnis von sozialer und biophysischer Wirklichkeit reguliert werden kann (vgl. Becker/Jahn 2006: 177-183; Altvater/Mahnkopf 2007: 523-526; Latour 2017: 42ff.). Gesetze und andere politische Steuerungsinstrumente bestimmen und regulieren gesellschaftliche Umweltbezüge, Nutzungsmuster sowie die formelle Definition dessen, was z.B. als schützenswerte Natur oder als nutzbare Naturressource gilt (vgl. Wissen 2011: 127-130; Brand/Wissen 2017: 53-55). In der Bundesrepublik beispielsweise ist der Gewässerschutz weitgehend strikt gesetzlich geregelt, während Schadstoffe, wie Nitrat, in der Landwirtschaft oftmals genutzt und freigesetzt werden. Diese Regelungen und Normen gründen sich neben formalisierten Richtlinien zur Definition von Natur (z.B. in Form von Umweltauflagen oder durch gesetzliche Regelungen) auf impliziten Unterscheidungen, etwa

zwischen schützenswertem Naturgut oder verwertbarer Naturressource. Durch institutionalisierte Differenzierungen wird die Wahrnehmung wie die Nutzung von Natur mittelbar mitbestimmt. Mit der Definition von Naturschutzgebieten beispielsweise schwingt zugleich die Implikation mit, dass andere Aspekte der Natur keinem bestimmten Schutz unterstehen (vgl. Goldman 2001: 502-503). Ebenso suggeriert zum Beispiel die Etablierung von Fang- oder Milchquoten, dass die Inwertsetzung von Lebewesen nicht nur gesellschaftlich akzeptiert ist, sondern die Extraktion begehrter Umweltgüter bis zu diesen Grenzen legitim und ggf. sogar umweltverträglich bzw. nachhaltig sein kann (vgl. Hove 2004: 52-53; Candeiras/Kuhn 2008: 808-810).

Die gesellschaftliche Nutzung von Natur ist daher als ambivalent zu begreifen: einheitliche Gebrauchs- oder Nutzungsmuster gibt es kaum. Zudem beeinflussen die Regelungen in der Umwelt- und Klimapolitik grundlegend die Art und Weise, wie innerhalb einer Gesellschaft Natur genutzt wird und verwendet werden darf. Entsprechend einflussreich sind daher auch die rechtliche wie kulturellen Rahmenbedingungen, da sie entscheidenden Einfluss darauf haben, welche Naturgüter oder Bestandteile des Umweltraumes als regelungsbedürftig oder schützenswert begriffen werden.

Zugleich verstärkt sich die Vielfalt gesellschaftlicher Naturverhältnisse durch teils ambivalente Einstellungen gegenüber destruktiven Implikationen dominanter Lebens- und Produktionsweisen (vgl. Brand/Wissen 2017: 43-47): Es existiert zwar ein zunehmendes Bewusstsein für die Umwelteffekte eines Lebensstils, der nur durch eine beständige Exploitation und Belastung der Natur aufrechterhalten werden kann; vielerorts war daher bereits von einem Erstarken ökologischer Positionen die Rede, welche auf das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt fokussieren (vgl. Becker/Jahn 2006: 56).

Zeitgleich erleben jedoch gerade besonders umweltschädliche Praxen und Konsummuster weltweit Auftrieb: Der Fleischkonsum ebenso wie der Besitz eines eigenen, möglichst großen PKWs haben in den vergangenen Jahrzehnten global betrachtet enorm zugenommen (vgl. Brand/Wissen 2017: 125; Forster/Haller/Wenzel 2017: 60-63). Wie sich in jüngeren Forschungsarbeiten im Bereich gesellschaftlicher Naturverhältnisse zeigt, fallen spezifische Naturverhältnisse oftmals mit fragwürdigen sozialökologischen Entwicklungen zusammen (vgl. Brand/Wissen 2017: 43-44; I.L.A. Kollektiv 2017: 6-9). Am Beispiel des Automobils führen Brand/Wissen in ihrem Buch über die „*Imperiale Lebensweise*“ aus, wie die

unterschiedlichsten überindividuellen und teils individuell bewussten Faktoren (wie Leitbilder oder Normen) Kaufentscheidungen bestimmen. Bei der Entscheidung für ein bestimmtes Fahrzeug spielen nicht nur bestimmte Geschlechterbilder oder Vorstellungen über Unabhängigkeit eine Rolle, sondern ebenso die Möglichkeit, sich externe fossile Ressourcen anzueignen, auf weit entfernte, billige Arbeitskraft zugreifen und zugleich ein Straßennetz nutzen zu können, welches zu Lasten des Ausbaus eines öffentlichen Personentransportwesens aufrechterhalten wird (vgl. Brand/Wissen 2017: 49). Prozesse der Beanspruchung, Inwertsetzung und Vermarktung von Naturressourcen gehen daher oftmals mit der Degradation von natürlicher Umwelt sowie einer weitgehenden Transformation bestehender Lebens- und Produktionsweisen einher (vgl. Hennings 2009: 236; Brand/Wissen 2017: 155-158; Bardi 2013: 268-269). Durch die Berücksichtigung dieser vielfältigen gesellschaftlichen Naturbezüge kann etwa die Zunahme von CO<sup>2</sup> seit Bekanntwerden der anthropogenen Klimakrise trotz umweltpolitischer Anstrengungen sozialwissenschaftlich besser verstanden werden, da beispielsweise Kaufentscheidungen nicht mehr ausschließlich als bloße Akte rationaler Wahl beschrieben werden müssen. Dies hilft, vermeintliche Widersprüche und Irrationalitäten aus einer neuen Perspektive zu betrachten.

Erkennbar wird an einer solchen Vielfalt und Uneinheitlichkeit von Naturbeschreibungen, -definitionen oder Unterscheidungspraktiken, abhängig von den jeweiligen räumlichen, zeitlichen und soziokulturellen Kontexten, dass eine beständige und umfassende Differenzierung zwischen Gesellschaft und Natur keine objektive Geltung für sich beanspruchen kann. Betrachtungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erscheinen in der Folge ausschließlich an einem konkreten Phänomen, unter Berücksichtigung der soziokulturellen, technischen, institutionellen, epistemologischen und diskursiven Bedingungen, als sinnvoll durchführbar. In diesem Kontext spricht Görg auch von einer „*Pluralität der Naturverhältnisse*“ (Görg 2003: 184), mit welcher die Vielfalt der Bereiche und Regulationsformen umschrieben ist, in denen Gesellschaft und Natur unterschiedlich miteinander in Beziehung gesetzt werden. Komparativ betrachtet erfolgen Vermittlungsprozesse zwischen Sozialem und Ökologischem eben nicht auf Grundlage

gesamtgesellschaftlich einheitlicher Vorstellungen von Natur oder vor dem Hintergrund übereinstimmender Wert- und Normenvorstellungen in Bezug auf Naturaneignung.<sup>37</sup>

Aus einer konstitutiven Sichtweise auf Natur und Gesellschaft geraten vielmehr Fragen nach den Institutionen, Werten, Normen und Techniken, welche die historisch spezifischen gesellschaftlichen Naturverhältnisse gestalten und bestimmen, in den Blick (vgl. Brunnengräber/Dietz 2008: 50). Natur ist in diesem Sinne Gesellschaften nicht einfach extern vorgegeben, sondern wird vielfältig von sozialen Praktiken durchdrungen, die Natur beständig menschlich umformen und daher das Ideal einer unberührten Natur Illusion bleiben muss. Die unterschiedlichen Umweltherausforderungen und die mit ihnen assoziierten, sozialen Verwerfungen werden folglich von verschiedenen Akteuren oder Institutionen zu unterschiedlicher Zeit auf verschiedene Art und Weise miteinander verknüpft sowie uneinheitlich diskutiert. Eine einheitliche Umweltpolitik ist daher heute ebenso Fiktion wie eine homogene Umweltdeutung.

Zugleich entzieht sich die Materialität von Natur selbst weitgehend der menschlichen Erkenntnis (vgl. Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2010: 19; Neumayer 2013: 195), so dass das Abbild, welche Gesellschaften von Natur projizieren, ebenfalls nur als Resultat sozialer Konstruktionen begriffen werden kann: Das Wissen über Wirkungszusammenhänge in der Natur ist als begrenzt temporär gültig, lückenhaft und unvollständig zu verstehen (vgl. Becker/Jahn 2006: 43; WBGU 1997: 54). Selbst mit modernsten Messinstrumenten lässt sich nicht zweifelsfrei rekonstruieren wie Leben auf der Erde entsteht, aufrechterhalten und reproduziert wird (vgl. Dodd/Papineau et al. 2017: 63). Entsprechend wenig haben Untersuchungen der sozialökologischen Krisen in den

---

<sup>37</sup> Aus einer historisch-vergleichenden Perspektive ist offenkundig, dass Vorstellungen etwa aus dem 18. Jahrhundert von Natur und ihrer Nutzung grundsätzlich anders charakterisierbar sind, als dies aktuell unter dem Begriff Nachhaltigkeit sinnvoll erscheint. Die zunehmende wissenschaftliche Beachtung der komplexen Voraussetzungen von Fruchtbarkeit oder Re-Mineralisierung landwirtschaftlich genutzter Flächen in den vergangenen Jahrzehnten kann hier exemplarisch angeführt werden. Ebenso sind Organisationsformen der biophysischen Umwelt geographisch und historisch höchst unterschiedlich ausgestaltet. Unbestreitbar unterliegen die Wahrnehmungsmuster, institutionellen Regelungen, politischen Konflikte oder normativen Zuschreibungen von und zu Natur historisch wie auch räumlich einem erkennbaren Wandlungs- und Differenzierungsprozess (vgl. Wissen 2011: 121).

vergangenen Jahrzehnten vermocht, bahnbrechende Erkenntnisse über die komplexen Ursache-Wirkungszusammenhänge zwischen menschlichen Handlungen und ökologischen Krisensymptomen aufdecken und nachweisen zu können (vgl. IPCC 2006: 10). Vielmehr ergibt sich in der Diskussion um die globale Umweltkrise ein undeutliches Bild komplexer, multiskalarer Wirkungszusammenhänge zwischen physischen, biologischen, kulturellen sowie sozialen Effekten (vgl. Becker/Jahn 2006: 34; Brand/Wissen 2017: 11-15).

Auch im Bereich der Hydrologie, welche auf eine jahrzehntelange Forschungstradition zurückblicken kann, fehlt es an eindeutigen Handlungsanweisungen oder unhinterfragten Regeln, bspw. zur Regenerationsfähigkeit von Flusssystemen (vgl. Falkenmark/Lannerstad 2005: 18-19), der Aufnahme- und Selbstreinigungsfähigkeit beim Eintrag von Schadstoffen oder der Gefährdung des globalen Ökosystems durch Störungen im hydrologischen Kreislauf (vgl. hierzu: Oliver et. al. 1995; Weiß/Schaldach et al.; Hattermann/Huang et al. 2015: 201; Gädeke/Hölzel et al. 2014):

*„It should be noted that even the four most popular governance indicators that are used at present are not very useful to develop a road map in terms of how to improve local and regional governance, or how best to improve the governance of any specific sector such as water, energy or agriculture. All of the available indicators of national governance suffer from lack of transparency, problems of inter-comparability between different countries, and even in the same country over time, and suffer from selection biases since all of them are based, to a significant extent, on forms of a composite perception index of experts.“* (Biswas/Tortajada 2011: 5).

Letztgültige Funktionszuschreibungen an Umwelt und Naturressourcen sollten daher aus einer sozialökologischen Perspektive als trügerisch und sozial konstruiert verstanden werden.

Moderne Evaluationsprozesse und -mechanismen, welche Eindeutigkeiten herstellen und menschlichem Handeln vermeintlich objektive Grenzen vorgeben, sind jedoch von besonderer Relevanz für die Unterscheidungspraxis sowie Bewertungsstandards von Umwelt im entwicklungspolitischen Kontext (vgl. Hajer 1995: 10, 27; Gehrig 2013: 512). Konkret handelt es sich hier beispielsweise um stoffliche Belastungsgrenzen von Gewässern, welche zwar aus wissenschaftlichen Forschungsarbeiten abgeleitet sind, dort jedoch nicht die

gleiche Eindeutigkeit und Handlungsanleitung für sich beanspruchen, wie dies durch die Anwendung im entwicklungspolitischen Kontext impliziert ist. Ähnliches gilt etwa für die Effektivität von Bewässerungssystemen, die Produktivität bestimmter Anbaumethoden oder die Geschwindigkeit, mit denen sich Grundwasservorkommen regenerieren. In all diesen Fällen hat die wissenschaftliche Forschung keine zweifelsfreien Ergebnisse produziert, sondern sich auf unterschiedliche Einzelfälle bezogen (vgl. Umweltbundesamt 1994: 49, 88-89; Kunst et al. 2002: 256).

In der entwicklungspolitischen Monitoring- und Evaluationspraxis hingegen gewinnen diese wissenschaftlich umstrittenen Erkenntnisse eine ungerechtfertigte Eindeutigkeit und stellen Unzweideutigkeiten her, wo diese zuvor nicht bestanden. Begriffe wie Umweltverträglichkeit oder Nachhaltigkeit suggerieren, dass man Natur nicht nur umfassend messen und bewerten kann, sondern ihre Belastungsgrenzen ebenso wie die anthropogenen Effekte im Detail kennen würde. Dass dies in der Praxis nicht möglich ist (vgl. Leff 2002: 97; Weller 2008: 52), sondern Konzepte wie das der Umweltverträglichkeit vielmehr als Ergebnis datengestützter Kausalannahmen um mögliche Effekte in der biophysischen Umwelt verstanden werden sollten, ändert wenig an der weit verbreiteten Überzeugung (vgl. Strauß 2016: 89), die sozialökologische Krise sei unter den gegebenen Bedingungen, mit Hilfe existierender Institutionen sowie bestehender Mechanismen und Messinstrumente messbar, bearbeitbar und lösbar (vgl. Dryzek 2013: 76-88; UNFCCC 2015: 3-5; Brand/Görg 2002: 34-35; Gehrig 2013: 513-515).

Entgegen eindimensionaler, funktionalistischer Betrachtungsweisen von Mensch-Umwelt-Interaktionen nehmen Untersuchungen mit Bezug zu Theorien gesellschaftlicher Naturverhältnisse sozialökologische Krisen nicht als bloße Funktionsstörungen biophysischer Systeme wahr, sondern analysieren sie ebenso in ihrer diskursiven Konstruktion wie gesellschaftlichen Produktion (vgl. Wissen 2011: 120-121; Gehrig 2013: 522). Grundsätzlich kann es mit dem Verweis auf die Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse gelingen, bestehende Differenzierungen und Überzeugungen von Natur und Gesellschaft zu überwinden, in ihrer wechselseitigen Konstitutionspraxis und Beeinflussung zu begreifen und hinsichtlich ihrer sozialökologischen Implikationen zu eruieren (vgl. Gehrig 2013: 660, 801, 814). Allgemein lässt sich in Bezug auf sozialökologische Herausforderungen festhalten, dass

nicht nur vielfältige Ursachen oder Krisensymptome identifiziert werden können, sondern solche Problemstellungen auch auf ganz unterschiedliche Art und Weise wahrgenommen, gedeutet und problematisiert werden (vgl. Bacchi 2009: 33). Folglich erscheint es aus dem Blickwinkel gesellschaftlicher Naturverhältnisse unerlässlich, die Momente sozialer Konstruktion von Naturbezügen zu berücksichtigen (vgl. Gehrig 2013: 814).

Für die eingenommene Analyseperspektive bedeutet dies, nach Momenten der Definition von Natur zu suchen und Abgrenzungsprozesse zwischen Natürlichem und Sozialem kritisch zu beleuchten. Im Fokus stehen damit Fragen, wie gesellschaftliche Bezugnahmen auf Umwelt durch die deutsche EZ institutionalisiert, transformiert oder konserviert werden. Konkret sollte eine Untersuchung der entwicklungspolitischen Arbeit aus Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse analysieren, welche Aspekte von Natur für die EZ relevant sind, welche Aspekte sie grundsätzlich wahrnimmt, als bearbeitbar begreift und inwieweit sie mit ihren eigenen Aktivitäten erfolgreiche Transformationsprozesse von Natur assoziiert. Gesellschaftliche Naturkonzeptionen können also unter Berücksichtigung divergierender sozialer Interessen und Institutionen, Herrschaftsasymmetrien sowie dominanten Wissensformen rekonstruiert und analysiert werden.

## 2.2 Ein sozialökologischer Blick auf wassergebundene Umweltkrisen

Ökologische Krisen wie etwa die Trink- und Süßwasserknappheit in zahlreichen Staaten Sub-Sahara Afrikas erscheinen aus Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht als monokausal oder linear verlaufend (vgl. Klaphake/Scheumann 2001: 4-5, 7-9). Es handelt sich hier vielmehr um „[...] *hybride Krisenphänomene, in denen gesellschaftliche und natürliche Prozesse sich überlagern, interferieren und eine komplexe Krisendynamik entwickeln* [...]“ (Becker/Jahn 2006: 169). So sehen sich Akteure im Handlungsfeld der Wasserpolitik mit komplexen und teils widersprüchlichen Herausforderungen konfrontiert, welche weder einheitlich bearbeitet noch widerspruchsfrei gelöst werden können (vgl. Brand 2008: 865; Brand/Görg et al. 2017: 12-13). Analog zu der hier eingenommenen Forschungsperspektive (vgl. Kapitel 3.1) werden politische Probleme nicht als Manifestationen real existierender Herausforderungen betrachtet, sondern als Ergebnis von Interpretations- und Selektionsprozessen, welche aufgrund von Interessen, Wissen, Macht- und Herrschaftsbeziehungen einzelne Aspekte der sozialen Wirklichkeit ausblenden,

betonen oder aber in den Fokus rücken (vgl. Degelsegger 2008: 14-15; Keller 2013: 43-44). So entsteht eine spezifische Deutung des zu bearbeitenden Problems, welche mehr oder minder eng mit den materiellen Implikationen, Ursachen und Wechselwirkungen des eigentlichen Phänomens verbunden sein kann (vgl. Bacchi 2009: 31-32).

Wasserkrisen besitzen im Zusammenhang mit den Implikationen des anthropogenen Klimawandels, ebenso wie für die Analyse sozialökologischer Krisen insgesamt, eine besonderer Relevanz: Wasser ist nicht nur die Voraussetzung und Basis allen Lebens auf der Erde - und wird daher auch explizit in das Zentrum zahlreicher umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen gestellt - sondern eignet sich zugleich auch besonders gut zur beispielhaften Illustration krisenhafter gesellschaftlicher Naturverhältnisse:

Der relativ stabile Vorrat an Süßwasser auf der Erde, welcher nur einen Bruchteil des verfügbaren Wassers auf dem Planeten ausmacht (rund 3%,<sup>38</sup>), ist nicht nur aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise gefährdet, sondern sieht sich bereits seit Anbeginn der Industrialisierung erheblichen systematischen Belastungen ausgesetzt (vgl. Becker/Jahn 2006: 344-348). Während aktuell die Effekte eines globalen Treibhauseffektes auf aquatische Ökosysteme im Vordergrund der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion stehen, werden die Auswirkungen gesellschaftlicher Wassernutzung in der Entwicklungs- ebenso wie in der Klimaschutzpolitik weitgehend vernachlässigt.<sup>39</sup>

Dabei kann gerade die Auseinandersetzung mit Wasser aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive besonders fruchtbar für die Betrachtung sozialökologischer Krisensymptome sein, nimmt eine solche Perspektive doch die Momente sozialer Konstruktion politischer Probleme ebenso ernst wie die sozialökonomischen wie ökologischen Implikationen einer politischen Problembearbeitung (vgl. Becker/Jahn 2006: 351; Brand 2008: 865). Bevor daher ein Überblick über die Rolle von Wasser in der Entwicklungspolitik gegeben wird, soll Wasser aus Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse und unter Zuhilfenahme des

---

<sup>38</sup> Von diesen 3% wiederum ist nur ein begrenzter Teil für den Menschen verfügbar, da der Großteil in den Polarkappen sowie Gestein gebunden ist (vgl. Lehr/Keeley 2005: 583-585)

<sup>39</sup> Eine Ausnahme bilden, wie später hervorgehoben wird, die Herausforderungen eines ressourceneffizienten Umgangs mit Wasser, welcher als zentrales Moment zur erfolgreichen Adaption an den Klimawandel begriffen wird. Allerdings steht hier die Frage nach einer verlustarmen Ressourcennutzung im Vordergrund, nicht hinsichtlich der Transformation gesellschaftlicher Nutzungsmuster.

Syndromkonzepts (1998) des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen (WBGU) in seiner gesellschaftlichen Bedeutung, Nutzung und Gefährdung beschrieben werden. Ziel eines solchen Vorgehens ist es, die weitverzweigte, komplexe und widersprüchliche menschliche Beziehung zu Wasser zu illustrieren und damit zugleich die Schwierigkeiten politischer Organisation dieser Naturressource hervorzuheben. Anders als in den Darstellungen der Entwicklungspolitik werden in der vorliegenden Analyse nicht nur diejenigen Herausforderungen angesprochen, welche mit der unmittelbaren Versorgung der Menschen mit Trinkwasser oder die Bereitstellung von Wasser für die Landwirtschaft in Verbindung stehen. Wasser wird auch in und durch andere gesellschaftliche Aktivitäten gebraucht, verschmutzt und belastet. Wenn es hier also um sozialökologische Herausforderungen im Hinblick auf Wasser in der Entwicklungspolitik geht, werden damit nicht nur Fragen der Trinkwasser- und Sanitärversorgung angesprochen, sondern auch Konsequenzen aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa aus der Landwirtschaft, Städteentwicklung, Wirtschaftspolitik oder auch dem Tourismus<sup>40</sup>.

## 2.3 Wasser aus Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse

*„Das Prinzip aller Dinge ist Wasser; aus Wasser ist alles, und ins Wasser kehrt alles zurück.“*

Thales von Milet (um 625 - 545 v. Chr.), griechischer Philosoph und Mathematiker

Die umfassende und unverkennbare Relevanz von Wasser für die Entstehung und den Erhalt von Leben ist wissenschaftlich vielfach belegt (vgl. Barlow/Clarke 2003: 18-19; Krause/Strang 2016: 633) und findet ihren politischen Ausdruck im Menschenrecht auf Wasser (vgl. Johnston/Fiske 2014: 4). Doch während einerseits Wasser als schützenswertes Naturgut gilt, wird es andererseits verschwendet und verschmutzt (vgl. Dobner 2013: 28-29).<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> Insbesondere touristische Angebote, wie Hotels oder Golfplätze, benötigen Unmengen an Wasser für die Aufrechterhaltung des Betriebs. Ein moderner, auf wassersparenden Betrieb ausgerichteter Golfplatz etwa verbraucht im Durchschnitt rund 35.000 m<sup>3</sup> Wasser pro Jahr. In Südafrika gibt es alleine mehr als 500 Golfanlagen. Über 100 weitere Anlagen befinden sich in Ägypten, Tunesien, Kenia, Marokko, Senegal, auf Mauritius, den Seychellen und Réunion - alles Länder mit einer angespannten Trinkwassersituation oder wasserarmen Nachbarstaaten.

<sup>41</sup> Besonders irritierend ist der Umstand, dass seit der Etablierung des Menschenrechts auf Wasser und der Diskussion um die Notwendigkeit zur Durchsetzung ökologischer Nachhaltigkeit die Kommodifizierung von

Wasser wird also anthropogen höchst ambivalent genutzt, betrachtet, bewertet und politisch organisiert (vgl. Linton 2010: 3-5). Zu Beginn bedarf es daher einer begrifflichen Differenzierung, da Wasser als Sammelbegriff für eine ganze Bandbreite an unterschiedlichen Ausprägungen des Basismoleküls H<sub>2</sub>O dient und zugleich in verschiedenen sozialen Kontexten unterschiedliche wahrgenommen wird (vgl. Krause/Strang 2016: 634).

Wasser ist zwar global verfügbar, allerdings regional höchst ungleich verteilt und unterschiedlich zugänglich gelagert, so dass man in Sub-Sahara Afrika grob wasserreiche Areale wie das Kongobecken von wasserarmen wie der Sahelzone unterscheiden kann (vgl. UNEP 2010: 4-6). Die für Gesellschaften wichtigste Erscheinungsform von Wasser ist das sogenannte Frisch- oder Trinkwasser, bei dem es sich um Süßwasser mit einem ausreichenden Reinigungsgrad handelt, welches für die menschliche Nutzung geeignet ist. Neben der Unterscheidung in Regen-, Süß-, Brack-, Meer- und Salzwasser sowie den verschiedenen Aggregatzuständen - flüssig als Wasser, fest als Eis, gasförmig als Wasserdampf - sind Begriffsdifferenzierungen in der Forschung populär, welche im Kontext des Konzepts virtuellen Wassers erarbeitet wurden: blaues, grünes und graues Wasser. Frischwasser in Seen, Flüssen und Grundwasservorkommen sowie Aquifern wird als blaues Wasser definiert, während Niederschläge und im Boden oder in Pflanzen gebundenes Wasser als grünes Wasser betitelt wird. Graues Wasser hingegen fungiert als Sammelbegriff für alle Formen von belasteten Abwässern, welche in Produktion, Haushalten oder der Landwirtschaft entstehen.<sup>42</sup> Die Menge an grauem Wasser ergibt sich durch die Menge Frischwasser, die nötig ist, um die bei der Produktion anfallenden Schadstoffe und Einträge aufzunehmen und abzuführen. (Vgl. Mekonnen/Hoekstra 2014: 452). Dabei sollte jedoch nicht auf eine qualitativ exakt bestimmbar Schadensgröße geschlossen werden:

---

Wasser sowie die Privatisierung von Wasserver- und entsorgung beständig politisch vorangetrieben und als ökonomisches Organisationsprinzip von Wasserressourcen universalisiert werden (vgl. Dobner 2013: 64-67; Johnston/Fiske 2014: 4).

<sup>42</sup> Krause/Strang (2016) kritisieren diese sozialkonstruktivistische Sichtweise auf Wasser und verweisen darauf, dass der naturwissenschaftliche Sprachgebrauch sowie die Differenzierung in unterschiedliche Wasservorkommen ausgehend von menschlichen Nutzungsformen den Eindruck erweckt, bestimmte Erscheinungsformen von Wasser wären höherwertiger als andere. Zudem implizieren solche Modelle, man könne die exakten hydrologischen Verhältnisse beschreiben und berechnen, während davon abgelenkt wird, dass es sich hier um ideologisch aufgeladene Konstrukte handelt (vgl. Krause/Strang 2016: 634).

Verschmutztes Wasser ist Transportmittel für eine Vielzahl von Schadstoffen und verteilt diese innerhalb kürzester Zeit in Böden und Lebewesen, welche das verschmutzte Wasser aufnehmen. Belastetes Wasser kann dadurch vielfältige negative Auswirkungen an verschiedensten Stellen zur Folge haben, ohne dass diese Schädigungen genau quantifizier- oder qualifizierbar wären (vgl. Urban 2002: 290-291; Dobner 2013: 31-37). Zudem fehlt es an detaillierten und vergleichbaren Mess- und Bewertungsmethoden bei der Analyse von Wasser: So kann nicht zweifelsfrei angegeben werden, welche Schäden belastetes Wasser letztlich verursacht (vgl. Coughlin 1976: 205-206).

Insbesondere die Gesellschaften in den OECD Ländern<sup>43</sup> verbrauchen alltäglich Unmengen von Wasser für Hygiene, Ernährung, Konsumgewohnheiten oder zur Befriedigung des erheblichen Energiebedarfs: Wasser kommt in beinahe allen Herstellungs-, Verarbeitungs- oder Produktionsprozessen zum Einsatz und findet sich entsprechend in sämtlichen gesellschaftlichen Teilbereichen wieder - von der Automobilindustrie und dem Straßenbau bis hin zu Landwirtschaft oder Textilproduktion (vgl. Dobner 2013: 28-30; Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 148-203). Aufgrund seiner besonderen chemischen Eigenschaften wie z.B. der hohen Verdampfungswärme ist Wasser in unzähligen Produktions- und Verarbeitungsprozessen involviert: über den dampfbetriebenen Antrieb von Generatoren bis hin zur Kühlung von Kraftwerken. Entsprechend angewiesen sind moderne (Konsum-) Gesellschaften auf die Verfügbarkeit von Wasser - und parallel dazu belasten sie das Naturgut.

Die unübersichtlichen Nutzungszwecke, in denen Wasser verschmutzt oder belastet wird, führen dabei allerdings nicht zu einem grundsätzlichen Verlust der Wassermenge; diese bleibt global betrachtet verhältnismäßig gleich<sup>44</sup> (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 122-128). Vielmehr führt die Einbringung von vornehmlich anorganischen Schadstoffen zu einer Belastung des Wassers, welches danach nicht mehr für

---

<sup>43</sup> Die sich globalisierende Ober- und Mittelschicht trägt einerseits überproportional zu Umweltdegradation bei, während sie zugleich aufgrund ihrer Ressourcenausstattung eine höhere Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Naturzerstörung aufweist (vgl. Brand/Wissen 2017: 51; Chakrabarty 2016: 108).

<sup>44</sup> Dies sollte nicht davon ablenken, dass die global verfügbaren Wassermengen dennoch nicht den beständig gestiegenen Ansprüchen und Belastungen moderner Gesellschaften gewachsen sind, sondern sich zusehends einer kaum absehbaren Gefährdung ausgesetzt sehen (vgl. Johnston/Fiske 2014: 2).

die Übernahme lebenserhaltender Funktionen geeignet ist (vgl. Simonis 2001: 8-9; Strauß 2016: 59-60). Einige dieser Verunreinigungen lassen sich heutzutage mit aufwändigen Methoden beseitigen, während andere Belastungen die lebenserhaltende Fähigkeit von Wasser dauerhaft schädigen können (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 147). Auch hier gilt: Die Qualität der Verunreinigung lässt sich weder exakt beziffern, noch zweifelsfrei qualifizieren (vgl. Dobner 2008: 356). Das Konzept des grauen Wassers bildet nur eine Näherungsgröße.<sup>45</sup>

Es empfiehlt sich, angesichts der Unübersichtlichkeit und fehlenden Kenntnisse über die exakten Ursache-Wirkungszusammenhänge sowie wasserbezogenen Effekte gesellschaftlichen Handelns (vgl. Coughlin 1976: 208), den Kontext der sozialen Wassernutzung, -herkunft und -belastung bei der Analyse gesellschaftlicher Wassernutzung ebenso zu berücksichtigen wie die politischen und juristischen Regelungen (vgl. Kluge 2000: 199; Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 286; Linton 2010: 7).

In der vorliegenden Arbeit wird die Bedeutung von Wasser entsprechend der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse nicht auf Funktionen zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung reduziert. Vielmehr geht die Relevanz von Wasser über unmittelbare gesellschaftliche Zwecke hinaus, indem beispielsweise der Wasserkreislauf (also der beständige Prozess von Transport und Speicherung von Wasser in unterschiedlichen Ökosphären des Planeten) über den Transport von Nährstoffen und Mineralien maßgeblich am Nahrungskreislauf der Erde beteiligt ist. Wasser steht somit im Zentrum der notwendigen Voraussetzungen zur Ermöglichung von Leben auf der Erde - auch wenn die Forschung die genauen Wirkungszusammenhänge bisher nur lückenhaft aufdecken konnte (vgl. National Research Council 2007: 338-339; Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 2005: 25-26). Wie in beinahe allen naturwissenschaftlichen Disziplinen existieren auch in der Hydrologie zahlreiche Blindstellen und unerschlossene Wissensbereiche, so dass nicht von einfachen kausalen Reproduktions-, Verschmutzungs- oder Selbstreinigungsprozessen auszugehen ist (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 285).

---

<sup>45</sup> Zur Annäherung an den unübersichtlichen Wirkungskomplex zwischen Mensch und Hydrosphäre kann erneut auf eine Illustration des Wissenschaftlicher Beirats zu Globalen Umweltveränderungen verwiesen werden (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 1998: 126).

Bisher entziehen sich zahlreiche hydrologische Prozesse noch der Beobachtung durch den Menschen, wodurch sich das bereits umfassende Wissen um Wasser allenfalls als bruchstückhaft charakterisieren lässt (vgl. Dobner 2008: 356; Liu/Dietz/Carpenter et al. 2017: 1515-1516; Huppert 2005: 20; Kluge 2005: 37-38).

Wie bereits im Kapitel über gesellschaftliche Naturverhältnisse angerissen, lässt sich eine solche Informations- und Wissenslücke auch als der Unübersichtlichkeit und Komplexität von Natur inhärent begreifen. Die ‚Nicht-Identität von Natur‘, welche sich der menschlichen Erkenntnis entzieht, liefert somit auch einen Hinweis auf die Unmöglichkeit zur Kontrolle und Steuerung von Natur im Ganzen (vgl. Huppert 2005: 19). Anders ausgedrückt: Wasser kann zwar begrenzt umgeleitet, transportiert oder aufbereitet, aber weder substituiert noch künstlich erzeugt werden, so dass die Angewiesenheit des Menschen auf die Funktionsfähigkeit des hydrologischen Kreislaufs nicht technologisch überwunden werden kann. Daher müssen die aktuellen Entwicklungen hin zu einer stärkeren Gefährdung der Hydrosphäre durch menschliche Eingriffe, Nutzungsmuster und Belastungen erhebliche Bedenken erwecken; haben diese destruktiven Prozesse doch bereits zu umfassenden ökologischen wie sozialen Schäden geführt (vgl. Dobner 2013: 39-44; Johnston/Fiske 2014: 2-4).<sup>46</sup>

Deutlich wird die enge Verflochtenheit zwischen Wasser und menschlichen Gesellschaften: *„The hydrosphere, unlike other planetary boundaries, is placed solidly in the social and cultural context of its use. When water that sustains life, livelihoods, and culture is*

---

<sup>46</sup> Die exakte Erhebung von Betroffenen oder Leidtragenden spezifischer Einflussnahmen auf hydrologische Systeme sowie der Qualität der jeweiligen Schäden ist zwar nur bedingt möglich, allerdings erlauben näherungsweise Beschreibungen der Effekte einen approximativen Eindruck: Die ‚World Commission on Dams‘ geht davon aus, dass zwischen 1945 und 2000 rund 80 Millionen Menschen weltweit durch Dammbauprojekte gewaltsam vertrieben wurden. Hinzu kommt rund eine Viertelmilliarde Menschen - insbesondere ethnische Minderheiten sowie indigene Bevölkerungsgruppen -, welche im Zuge der Umsetzung hydroelektrischer Bau- und Planungsvorhaben ihre Heimat verlassen mussten. Zusätzlich waren bereits 2010 laut eines Fachartikels in der Zeitschrift ‚Nature‘ 65% der globalen Flusssysteme als gefährdet einzustufen, was sich bereits negativ auf die ansässige Bevölkerung auswirkt. Grundsätzlich lässt sich daher von einer weltweiten, sozialökologisch verwobenen und sich weiter verschärfenden Gefährdungslage und fortschreitenden Vernichtung hydrologischer Systeme ausgehen (vgl. Johnston/Finske 2014: 2, 4).

*threatened, the cultural stability and diversity of peoples and the environments on which they depend is also threatened.*“ (Johnston/Fiske 2014: 4)

Diese unüberwindbare anthropogene Angewiesenheit auf Wasser als Basis allen Lebens sowie gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse hilft zu verstehen, wieso wasserkonservierenden Maßnahmen und Initiativen seit der Etablierung des Konzepts Nachhaltiger Entwicklung in der EZ eine solch große Aufmerksamkeit zuteilwurde.

## 2.4 Über den Wasserfokus innerhalb der EZ

Wasser bildet einen zentralen Forschungsschwerpunkt innerhalb der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsforschung; insbesondere, da Forscher in diesen Teilbereichen im Zuge des Klimawandels mit einer grundsätzlichen Verschärfung der lokalspezifischen Wasserknappheit sowie der globalen Wasserkrise rechnen (vgl. Dobner 2008: 355; UNDP 2010: X-XI). Zunehmende Konflikte um immer knapper werdende Wasserressourcen würden demnach sowohl Fortschritte in der ökonomischen Entwicklung sowie der Armutsreduktion, als auch die Durchsetzung von ‚Sustainability‘ langfristig gefährden (vgl. African Minister's Council On Water 2006; Akhmouch 2012; Anne 2012; Awulachew 2007; Baptista 2010; Borchardt/Ibisch 2013; IBRD 2008; Mollinga 2008; UNDP 2010; UNESCO 2009; Rouse 2007; Rechkemmer/Falk 2005; Scheumann/Neubert/Böge 2006; Simonis 2001; Weltbank 2008). Die anhaltende Unterversorgung der Menschen Sub-Sahara Afrikas mit Wasser eignet sich dabei besonders gut zur Analyse konflikthafter und komplexer, sozialökologischer Herausforderungen innerhalb des Politikfelds der Entwicklungspolitik: Hier treffen unübersichtliche und teils undurchsichtige Wirkungsverflechtungen zwischen Gesellschaften und der sie umgebenden, biophysischen Natur auf widersprüchliche, konfligierende und partikulare Interessen. Zugleich ist die Festlegung politischer Handlungsprioritäten ebenso strittig wie die Entscheidung über Entwicklungsmaßnahmen (vgl. Hajer 2004: 89). Aufgrund von Konflikten, Widersprüchen und Unsicherheiten sind daher auch bei einer rein funktionalistischen Betrachtung politischen Handelns einer dauerhaften und reibungslosen Lösung grundsätzlich Grenzen gesetzt (vgl. Görg 2003: 173): Wasser als ein begrenzter, aber lebenswichtiger Rohstoff, welcher nur bedingt in seiner Organisation und Distribution kontrolliert und gesteuert werden kann, sich zugleich besonders empfindlich gegenüber Störungen und Verschmutzungen zeigt (vgl. Simonis 2001: 8-10), soll unter den Bedingungen

von zunehmender Verknappung und Konkurrenz gerecht verteilt werden; Konflikte erscheinen entsprechend als unvermeidlich (vgl. Dobner 2013: 46).

Zur Bearbeitung dieser Konflikte haben sich in der Entwicklungspolitik mittlerweile zwei grundsätzliche Strategien etabliert, die eine effektive und effiziente Lösungen anstehender Wasserherausforderungen versprechen: **Water Governance** als Leitprinzip der politischen Organisation von Wasser sowie das **integrierte Wasserressourcenmanagement** (Integrated Water Resource Management - IWRM) als umfassende Managementstrategie für Wasserressourcen.

## 2.5 Die Diskussion um IWRM und Water Governance

In Folge der Etablierung von IWRM als allgemein anerkanntes Prinzip der ‚nachhaltigen‘ Organisation von Wasserressourcen und dessen unhinterfragter Dominanz im entwicklungs- und umweltpolitischen Diskurs (vgl. Borchardt/Ibisch 2013; Grambow 2013; OECD 2013), konzentriert sich die politikwissenschaftliche Forschung zu Wasser mittlerweile auf Fragen der erfolgreichen Implementierung effektiver Wasserpolitik (vgl. Huppert 2005: 15). Dies gilt ebenfalls für die Entwicklungspolitik: Heutzutage werden die entscheidenden entwicklungspolitischen Herausforderungen nicht etwa in der korrekten Nutzung technischer Innovationen gesehen, sondern vielmehr in der Übersetzung und Implementierung theoretischer Modelle in die politische Praxis (vgl. Ingram/Whiteley et al. 2008; Joy/Kulkarni et al. 2014; Wright Morton/Brown 2011; The World Bank 2006).

Die entwicklungspolitische Forschungsliteratur konzentriert sich auf Fragen der Koordination unterschiedlicher, wasserspezifischer Interessenlagen, deren effektives wie effizientes Management, die Etablierung von Institutionen für die Verwaltung und Entwicklung von Ressourcenvorkommen sowie Strukturen zur Überwachung und Sanktionierung der Wassernutzung - uneindeutig und verallgemeinernd in der Literatur zusammengefasst unter dem Begriff „*Water Governance*“ (vgl. Rogers/Hall 2003: 4; UNDP 2013: 3; The World Bank 2006: 20): „*Governance thus allows us to conceptualise the complex arrangement of relationships and rules needed to manage and distribute resources in today’s world, where traditional federal and top down structures of command and control may no longer suffice.*“ (Hill 2013: 18)

Dabei ist die Bandbreite an Forschung zu Water Governance erheblich: Fragen der theoretischen Begründung von „good water governance“ (Rogers/Hall 2003: 6; Ringler/Biswas et al. 2010: 240-244) oder einzelner Praktiken stehen hier neben Modellen, welche die effektive Umsetzung von Maßnahmen beschreiben (Herrfahrdt-Pähle/Stuart-Hill 2011: 84-85; Iacovos 2011a: 30; Iacovos 2011b: 58-59; UNDP 2013: 4-6, 14; Gupta/van der Valk et al. 2011: 11; The World Bank 2006: 21). Anhand empirischer Studien soll zudem aufgezeigt werden, welche konkreten Governance Mechanismen idealerweise auf welche Zwecke ausgerichtet sind und daher zum Repertoire von „good water governace“ gehören sollten (Herrfahrdt-Pähle/Pahl-Wostl 2012: 91-96; Ingram/Whiteley et al. 2008: 3-4; Tödting 2013: 149-151; Adeel/Bullock et al. 2013: 25).

Es lassen sich zwar häufig Unterschiede im Betrachtungsfokus der einzelnen Publikationen festhalten, inhaltlich weisen sie allerdings Parallelen auf. Diese Gemeinsamkeiten treten in der Forschungsliteratur deutlich zu Tage und konstituieren ein abgeschlossenes Feld an Maßnahmen, Charakteristika und Strukturen, welches den Kern von ‚good water governance‘ bilden sollen. Dazu zählen:

- **Partizipation** *als Involvierung aller Stakeholder in unterschiedlichen Handlungsfeldern (Evaluation, ‚institution-building‘, Konsultation, Entscheidungsfindung) und auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, regional, national, international) zu unterschiedlichen Zwecken (Motivation zur Beteiligung an Reformen und/oder politischen Programmen, Erhöhung der Legitimität, Effektivitätssteigerung durch Abbau von Blockaden, Konsenserzeugung und Konfliktvermeidung, Nutzbarmachung der Stakeholder als Agenten zur Umsetzung der angestrebten Reformen durch Information und Partizipation, lebensweltnahe Evaluation von Wasserreformen)*

Partizipation gilt in der demokratietheoretischen Diskussion als normativ begrüßenswert, ungeachtet der konkreten Auswirkungen solcher Teilhabeprozesse. Mittlerweile wird Partizipation zusätzlich eine funktionalistische, prozessorientierte Komponente zugesprochen und als Schlüssel einer effizienten Umsetzung von Wasserreformen betrachtet. Solche Reformprozesse seien in der Vergangenheit vor allem an einer mangelnden Involvierung der relevanten Stakeholder und einer damit zusammenhängenden Ablehnung der Reformbemühungen gescheitert. Wasserpolitik - so die dahinterstehende These - sei in der Vergangenheit ‚an den Betroffenen vorbei‘ gemacht worden, weswegen

selbst detailliert konzipierte Maßnahmen am Widerstand und/oder der mangelnden Mitwirkung der Stakeholder scheitern mussten. Erst mit der Aktivierung, Involvierung und Nutzbarmachung der Stakeholder in der Wasserpolitik können demzufolge sinnvolle Reformen effektiv und effizient umgesetzt werden (vgl. hierzu exemplarisch: Weidenberg 2008: 135; Schneier-Madanes 2014: 12; Mostert 2006: 22-25; Lim 2014: 99; van Edig/van Edig 2005: 151).

- *Robuste juristische, rechtstaatlich abgesicherte **Rahmenbedingungen**, verstanden als verlässliche Zuschreibungen von Verantwortlichkeiten (accountability), Eigentumsrechten (property), Handlungsspielräumen (responsibility) und institutionellen Regelungen (institutional framework) im Falle von Konflikten oder Problemen (institutionalisierte Konfliktbearbeitung) sowie eindeutige Sanktions- und Strafmechanismen (sanction)*

Die sogenannten „robust legal frameworks“ (Hendry 2015: 14) bilden neben Partizipation den Kern der Forderungen an Good Water Governance (vgl. Lay/Nolte 2011: 7): Sie seien deshalb von entscheidender Bedeutung, da mit ihnen nicht nur Sanktionen verlässlich angewandt werden können, sondern es möglich wird, einzelnen Akteuren eindeutig Rollen, Aufgaben und Funktionen zuzuweisen. Hierdurch lässt sich wiederum deren Funktions- und Aufgabenerfüllung begutachten und bewerten. So ließe sich vermeiden, dass Akteure ihr Eigeninteresse auf Kosten anderer durchsetzen oder sich Machtasymmetrien in der Wasserpolitik niederschlagen, da die rechtlichen Regelungen für juristische Gleichheit der Akteure sorgen würden. Zudem sei eine robuste Rechtstaatlichkeit Voraussetzung für langfristige Planung und Investitionen im Wassersektor, wohingegen Überwachung und Strafen im Kontext der Wassernutzung notwendig seien, um Trittbrettfahrer oder eine Übernutzung zu vermeiden (vgl. hierzu exemplarisch: Beecher 2013: 153-154, 158; Hendry 2015: 14-16; Mollinga 2002: 3-4; Subramaniam 2014: 396; Pahl-Wostl/Conca et al. 2013: 1-2; Wang/Huang et al. 2010: 674; van Edig/van Edig 2005: 147).

- **Adaption** als ausreichende Berücksichtigung von Differenzen und Besonderheiten einzelner Wassereinzugsgebiete und Wasserproblemen sowie damit zusammenhängend der Verzicht auf unangepasste („one-size-fits-all“) Lösungen

Die Vielfalt an verschiedenen wasserpolitischen Herausforderungen und Gegebenheiten hat über die Jahre das Bewusstsein dafür geschärft, dass verallgemeinerte Lösungsansätze und standardisierte Maßnahmen meist unpassend für lokalspezifische Situationen sind und

aufgrund ihrer mangelnden Adaption an die vorherrschenden Bedingungen zu suboptimalen oder kontraproduktiven Ergebnissen führen (vgl. Gupta/Pahl-Wostl 2013:1). Daraus erwuchs die Einsicht, dass individuellen Wasserherausforderungen mit individuell angepassten Lösungsmechanismen zu begegnen sei, welche die sozialen, ökologischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Eigenheiten des Wassereinzugsgebiets inkorporieren sollen, anstatt dass diese in standardisierten Programmen untergehen. Mit der Einführung von Adaptivität verspricht man sich nun erhebliche Effizienz- und Effektivitätssteigerungen, da lokale Ressourcen (soziale, ökologische und ökonomische gleichermaßen) den lokalen Bedingungen entsprechend eingesetzt werden, anstatt unter- oder überfordert zu werden. So entfallen dieser Argumentation zufolge bspw. Kosten für die Beseitigung unintendierter Nebeneffekte unangepasster Maßnahmen (vgl. hierzu exemplarisch: Biswas/Tortajada 2010: 137; Oeur/Mam et al. 2014: 19; Johnston/Silva et al. 2014: 117).

- Eng mit dem Anspruch von Adaption verwandt ist die Forderung nach einer Überwindung theoretischer und ideologischer Grenzen und die Nutzung sogenannter **mixed methods** bei der Bearbeitung entwicklungspolitischer Herausforderungen. Dies bedeutet in der Praxis meist eine Kombination von privater Initiative und staatlicher Rahmung, etwa durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bei gleichzeitiger staatlicher Kontrolle der Aktivitäten. Ebenso verweist die Forschungsliteratur hier auf eine Mischung aus partizipativen und repräsentativen Elementen der Organisation von Stakeholdergruppen oder etwa einen Mix aus marktbasierter Preispolitik für Wasser und staatlich regulierten Fördermaßnahmen für die ärmsten Bevölkerungsschichten. Mit diesen Forderungen verbunden ist eine Ablehnung verallgemeinerter Handlungsnormen und ideologischer Grabenkämpfe (z.B. zwischen Befürwortern und Gegnern der Privatisierung von Trinkwasservorkommen)<sup>47</sup> und einer Orientierung an den, für den Einzelfall angemessenen, Mischformen unterschiedlicher theoretischer Modelle (vgl. hierzu exemplarisch: Blume 2002; Kasam/Lee et al. 2014: 464; Trawick 2003: 980).

---

<sup>47</sup> Vernachlässigt werden dabei weitgehend die negativen Implikationen einer auf Privatisierung ausgerichteten Wasserpolitik sowie der Abgabe einer staatlichen Versorgungspflicht mit Wasser an private Akteure (vgl. Barlow/Clarke 2003: 137).

- Deutlich wird bei der Auseinandersetzung mit der Forschungsliteratur, welche zentrale Rolle **Wissen und Informationen** für die Formulierung und Implementierung von Water Governance spielen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen:

- a) Wissen um ökologische Belastungsgrenzen, Funktionsbedingungen und Wechselwirkungen sowie um Gefährdungspotentiale und anthropogene Gefährdungsmomente zur Definition von ökologisch ‚nachhaltigen‘ Zielen und den zu lösenden Herausforderungen;

- b) Wissen um Betroffene, Nutzungsformen, Bereitsteller, Verbraucher, Verschmutzung, Veto-Spieler oder institutionelle Akteure, welche jeweils unterschiedliche Rollen, Funktionen, Verantwortlichkeiten, Einflussphären und -möglichkeiten sowie eine unterschiedliche Betroffenheit bzw. Resilienz hinsichtlich der Folgen politischer Entscheidungen aufweisen

- c) Wissen um die sozial-kulturellen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, Einflussgrößen und Störfaktoren, inklusive der individuellen Motivationslagen der Stakeholder zur Konzeption adaptiver Lösungsstrategien und angepasster institutioneller Settings

Von der Verfügbarkeit und Generierung solcher Wissensbestände macht sich die Water Governance Forschung insofern abhängig, als dass solche Informationen den Ausgangspunkt zur Konzeption und Umsetzung der Wasserpolitik bilden sollen, unabhängig davon, inwieweit diese Informationen objektiv überhaupt bereitgestellt werden können. Interessanterweise sind es aber eben genau jene Daten, auf welche die Akteure der EZ keinen oder nur einen begrenzten Zugriff haben. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, wie Water Governance entsprechend der Idealvorstellungen umgesetzt werden soll, wenn doch wichtige Informationen, welche die Effektivität der Governanceverfahren beeinflussen, nicht verfügbar sind oder in der Water Governance Diskussion nicht aufgegriffen werden (vgl. hierzu exemplarisch: Biswas/Tortajada 2010: 131, 138; Ostrom 1999: 494; Ratner/Cohen et al. 2013: 14; Johnston/Silva et al. 2014: 57; Zetland/Möller-Gulland 2013: 258, 263-264).

- In der Water Governance Literatur wird diese Problematik nicht weiterverfolgt. Vielmehr geht man davon aus, dass die Generierung solcher Wissensbestände sowie die Anpassung politischer Maßnahmen an lokale Gegebenheiten über **Monitoring- und Evaluationsmechanismen** (M&E Mechanismen) gewährleistet werden könnte.

Diese würden der Überprüfung und Überwachung der sich vollziehenden Prozesse und damit einhergehend der Generierung von Handlungswissen dienen, welches zirkulär in die Bewertung der Prozesse einfließen soll. Aus der Evaluation sollen sich dann im Idealfall wiederum lokalspezifische ‚best-practices‘ ergeben.

Von besonderer Bedeutung für diese M&E Mechanismen selbst ist hingegen die Erarbeitung und Konzeption aussagekräftiger Indikatoren und Messinstrumente, welche der Bewertung und Einordnung unterschiedlicher, wasserpolitischer Maßnahmen und Strategien dienen sollen. Die Erforschung und Implementierung solcher Indikatoren(-sets) bildet aktuell den zentralen Forschungsstrang der Water Governance Forschung (vgl. hierzu exemplarisch: Beisheim 2011; Cordery/Cloke 2010; Scheumann/Neubert 2006; Morella/Foster et al. 2009; UNDP 2013; World Bank Group 2006). Besonders prominent ist die Indikatorendiskussion rund um die Evaluierung und Bewertung der Fortschritte hinsichtlich der SDGs: Gerade vor dem Hintergrund normativ aufgeladener Zielsetzungen und ihrer Übersetzung in statistische Zielgrößen innerhalb der SDGs wird deutlich, wie kontrovers und uneinheitlich die Mess- und Indikatorendiskussion aktuell ist. Weder existieren klare Vorstellungen davon, ab wann ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess als nachhaltig gelten kann, welche Bedingungen und Einflussfaktoren dafür von besonderer Relevanz sind, noch wie man solche vielfältigen Schwellenwerte von Nachhaltigkeit bemisst und evaluiert (vgl. Fukuda-Parr/Yamin et al. 2013: 11-13).

Weniger prominent in der Forschungsliteratur, aber dennoch relevant sind zudem:

- **Foren der Konfliktbearbeitung**, welche den Stakeholdern die Möglichkeit geben sollen, autonom ihre Probleme zu bearbeiten (vgl. hierzu exemplarisch: Burnley/Adriázola et al. 2014: 21; Gerlak/Varady et al. 2009: 314; Ostrom 1999: 54-65; Weidenberg 2008: 120-136).
- **Kohärenz und Integration** unterschiedlicher Policies, Gesetze, Maßnahmen und Strategien sowie eine holistische Betrachtung der Problemsituation, um eine adäquate und konsistente Bearbeitung der Herausforderungen zu gewährleisten (vgl. hierzu exemplarisch: Giordano/Shah 2014: 364-365; Keulertz/Sowers et al. 2016: 24-26).

Dieser Werkzeugkasten an Instrumenten von Water Governance deutet bereits an, welche Herausforderungen aus Sicht der entwicklungspolitischen Forschung zur Überwindung der sozialökologischen Krise sowie für die Durchsetzung von ‚Nachhaltigkeit‘ hinsichtlich Wasser

als zentral betrachtet werden: Nach der Etablierung einer gemeinsamen Problemperspektive in Form des IWRM werden die Hürden zur Verwirklichung ‚nachhaltiger‘ Wasserpolitik in der Implementierung, Koordination, Adaption, Umsetzung und Kontrolle der politischen Maßnahmen sowie in der Aktivierung, Involvierung und Mitwirkung der Stakeholder an dem Prozess der Water Governance gesehen (Gerlak/Varady et al. 2009: 312-313; Biswas/Tortajada 2010: 131; Oeur/Mam et al. 2014: 19).

Maßnahmen wie die Erarbeitung von Evaluations- und Kontrollmechanismen, die Durchsetzung belastbarer rechtlicher Rahmenbedingungen oder die Etablierung von Foren der Konfliktbearbeitung dienen demnach der effektiveren und effizienteren Umsetzung guter Wasserpolitik. Darüber hinaus sollen sie, wie im Falle von Partizipationsarenen oder Institutionen der Informationsvermittlung und Transparenz, einen positiven Beitrag zur demokratischen Legitimation der politischen Entscheidungen leisten (Madzudzo/Mulanda et al. 2013: 10). Implizit schwingt hier die Erwartung mit, auf diesem Wege würden die Maßnahmen und Strategien der Water Governance eben nicht nur Prozesse der Armutssreduktion initiieren, sondern ebenfalls einen positiven Beitrag zu deren demokratischer Legitimierung leisten. Darüber hinaus wird der Partizipation der Stakeholder die Fähigkeit zugesprochen, für die Berücksichtigung aller relevanten Interessen, den lokalen Besonderheiten und Herausforderungen (ökologisch, ökonomisch wie sozial), der Überwindung von Interessenkonflikten sowie der Nutzung lokaler Wissensbestände zu sorgen bzw. dies grundlegend zu ermöglichen (Beisheim 2011: 20; Madzudzo/Mulanda et al. 2013: 11).

Dabei steht die aktive Implementierung einer idealtypischen Water Governance vor der Schwierigkeit, dass es weitgehend an einer empirischen Fundierung der Water Governance Forschung fehlt: In der Literatur klafft dort eine Forschungslücke, wo anwendungsbezogene Studien es ermöglichen würden, die verschiedenen Strategien, Ansätze und Mechanismen der Water Governance zu bewerten und in ihrer Anwendbarkeit zu untersuchen (Ratner/Cohen et al. 2013: 14; Töppe 2002: 256; Johnston/Silva et al. 2014: 57; Zetland/Möller-Gulland 2013: 258).

Hingegen finden sich teils stark divergierende Einzelfallstudien, welche meist außer einer Fokussierung auf die Charakteristika von Good Governance wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Dadurch erscheinen die in der Forschungsliteratur bisher begutachteten,

geförderten und geforderten Aspekte von Water Governance wie Leerformeln, denen die empirische Beweisführung ihrer vermeintlichen Vorzüge fehlt: „*Improving the water governance of any water use sector is hampered by the unavailability of good, objective, unbiased and independent analyses of good and replicable case studies.*“ (Biswas/Tortajada 2011: 8).

Erkennbar werden so Parallelen zwischen der Diskussion um Water Governance und der allgemeinen Forschungsdiskussion zu Governance, da auch dort Attribute wie ‚accountability‘, ‚transparency‘ und ‚participation‘ im Fokus stehen, jedoch ebenfalls empirische Nachweise für die demokratische Qualität und die Effektivität der Politikmodi weitgehend fehlen (vgl. Simonis 2004: 3; Jessop 2011: 48-51; Walk 2011: 142-143). Wie in der Auseinandersetzung um die richtigen Strategien der Wasserpolitik, hat sich in der Debatte um Governance als politische Handlungskoordination und Steuerung eine funktionalistische Betrachtungsweise durchsetzen können (vgl. Jessop 2011: 64-65; Mayntz 2001: 3-5). Aus Sicht der positivistisch geprägten Governanceforschung bilden die Komplexität der Problem- und Interessenlagen, die Verflechtung unterschiedlicher Politikfelder sowie die Unübersichtlichkeit unterschiedlicher normativer Ansprüche die zentralen Herausforderungen aktueller politischer Steuerung. Zu deren Bearbeitung konnten jedoch spezifische ‚tools‘ identifiziert werden, mit deren Hilfe vermeintlich eine effektive politische Steuerung möglich sei (Demirovic/Walk 2011: 7-8; Jessop 2011: 48-51). Werkzeuge wie die Mitwirkung der relevanten Stakeholder an der Formulierung von Reglementierungen oder die Schaffung eindeutiger, rechtlich abgesicherter Besitzansprüche erhöhen demnach die Effektivität und Effizienz bei der Bearbeitung politischer Herausforderungen (vgl. Simonis 2004: 4). Wenn also beispielsweise die Einrichtung von Foren der Konsultation und Konfliktbearbeitung gefordert wird, werden damit Erwartungen an bestimmte Funktionserfüllungen wie z.B. die Überwindung von Blockaden einzelner Akteure oder die Nutzbarmachung traditioneller Wissensbestände assoziiert (Walk 2011: 137; The World Bank 2006: 21). Gleiches gilt für Prozesse der Evaluation und Kontrolle, welche dem Zweck dienen sollen, die Wissensbestände um erfolgreiche Praktiken zu erweitern, Verhalten zu normieren, Abweichungen zu identifizieren oder zukünftig zu verhindern (vgl. Beisheim 2011: 20; Bodnár 2005; Pollem 2009).

Diese Fokussierung auf die funktionale Dimension politischer Entscheidungen und Handlungen setzt sich auch dort fort, wo Politikbegriffe wie Responsivität oder Partizipation (s.o.) auftauchen. Die Verantwortlichkeit der politischen Eliten zu garantieren zielt bspw. in erster Linie darauf ab, politische Entscheidungen effektiver und effizienter umzusetzen, da dysfunktionale Momente wie Korruption oder Nepotismus so vermeintlich eingedämmt werden können (Trawick 2009: 982, 989; Zetland/Möller-Gulland 2013: 264-265).

Damit stehen Effizienz und Effektivität politischer Steuerung im Fokus. Dabei war deren Bedeutung im Verlauf der politischen Steuerungskrise, der damit verbundenen Kritik an klassischen Konzepten von hierarchischer Staatlichkeit sowie dem Aufkommen von Mehrebenen- und Multi-Stakeholder-Ansätzen in der sozialwissenschaftlichen Forschung zurückgegangen (vgl. Bäckstrand 2006: 290-291). Größere Bedeutung erlangten hingegen neue Formen der Kooperation, Aspekte demokratischer Mitbestimmung und die Koordination pluraler Interessen in nicht-hierarchischen Netzwerken (vgl. Wahl 2011: 253-255; Walk 2011: 145). Diese Erkenntnisse wurden in der Entwicklungspolitik insofern übernommen, als dass zwar an der Steuerungsfähigkeit des Staates Zweifel geäußert werden, den integrativen, adaptiven, responsiven sowie partizipativen Governance Mechanismen und Strukturen allerdings zugleich das Potential zugesprochen wird, die Defizite politischer Lenkung zu überwinden. Dadurch soll es zu effektiveren und im Idealfall effizienteren Entscheidungen, institutionellen Strukturen sowie entwicklungspolitischen Handlungen kommen (Newig/Adzersen et al. 2013: 527-528; Newig/Challies et al. 2017).

## 2.6 Eine kritische Reflektion des Konzepts von Water Governance

Der Eindruck aus der Lektüre der Water Governance Literatur, in welcher sich Formulierungen und Forderungen wie „*generate solutions, and implement and evaluate local management actions*“ (Morton/Brown 2011: 8), „*effectiv management of water resources is vital to sustainable development*“ (The World Bank 2006: 20) oder einfach „*freshwater management*“ (OECD 2015: 3) finden, deutet darauf hin: Im Zusammenhang mit Water Governance geht es zentral um Fragen der instrumentellen Effektivität (und ökonomischen Effizienz). Dadurch verlagert sich der Schwerpunkt der Wasserpolitik hin zu

einem zielgerichteten (und wenn möglich kosteneffizienten) Management einer Ressource (vgl. Biswas/Tortajada 2010: 132).

Inwieweit aber eine ökonomisch effiziente Wasserorganisation ausreichend für die Sicherstellung einer ökologisch nachhaltigen Wassernutzung ist, bleibt dabei offen. Dass es sich bei Fragen der Allokation, Alimentation sowie dem Erhalt von Wasser innerhalb und zwischen Gesellschaften um konfliktgeladene Themen handelt und zugleich die anthropogenen Nutzungsmuster der Ressource bisher nicht als ökologisch tragfähig zu bezeichnen sind, taucht hier nicht weiter auf. Auch eine sich verschärfende sozialökologische Krise wird nicht weiter thematisiert<sup>48</sup> (vgl. Baumgartner 2013: 180; van den Brandeler/Hordijk et al. 2014: 502-503). Dieser konfligierende Charakter von komplexen Wasserherausforderungen droht jedoch durch eine ökonomisch geprägte Hinwendung zum Management von Ressourceneinheiten unterbelichtet zu bleiben (vgl. Brand/Görg 2002: 42). Die eindimensionale Perspektive auf gesellschaftliche Wassernutzung kann potentiell zu widersprüchlichen und gegebenenfalls kontraproduktiven Bearbeitungsstrategien führen (vgl. FAO 2011: 3-5):

So entsteht der Eindruck, etwa mit Hilfe juristisch abgesicherter Regelungen kann unter den Bedingungen ausreichender Evaluation und der Anwendung wirksamer Sanktionsmechanismen die ‚nachhaltige‘ Bewirtschaftung von Naturressourcen gewährleistet werden, während gleichzeitig die Ansprüche demokratischer Mitbestimmung und Inklusion gewahrt bleiben. Da wirkt es dann beinahe redundant, wenn in fast allen Publikationen eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Governance Institutionen als weitere, zentrale Erfolgsbedingung der Steuerungsbemühungen gefordert wird.

Allerdings scheinen Lösungsansätze des Ressourcenmanagements aus Sicht der Water Governance Forschung weder Unterschiede in der Ressourcennutzung und -schädigung oder politischer Macht zu involvieren, noch die erheblichen politischen Konflikte auf lokaler wie globaler Ebene ausreichend zu berücksichtigen (van den Brandeler/Hordijk et al. 2014: 502-503). Wenn beispielsweise die Wasserknappheit ugandischer Kleinbauern nicht im Kontext

---

<sup>48</sup> Ebenso wenig lässt sich davon ausgehen, dass eine effiziente Wasserorganisation automatisch einen Beitrag zu einer gleichberechtigten und sozial inklusiven Wasserverteilung leistet - einer zentralen Forderung der wissenschaftlichen Water Governance Forschung (vgl. Zwartveen/Kemerink-Seyoum/Kooy et al. 2017: 2).

globaler Warenströme und Konsumstile gesehen wird, sondern als Allokationsproblem begrenzter Ressourcen unter gleichberechtigten, konkurrierenden Nutzern, werden Herrschaftsaspekte und begrenzte Handlungsspielräume ebenso vernachlässigt wie die Komplexität der Wasserkrise selbst (vgl. Burnley/Adriázola et al. 2014: 21; Dobner 2013: 58-59).

Die Gemeinsamkeiten zwischen der allgemeinen sowie wasserspezifischen Diskussion um Governance deuten an, dass hier gemeinsame Defizite vorliegen, mit denen beide Begriffskonzeptionen gleichsam zu kämpfen haben. Hierzu zählen insbesondere eine grundlegende Unbestimmtheit des Governance-Begriffs selbst (vgl. Offe 2008: 61-63). Eng damit verbunden ist der Vorwurf eines grundlegenden Steuerungsoptimismus, welcher sich mit dem Governancebegriff verbindet (vgl. Mayntz 2005: 12-15). Hinzu kommen die Vernachlässigung des konflikthaften Charakters politischer Problemstellung sowie das Ausklammern unterschiedlicher, oftmals konfligierender, soziokultureller Vorstellungen des guten Lebens (vgl. Mouffe 2015: 40-43).

Bob Jessop fasst die Schwierigkeiten im Kontext des Governancebegriffs präzise zusammen: *„In short, the notion of ‘governance’ seems to condense and encapsulate a wide range of concerns in the contemporary world and therefore carries an enormous analytical, theoretical, descriptive, practical and normative weight. It has also been applied to a wide range of social issues and to every scale of social organisation from the micro- through the meso- and macro- to the meta-social level. As such, governance has become an increasingly significant theme in the social and management sciences, in social practices, and in the rhetoric and narratives of social transformation. It has multiple meanings and can be inserted into many different paradigms and problematics. At the same time and for the same reasons, however, governance has become a rather fuzzy term that can applied to almost everything and therefore describes and explains nothing.”* (Jessop: 2002: 36)

Im Falle von Water Governance - zumindest in der entwicklungspolitischen Diskussion - kommen erschwerend eine Unterbelichtung der biophysischen Besonderheiten der Ressource und der Vielfalt deren anthropogener Beanspruchung sowie eine gewisse wissenschaftliche Nivellierung hinsichtlich lückenhafter Wissensbestände hinzu. Letztere äußert sich in der Gewissheit, mit den richtigen Instrumenten sei hydrologische

‚Nachhaltigkeit‘ nur eine Frage der richtigen Governance, wohingegen vernachlässigt wird, dass keinerlei gesicherte Erkenntnisse dazu vorliegen, wann ein Wassereinzugsgebiet ‚nachhaltig‘ oder stabil funktioniert oder ab wann diese Funktionsfähigkeit eingeschränkt ist; ergo ist es unmöglich, Rahmenbedingungen von ‚Nachhaltigkeit‘ präzise zu formulieren (vgl. Biswas/Tortajada 2010: 138). Wenn dies dennoch implizit dort unterstellt wird, wo es nur noch um Fragen der politischen Umsetzung der vermeintlich angemessenen Nachhaltigkeitsstrategien geht, verhindern solche Annahmen die notwendige Auseinandersetzung darüber, was unterschiedliche Akteure oder Gesellschaften unter ‚Nachhaltigkeit‘ verstehen, wie sie im konkreten Fall ausgestaltet werden kann und wie Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können (vgl. Biswas/Tortajada 2010: 133).

Die Forschung um Water Governance beginnt hingegen am anderen Ende und stellt Maßnahmen und Strategien in den Betrachtungsfokus, welche der Erreichung vermeintlich ‚nachhaltiger‘ Ziele dienen würden, ohne die Entstehung, Absichten und Implikationen solcher Ziele einer Reflektion oder Kritik zugänglich zu machen. Es wird demgegenüber davon ausgegangen, mit Hilfe der Involvierung der Stakeholder, der juristischen Absicherung ihrer Interaktion oder auch der Nutzbarmachung lokaler Wissensbestände könnten möglichst alle Interessen Berücksichtigung im politischen Prozess finden. Bei Lektüre der zahlreichen Publikationen zu Wasserfragen - von Bewässerung über Aquakulturen bis hin zur Trinkwasserversorgung - drängt sich der Eindruck auf, im Falle von Wasser hätte man es mit eindeutig festgelegten Interessenbündeln der Akteure zu tun, welche entsprechend nur noch miteinander in Ausgleich gebracht werden müssten. Inwieweit es allerdings insbesondere im Falle von Wasser um strukturell oder historisch vorgeprägte Interessen geht, welche teils Ergebnis soziokultureller und technischer Entwicklungen sind (vgl. Kluge 2000:20-22) bleibt ebenso ausgeklammert wie die Frage nach Alternativen zu etablierter Wasserverwaltung.

Ebenso spielen Lernprozesse grundsätzlich nur eine begrenzte und eng definierte Rolle. Sie sollen vor allem der Verhaltensänderung von Haushalten, hin zu mehr Wassersparen, dienen<sup>49</sup>. Ziel bleibt eine Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Wassernutzung (vgl. The World Bank 2006: 22-23). Dadurch erscheint es weder fragwürdig, die Interessen von

---

<sup>49</sup> Zur kritischen Auseinandersetzung mit Wassersparen im Kontext dominanter Wasserinfrastrukturen vgl. Dobner 2013: 9-12.

Kleinbauern mit denen großer Lebensmittelkonzerne gleichzusetzen, noch diese miteinander in Ausgleich bringen zu wollen - unabhängig davon, inwieweit dieses Verhältnis politisch oder sozioökonomisch asymmetrisch ist oder Interventionen negative soziale wie ökologische Konsequenzen nach sich ziehen könnten (vgl. Meyer von Bremen/Rundgren et al. 2014: 100-105). Solche Erwartungen und Betrachtungsweisen entspringen einem funktionalistischen Managementansatz, welcher weite Teile der wissenschaftlichen Diskussion um die Organisation von biophysischer Umwelt, insbesondere Wasser zu bestimmen scheint (vgl. Leff 2002: 95-98; Kluge/Beck et al. 2012: 9). Dadurch fehlt es der entwicklungspolitischen Wasserforschung letztlich an einer selbstkritischen, offenen Perspektive auf den eigenen Forschungsgegenstand (vgl. Linton 2010: 7).

Die widersprüchlichen, interessengeleiteten Begriffsauffassungen sowie inhaltlichen Unschärfe in der Water Governance Diskussion fassen Asit K. Biswas und Andrea Lucia Biswas-Tortajada (2010) pointiert zusammen:

*"[...] governance is a broad concept, has no agreed upon definition, and operates at many levels. Different international institutions such as the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), World Bank, various United Nations (UN) agencies, and the European Union define governance based on their mandates, interests and biases. However, there are some common features for most of these definitions. These include accountability, transparency, and participatory and decentralized decision making. [...] Based on much of the recent discussion of water governance, a cynic may well ask, 'If the word 'governance' is replaced with the earlier focus on 'management', would it make any practical and significant difference?' A cynic may further claim that the water profession has got into a muddle by being unable to distinguish between management and governance, or where management ends and governance begins, or if management is subsumed under governance or vice versa. [...] These two paradigms ('sustainable water management' und 'integrated water resource management'; Anm. TK) are being rapidly replaced by 'water governance'. Only time will tell if this change is simply the old wine that is being recycled into a new bottle, or if it is indeed a new wine which will have major and perceptible impacts in improving how water is managed or governed in most countries of the world."*

(Biswas/Tortajada 2010: 132)

## 2.7 Das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Analyse

Analysen Nachhaltiger Entwicklungsbemühungen sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, dass die unterschiedlichen Vorstellungen von Nachhaltigkeit, Entwicklung sowie Natur nur aufwändig und im Einzelfall zu rekonstruieren sind. Die jeweiligen Überzeugungen lassen sich dabei aus institutionellen Regeln, entwicklungspolitischen Zielvorstellungen, Problematisierungen oder Handlungsanleitungen ableiten, in denen sie sich niederschlagen. So formen die jeweiligen Natur-, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsvorstellungen und -überzeugungen die entwicklungspolitischen Anstrengungen.<sup>50</sup>

Folglich kann es nicht Ziel dieser Forschungsarbeit sein, eine funktionalistische Antwort auf die Frage nach den Gründen für Erfolge und Wirkungsbeschränkungen nachhaltiger Entwicklungsprogramme zu finden. Entsprechend versteht sich diese Arbeit explizit nicht als Beitrag zur Politikfeldforschung. Es soll kein positivistisches Handlungswissen nachhaltiger Entwicklung generiert oder der Widerspruch zwischen verschiedenen politischen Interessen im Kontext sozialökologischer Herausforderungen aufgelöst werden. Ohnehin wird bezweifelt, dass dies angesichts normativ aufgeladener Diskurse und widersprüchlicher Wirklichkeitsdeutungen im Feld der EZ überhaupt sinnvoll oder durchführbar wäre (vgl. Dryzek 2013:3-6). Thomas Jahn warnt zudem vor einer Instrumentalisierung der Wissenschaft im Zuge der Nachhaltigkeitsdiskussion: *„Denn angesichts bisher beispielloser sozial-ökologischer Krisen gerät sie (die Wissenschaft; Anm. TK) zunehmend unter den Druck, nicht nur methodisch gesichertes, sondern zugleich anwendbares Wissen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen bereitzustellen. [...] In dieser Situation halten wir es für entscheidend, dass sich Wissenschaft nicht zum Spielball von Veränderungsanforderungen*

---

<sup>50</sup> Die Schwierigkeit besteht vornehmlich darin, dass es an einer objektiv unhinterfragten Deutung Nachhaltiger Entwicklung fehlt, auf welche sich bei der Bewertung entwicklungspolitischer Maßnahmen berufen werden könnte. Es erscheint zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich, zweifelsfrei festzustellen, inwieweit eine entwicklungspolitische Maßnahme der Aufrechterhaltung globaler, regionaler oder lokaler Ökosystemdienstleistungen zuträglich ist, dem Wohlergehen der Menschen dient oder zukünftigen Generationen ein Leben in Freiheit vor sozialökologischen Krisen garantiert. Eine Analyse entwicklungspolitischer Maßnahmen und Strategien sollte versuchen, diese fehlende begriffliche Klarheit ernst zu nehmen und Nachhaltigkeit entsprechend nicht zum Bewertungsmaßstab zu erheben.

*machen lässt, sondern ihre Anpassung an die historisch neuen Herausforderungen selbst gestaltet.“ (Jahn 2013: 29).*

Demgegenüber wird in der vorliegenden Forschungsarbeit davon ausgegangen, dass Analysen, welche für sich beanspruchen, Lösungen für die sozialökologischen Krisen präsentieren zu können, ohne dabei die dahinterliegenden Umweltdeutungen und gesellschaftlichen Naturverhältnisse ausreichend zu berücksichtigen, zwangsläufig eine zu geringe Komplexität aufweisen werden. Sie können letztlich keine belastbaren Bearbeitungsstrategien aus ihren Untersuchungen ableiten, da sie entscheidende Einflüsse und Effekte vernachlässigen.<sup>51</sup>

In der vorliegenden Analyse wird hingegen ein Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Forschung geleistet, indem danach gefragt wird, inwieweit entwicklungspolitische Akteure sozialökologische Krisen wahrnehmen, problematisieren und wie sie diese letztlich auflösen wollen. Anders ausgedrückt: Wie sie ihren eigenen Gegenstandsbereich sowie die damit einhergehenden Aufgaben und Ziele deuten, diese erreichen wollen und was dafür als notwendige Voraussetzung wie auch als Hindernis wahrgenommen wird. Im Zentrum steht damit die Frage nach der Problemwahrnehmung und dem Lösungsverständnis der institutionalisierten EZ.<sup>52</sup> Aus solchen Analysen ergeben sich Hinweise darauf, welche Wirklichkeitsdeutungen den alltäglichen Tätigkeiten der Entwicklungspolitik zugrunde liegen, welche Wissensbestände und Überzeugungen ihre Aktivitäten anleiten und inwieweit

---

<sup>51</sup> Die in zahlreichen Staaten Sub-Sahara Afrikas erkennbaren, rechtsstaatlichen Defizite werden in der vorliegenden Analyse fraglos wahrgenommen. Es wird ebenfalls nicht an der Bedeutung kohärenter Politikfeldgestaltung und der Relevanz allgemein anerkannter Mess- und Bewertungsverfahren als Basis für eine öffentliche Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen gezweifelt. Ebenso wenig sollten die vielfältigen Abhängigkeiten nationalstaatlicher Regierungen Afrikas von zahlreichen Geberinstitutionen übersehen werden (vgl. Koch/Weingart 2016: 18-19). Allerdings blieben Forschungsarbeiten im Kontext umweltrelevanter, entwicklungspolitischer Aktivitäten weitgehend gleichgültig gegenüber den sozialökologischen Effekten politischen Handelns wie auch den folgenschweren Implikationen spezifischer Problematisierungsweisen von Natur, Armut und (Unter-) Entwicklung. Die vorliegende Arbeit möchte helfen, diese Blindstellen im Forschungsdiskurs zu überwinden.

<sup>52</sup> Es wird nicht der Anspruch formuliert, die Deutung der sozialökologischen Krise durch die deutsche EZ hier in ihrer Gesamtheit oder Tiefenschärfe rekonstruieren zu können. Vielmehr versteht sich die Arbeit als Versuch, die Dominanz spezifischer Wahrnehmungsmuster und Lösungsstrategien der EZ besser zu verstehen, indem ein innovativer Blick auf den Gegenstandsbereich Entwicklungspolitik geworfen wird.

hierdurch andere Lösungsstrategien, Problemdeutungen und Wissensformen ausgeblendet, vernachlässigt oder nicht wahrgenommen werden. Entsprechend besteht die Intention der vorliegenden Arbeit darin, am Beispiel der entwicklungspolitischen Bearbeitung der Trink- und Süßwasserkrise in Sub-Sahara Afrika epistemologisch aufzuzeigen, welches Problem- und Lösungsverständnis den Nachhaltigen Entwicklungsbemühungen der deutschen EZ zugrunde liegen und diese anleiten. *„Wenn ich also wissen will, warum jemand so und nicht anders handelt, besteht ein Zugang dazu darin, den von ihm mit seinem Handeln verbundenen subjektiven Sinn – oder in anderen Worten: seine ‚Definition der Situation‘ (William I. Thomas & Dorothy Thomas) herauszuarbeiten.“* (Keller 2013: 27). Im Zentrum der Arbeit steht die Analyse von Problematisierungsweisen, Lösungsvorstellungen, Wissensbeständen sowie den Deutungen von Entwicklung und Natur, welche Handlungen anleiten, Lösungsstrategien rechtfertigen sowie alternative Problem- und Lösungsvorstellungen unmöglich machen.<sup>53</sup>

Ziel ist es, herauszuarbeiten, welche Überzeugungen zu Nachhaltigkeit, Entwicklung/Unterentwicklung und Natur innerhalb der deutschen EZ dominieren, ihre Arbeit prägen, welches Wissen die Lösungsstrategien begründet und welche Lösungsansätze die Diskussion um eine nachhaltige Wasserorganisation in den Institutionen der deutschen EZ beherrschen. Analog zur eingenommenen Untersuchungsperspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist dabei von besonderem Interesse, wie das Zusammenspiel von Natur

---

<sup>53</sup> Damit werden in der vorliegenden Arbeit weder Aussagen über die tatsächliche entwicklungspolitische Praxis getroffen, noch deren fassbare Effekte analysiert. Die konkreten Handlungen der Entwicklungspolitik entziehen sich aufgrund der mangelhaften Datenlage weitgehend einer wissenschaftlich detaillierten und systematischen Betrachtung, während zugleich die Auswirkungen der entwicklungspolitischen Interventionen so zahlreich und vielgestaltig sind, dass auch deren Analyse sich als kaum zu bewältigen präsentiert. Von Interesse ist dementsprechend nicht, was die deutsche EZ letztlich konkret in den Ländern Afrikas tut, sondern vielmehr, warum sie dies tut, wieso sie von der Sinnhaftigkeit dieser Aktivitäten überzeugt ist und wie sie ihre Zielsetzungen argumentativ absichern. Die vorliegende Analyse kann dann allerdings keine Stellungnahme zu den detaillierten Auswirkungen entwicklungspolitischer Aktivitäten abgeben, sondern versucht eher einen Ausblick auf die implizierte Strukturierung und Ausrichtung der gesellschaftlichen Wasserverhältnisse zu geben - diese resultieren wiederum aus der spezifischen Problematisierungsweise der deutschen EZ.

und Gesellschaften - hier vornehmlich im Hinblick auf Wasser - durch die deutsche EZ gedeutet, analysiert und problematisiert wird.<sup>54</sup>

Erkennbar wird dadurch, welche Wahrnehmungsmuster und Organisationsprinzipien die Wasserpolitik innerhalb der EZ bestimmen, welche Naturvorstellungen damit einhergehen und wie das Verhältnis von Gesellschaften in den Partnerländern mit der sie umgebenden Natur strukturiert wird. Aufgrund der durch entwicklungspolitische Aktivitäten induzierten Transformationsprozesse gesellschaftlicher Naturverhältnisse lässt sich aus der Analyse der Problematisierungen eine Prognose darüber ableiten, wie sich die gesellschaftliche Naturnutzung aus Sicht der deutschen EZ idealerweise entwickeln soll bzw. in welchen Naturverhältnissen die extern induzierten Transformationsprozesse im besten Fall münden sollten.<sup>55</sup>

---

<sup>54</sup> Ausgehend von der theoretischen Verortung der Arbeit im Feld sozial-ökologischer Forschung, wird die Qualität der Problematisierungsweise durch die deutsche EZ daran bemessen, ob und inwieweit die Komplexität der sozial-ökologischen Krisen in ihrer Verwobenheit mit sozialen Praxen und den gesellschaftlichen Naturverhältnissen wahrgenommen wird - ohne dabei jedoch eine Aussage über Angemessenheit oder Genauigkeit der Problemdiagnose treffen zu können oder zu wollen (dafür fehlt es prinzipiell an unhinterfragten, abgesicherten Erkenntnissen hinsichtlich der detaillierten Ursache- und Wirkungszusammenhänge). Vielmehr ergibt sich eine näherungsweise, normative Bewertung aus dem Grad, in welchem Komplexität, Wechselwirkung und Unabgeschlossenheit der sozialökologischen Herausforderungen in den Problemdefinitionen Berücksichtigung und Aufmerksamkeit erfahren, zugleich monokausale und eindimensionale Lösungsvorschläge vermieden werden.

<sup>55</sup> Im Abgleich mit den Arbeiten von Markus Wissen und Ulrich Brand zur „*Imperialen Lebensweise*“ (2017) lässt dies einen vorsichtigen Ausblick darauf zu, inwieweit die von der EZ anvisierten Naturverhältnisse einen sinnvollen Beitrag zur Bearbeitung der sozialökologischen Krise leisten können. Allerdings soll nicht der Eindruck erweckt werden, hier würden Aussagen über die Qualität oder Effektivität entwicklungspolitischer Maßnahmen getroffen werden. Dafür fehlt es nicht nur an bestaltbaren Daten, sondern - wie bereits angedeutet - an einem objektiven Bewertungsmaßstab. Ebenso wenig wird davon ausgegangen, dass sich die diskursiv erkennbaren Muster und Aussagen der EZ ohne Umstände in konkrete Handlungen übersetzen lassen - dass also das Gesagte unmittelbar politische Wirklichkeit wird.

Allerdings wird, wie im anschließenden Methodenteil dargelegt werden soll, vorausgesetzt, dass die identifizierten Problematisierungen handlungsanleitende sowie -begrenzende Wirkung entfalten und so das Alltagsgeschäft der deutschen EZ grundlegend prägen. Ähnlich dem Blickwinkel institutionalistischer Theorien auf das Akteurshandeln, wird das Agieren der Akteure hier als von formalisierten Regeln bestimmt begriffen;

Die Identifikation von handlungsanleitendem Wissen in der EZ präsentiert sich dabei allerdings als problematisch, da man hier mit einem forschungspraktisch nur bedingt erschlossenen<sup>56</sup> und von außen kaum zugänglichen Politikfeld konfrontiert ist. Externe, wissenschaftliche Forschung hat Schwierigkeiten, Zugang zu detaillierten Projektinformationen, Evaluationsdaten und Projektergebnissen zu erhalten, was zu kaum überwindbaren Problemen bei der Formulierung belastbarer Aussagen über Aktivitäten, deren Auswirkungen oder den damit einhergehenden Wechselwirkungen beiträgt. Insbesondere das BMZ erschwert nicht nur den Zugang zu detaillierten Projektdaten, sondern verweigerte sich lange Zeit auch Experteninterviews - so beeinträchtigt die deutsche EZ eine wissenschaftliche Evaluation ihrer Aktivitäten.<sup>57</sup>

---

nur, dass diese in diesem Fall nicht ausschließlich in institutionalisierten Vorschriften bestehen, sondern auch in Wissensformen, Problemdeutungen und Lösungsvorstellungen.

<sup>56</sup> Als bedingt forschungspraktisch erschlossen wird hier das Politikfeld beschrieben, da sich zwar eine Masse an wissenschaftlichen Publikationen zur Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit identifizieren lässt, hier jedoch eine positivistische und oftmals unkritische Forschungsausrichtung augenscheinlich wird. Hauptaugenmerk der Analysen liegt eher auf einer Optimierung bestehender Verfahren und Ansätze, anstatt etwa deren Unzulänglichkeiten sowie nicht intendierten Nebeneffekte in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken. Ebenso wenig werden dichotome Unterscheidungspraxen zwischen ‚entwickelt‘ und ‚unterentwickelt‘ sowie deren argumentative Unterfütterung - in welche eben auch die anwendungsbezogene, wissenschaftliche Forschung zu Entwicklung involviert ist - problematisiert. Insgesamt scheinen postkoloniale wie post-development Kritik im wissenschaftlichen Mainstream der entwicklungspolitischen Forschung wenig Nachhall hinterlassen zu haben (vgl. Bischler/Giersemehl/Metzger/Stenmanns 2012: 164-165; Deutsche Welthungerhilfe e.V./terre des hommes Deutschland e.V. 2015: 22-23).

<sup>57</sup> Seitens des BMZ wurden wiederholt schriftliche Interviewanfragen ignoriert oder mit dem Verweis auf fehlende Fachkenntnis und Zeitprobleme abgeblockt. Da sich die Anfragen an Referatsleiter und andere, entscheidungsbefugte Personen richtete, muss der Verweis auf fehlende Fachkenntnis verwundern. Dies gilt umso mehr, da das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit auf persönliche Meinungen und Einstellungen ausgerichtet ist.

Zudem ist der analytisch verwertbare Informationsgehalt der öffentlich zugänglichen Projektevaluationen und -beschreibungen zu gering, um darauf aufbauend belastbare Aussagen zur entwicklungspolitischen Praxis zu generieren. Grundsätzlich präsentiert sich die Arbeit der deutschen EZ im Detail damit als kaum beobachtbar. Vor allen Dingen, da auch Evaluationen externer Gutachter als wenig detailliert und kaum tiefgründig beschrieben werden können: Sie sind nur punktuell auf die Analyse der konkreten Praxis ausgerichtet, sondern

Auch Gutachter, welche im unmittelbaren Auftrag der entwicklungspolitischen Institutionen mit der Evaluation beauftragt wurden oder institutionell an die EZ gebunden sind, scheinen auf Schwierigkeiten beim Zugang zu Daten und Informationen zu stoßen (Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2015a: 5; GIZ 2013b: 1). Externe Evaluationen konnten gleichermaßen nur bedingt auf Projektbeschreibungen zugreifen.

Darüber hinaus ist den Selbstdarstellungen der entwicklungspolitischen Akteure mit Vorsicht zu begegnen: Angesichts des vielfältigen Leistungs- und Legitimationsdrucks, welchem die staatliche EZ gegenüber Öffentlichkeit, dem Bundestag, Steuerzahlern und Partnern unterliegt, finden sich teils stark positiv eingefärbte Präsentationen der eigenen Leistungen sowie eine Betonung von Projekterfolgen. Demgegenüber findet eine Vernachlässigung gescheiterter Entwicklungsbemühungen oder nicht intendierter Nebeneffekte der entwicklungspolitischen Aktivitäten statt (vgl. Hofmeister 2008: 817). Hinzu kommt, dass eine kritische Kontextualisierung nicht belegbarer Aussagen und Kausalannahmen de facto nicht vorkommt: Teils erwecken die Evaluationsberichte den Eindruck, hier sei von Seiten der deutschen EZ fehlerfrei, meist effizient und letztlich erfolgreich gearbeitet worden. Dafür fehlt es jedoch an empirischen Belegen - vielmehr kommt es zu verkürzten Kausalannahmen über die positiven Wirkungen entwicklungspolitischer Interventionen (vgl. GIZ/BMZ 2015a: S. 134; Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2014b: S. 6). Evaluationsergebnisse und statistische Erfolgsnachweise sollten entsprechend nicht als objektive Informationsgrundlage für wissenschaftliche Analysen begriffen, sondern in ihrer politischen und legitimierenden Funktion verstanden werden.

Folglich muss ein Mangel an objektiv nachvollziehbaren Daten hinsichtlich der Aktivitäten der EZ festgestellt werden, während die öffentlich zugänglichen Selbstdarstellungen, Projektberichte, Evaluationsergebnisse, Leitlinien und Sektorkonzepte in erster Linie der Rechtfertigung der eigenen Tätigkeiten dienen.

Nichtsdestotrotz erschöpft sich die Funktion der Veröffentlichung kaum in der Generierung öffentlicher Rechtfertigungen - der Inhalt der Publikationen ist schließlich nicht willkürlich: Die Textkörper lassen in ihrer Gesamtheit den institutionalisierten, deutschen entwicklungspolitischen Diskurs erkennen. Damit eignen sie sich als Analysegrundlage der

---

überprüfen vornehmlich die Kohärenz zwischen übergeordneten Entwicklungs- und den jeweiligen Projektzielen (vgl. GTZ/AGEG Consultants eG 2009: 6).

institutionell verankerten Problem- und Lösungsvorstellungen: Die Publikationen repräsentieren die Handlungsgründe und -orientierungen der EZ, präsentieren Zielvorstellungen und legen die jeweiligen Problemdiagnosen dar, um wiederum die eigenen Handlungen als sinnvoll, zielgerichtet und angemessen erscheinen zu lassen. Zudem lassen sie die vorherrschenden Auffassungen von Entwicklung, Natur und Nachhaltigkeit erkennen, welche den spezifischen Problemdiagnosen und Lösungsvorstellungen zugrunde liegen.

Der politischen Aufladung des Untersuchungsmaterials nimmt sich die vorliegende Arbeit forschungspraktisch dadurch an, dass auf die Feststellung intersubjektiv überprüfbarer Projekt- oder Maßnahmenerfolge verzichtet wird. Es geht nicht darum, die Projekte der deutschen EZ hinsichtlich einer bestimmten Vorstellung von Nachhaltigkeit oder Effektivität zu bewerten. Vielmehr stehen Fragen nach institutionellen wie individuellen **Wertauffassungen** (Was wird jeweils unter Entwicklung, Umwelt, Nachhaltigkeit verstanden?), **Handlungsnormen** (Wie sollten entwicklungspolitische Ziele idealer Weise erreicht werden?), **Problemperspektiven** (Wieso werden die anvisierten Ziele nicht erreicht?) und **Lösungsvorstellungen** (Wie können Probleme überwunden werden und welchen Beitrag kann die Arbeit der deutschen EZ hierzu leisten?) im Fokus der Untersuchung.

Neben der Auswertung von verfügbaren Publikationen der deutschen Entwicklungsinstitutionen im Kontext von Umwelt, Nachhaltigkeit, Entwicklung und Wasser, wurden hierfür Experten identifiziert und interviewt, welche entweder unmittelbar entwicklungspolitische Projektarbeit in Sub-Sahara Afrika durchführen und überprüfen oder diese Projekte von Deutschland aus anleiten und kontrollieren. Die Interviewaussagen der Experten dienen dabei der Verifikation, Ergänzung und Korrektur der in der Dokumentenanalyse identifizierten Erkenntnisse und stellen die eher allgemein gehaltenen Inhalte der Publikationen in einen konkreten Anwendungskontext. Die befragten Experten waren teils aktiv in Projekte in Sub-Sahara Afrika involviert und haben aufschlussreiche Einblicke in den dortigen Projektalltag ermöglicht.<sup>58</sup>

---

<sup>58</sup> Allerdings muss im Hinblick auf die Aussagekraft der Interviews festgehalten werden, dass seitens der befragten Experten in einigen Fällen eine Zurückhaltung bei der Herausgabe von persönlichen Meinungen und Positionen beobachtet werden konnte. So entstand seitens des Interviewers der Eindruck, man wird trotz des wissenschaftlichen Interesses an individuellen Meinungen häufig nicht als Wissenschaftler, sondern als

Zugleich ergeben sich aus dem hier verfolgten Erkenntnisinteresse sowie dem normativ aufgeladenen Untersuchungsgegenstand der Entwicklungspolitik einige Einschränkungen für das weitere methodische Vorgehen: Zum einen fehlt der Diskussion um Nachhaltige Entwicklung, wie bereits ausgeführt, ein objektiver Wertungsmaßstab, welcher die normative Einordnung der Untersuchungsergebnisse erleichtern würde. Ökologische Nachhaltigkeit kann nicht eindeutig bestimmt werden; ebenso wenig wie zweifelsfreie Aussagen über die Effektivität sozialpolitischer, armutsreduzierender Interventionen getroffen werden können (vgl. Fukuda-Parr/Yamin/Greenstein 2013: 10-12).

Zugleich bleibt der Nachhaltigkeitsbegriff selbst weiterhin umstritten (vgl. Schmieder 2010: 12). Entsprechend können Kriterien und Indikatoren von Nachhaltigkeit nicht Ausgangspunkt einer normativen Auswertung des Untersuchungsmaterials sein. Vielmehr sollen, im Anschluss an qualitativ-interpretative Zugänge der Inhaltsanalyse, die Kriterien und Grenzen der Untersuchung durch das Textmaterial selbst vorgegeben werden (vgl. Mayring 2000). Dass impliziert, dass keine normativen Bewertungskriterien für die Diskursanalyse zum Einsatz kommen, sondern das Material explorativ und induktiv erschlossen wird. Entsprechend der Untersuchungsperspektive, basierend auf der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, sind für die Untersuchung von Wasser dann auch jene entwicklungspolitischen Aktivitäten relevant, die außerhalb dezidiert Wasserpolitik einen Einfluss auf die Hydrosphäre bzw. das Verhältnis von Gesellschaften zu Wasser haben können. Dadurch wird vermieden, das Wasser- und Naturverständnis der deutschen EZ ausschließlich selektiv und im Kontext der Wasserversorgung herauszuarbeiten, anstatt die gesamtgesellschaftliche Wassernutzung in all seinen Facetten zu berücksichtigen. Ziel ist es vielmehr, über den Zugriff auf die Problematisierungsweise von Wasser einen umfassenden Blick auf die gesellschaftliche Wassernutzung und -belastung zu werfen, wie sie von der deutschen EZ anvisiert wird. Eine solche gesellschaftliche Wassernutzung wird auch stark

---

Gutachter oder Prüfer der entwicklungspolitischen Arbeit wahrgenommen, dessen Urteil unmittelbare Konsequenzen für die Interviewten haben könnte. Daher findet sich in den Aussagen regelmäßig ein ähnlicher Sprachgebrauch wie in den untersuchten Publikationen. Es liegt die Vermutung nahe, dass man seitens der Befragten vermeiden wollte, in zentralen Punkten von der offiziellen Leitlinie der deutschen EZ abzuweichen.

davon beeinflusst, wie in den Bereichen der Landwirtschaft oder Ernährung<sup>59</sup> entwicklungspolitisch durch die deutsche EZ interveniert wird.

Untersuchungen im Kontext gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind ein relatives Novum in den Sozialwissenschaften, so dass es an etablierten Untersuchungswerkzeugen und Begriffsinstrumentarien fehlt. Die Komplexität der Wasserbewirtschaftung wurde bisher vordringlich in Aspekte technischer Anforderungen und administrativer Entscheidungsstrukturen aufgelöst, während naturwissenschaftliche Erkenntnisinteressen einen gesonderten Forschungsbereich bildeten (vgl. Becker/Jahn 2006: 347). Aus sozialökologischer Perspektive sind diese forschungspraktisch getrennten Vorgehensweisen und inhaltlichen Ausrichtungen jedoch fragwürdig: *„Die zunehmende Komplexität der Wasserbewirtschaftung erfordert integrative und differenzierende Vorgehensweisen in der Forschung, die auf Inter- und Transdisziplinarität setzen [...] da bislang eher Hydrogeologen und Ingenieure alle anstehenden Probleme im Zusammenhang mit Wasser technisch zu lösen beanspruchten.“* (Becker/Jahn 2006: 346-347).

Forschungsprogramme, welche die Komplexität und Wirkungsverflechtung sozialökologischer Fragestellungen ernst nehmen wollen, müssen daher auch methodische Unsicherheiten akzeptieren (vgl. Ellis/Herbert 2011: 34): *„Mit der Integration natur- und gesellschaftlicher Problemursachen beschreitet die Soziale Ökologie in der Wasserforschung Neuland.“* (Becker/Jahn 2006: 356). Die Analyse von Wassernutzung und -organisation im Kontext der Entwicklungspolitik kann sich entsprechend nicht auf ein unhinterfragtes Forschungsprogramm oder objektiv gültige Bewertungskriterien beziehen.

Sinnvoll erscheint es angesichts des Erkenntnisinteresses, dem explorativen Vorgehen sowie dem politisch aufgeladenen Untersuchungsmaterial daher auf diskurs- und inhaltsanalytische Zugänge Rückgriff zu nehmen: Mit deren Hilfe soll ein ergebnisoffener, rekursiver und abstrahierender Forschungsprozess ermöglicht werden. Das Untersuchungsmaterial wird dabei als Textkörper begriffen, welches Ideen, normative Konzepte und analytische Denkkategorien vermittelt. Aus diesem sollen explorativ Aussagen

---

<sup>59</sup> Ähnlich relevant für die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Hinblick auf das Naturgut Wasser sind Politikfelder wie die Stadtentwicklungs- sowie die Industrie- oder Handelspolitik (vgl. FAO 2011: 3-7).

zur Ausrichtung der entwicklungspolitischen Wasserorganisation abgeleitet werden. Da das Interesse der Arbeit dabei nicht auf die historische Rekonstruktion von Diskursverläufen und -entwicklungen ausgerichtet ist und auch nicht nach Momenten des diskursiven Wandels fragt bzw. diese erklären will, sondern die subjektiven Überzeugungen, Problemvorstellungen sowie dahinterliegenden Wissensformen im Untersuchungsfokus stehen, erscheinen klassische diskurs- und inhaltsanalytische Zugänge wie die Critical Discourse Analysis (CDA) oder Argumentationsanalysen als unpassend.

Ebenso kann, aufgrund der politischen Aufladung der Publikationen, nicht ohne Einschränkung auf technische Hilfsmittel der qualitativen Datenanalyse (zum Beispiel ‚MaxQDA‘) Rückgriff genommen werden: Anstatt Häufigkeit und Anwendung bestimmter Begrifflichkeiten zu eruieren, geht es in der vorliegenden Forschungsarbeit primär darum, deren subjektive Deutung, Lesart und Verwendung im Kontext der institutionalisierten EZ zu rekonstruieren.

# III. Problematisierung und Framing: Vorstellung des methodischen Vorgehens

## 3.1 Problematisierung als Forschungszugang

*„Die Behauptung, politische Probleme wären sozial konstruiert, ist inzwischen zu einem sozialwissenschaftlichen Gemeinplatz geworden.“ (Hajer 2004: 272)*

Aufbauend auf den Arbeiten des Philosophen und Historikers Michel Foucault wird ein Forschungszugang gewählt, welcher auf diejenigen Wissensformen und subjektiven Annahmen ausgerichtet ist, die zur Problematisierung eines spezifischen Sachverhalts herangezogen werden, diese Problemsicht begründen sowie die Rechtfertigung potentieller Lösungsstrategien ermöglichen.<sup>60</sup>

Grundlegend für eine solche Forschungsperspektive ist die Überzeugung, dass es sich bei politisch zu bearbeitenden Problemen nicht um objektiv gegebene Herausforderungen handelt, welche nur auf eine singuläre Weise wahrgenommen oder politisch bearbeitet werden können (vgl. Bacchi 2009: XVII; Edelman 1990: 4, 12; Görg 2003: 172-173). Dies trifft in besonderem Maße auf das kontroverse Feld der Entwicklungspolitik sowie das Problem sozialökologischer<sup>61</sup> Krisensymptome zu. Wie weiter oben bereits ausgeführt, handelt es sich

---

<sup>60</sup> Die Bandbreite an methodischen Ansätzen, welche im Anschluss oder loser Anlehnung an das Konzept der Problematisierungen entworfen wurden, ist dabei unübersichtlich. Oftmals verschwimmen die Grenzen zwischen Framing-Analysen und dem Forschungszugang via Problematisierungen: *„Wer sich auf die Framing-Literatur einlässt, begibt sich in ein multidisziplinäres Spannungsfeld, in dem auf den ersten Blick begrifflicher Wildwuchs herrscht. Von der Soziologie, der Medienwissenschaft, der Politikwissenschaft bis hin zur Linguistik und den Gender Studies wurde eine große Zahl von Framing-Ansätzen entworfen und diskutiert, die nur mangelhaft integriert wurden oder gar unvereinbar sind.“ (Degelsegger 2008: 3).*

Dennoch macht die Forschung um Problematisierungen einheitlich darauf aufmerksam, dass das, was problematisiert wird, nicht vorherbestimmt und letztlich Ergebnis eines sozialen Prozesses ist (vgl. Degelsegger 2008: 6).

<sup>61</sup> Es wird anerkannt, dass die Auffassung, bei den aktuell beobachtbaren Umweltphänomenen handele es sich um Effekte einer sozialökologischen Krise, selbst eine spezifische Form der Narration ist und damit nur eine der zahlreichen Erzählungen über Mensch-Umwelt-Beziehungen darstellt. Dennoch wird, im Verweis auf die

insbesondere bei Fragen von Nachhaltigkeit oder Entwicklung um hochgradig kontroverse und umstrittene Themenfelder. Entscheidungen für oder wider bestimmter Problematisierungsweisen in diesen Politikbereichen haben weitreichende Konsequenzen für die Strukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse (vgl. Görg 2003: 166, 172) und sind entsprechend für die sozialökologische Forschung von Interesse (vgl. Bacchi 2009: 15-18; Klöppel 2010: 257-258).

Momente der Problemdefinition sind selbst als Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse und als inhärent politisch zu begreifen: *„Und wenn diese [Problematisierung; Anm. TK] eintritt, nimmt sie nicht eine einzige Form an, die das direkte Ergebnis oder der notwendige Ausdruck dieser Schwierigkeiten wäre; sie ist eine oft vielgestaltige, mitunter sogar in ihren verschiedenen Aspekten widersprüchliche, eigentümliche oder spezifische Antwort auf diese Schwierigkeiten [...]“* (Foucault 2005a: 732; zitiert nach Klöppel 2010: 258). Divergierende Positionen und Interessen, asymmetrische Machtbeziehungen sowie vielfältige Wirklichkeitsdeutungen durchziehen den Prozess der Problematisierung und formen eine spezifische, exklusive Interpretation sozialer Wirklichkeit: *„Eine Problematisierung ist immer etwas Schöpferisches.“* (Foucault 1996: 179 f.). Probleme und gesellschaftliche Herausforderungen existieren nicht einfach außerhalb sozialer Deutungen, sondern werden auf unterschiedlichen diskursiven Ebenen vermittelt und geformt – kulturell, symbolisch, institutionell und kommunikativ (vgl. Bacchi 2009: 31-34). Problematisierungen sind daher nicht als objektive Gegebenheiten zu begreifen, sondern liefern Hinweise auf die argumentative Schließung politischer Handlungsräume: Sie intervenieren in den Prozess der Interpretation sozialer Wirklichkeit und setzen diesem Deutungsprozess Grenzen (vgl. Bacchi 2009: 14). Dabei verlaufen die Grenzziehungen in der Regel analog zu institutionell festgeschriebenen oder kulturell akzeptierten Normen und Erwartungen, so dass Problematisierungen nie als vollständige Neuschöpfung begriffen werden können: Das Forschungsprogramm im Anschluss an Problematisierungen kann dabei helfen, die Genese bestimmter Problemdeutungen zu rekonstruieren, *„[...] denn es fordert dazu auf, die*

---

theoretisch-normative Verortung der Arbeit im Rahmen sozialökologischer Forschung, einer solchen Deutung, welche Komplexität und Unwissenheit der Situation ernst nimmt, Vorrang vor anderen Interpretationen eingeräumt (vgl. Hofmeister 2008: 817).

*historischen, gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von Problemen zu untersuchen.“* (Klöppel 2010: 257).

Zwar lassen sich etwa Temperaturveränderungen in der Atmosphäre oder zunehmende Dürreperioden mit Hilfe (wissenschaftlicher) Messverfahren objektiv ebenso beobachten wie die Zunahme an grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen; ihre Kontextualisierung in politisch relevanten Diskursen wie Klimawandel, Umweltzerstörung, Umweltschutz oder als Entwicklungshindernisse und Sicherheitsprobleme lässt sie jedoch erst zum sozial relevanten und politisch bearbeitbaren Problem werden. Zugleich werden spezifische Aspekte der beobachtbaren Phänomene identifiziert und problematisiert, während andere Bestandteile der Phänomene ausgeblendet bleiben.

Auf diesem Wege generiert sich in unterschiedlichen Diskursen und Handlungszusammenhängen die spezifische Problematisierung eines Sachverhalts: *„Problematisierung bedeutet nicht die Darstellung eines zuvor existierenden Objekts, genauso wenig aber auch die Erschaffung eines nicht existierenden Objekts durch den Diskurs. Die Gesamtheit der diskursiven und nicht diskursiven Praktiken lässt etwas in das Spiel des Wahren und des Falschen eintreten und konstituiert es als Objekt für das Denken.“* (Foucault 2005: 826; zitiert nach Klöppel 2010: 256). Ein komplexes Zusammenspiel von diskursiven und nicht-diskursiven<sup>62</sup> Praktiken ermöglicht eine historisch spezifische Problematisierungsweise, ohne dass das Problem *„in der Natur der Sache“* (Klöppel 2010: 257) selbst angelegt wäre: Problematisierungen sind als Ergebnis sozialer

---

<sup>62</sup> Eine eindeutige Unterscheidung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken, wie in den frühen Arbeiten Foucaults, erscheint hier als ungeeignet. Verwiesen sei hier auf die Auflösung einer strikten Unterscheidungspraxis bei Laclau und Mouffe: *„Für die beiden Politikwissenschaftler\_innen gibt es keinen dem Menschen zugänglichen Bereich des Außer- bzw. Vordiskursiven. Vielmehr sind gemäß der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe alle sozialen Beziehungen die letztlich immer fragilen und temporären Ergebnisse diskursiver Auseinandersetzungen. Die Vorstellung, dass jedes Objekt, jedes soziale Phänomen ein Objekt des Diskurses ist, muss dabei allerdings nicht bedeuten, dass es keine Welt außerhalb von Sprache und Gedanken gibt. [...] Laclau und Mouffe argumentieren also nicht radikalkonstruktivistisch - sie gehen nicht davon aus, dass es keine Welt jenseits der Diskurse gibt. Aber eine solche Welt wird ihrer Konzeption nach für die Menschen nur dann relevant, wenn sie diskursiv von Menschen und für Menschen mit Sinn versehen wird [...].“* (Glazze/Mattisek 2012: 158-159)

Wirklichkeitskonstruktionen zu begreifen; sie sind nicht als originäres Abbild objektiver Problematiken zu verstehen, da Sachverhalte in sich nicht zwangsläufig problematisch sind. Foucault verweist hier auf den imperativen Charakter von Problematisierungen, „*in denen das Sein sich gibt als eines, das gedacht werden kann und muss.*“ (Foucault 1989: 19; zitiert nach Klöppel 2010: 260). Problematisierungen sind also als Aufforderung zur Lösungssuche und damit als Ausgangspunkte für Veränderungen zu begreifen. Dabei regulieren sie den Prozess der Antwortsuche, da der Moment der Problematisierung bereits als interpretatives Nadelöhr fungiert: Mit Festlegung der Problemstellung werden die „*Bedingungen [...], unter denen mögliche Antworten gegeben werden können [gesetzt; Anm. TK]; sie definiert die Elemente, die das konstituieren werden, worauf die verschiedenen Lösungen sich zu antworten bemühen.*“ (Foucault 2005: 733)

Mit anderen Worten: Die spezifische Problemstellung steckt die Spielräume für die Diskussionen über Lösungen und damit für Veränderungen ab. Zugleich lässt die Schließung des diskursiven Raumes Momente der argumentativen Exklusion erkennen, da nicht alle Positionen, Interessen und Wirklichkeitsdeutungen im Vorgang der Problemwahrnehmung und Definition Berücksichtigung finden. Die argumentative Schließung der Problemwahrnehmung hat dabei weitgehende Konsequenzen für die politische Bearbeitung des Sachverhalts, da nun nur noch Lösungsansätze in Frage kommen, welche der Problemdiagnose angemessen sind. „*Das Denken wird dadurch blockiert, dass man implizit oder explizit eine Form von Problematisierung annimmt und eine Lösung sucht, die sich an die Stelle der Lösung setzen lässt, die man akzeptiert.*“ (Foucault 2005: 751). Problematisierungen stellen in diesem Sinne Eindeutigkeiten her, wo diese zuvor nicht existierten, begrenzen damit den Rahmen diskursiver Auseinandersetzung und führen zur Schließung des politischen Möglichkeitsraumes. Im Anschluss an Foucault lassen sich die Effekte von Problematisierungen folgendermaßen beschreiben: *Eine Problematisierung reguliert den Spielraum für die politische Bearbeitung sozialer Wirklichkeit, indem sie Bedingungen setzt, die als gemeinsamer Bezugspunkt möglicher Lösungen dienen.*

Angesprochen ist damit der gesellschaftliche Konstruktionsprozess von Problemen. Die kritische Analyse der Problematisierung kann dazu beitragen, diese Konstruktionsprozesse zu analysieren und so Zugriff auf alternative Problemdeutungen und Lösungsansätze zu

erlangen. Zugleich wird erkennbar, welche epistemologischen Grundlagen die Voraussetzung spezifischer Problematisierungsweisen bilden und damit die implizite Basis der Wirklichkeitsdeutungen prägen.

Der Verweis auf die gesellschaftliche Konstruktion und Einhegung von Problemdeutungen im Forschungszugang via Problematisierungen ähnelt damit jenen der sogenannten Framing Forschung<sup>63</sup>: „*Framing is necessary to make a problematic situation intelligible. However most situations can be framed in different, and even incompatible, ways.*“ (Schön/Rein 1994: 26).

### 3.2 Erhebungsmethode: Framing Analyse mit Fokussierung auf Problematisierungen

Wie lässt sich aus der eher abstrakten Forschungsperspektive der Problematisierungen nun ein sinnvolles methodisches Vorgehen ableiten, mit dessen Hilfe das hier verfolgte Erkenntnisinteresse befriedigt werden kann?<sup>64</sup> Es empfiehlt sich - neben einem prinzipiell offenen, induktiven und Material-bezogenen Forschungszugang - aufgrund des bisher wenig erprobten Ansatzes auf etablierte Begrifflichkeiten Rückgriff zu nehmen, um Unklarheiten in der qualitativen Untersuchung weitgehend zu vermeiden. Von besonderer Eignung erscheint

---

<sup>63</sup> Die methodische Bezugnahme auf Framing-Ansätze ist entsprechend mit Herausforderungen begrifflicher Trennschärfe und theoretischer Eindeutigkeit verbunden. Diese Unsicherheiten nimmt die vorliegende Arbeit ernst, sieht jedoch grundsätzliche Übereinstimmungen in der unterschiedlichen Verwendung des sozialwissenschaftlichen Forschungskonzepts und hält es gerade angesichts der schwierigen Materiallage für besonders geeignet, methodisch nachvollziehbare Erkenntnisse zu produzieren (vgl. Degelsegger 2008: 3).

<sup>64</sup> Die vorliegende Analyse versteht sich nicht als Beitrag zur methodologischen Diskussion um Framing-Ansätze oder über die Forschungsperspektive der Problematisierung. Die Auseinandersetzung in den Sozial-, Geistes- und Medienwissenschaften zu den teils widersprüchlichen und mitunter wenig ausdifferenzierten Untersuchungszugängen ist vielfältig und methodologisch spannend, hier aber nicht von Interesse. Vielmehr möchte die vorliegende Arbeit das verfügbare, methodische Werkzeug pragmatisch zur Generierung von Erkenntnissen in einem Politikfeld nutzen, dessen Erforschung bisher vor allem von positivistischen Studien geprägt ist. Der überwiegende Teil der entwicklungspolitischen Forschung versucht Handlungswissen für die Akteure zu generieren oder die Aktivitäten systematisch zu beschreiben (vgl. Bellamy 2004: 19; Mayer 2003: 55; Sieveking/Fauser 2009: 16-18; Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Research Group Institution Building across Borders 2015).

dabei der fragmentarische Rückgriff auf die Methode der argumentativen Diskursanalyse im Anschluss an Maarten A. Hajer. Dieser hatte in seiner Arbeit einen „*argumentative approach to discourse*“ gewählt (Hajer 1995: 68) und dabei die spezifischen Problematisierungsweisen von Umweltphänomenen in Großbritannien und den Niederlanden miteinander verglichen. Ziel Hajers war es, Rolle und Funktion des Konzepts ökologischer Modernisierung in den spezifischen problematisierungsweisen herauszuarbeiten.

Hajer hat ein loses Forschungsprogramm erarbeitet, welches der vorliegenden Analyse als forschungspraktische Orientierungshilfe dienen soll, ohne dass diesem jedoch methodisch im Detail gefolgt wird.<sup>65</sup> Der Forschungszugang soll in Teilen durch Hajers Begriffswerkzeug ergänzt werden, um die unzureichende methodische Ausdifferenzierung der Forschungsperspektive via Problematisierungsweise sinnvoll zu konkretisieren.

Für die Materialauswahl<sup>66</sup> hinsichtlich der Diskursanalyse sind im Sinne Hajers diejenigen Textkörper von Interesse, welche spezifische Ideen, Konzepte und Kategorien transportieren, in deren Kontext eine Problematisierung erfolgt oder thematisiert wird (vgl. Hajer 2004: 275). Rekonstruiert werden soll, inwieweit bestimmte Diskurse dabei helfen, ein Problem auf spezifische Weise zu konstruieren.<sup>67</sup> „*Die Untersuchung von Diskursen erlaubt*

---

<sup>65</sup> Zur Kritik an Hajers Forschungsprogramm siehe: Nullmeier 2006: 305-306, in: Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden, herausgegeben von Reiner Keller

<sup>66</sup> Das hier untersuchte Quellenmaterial besteht aus 92 Publikationen der entwicklungspolitischen Institutionen der BRD, namentlich des BMZ, der GIZ (inklusive der Vorgängerorganisationen), KfW, des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), der Stabsstelle Monitoring und Evaluierung der GIZ sowie vereinzelter Evaluationsberichten externer Consultingfirmen, welche im Auftrag der GIZ oder des BMZ deren Arbeit bewerten sollten. Eine Liste der untersuchten Publikationen können dem Anhang I entnommen werden.

<sup>67</sup> Mit Hilfe einer reflexiven Auseinandersetzung mit dem Textmaterial werden hierfür in einem ersten Arbeitsschritt grundsätzliche Vorstellungen von Entwicklung, Nachhaltigkeit, Natur und den wasserbezogenen Problemstellungen sowie Lösungskonzepten aus den Texten herausgearbeitet. Diese werden durch eine wiederkehrende, inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Material sowie einer zirkulär angelegten Analyse des darin eingelagerten Diskurses fortschreitend vertieft.

Am Ende werden so insgesamt 1.063 Wissens- und Diskurselemente aus dem Textmaterial herausgearbeitet, welche die Problemsicht und Lösungsvorstellungen der deutschen EZ ebenso abbilden wie die spezifischen Auffassungen von Natur, Entwicklung, Armut und Nachhaltigkeit. Die Diskurselemente gliedern sich dabei im Anschluss an die textgebundene Kategorienbildung am Anfang der Diskursanalyse in die Bereiche: Entwicklung

*ein besseres Verständnis von gesellschaftlichen Kontroversen und zwar nicht im Sinne rationaler Argumentation, sondern im Sinne der argumentativen Rationalität, die die Akteure in die Diskussion einbringen.“ (Hajer 2004: 276).*

Die Vielfalt der Quellen sowie die zahlreichen, unterschiedlichen Adressaten der Publikationen machen es notwendig, einen kurzen Überblick über die Quellenlage zu geben. Die Einteilung erfolgt hier zu besserer Übersichtlichkeit ausgehend von dem jeweils adressierten Publikum:

- Akteure der deutschen, entwicklungspolitischen Institutionen (Evaluationen, Revisionen, Strategie- und Konzeptpapiere, Projektberichte, M&E Handbücher)
- Akteure anderer entwicklungspolitischer Organisationen (Erfahrungsberichte sowie Präsentation von Mechanismen und entwicklungspolitischen Werkzeugen, Regeln und Normen für die Kooperation mit der deutschen EZ)
- internationale Gebergemeinschaft (Überblick über Aktivitäten der deutschen EZ, Präsentation erfolgreich durchgeführter Projekte, Jahresberichte)
- Politische Öffentlichkeit Deutschlands, da ein Teil der Quellen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der EZ ist (Illustrationen, Resümees entwicklungspolitischer Arbeit, Erfahrungsberichte, überblicksartige Darstellungen der Projektarbeit)

Mit Hilfe einer thematisch umfassenden Quellenauswahl wird eine ausreichende Bandbreite an Publikationen abgedeckt: Das Quellenmaterial beinhaltet daher all jene Schriftstücke, welche durch die Institutionen der deutschen EZ im Zusammenhang mit den Begrifflichkeiten Nachhaltigkeit, Entwicklung, Wasser oder Afrika zwischen 2002 und 2017 veröffentlicht wurden. Dieser Zeitraum ist ausreichend, um einerseits Kontinuitäten in der Problematisierungsweise von Wasser zu identifizieren und andererseits Wandlungs- und Adaptionsprozesse der EZ an wissenschaftliche Diskurse um Nachhaltigkeit oder Governance nicht zu vernachlässigen.

---

Afrikas, Nachhaltigkeit, Natur, Wasser, Prozessbeteiligte und Adressaten, Probleme und deren Ursachen, Zielsetzungen, Lösungsstrategien sowie Erfolgskriterien. Mit Hilfe des hier verfolgten Forschungsprogramms konnte aus diesen Kategorien dann die spezifische Story-line der entwicklungspolitischen Problematisierung von Wasser herausgearbeitet werden.

Ergänzt wird das diskursanalytische Vorgehen durch Experteninterviews mit Mitarbeitern der deutschen EZ.<sup>68</sup> Im Fokus der Gespräche standen dabei die individuellen Erfahrungen in der entwicklungspolitischen Arbeit sowie individuelle Ansichten zu Entwicklung, Entwicklungshemmnissen, Lösungsstrategien, Nachhaltigkeit und zu Herausforderungen im Hinblick auf Natur bzw. Wasser.

Der Interviewleitfaden beinhaltet folgende Fragenkomplexe:

- Welche Ziele möchten Sie mit ihrer Arbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara in eigenen Worten gerne erreichen? Was verstehen Sie persönlich unter erfolgreicher Entwicklung?
- Was verstehen Sie persönlich unter Nachhaltigkeit? Und wo sehen Sie den Beitrag ihrer Arbeit zu Nachhaltiger Entwicklung vor Ort?
- In welchen Bereichen versuchen Sie vor allem Verbesserungen zu erreichen?
- Woraus leiten Sie die Zielsetzungen ihrer Arbeit ab? Auf welchen Informationen oder formellen Richtlinien basieren ihre ‚Entscheidungen/Zielorientierungen‘?
- In den Publikationen der deutschen EZ taucht häufig der Begriff frameworks oder Rahmenbedingungen auf - können Sie erläutern, was Sie darunter verstehen? Welche institutionellen, rechtlichen, politischen oder finanziellen Rahmenbedingungen sind Ihres Erachtens nach erstrebenswert für die Staaten SSA? Welche Bedeutung haben diese Rahmenbedingungen für Nachhaltige Entwicklung?
- Welche Ursachen sehen Sie für die sozialen und ökologischen Krisen in SSA? Wieso scheiterten Ihres Erachtens nach bisherige Bemühungen um Nachhaltige Entwicklung in SSA? Welche Bedingungen müssen Ihres Erachtens erfüllt sein, um Nachhaltige Entwicklungsprozesse in den Ländern SSA zu initiieren? Welche Hürden oder Defizite gilt es auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in Afrika zu überwinden?
- Wieso gibt es Ihres Erachtens nach im Speziellen solche Probleme mit Wasser in SSA?

---

<sup>68</sup> Die insgesamt zehn Expertenbefragungen wurden überwiegend mit in Afrika ansässigen, deutschstämmigen Mitarbeitern der GIZ (insgesamt sieben) geführt. Zusätzlich konnte eine Mitarbeiterin der KfW sowie zwei Mitarbeiter des BMZ für die durchschnittlich 45min langen Interviews gewonnen werden.

### 3.3 Story-Lines und die Problematisierung einer Situation

Von Interesse für die vorliegende Analyse ist, wie die entwicklungspolitischen Herausforderungen im Kontext von Wasser gerahmt, erzählt und problematisiert werden. Erkennbar werden so subjektive Vorannahmen, Selektivitäten und Wirklichkeitsdeutungen der Sprecher. Diese versuchen durch spezifische Problematisierungen ihren Interpretationen der Wirklichkeit den Anschein objektiver Gültigkeit zu verleihen: *„Dieser Prozess der Konstruktion oder der Rahmung politischer Probleme ist ein höchst signifikantes Element des politischen Prozesses. [...] Auf einer abstrakteren Ebene sehen wir, wie die Leute die Welt in den Begriffen eines bestimmten Diskurses wahrnehmen, d.h. der Diskurs strukturiert die Welt für sie vor.“* (Hajer 2004: 277).

Ob eine Situation als politisches Problem wahrgenommen wird, hängt laut Hajer von der erfolgreichen Verbreitung einer spezifischen Narration oder Story-Line ab, in dessen Rahmen die Situation thematisiert wird (vgl. Hajer 1995: 62-65). Story-Lines lassen sich, im Anschluss an Hajer, definieren als *„[...] ein knackiges Statement, das die Erzählung zusammenfasst, das Leute als eine Art Kurzform in der Diskussion benutzen.“* (Hajer 2004: 277). Typische Storylines in der Umwelt- oder Entwicklungspolitik sind etwa die Rede vom ‚Teufelskreis der Armut‘ (BMZ 2006: 7; Nuscheler 2005: 193-194) oder die Beschreibung Afrikas als ‚trockenem Kontinent‘ (vgl. African Environments and Resources von L. A. Lewis, L. Berry. 1988: 1)

Als Beispiel für eine solche Erzählung verweist Hajer auf die Thematik rund um abgestorbene Bäume: *„Ohne Zweifel sind eine große Gruppe abgestorbener Bäume kein soziales Konstrukt; es geht aber darum, wie man den abgestorbenen Bäumen Sinn verleiht. In dieser Hinsicht gibt es viele mögliche Realitäten. Man mag abgestorbene Bäume als Produkt einer durch Dürre, Kälte oder Wind verursachten natürlichen Belastung sehen oder als Opfer der Umweltverschmutzung. Verschmutzung kann also folglich eine Art sein, ein gegebenes Phänomen ‚zu sehen‘ oder zu interpretieren. Die Narration über den Sauren Regen etikettiert die abgestorbenen Bäume als Opfer der Umweltverschmutzung, und folglich wird aus dem natürlichen Phänomen ‚abgestorbener Bäume‘ ein politisches Problem.“* (Hajer 2004: 273)

Aufgrund von Story-Lines treten Situationen aus dem Schatten der Zufälligkeit heraus und können als politische Probleme wahrgenommen und folglich auch bearbeitet werden -

offenkundig werden hier Parallelen zu Foucaults Auseinandersetzungen mit Problematisierungen. Interessant für beide Forscher ist es, die argumentativen Ursprünge und Zusammenhänge der Story-Lines bzw. Problematisierungsweisen zu rekonstruieren, da - um bei Hajers Beispiel des Sauren Regens zu bleiben - der zerstörerische Regen wiederum eingebettet ist in eine umfassendere Erzählung von der destruktiven ökologischen Wirkung von Industriegesellschaften:

*„The argumentative approach operationalizes the idea that discourse is constitutive of the realities of environmental politics. The environmental conflict thus does not appear as primarily a conflict over which sorts of action should be taken (or whether action should be taken) but as a conflict over the meaning of physical and social phenomena. In this process story-lines fulfil a key role. They determine the interplay between physical and social realities.“* (Hajer 1995: 72).

Entscheidend für den Erfolg oder die Durchsetzungsfähigkeit einer spezifischen Erzählung ist laut Hajer das Zusammenwirken von drei Faktoren: **Glaubwürdigkeit** (credibility), **Akzeptanz** (acceptability) und **Vertrauen** (trust) hinsichtlich der präsentierten Story-Line (vgl. Hajer 1995: 59-60). Umschrieben sind damit argumentative Momente innerhalb politischer Diskurse, welche über die Überzeugungskraft und Relevanz einer spezifischen Problematisierung entscheiden und zu einer „discursive hegemony“ beitragen: *„The argumentative approach conceives of politics as a struggle for discursive hegemony in which actors try to secure support for their definition of reality. The dynamics of this argumentative game is determined by three factors: credibility, acceptability, and trust.“* (Hajer 1995: 59).

Die **Glaubwürdigkeit** einer spezifischen Erzählung hängt demnach davon ab, inwieweit die angesprochenen Akteure die ihnen zugesprochene Position innerhalb der Problematisierung übernehmen und die ihnen zugeordnete Rolle kognitiv annehmen. Hinsichtlich der **Akzeptanz** der Story-Line ist entscheidend, dass die zugeordnete Rolle und Position als alternativlos oder notwendig erscheint. **Vertrauen** drückt sich darin aus, dass Zweifel an der spezifischen Narration seitens der Akteure unterdrückt und Unsicherheiten sowie Ungewissheiten als inhärent oder unvermeidbar begriffen werden können. Dies wird laut Hajer meist durch

Bezugnahme auf eine besondere Expertise, relevante Diskursverläufe oder vergangene Erfolge erreicht (vgl. Hajer 1995: 59-60).

Für Hajer ist die Hegemonie einer spezifischen Idee demzufolge ein „socio-cognitive product“: *„Discursive dominance or hegemony is thus seen as an essentially socio-cognitive product, whereby the social and the cognitive are seen as essentially intertwined. Hence arguments can convince because of some property they have - e.g. plausibility - that countervailing ideas lack, but one has to reckon that in such cases plausibility is the product of persuasion which is not a purely cognitive process.“* (Hajer 1995: 60)

Spezifische Problematisierungen beschreiben demzufolge auch keine objektiven, kausal begründeten Schwierigkeiten, denen eindeutige Ursachen zugrunde liegen oder die mit Hilfe unzweifelhafter Lösungen erfolgreich bearbeitet werden können. Vielmehr sind sie das Ergebnis der aktuell dominierenden Wirklichkeitsdeutung, welche den involvierten Akteuren erfolgreich<sup>69</sup> als gültig, legitim und akzeptiert vermittelt werden konnte.

Auch Hajer kritisiert damit die Vorstellung ‚natürlicher Phänomene‘ als alleinige Ursache ökologischer Probleme. Bereits in seinem Buch *„The politics of environmental discourse“* von 1995 spricht er davon, dass sich problematisierte Umweltphänomene eben nicht einseitig als natürlich auftretende Erscheinungen begreifen lassen. Selbst Experten mit modernen Mess- und Erhebungsverfahren können demnach nicht zweifelsfrei feststellen oder erläutern, auf welche Art und Weise gesellschaftliche und biophysische Prozesse ineinandergreifen und zu sogenannten Umweltproblemen kumulieren. Selbst das Zusammenwirken aller umweltpolitisch relevanten Diskurse bildet, so Hajer, die Wirklichkeit dieser Phänomene nur teilweise ab (vgl. Hajer 1995: 11).

---

<sup>69</sup> Keineswegs soll mit dem Adjektiv ‚erfolgreich‘ hier impliziert werden, es handele sich hier um einen bewusst gesteuerten Prozess der Manipulation oder absichtliche Täuschung einzelner Akteure. Vielmehr soll an dieser Stelle deutlich gemacht werden, dass sich unterschiedliche Akteure beständig über die angemessene Deutung sozialer Wirklichkeit streiten und eine erfolgreiche Problematisierung dabei als Moment gelungener, temporärer Dominanz über die Wirklichkeitsinterpretation begriffen werden kann (vgl. Degelsegger 2008: 21-22). Mit Hilfe der Deutungshoheit über die gültige Problemstellung wird es so möglich, die eigenen Vorstellungen anderen Akteuren als sinnvoll, angemessen oder etwa auch notwendig zu präsentieren und auf diesem Wege den Verlauf politischer Entscheidungsfindungsprozesse von Beginn an weitgehend einzurahmen (vgl. Klöppel 2010: 256).

Was sich grundsätzlich wissenschaftlich beobachten lässt, sind soziale, ökonomische und ökologische Symptome – wie etwa in Bezug auf die Trink- und Frischwasserkrisen die mangelhafte Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit Trinkwasser oder das Absinken von Grundwasservorkommen. Solche Symptome lassen sich aber nicht kausal auf einzelne Ursachen oder eindeutige Wirkungszusammenhänge zurückführen, so dass sich ökologische Probleme nicht als rein natürliche oder soziale Phänomene begreifen lassen, sondern sie als Zusammenspiel sozialer wie natürlicher Realitäten zu begreifen sind<sup>70</sup> (vgl. Hajer 1995: 72). Die Problematisierung von Umweltphänomenen ist damit als Folge spezifischer Narrative zu begreifen, wodurch sie sich erst als politisch relevante Probleme manifestieren (vgl. Hajer 1995: 52-58).

Zwar macht die Existenz verschiedenster naturgebundener Herausforderungen, insbesondere des anthropogen verursachten Klimawandels, deutlich, dass wir es mit Herausforderungen zu tun haben, die eine unumgehbare, materielle Gestalt haben und Wirkung in der sozialen Wirklichkeit entfalten (vgl. Hajer 1995: 13, 17). So hat etwa die erhebliche Mangelsituation zahlreicher Menschen weltweit hinsichtlich der Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser einen materiellen Kern; namentlich den der individuellen, physischen Wasserknappheit. Damit sind Krisensymptome nicht beliebig interpretierbar, sondern stehen im Kontext von konkreten sozialen wie ökologischen Prozessen. Wassermangel ist damit nicht ausschließlich ein sozial konstruiertes Problem und sollte folglich auch nicht als vollständig diskursiv konstruiert begriffen werden.

Zugleich ist Wassermangel jedoch ebenso wenig ausschließlich auf biophysische Prozesse zurückzuführen, da Wasserknappheit nicht nur regional höchst unterschiedlich auftritt, sondern mit politischen, sozialen, institutionellen sowie ökonomischen Vorgängen und Gegebenheiten verwoben ist (vgl. Webb/Bushkin-Bedient et al. 2014: 307; FAO 2007: 6). Sub-Sahara Afrika ist weder als ‚natürlich unterentwickelt‘, noch ‚natürlich wasserarm‘ zu begreifen (vgl. UNEP African Water Atlas 2010); genauso wenig sollte jedoch davon ausgegangen werden, dass die Wasserknappheit alleiniges Ergebnis institutioneller oder administrativer Ineffizienzen ist.

---

<sup>70</sup> Damit liegt Hajers Interpretation ökologischer Herausforderungen auf einer Linie mit der Situationsdeutung aktueller sozialökologischer Forschung (vgl. Becker/Jahn 2006: 237-238).

Diese Unbestimmbarkeit des ‚wahren Charakters‘ sozialökologischer Phänomene trägt dazu bei, in der vorliegenden Analyse auf eine historische Rekonstruktion der Wasserkrisen zu verzichten. Die Entstehung der Trink- und Süßwasserkrisen auf dem afrikanischen Kontinent erscheint als zu komplex, unübersichtlich und zudem über historische Quellen kaum abgesichert, als dass hier eindeutige geschichtliche Verläufe nachgezeichnet werden könnten. Die Gefahr, durch Selektion eine spezifische Erzählung der Wasserkrisen zu favorisieren und so deren objektive Gültigkeit zu suggerieren, erscheint als wissenschaftlich kaum vertretbar.

Vielmehr steht die Auseinandersetzung mit der in der deutschen EZ vorherrschenden Problematisierungsweise der Wasserkrise, ihrer Symptome und Ursachen sowie deren argumentative Unterfütterung im Vordergrund. Aus dem Blickwinkel der hier eingenommenen, theoretischen Untersuchungsperspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse soll danach gefragt werden, wie die EZ das Verhältnis von Natur und Gesellschaft deutet und vor dem Hintergrund sozialökologischer Krisenphänomene problematisiert. Zentral sind dabei Fragen nach Gültigkeit, Akzeptanz und Vertrauen in die jeweilige Problematisierungsweise. Diese ergeben sich aus Hajers argumentativem, diskursanalytischen Forschungszugang. Einher mit diesen Fragen geht der Versuch, die implizierten Vorstellungen von Entwicklung, Natur sowie Nachhaltigkeit zu rekonstruieren. Diese sollen nicht nur Aussagen darüber zulassen, an welchen normativen und epistemologischen Idealen sich die EZ in ihrer Problematisierungsweise orientiert, sondern auch, auf welche Art und Weise sich die Herausforderungen um Wasser in die umfassende Erzählung von Entwicklung, Nachhaltigkeit und Natur einfügen.

Der Forschungszugang ermöglicht es so, auf Basis einer umfassenden Quellenanalyse sowie von leitfadengestützten Experteninterviews, Aussagen darüber zu generieren:

- a) Wie die Akteure und Institutionen der staatlichen EZ ihre entwicklungspolitischen Herausforderungen im Kontext sozialökologischer Herausforderungen verstehen;
- b) Wie sie diese problematisieren;
- c) Welche Ziele sie anvisieren;
- d) Welche Strategien sowie Lösungsansätze sie zu deren Erreichung nutzen wollen sowie
- e) Welche Probleme sie bei der Zielverwirklichung identifiziert haben.

Damit kann in der vorliegenden Arbeit der Fehlschluss vermieden werden, die afrikanischen Wasserkrisen als objektiv feststehende Problematik misszudeuten, denen ein intersubjektiv gültiger Problemerkern innewohnen würde.

Ziel der Analyse ist es, nicht nur die argumentative Struktur des entwicklungspolitischen Diskurses zur Wasserarmut in Afrika zu rekonstruieren, sondern insbesondere diejenigen Ideologien, Wissensbestände und Überzeugungen aus den Aussageakten herauszuarbeiten, mit deren Hilfe bestimmte Problemdeutungen und Situationsinterpretationen gerechtfertigt oder kritisiert werden bzw. welche die spezifische Problematisierung der afrikanischen Wasserkrisen durch die deutsche EZ erst ermöglichen.<sup>71</sup>

Aus Sicht des hier verfolgten Forschungszugangs via Problematisierungen sind für die Wahrnehmung eines Problems und damit für die Formulierung von Lösungsmöglichkeiten die Interpretation und Perzeption von Ursachen sowie Wirkungszusammenhängen mitentscheidend (vgl. Klöppel 2010: 256). Offenkundig können vor allem solche Problemlösungsmechanismen als effektiv beworben werden, welche sich den zuvor identifizierten Problemursachen annehmen und Wirkungsverflechtungen berücksichtigen (vgl. Degelsegger 2008: 15, 21; Hajer 1995: 15, 22-23). Maßgeblich für die Selektion einer passenden Problemdiagnose sind, neben institutionalisierten Fixierungen der Wirklichkeitsdeutungen, Wissensbestände und Weltdeutungen, welche aufgrund ihrer Präsenz und Relevanz im jeweiligen Politik- und Forschungsfeld als vorherrschend charakterisiert werden können. Allgemeiner umschrieben sind das somit diejenigen Überzeugungen, Informationen und argumentativen Muster, welche die Wahrnehmung und Gestaltung der politischen Wirklichkeit maßgeblich bestimmen.

---

<sup>71</sup> Hier sind dann die Forschungskategorien von Gültigkeit, Akzeptanz und Vertrauen relevant: „*Credibility is required to make actors believe in the subject-positioning that a given discourse implies for them and to live by the structure positionings it implies; acceptability requires that position to appear attractive or necessary; trust refers to the fact that doubt might be suppressed and inherent uncertainties might be taken for granted if actors manage to secure confidence either in the author (whether that is an institute or a person), e.g. by referring to its impeccable record, or in the practice through which a given definition of reality was achieved, e.g. by showing what (S.60) sort of deliberations were the basis of a given claim. Discursive dominance or hegemony is thus seen as an essentially socio-cognitive product, whereby the social and the cognitive are seen as essentially intertwined.*“ (Hajer 1995: 59-60).

Im Anschluss an die Forschung von Berger/Luckmann - dass die Wahrnehmung sozialer Wirklichkeit beständig von Deutungen, Gewohnheiten und Normen durchzogen ist und durch diese überformt wird - soll Wirklichkeit in der vorliegenden Arbeit einerseits als sozial konstruiert und uneinheitlich interpretiert begriffen werden (Berger/Luckmann 1966: 15-16; Hajer 1995: 13, 42). Andererseits wird im Verweis auf die Arbeiten Antonio Gramscis in ihrer Ausdifferenzierung durch Chantal Mouffe sowie Ernest Laclau davon ausgegangen, dass innerhalb der Wirklichkeitsdeutungen spezifische Ideologien und Überzeugungen hegemonial wirksam werden, welche einen temporär stabilen, gesellschaftlich umfassenden Konsens erzeugen und so zur Aufrechterhaltung ungleicher Herrschaftsbeziehungen beitragen können (vgl. Gleisze/Mattisek 2012: 159-162). Dies impliziert, dass „[...] mit der Durchsetzung eines spezifischen hegemonialen Diskurses (...) immer die Unterdrückung und Marginalisierung von alternativen sozialen Wirklichkeiten verbunden [ist].“ (Gleisze/Mattisek 2012: 162).

Ähnlich argumentiert auch Hajer, wenn er schreibt: „*The discursive construction of reality thus becomes an important realm of power. If a discourse of concern could be diverted away from certain aspects of reality, no further action is needed.*“ (Hajer 1995: 21).

Verwiesen wird auf das Phänomen, dass so abstrakte Beschreibungen sozialer Wirklichkeit, wie die der Entwicklung oder Unterentwicklung, im Kontext von subjektiven Wirklichkeitsdeutungen, Ideologien oder auch alltäglichen Unterscheidungspraxen verstanden werden sollten (vgl. Edelman 1990: 18-20; Görg 2003: 172). Wie oben bereits im Kapitel über die Post-Development Kritik illustriert worden ist, scheiden sich, insbesondere an so wirkmächtigen Begriffen wie dem der Entwicklung, oftmals die Meinungen. Von einer einheitlichen Begriffsverwendung, geschweige denn einheitlichen Begriffsauffassungen kann dementsprechend nicht ausgegangen werden. Vielmehr fließen – so zeigen es Begriffe wie Entwicklung, Natur, Klimawandel oder Nachhaltigkeit - ausdrücklich auch dort normativ aufgeladene Überzeugungen und Wissensbestände mit ein, wo auf intersubjektive Gültigkeit der Aussagen und Weltdeutungen abgehoben wird.

(Vgl. Glasze/Mattisek 2012: 159-162; Brand 2013: 433, 435; Strohecker 2007: 46).

### 3.4 Exkurs: Die Relevanz von Wissenschaft für die EZ

Für die spezifische Wahrnehmung, Deutung und Problematisierung sozialökologischer Herausforderungen im entwicklungspolitischen Kontext ist die Generierung von Wissen im Bereich wissenschaftlicher Forschung von zentraler Relevanz (vgl. Koch/Weingart 2016: 11-14; 21-22, 133; Becker/Jahn 2006: 180-181; Hajer 1995: 27) - auch für die Wasserpolitik der deutschen EZ (vgl. BMZ 2017b: 6, 12, 16): Unter Verwendung wissenschaftlich generierter Wissensbestände und -konzepte kann die eigene Problemsicht legitimiert werden, indem auf Messverfahren und andere empirische Nachweise für bestimmte Problemdeutungen Bezug genommen wird (vgl. Saetnan/Lomell et al. 2012: 3; Fischer 2002: 18-19). Neben der Legitimierung von Problematisierungen erlaubt die Anknüpfung an wissenschaftliche Forschung zugleich die Bereitstellung von Mess- und Kontrollverfahren für Lösungsstrategien, wodurch deren Wirksamkeit argumentativ untermauert werden kann.<sup>72</sup> Der enge argumentative Bezug zwischen Wissenschaft und Politik hat im Bereich der Umweltpolitik zwei zentrale, eng verbundene Effekte:

Einerseits ermöglichen Mess- und Evaluationsverfahren den empirischen Nachweis der Wirksamkeit von Problemlösungsversuchen wie sie sich aus einer spezifischen Problemdeutung ergeben. Aufgrund der erfahrungsbasierten, datengestützten Belege über die Wirksamkeit von Interventionen wird die entwicklungspolitische Probleminterpretation als alternativlos präsentiert und dadurch zusätzlich stabilisiert (vgl. Rottenburg 2002: 232-236; Hovland 2012: 28). Zahlen schaffen in diesem Sinne Fakten, indem die statistische oder numerische Aufbereitung von schwer fassbaren Phänomenen durch den Verweis auf scheinbar objektive Daten eine universelle Gültigkeit suggerieren (vgl. OECD 2013: 18-19; Hammer/Stieß 1995: 31; Hovland 2012: 29-33). Die statistische Fassbarkeit und

---

<sup>72</sup> Wie die hier vollzogene Analyse aufzeigt, werden Monitoring- und Evaluierungsverfahren seitens der deutschen EZ eine annähernd universelle Lösungsfähigkeit zugesprochen: Gutes Monitoring und detaillierte Evaluationen schaffen demnach die Grundlagen für ‚gute‘ Wasserpolitik - ohne, dass dieser Kausalzusammenhang im Detail erläutert werden würde oder für den Leser nachvollziehbar wäre (vgl. BMZ 2017b: 12, 16). Für die deutsche EZ gilt der Grundsatz: Je mehr Informationen verfügbar sind, umso effizienter und effektiver werden Maßnahmen auch faktisch ausgerichtet. Umgekehrt wird der Mangel an Informationen zum Hemmnis bei der Zielverwirklichung erklärt und so das Scheitern von Interventionen begründet (vgl. BMZ 2006: 15).

wissenschaftliche Messbarkeit wird so gewissermaßen zum Gültigkeitskriterium bei der Identifikation möglicher Einflussfaktoren erhoben.

Andererseits zielt der argumentative Verweis auf die Deutungshoheit von Wissenschaft darauf ab, die eigene Problemdeutung als korrekt und unhinterfragbar zu legitimieren, z.B. indem sie idealer Weise mit Daten unterfüttert wird (vgl. Hammer 2012: 86; Haraway 1995: 88-92; Saetnan/Lomell et al. 2012: 10). Im Kontext der teils widersprüchlichen Wahrnehmungen hoch komplexer, ökologischer Herausforderungen ermöglicht die Bezugnahme auf die Deutungshoheit der Wissenschaft Eindeutigkeit und Bestimmbarkeit von Einflussfaktoren, Effekten und Rahmenbedingungen (vgl. Fischer 2002: 50-51). Kontroversen und Diskussionen werden durch die Definitionsmacht wissenschaftlicher Forschung so eingeeht und begrenzt (vgl. Becker/Jahn 2006: 171, 178-183; Koch/Weingart 2016: 166).

Dies gilt umso mehr in dem konflikträchtigen Feld der internationalen Entwicklungs- und Umweltpolitik, in welchem es an politischen Gewissheiten und einheitlichen Lösungsvorstellungen mangelt. Nicht nur konkurrieren unterschiedliche entwicklungspolitische Institutionen und Akteure miteinander um Ressourcen, Aufträge oder öffentliche Aufmerksamkeit. Zugleich bestehen auch Uneinigkeiten über korrekte Maßnahmenplanung, Ansatzpunkte für Interventionen oder deren genereller Sinnhaftigkeit zwischen unterschiedlichen Akteuren, Institutionen, aber auch Forschern im Bereich der Entwicklungspolitik - ein Königsweg der Entwicklung existiert in diesem Sinne nicht (vgl. Thomas 2000: 19-21).

Umso dringender scheint es für die beteiligten Akteure geboten, die Relevanz, Lösungsfähigkeit sowie problemspezifischen Angemessenheit ihrer Aktivitäten durch den Verweis auf den wissenschaftlichen Apparat als objektivier- und verallgemeinerbar zu präsentieren (vgl. Hammer 2012: 80).

Die Wissenschaft unterstützt dabei die Normalisierung von Kontroversen durch die Herstellung von Standards, Bereitstellung von Wissen sowie anhand von Konzeption und Durchführung der Mess- und Bewertungsverfahren (vgl. Koch/Weingart 2016: 9-11; Fukuda-Parr/Yamin/Greenstein 2013: 19-21; Strauß 2016: 116, 131; Hammer 2012: 94): *„Folglich liegt eine der weitreichendsten Formen der Diskursinstitutionalisierung dann vor, wenn Dinge*

als ‚traditional‘, ‚natürlich‘ oder ‚normal‘ reifiziert oder sogar als ‚natürliche soziale Fakten‘ angesehen werden.“ (Hajer 2004: 279).

Solche Normalisierungsprozesse verlaufen auf unterschiedlichen inhaltlichen sowie methodischen Ebenen: Mit der entwicklungspolitischen Diskussion um politische Steuerung, Governance und Best Practices lässt sich ein Diskurszweig identifizieren, indem auf einer abstrakten, normativ-orientierten Ebene vornehmlich Vorgaben dazu gemacht werden, wie die Entwicklung eines Landes ‚demokratisch‘, ‚partizipativ‘, ‚rechtsstaatlich‘ oder auch ‚nachhaltig‘ ablaufen kann (vgl. Voß 2007; King/Pienaar 2011; Koch/König/Sanden/Verheyen 2015; Bonanomi 2015; Stockholm International Water Institute 2017).<sup>73</sup> Die Ergebnisse empirischer Studien haben dabei Empfehlungscharakter, weisen aber zugleich auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung hin. Es empfiehlt sich daher grob zwischen zwei Forschungsschwerpunkten zu unterscheiden: Auf der einen Seite finden sich Arbeiten, die eng an die entwicklungspolitische Praxis angelehnt sind und konkrete Hinweise für die Tätigkeiten der Entwicklungspolitik generieren wollen. Diese Arbeiten werden hier als entwicklungspolitische Forschung bezeichnet und weisen eine starke inhaltliche Nähe zur EZ auf, was sich unter anderem an ähnlichem Sprachgebrauch, überschneidender Konzeptverwendung und korrespondierenden Lösungsmechanismen erkennen lässt. Autoren der Analysen und Forschungsarbeiten sind überwiegend institutionell an die deutsche EZ oder andere entwicklungspolitische Institutionen gebunden. Hierzu zählen etwa das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Publikationen der EU oder des Statistischen Bundesamtes, des UNESCO Institute for Water Education in Delft (IHE Delft) oder die Universität der Vereinten Nationen für Wasser, Umwelt und Gesundheit (UNU-INWEH).<sup>74</sup>

---

<sup>73</sup> Bezeichnenderweise existieren an zahlreichen Universitäten der Industrienationen Studiengänge mit den Namen „*Governance and Development Policy*“ (Erasmus University Rotterdam), „*Development and Governance*“ (Universität Duisburg-Essen), „*International Development: Politics, Governance and Development Policy*“ (University of Manchester).

<sup>74</sup> Ausnahmen bilden hier etwa die südafrikanische Water Research Commission (WRC) oder Consulting Firmen mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt, wie die GFA Consulting Group GmbH oder AGEConsultants eG. Diese Akteure sind nur lose an den institutionellen Apparat der EZ gebunden oder entstammen privatwirtschaftlichen Initiativen, arbeiten jedoch eng mit entwicklungspolitischen Institutionen zusammen,

Auf der anderen Seite finden sich natur- und sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten, welche sich in den überwiegenden Fällen in umfassenderer und differenzierterer Weise mit Fragen von Teilhabe, institutionellen Strukturen oder der demokratischen Qualität von Governanceprozessen beschäftigen und überwiegend universitären Kontexten entstammen.<sup>75</sup> Diese Gruppe der Forschungsliteratur macht dabei auf unterschiedliche Herausforderungen und Komplexitäten bei der Verwendung der unterschiedlichen Konzepte aufmerksam. So weist die Partizipationsforschung etwa auf Schwierigkeiten bei der Gleichbehandlung und Inklusion unterschiedlich ausgebildeter Akteure hin (vgl. Hebestreit 2013: 199-200), während etwa in der Governance Forschung wiederholt auf Probleme mit Machtasymmetrien und ungleichen Einflussmöglichkeiten hingewiesen wird (vgl. Demirovic/Walk 2011: 7-8; Czada 2009: 209-212).

Im Kontext der entwicklungspolitischen Praxis werden die kontroversen und komplexen Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Forschung jedoch weitgehend simplifiziert<sup>76</sup>, für die

---

z.B. indem die Consultingfirmen regelmäßig von der deutschen EZ für Evaluationen beauftragt werden (vgl. GFA Consulting Group Homepage).

<sup>75</sup> Als exemplarische Beispiele können hier Arbeiten zu Water Governance (vgl. Eberhard/Margerum et al. 2017; Ingram 2008) oder Partizipation (vgl. Thioune Diop 2017; Hebestreit 2013) genannt werden.

Diese Gruppe wissenschaftlicher Arbeiten setzt sich in der Regel systematisch und umfassend mit ihren Untersuchungsgegenständen auseinander. Sie weisen häufig eine differenziertere, oftmals kritischere Beschäftigung mit dem Themengebiet auf, als dies bei der entwicklungspolitischen Forschung der Fall ist.

<sup>76</sup> Der Prozess der Simplifizierung ist so auffällig, da sich ein Großteil des wissenschaftlichen Vokabulars in den Publikationen der EZ wiederfindet, zugleich jedoch eine stark funktionalistische, positive Verwendung der Konzepte augenscheinlich ist: Es werden kausale Zusammenhänge zwischen der Anwendung bestimmter Konzepte (wie Partizipation, Frameworks oder Governance) sowie der Qualität der erzeugten Ergebnisse konstruiert, welche in dieser (undifferenzierten) Form nicht in der Forschungsliteratur zu finden sind (vgl. Thioune Diop 2017: 89-91; Wahl 2011: 253; Bäckstrand 2006: 303-304). Insbesondere Partizipationsprozesse erscheinen voraussetzungslos, frei von Machtunterschieden und garantieren zugleich Inklusion, Wissensvermittlung, Evaluation, Mitbestimmungsmöglichkeiten und werten damit entwicklungspolitische Maßnahmen grundlegend demokratisch auf (vgl. BMZ 2006: 14-15). Dagegen werden seitens einer kritischen sozialwissenschaftlichen Forschung zahlreiche Argumente in Anschlag gebracht, die an der grundlegend positiven demokratischen Qualität sowie der Abwesenheit von Herrschaftsasymmetrien in Partizipationsprozessen Zweifel aufkommen lassen (vgl. Demirovic 2011: 97-98).

eigene Arbeit handhabbar gemacht und wirken in der gesamten EZ zugleich normierend<sup>77</sup>. Dies hängt zentral mit ihrem wissenschaftlichen Entstehungskontext sowie ihrer Verbreitung in der entwicklungspolitischen Diskussion zusammen. Den Wissensbeständen aus der entwicklungspolitischen Forschung wird eine besondere Qualität und Gültigkeit in der EZ zugesprochen (Koch/Weingart 2016: 133).

Einen weiteren Forschungsschwerpunkt bilden Forschungsarbeiten und Publikationen zu Mess- und Bewertungsverfahren entwicklungspolitischer Aktivitäten. Diese reichen von der Evaluierung der demokratischen Qualität staatlicher Strukturen, etwa dem Democracy Index der Economist Group, der Bewertung von ‚Nachhaltigkeit‘ (vgl. UNECE/OECD/Eurostat Working Group 2008; United Nations Economic Commission for Europe 2014; Statistisches Bundesamt 2015) bis hin zur Bewertung sozialer Implikationen, wobei sich bei Letzterem in den vergangenen Jahren eine Verschiebung von quantitativen zu qualitativen Merkmalen abzeichnet (vgl. Xu/Hümmer 2010; United Nations Development Program 2011; Thompson 2011; Suter 2014).

Vernachlässigt werden, zumindest in der engeren, entwicklungspolitischen Diskussion, die machtpolitischen und hegemonialen Wirkungen der vielgestaltigen Mess- und Bewertungspraxis (vgl. Koch/Weingart 2016: 24): *„Demokratieindizes sind zentraler Bestandteil von Global Governance – ein Diskurs und politisch-strategischer Steuerungsprozess, der im Namen der kooperativen Bewältigung weltweiter*

---

<sup>77</sup> Die normierenden Effekte äußern sich in der Allgemeingültigkeit und kontextlosen Übernahme der Konzepte innerhalb der EZ. Begriffen wie Good Governance oder Frameworks werden nicht nur einseitig positive Effekte zugeschrieben, sie werden auch zu integralen Bestandteilen jedweder entwicklungspolitischer Maßnahme erhoben, wodurch diese wiederum eine Aufwertung analog zu den zugeschriebenen Effekten der Konzepte erfahren. Daran anschließend wird häufig die weit verbreitete Anwendung der Konzepte in moderner Politikgestaltung betont. Mit der Anwendung der Konzepte werden auf einer argumentativen Ebene positive Wirkungen für Nachhaltigkeit verbunden. Entsprechend erscheinen diejenigen entwicklungspolitischen Aktivitäten als nachhaltig, welche etwa partizipativ organisiert sind oder auf die Durchsetzung von Good Governance abzielen. Für ökologische wie soziale Nachhaltigkeit als Konsequenz der Konzeptapplikation fehlt es allerdings an empirischen Belegen. Vielmehr betont die Forschungsliteratur Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Anwendung, Umsetzung und Durchführung solcher Prozesse (vgl. Demirovic/Walk 2011: 7-8; Czada 2009: 209-212; Spies 2010: 56-57), die sich aber nirgendwo in den Aussagen der deutschen EZ widerspiegeln. Beherrscht wird die Beschäftigung mit abstrakten Konzepten wie Partizipation oder Governance von optimistischen und weitgehend simplifizierenden Wirkungsannahmen und positiven Begleiteffekten.

*Herausforderungen (aktuell mehr Nachhaltigkeit im Kampf gegen Klimawandel), auch eine neoliberale, finanzialisierte Umgestaltung von Staat und Gesellschaft vorantreibt.“ (Stefan 2015: 187)*

Die Mess- und Bewertungspraxis, welche in der Entwicklungspolitik einen ausgesprochen hohen Stellenwert genießt und als Ausgangspunkt normativer Wertungen und Differenzierungen dient, muss aus der hier eingenommenen Forschungsperspektive einer kritischen Hinterfragung unterzogen und hinsichtlich ihrer Machteffekte analysiert werden: Insbesondere vor dem Hintergrund einer institutionalisierten Evaluationsroutine und einer damit einhergehenden Codierung von Maßnahmenzielen, Interventionsstrategien, Erfolgskriterien sowie dem Druck der internen Kontrollpraxis haben M&E Verfahren nachweislich imperative Konsequenzen (vgl. Rottenburg 2002: 232-235). *„Consequently, governments in developing democracies find themselves caught in a perpetual cycle of being advised by external experts who circulate in core government institutions and are involved in all stages of policy-making. Considering that these experts share a certain epistemic culture and are primarily accountable to their financiers, that is, the donor community, the expertise they communicate to their client governments is not neutral, disinterested expert knowledge, but is shaped – often implicitly – by particular paradigms and interests. Expert advice in the context of aid thus becomes a conduit for external influence under the guise of knowledge transfer.“ (Koch/Weingart 2016: 136)*

Zudem gründet die entwicklungspolitische Mess- und Evaluationspraxis auf einer simplifizierenden, funktionalistischen Vorstellung sozialökologischer wie sozioökonomischer Beziehungen innerhalb von Gesellschaften, geht von realitätsfernen Kausalmodellen aus und basiert auf fragwürdigen Wahrnehmungen der Leistungsfähigkeit politischer Lösungsstrategien. Dazu der Wirtschaftswissenschaftler und entwicklungspolitische Experte Abhijit Banerjee im ‚Zeit Wissen‘ Interview: *„Es geht darum, über das konkrete Problem nachzudenken. Wir hängen zu sehr an simplen Modellen, die alle Probleme lösen sollen. Die Welt funktioniert so nicht.“ (Rauner 2011).* Oder, um es mit einem Zitat von Albert Einstein zu sagen: *„Nicht alles, was zählt, kann gezählt werden, und nicht alles, was gezählt werden kann, zählt.“<sup>78</sup>*

---

<sup>78</sup> Trotz verschiedenster Fundstellen und dem wiederholten Verweis auf Albert Einstein als Urheber konnte keine gesicherte Quellenangabe identifiziert werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Ausspruch „If you can't

Die vorliegende Arbeit nimmt vom Anspruch objektiver Bewertung folgerichtig Abstand und versteht sich als Versuch, einen Beitrag zur sozialökologischen Kalibrierung politikwissenschaftlicher Forschung zu leisten, indem die Überzeugungen, Ideen und Wissensbestände zur Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt innerhalb der deutschen EZ herausgearbeitet werden. Zugleich wird die als objektiv geltende Mess- und Evaluationspraxis kritisiert und hinsichtlich ihrer Aussagekraft angezweifelt. Folglich können die Auffassungen und Kriterien seitens der deutschen EZ von Nachhaltigkeit oder erfolgreicher Entwicklung in der vorliegenden Analyse nicht als Ausgangspunkt normativer Wertung genutzt werden. Vielmehr ergibt sich die Notwendigkeit für einen ergebnisoffenen Forschungszugang, welcher es ermöglicht, das Untersuchungsmaterial zyklisch und rekursiv einer Analyse zu unterziehen.

### 3.5 Konkretisierung des methodischen Vorgehens

Entsprechend der hier eingenommenen Forschungsperspektive und Analysemethode ergeben sich für die Text- und Diskursanalyse sowie die Untersuchung der durchgeführten Experteninterviews zentrale Fragenkomplexe, welche die Analyse des generierten Datenmaterials strukturieren und anleiten sollen. Entsprechend den vorherigen Ausführungen zur Konflikthaftigkeit und relativen Unbestimmbarkeit solcher Konzepte wie Entwicklung, Natur, Nachhaltigkeit sowie Good Water Governance<sup>79</sup> sollten die Untersuchungsfragen im Einklang mit dem Forschungszugang der Problematisierung weitgehend offen formuliert und möglichst wertungsfrei an das Datenmaterial gerichtet werden. Ziel ist es, die vielfältigen, teils widersprüchlichen und uneinheitlichen

---

measure it, you can't improve it.“, welcher auf Peter Drucker zurückgeführt wird. Allerdings kann auch hier, trotz zahlreicher Fundstellen, keine eindeutige Quellenangabe gemacht werden (vgl. Bürker 2012: 295). Das Einstein Zitat wurde hier der Augsburgers Allgemeinen entnommen (vgl. Augsburgers Allgemeine 2005).

<sup>79</sup> Wie sich gezeigt hat, lässt sich zwar im Verweis auf die entwicklungspolitische Forschung ein relativ eindeutiger Bedeutungskern von Good Water Governance identifizieren. Ähnliches gilt für das entwicklungspolitische Verständnis von Nachhaltigkeit. Es ist jedoch umstritten, inwieweit die Konzepte dazu geeignet sind, Aussagen über die ökologische oder soziale Qualität der Wasserversorgung zu liefern oder inwieweit ihre Verwirklichung bereits eine tragfähige Gestaltung der Mensch-Umwelt Beziehungen impliziert (vgl. Harris 2007: 21-23).

Überzeugungen, Standpunkte, Problemdeutungen sowie Lösungsansätze zu rekonstruieren, darzustellen und den Versuch zu unternehmen, die Problematisierungsweise von Wasser innerhalb der Institutionen der deutschen EZ sinngemäß zu beschreiben.

Zu diesem Zweck wird das umfassende Untersuchungsmaterial mit Hilfe der Methode der Zusammenfassung nach Mayring vorstrukturiert und komprimiert. In der Folge ergibt sich folgende Kategorientabelle (Abb. 1), in welche die jeweiligen Textstellen und Aussagensysteme eingefasst werden können. Im Forschungsprozess werden diese Kategorien fortwährend in weitere, detaillierte Unterkategorien ausdifferenziert.

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel	Kodierregel
Entwicklungsbegriff der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Textbestandteile, welche Aussagen über das spezifische Entwicklungsverständnis deutscher entwicklungspolitischer Institutionen beinhalten	„In Forschung, Politik und Entwicklungszusammenarbeit herrscht Konsens darüber, dass es ein zentrales Anliegen von Entwicklungsinterventionen sein muss, Menschen in ihrer Widerstandsfähigkeit, Anpassungsfähigkeit und Transformationsfähigkeit zu stärken.“	jedwede Aussagen, in welchen der Entwicklungsbegriff auftaucht und inhaltlich konkretisiert wird
Verständnis von Natur aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Textbestandteile, welche Aussagen über das spezifische Naturverständnis deutscher entwicklungspolitischer Institutionen beinhalten	„Boden und Wasser dienen der globalen Ernährungssicherung und bilden vor allem in den agrarisch geprägten Volkswirtschaften vieler Entwicklungsländer eine wichtige Lebensgrundlage. Insbesondere in ländlichen Regionen dienen sie als Basis für die wirtschaftliche Entwicklung.“	jedwede Aussagen, in welchen argumentativ auf Natur Bezug genommen oder diese charakterisiert wird
Nachhaltigkeitsverständnis der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Textbestandteile, welche Aussagen über das spezifische Nachhaltigkeitsverständnis deutscher entwicklungspolitischer Institutionen beinhalten	„Auch wenn es sich in der Entwicklungszusammenarbeit in den meisten Fällen um Familienbetriebe handelt, ist es um die Nachhaltigkeit oft nicht besonders gut bestellt. Insbesondere ökonomische Kriterien (z. B. Rentabilität und Betriebsmanagement) und ökologische Aspekte (z. B. Nährstoffmanagement und Klimabilanz) sind häufig verbesserungswürdig.“	jedwede Aussagen, in welchen ein spezifisches Nachhaltigkeitsverständnis erkennbar wird
Charakterisierungen, Ansprüche und Anforderungen an die Naturressource Wasser	Textbestandteile, welche Aussagen über das Verständnis und die Meinung zu Wasser deutscher entwicklungspolitischer Institutionen beinhalten	"Ein zentraler Baustein ist hierbei das verbesserte Management der natürlichen Ressourcen Boden und Wasser."	jedwede Aussagen, in welchen eine Beschreibung, Charakterisierung oder Einordnung von Wasser im entwicklungspolitischen Kontext erkennbar wird
identifizierte Probleme bezüglich der Naturressource Wasser der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Textbestandteile, welche Aussagen über die Positionen deutscher entwicklungspolitischer Institutionen zu wasserrelevanten Herausforderungen beinhalten (Problematisierung)	„Sambias Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen wächst rasch. 40% davon leben in städtischen Gebieten. Informelle Wohnviertel sind in den letzten Jahren schnell angewachsen und beherbergen in großen Städten bis zu 60% der Einwohner. Zwar verfügt das Land über große Wasserressourcen, jedoch bestehen regional und saisonal große Unterschiede in der tatsächlichen Verfügbarkeit der Ressource. Trotz bedeutender Fortschritte in der Trinkwasser- und Sanitärversorgung ist für große Teile der insbesondere armen Bevölkerung der Bedarf nicht gedeckt. Die rechtlichen, organisatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen im sambischen Wassersektor erschweren nach wie vor die weitere Steigerung des Zugangs der armen Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser und angepassten Sanitäreinrichtungen sowie die integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen.“	diejenigen Aussagen, welche Begebenheiten, Entwicklungen und Zustände (in Bezug auf Wasser) problematisieren und in denen die Verantwortung für Problemkonstellationen zugeschrieben wird

		Unzureichende Haushaltsmittel und langsamer Mittelabfluss beeinträchtigen die Sektorentwicklung. Im Jahr 2013 flossen weniger als 45% des bereitgestellten Budgets tatsächlich ab.“	
vorgeschlagene oder diskutierte Problemlösungsmechanismen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf wasserrelevante Herausforderungen	Textbestandteile, welche Aussagen über Wirkmechanismen, Methoden oder Strategien deutscher Entwicklungspolitischer Institutionen zu wasserrelevanten Herausforderungen beinhalten	„In order to promote the better use of scarce water resources, WRMA is enforcing permit and abstraction fees. This also helps to reduce conflicts among water users and increases the financial autonomy of sub-sector institutions. In future, the regulator will also monitor and set standards for the performance of basin organisations, and will report to the public on their activities.“	diejenigen Aussagen, welche Lösungsstrategien implizieren, Problembearbeitungen fordern oder begründen
proklamierte Zielvorstellungen und anvisierte Zielzustände hinsichtlich der Organisation, Nutzung, Verteilung sowie des Schutzes der Naturressource Wasser	Textbestandteile, welche Aussagen über erhoffte Entwicklungen, anvisierte Ziele oder strategische Ausrichtungen auf spezifische Ziele beinhalten	„Durch die Bewässerung sind mehrere Produktionszyklen pro Jahr möglich. Dadurch werden Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen erreicht. Insbesondere der Anbau von Gemüse in der Trockenzeit ermöglicht mehr Vielfalt und eine reichhaltigere Ernährung sowie zusätzliches Einkommen. Die relative Unabhängigkeit von den Niederschlägen ermöglicht auch in trockenen Jahren sichere Erträge.“	diejenigen Aussagen, welche Zielvorstellungen implizieren, erhoffte Veränderungen benennen oder idealtypische Transformationen erwähnen

Abb. 1 (Quelle: Eigene Darstellung)

Die folgenden Fragenkomplexe leiten dabei die diskursanalytische Untersuchung des Textmaterials an:

- Wie wird Nachhaltigkeit verstanden und gedeutet? Welche Rolle spielen Wasser und Natur im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsverständnis? Wie soll ein ‚nachhaltiger‘ Umgang mit Wasser verwirklicht werden?
- Wie wird Entwicklung verstanden und gedeutet? Wann ist diese als erfolgreich zu begreifen und welche Kriterien werden dafür in Anschlag gebracht?
- Wie wird die Erreichung ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ in Sub-Sahara Afrika problematisiert? Wieso gelingt sie aus Perspektive der deutschen EZ nicht bzw. an welchen Hürden scheitert sie? Wie können diese Hürden überwunden werden? Wie und durch wen soll Entwicklung erfolgreich durchgesetzt werden?
- Welchen Beitrag will die deutsche EZ zur Durchsetzung ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ leisten? Wieso ist dieser Beitrag von Relevanz? Welche Probleme werden vornehmlich durch die deutsche EZ wahrgenommen und auf welche Weise überwunden?

- Werden Zielerreichungskonflikte, Widersprüche oder Dysfunktionalitäten in der Arbeit der deutschen EZ identifiziert? Welche Kritik wird an der eigenen Arbeit formuliert? Wo werden Defizite in der eigenen Arbeit ausgemacht?

Die hier generierten Erkenntnisse sollten vor dem Hintergrund des verfügbaren Datenmaterials verstanden werden. Damit einher geht der Hinweis, dass hier nicht der Anspruch auf eine einheitliche, universell gültige Interpretation der Position aller Akteure der gesamten deutschen entwicklungspolitischen Aktivitäten gestellt wird. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Akteure im Kontext der Entwicklungspolitik teils stark gegenteilige Meinungen und Auffassungen vertreten. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands bleibt aber dennoch weitgehend an hegemoniale Wirklichkeitsdeutungen, institutionelle Normen, Überzeugungen und Zielsetzungen gebunden. Eben jene Wissensformen, Überzeugungen, Normen und Ziele will die vorliegende Arbeit mit Hilfe der Untersuchungsmethode der Problematisierung identifizieren. Dazu wird folgendermaßen vorgegangen:

Zuerst werden die unterschiedlichen Aspekte der Problemwahrnehmung dargelegt. Ausgehend von den identifizierten Lösungsansätzen sollen die zugrundeliegenden Wissensbestände, ideologischen Überzeugungen sowie zugrundeliegenden Handlungsrationitäten abgebildet werden. Diese ermöglichen und begründen die spezifischen Problem- und Lösungsperspektiven der Sprecher.

Ziel ist es, die dominanten Problematisierungsweisen der Wasserkrisen in der deutschen EZ vor dem Hintergrund der theoretischen Untersuchungsperspektive zu charakterisieren. Die Untersuchungsergebnisse sollen vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse dahingehend befragt werden, welche Deutung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaften den entwicklungspolitischen Aktivitäten zugrunde liegt und welche Konsequenzen sich daraus gegebenenfalls vor der Kulisse sozialökologischer Krisenphänomene im Zeitalter des anthropogenen Klimawandels ergeben könnten.<sup>80</sup>

---

<sup>80</sup> Es ist dabei nicht Absicht der vorliegenden Analyse einen Beitrag zur Optimierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten zu leisten oder Aussagen zur Qualität nachhaltiger Entwicklungsbemühungen zu machen. Ebenso wenig soll der Eindruck erzeugt werden, es ließe sich mit Hilfe der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse eine objektive Krisendiagnose stellen. Allerdings kann, vor dem

# IV. Die entwicklungspolitische Problematisierung von Wasser: Präsentation der Analyseergebnisse

## 4.1 Nachhaltige Wasserpolitik der deutschen EZ?

Da die EZ Deutschlands sich selbst als betont nachhaltig begriffen wissen möchte und zugleich Wasser in den Entwicklungsprojekten und -kooperationen der BRD eine prominente Rolle einnimmt (vgl. GIZ 2013d: 4, 6; BMZ 2006: 16-17, 19; BMZ 2013: 1; BMZ 2017b: 21), eignen sich die deutschen Entwicklungsinstitutionen und -akteure besonders als beispielhafter Untersuchungsgegenstand für eine sozialökologische Auseinandersetzung mit nachhaltigen Entwicklungsansprüchen. Denn abseits der Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent findet das deutsche Know-How um nachhaltiges Wassermanagement auch Einzug in die Praxis anderer Entwicklungs- und Schwellenländer (vgl. BMZ/GIZ 2015a: 12, 53). Auf diesem Wege prägt die deutsche Wahrnehmung von Wasserproblemen und -herausforderungen in unterschiedlichem Maße die Ausgestaltung nationaler, regionaler und lokaler Wasserpolitik in sogenannten Partnerländern.

Ungeachtet der begrifflichen Unschärfe von Nachhaltigkeit macht die wissenschaftliche Diskussion um sozialökologische Krisen doch aufmerksam auf ein dysfunktionales Verhältnis zwischen menschlichen Gesellschaften und ihrer biophysischen Umwelt. Ökologische wie soziale Aspekte sollten aus der hier eingenommenen Analyse- und Bewertungsperspektive (gesellschaftliche Naturverhältnisse ebenso wie die Methode der Problematisierung) grundsätzlich Bestandteil der Zielformulierung, Strategieentwicklung sowie konkreten entwicklungspolitischen Praxis sein, sofern die deutsche EZ einen konstruktiven Beitrag zur

---

Hintergrund der sozialökologischen Kritik an bestehenden (Lebens-) Verhältnissen durch Brand/Wissen (2017), ein Hinweis darauf gegeben werden, inwieweit die von der deutschen EZ anvisierten Naturverhältnisse jene problematischen Mensch-Umwelt-Beziehungen fortsetzen, die einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung der Misere geleistet haben. Der Normativität der Kritik ist sich der Verfasser dabei bewusst. Verwiesen sei hier auf einen gut ausgearbeiteten Forschungsstand kritischer Krisendiagnosen, welche die Interpretation des anthropogenen Klimawandels als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse untermauern (vgl. Demirovic/Dück/Becker/Bader 2011; Brand/Wissen 2017; Altvater 2011; Altvater/Mahnkopf 2007; Köhler 2008: 851; Mahnkopf 2013).

Überwindung von Wasserproblematiken in Sub-Sahara Afrika leisten möchte (vgl. Zwarteveen/Kemerink-Seyoum/Kooy et al. 2017: 8).

Die Bedeutung von Wasser für Entwicklungsprozesse steht innerhalb der deutschen EZ weitgehend außer Frage (vgl. BMZ 2017b: 21)<sup>81</sup>. An der Dringlichkeit zur Bearbeitung sozialökologischer Krisenphänomene gibt es schon aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus wenig Zweifel (vgl. BMZ 2013: 6). Vielmehr wird auch innerhalb der europäischen EZ angesichts der Verantwortung zum Reagieren zugleich die Fähigkeit zum Handeln betont: *„Es ist eine weithin anerkannte Tatsache, dass wir die technologischen, finanziellen und materiellen Ressourcen besitzen, um unsere Welt bis zum Jahr 2030 von der Geißel der extremen Armut zu befreien. Es gibt keine Ausrede, dies nicht zu tun.“* (Europäische Kommission 2014: Deckblatt).

Zugleich erzeugt die anhaltende Krise einen moralischen Handlungsdruck, dem sich die deutsche EZ nur schwerlich im Rahmen internationaler und europäischer Abkommen und Verträge zum Schutz der Menschenrechte entziehen kann<sup>82</sup>. Schließlich sieht man sich weiterhin mit dem Umstand konfrontiert, dass in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents eine *„permanente Hungerkatastrophe“* anhält, obwohl *„es zu Beginn dieses Jahrtausends keinen objektiven Mangel mehr [gibt; Anm. TK]. Wer jetzt am Hunger stirbt, wird ermordet.“* (Nagel/Bundeszentrale für politische Bildung 2012) - so Jean Ziegler 2012 im Interview mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Denn trotz der Intensivierung der Entwicklungsbemühungen im Bereich Wasser bereits in den 1980er Jahren, insbesondere die Verbesserung des Zugangs großer Bevölkerungsteile in den Staaten Sub-Sahara Afrikas zu Wasser und Nahrung (vgl. Bohnet 2015: 125-127), bleiben anhaltende Erfolge bis heute aus (vgl. Dulani, Mattes et al. 2013: 2, 7). Die Wasserversorgung der Bevölkerungen Sub-Sahara Afrikas bildet folglich weiterhin eines der zentralen Aufgabengebiete internationaler EZ. Die Institutionen der deutschen EZ definieren

---

<sup>81</sup> Als besonders dringlich erscheint innerhalb der entwicklungs- wie sicherheitspolitischen Diskussion aktuell die Bearbeitung sogenannter *“Fluchtursachen“* in den Herkunftsländern von Migrationsströmen (vgl. BMZ 2017b: 21).

<sup>82</sup> vgl. UN Menschenrechtscharta, Genfer Flüchtlingskonvention, Charta der Grundrechte der Europäischen Union

ihr Aufgabengebiet dabei vordringlich hinsichtlich Wissensvermittlung sowie der Beratung mit Hilfe des verfügbaren Expertenstabes (vgl. GIZ 2013d: 22; BMZ 2006: 15; GTZ 2007: 2).

#### **4.1.1 Der Entwicklungsbegriff innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit**

Wie die oben dargestellte Diskussion um Post-Development Kritiken bereits aufzeigen sollte, lässt sich der Entwicklungsbegriff selbst im Feld der Entwicklungspolitik heute keineswegs so unhinterfragt und eindeutig gebrauchen, wie dies in den Anfangsjahren entwicklungspolitischer Aktivitäten der Fall war. Es kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dass weiterhin Akteure in der EZ tätig sind, welche strikt modernisierungstheoretische Positionen vertreten und etwa am klassischen Stufenmodell von Rostow festhalten (vgl. Rostow 2010: 42-46). Allerdings kann angesichts der entwicklungspolitischen Krise in den 1980er Jahren (vgl. Ziai 2010: 23-24) davon ausgegangen werden, dass selbst in den modernisierungstheoretisch orientierten Institutionen, wie der Weltbank, solche Stimmen mittlerweile die Ausnahme bilden. Vielmehr wurde der moderne Entwicklungsdiskurs vom Bekanntwerden der ökologischen Krise sowie der politischen wie öffentlichen Beschäftigung mit den beobachtbaren Auswirkungen grundsätzlich transformiert (vgl. Dryzek 2013: 25).

Der Eindruck einer vermeintlichen Einheitlichkeit im aktuellen Entwicklungsdiskurs, der durch die semantische Erweiterung zu ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ entsteht, ist dabei jedoch irreführend: Weiterhin bestehen zwischen unterschiedlichen Akteuren und Institutionen Unterschiede in der Interpretation und praktischen Auslegung des Nachhaltigkeitskonzepts (vgl. Rogall 2003: 30-31). Beispielsweise fasst die US-amerikanische Entwicklungsinstitution USAID unter dem Nachhaltigkeitsbegriff teils unterschiedliche Programme, Aktivitäten und Zielvorstellungen zusammen. Die französische EZ hingegen scheint Umwelt- und Klimaschutz getrennt von nachhaltigen Entwicklungsstrategien zu betrachten, welche vor allem auf eine langfristig stabile, ökonomische Entwicklung in den Partnerländern abzielen. Wogegen etwa in Norwegen Nachhaltige Entwicklung als Bestandteil einer umfassenderen Agenda globaler Armutsbekämpfung beworben wird.<sup>83</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. hierzu jeweils: USAid (2018); France Diplomatie (2018); Ministry of Foreign Affairs Norway (o. J.)

Deutlich größer sind die Diskrepanzen zwischen staatlichen EZ Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen (im weiteren Verlauf abgekürzt durch: NROs). Organisationen wie Food Watch oder Friends of the Earth proklamieren teils deutlich stärker ökologisch-orientierte Nachhaltigkeitsvorstellungen und mahnen zudem häufig systematische Veränderungen in den internationalen Beziehungen an. Für diese Akteure begründen strukturelle Ursachen die anhaltende sozialökologische Krise.<sup>84</sup>

Von einer einheitlichen Begriffsauffassung im Zusammenhang mit Entwicklung auszugehen, ignoriert entsprechend die erheblichen Differenzen, welche selbst innerhalb des entwicklungspolitischen Diskurses existieren. Es ist daher notwendig, für eine detaillierte Analyse der Problematisierungsweise von Nachhaltiger Entwicklung durch die deutsche EZ, deren Entwicklungsverständnis zu rekonstruieren und die damit einhergehenden Implikationen für die entwicklungspolitische Arbeit zu untersuchen. Um spätere Missverständnisse zu vermeiden, soll jedoch einleitend der Entwicklungsbegriff für die Arbeit definiert und in seinen unterschiedlichen Verwendungszusammenhängen kurz dargestellt werden.

#### ***4.1.2 Der Entwicklungsbegriff im Wandel***

Entlehnt aus der Biologie beschreibt der Begriff der Entwicklung ein allmähliches Entstehen und sich stufenweise Herausbilden einer Lebensform, z.B. einer Pflanze. Ebenso kann er auch verwendet werden, um auf ein Stadium zu verweisen, in dem vorhandene Anlagen zur vollen Entfaltung gekommen sind. Hier spiegelt sich die etymologische Nähe zu sich entwickeln oder auch auswickeln wider. Damit unterstellt ist nicht zwangsläufig die Erreichung eines höheren Niveaus oder ein konkreter Fortschrittsprozess, sondern vielmehr die Entfaltung eines inhärenten Potentials. Entwicklung beschreibt damit eher einen ungewissen Vorgang, indem unter bestimmten Bedingungen etwas allmählich zu etwas anderem wird.<sup>85</sup>

In der Politik spielt der Begriff lange Zeit überhaupt keine Rolle; vielmehr dominieren Vorstellungen, welche die Welt in eine zivilisierte und eine wilde, unzivilisierte Sphäre einteilen und so Praktiken unmenschlicher Ausbeutung und Dominanz rechtfertigen (vgl.

---

<sup>84</sup> Vgl. hierzu jeweils: Friends of the Earth (o. J.); Foodwatch (2016)

<sup>85</sup> Vgl. hierzu: Dudenredaktion (o. J.)

Hickel 2017: 95-121). Besonders anschaulich wird dies an der Aufteilung des Kongobeckens auf den Berliner Konferenzen, auf welcher die Protagonisten Europas für sich in Anspruch nahmen, nicht nur im Interesse der vermeintlich ‚Wilden‘ zu agieren, sondern zudem die eigenen Interventionen, Grenzziehungen und unterschweligen Herrschaftsbeziehungen für legitim erachteten.<sup>86</sup>

Liest man in diesem Kontext und vor dem Hintergrund der Post-Development Kritik die Antrittsrede des US-amerikanischen Präsidenten Truman 1949 über die Entwicklung rückständiger Gebiete, findet sich dort eine neue Form der Dichotomisierung: Auf der einen Seite finden sich diejenigen Nationen, welche ihre Potentiale verwirklichen. Auf der anderen Seite verortet man die Menschen, welche ihrer Potentiale beraubt sind und somit auf die Unterstützung der entwickelten Länder angewiesen sind.

Es lassen sich im Verlauf der unterschiedlichen Entwicklungsdekaden zusehends Auflösungserscheinungen an der starren Unterscheidungspraxis zwischen entwickelt/unterentwickelt beobachten, ohne dass grundsätzlich von einer hierarchischen Anordnung verschiedenartiger Gesellschaften Abstand genommen worden wäre. So wurde der Begriff der Unterentwicklung schrittweise von ökonomisch geprägten Termini abgelöst: Die Differenzierung nach Entwicklungsstand wurde ersetzt durch eine Fokussierung auf Einkommen, so dass heute von „*low-income*“, „*lower-middle-income*“, „*upper-middle-income*“ sowie „*high-income*“ Ökonomien die Rede ist.<sup>87</sup> Die abstrakte Kategorie der Entwicklung wird abgelöst durch harte, ökonomische Fakten, welche sich genauer bemessen und somit auch bewerten bzw. vergleichen lassen.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> Vgl. hierzu: Bundesarchiv (o. J.)

<sup>87</sup> Siehe hierzu die Klassifikation der Weltbank sowie deren Übernahme durch die Vereinten Nationen: World Bank (o. J.)

<sup>88</sup> Eine Ausnahme bildet hier das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), welches den Human Development Index (HDI) als Klassifikationsgrundlage nutzt, nichtsdestotrotz jedoch an einer quantitativ orientierten, bewertenden Unterscheidungspraxis von Gesellschaften festhält.

Einen anderen Zugang zur Bewertung versucht der sogenannte Environmental Democracy Index (EDI), der seit 2015 gemessen wird. Er vergleicht bisher 70 Länder hinsichtlich Partizipation, Verfügbarkeit von Umweltinformationen, Mitwirkungsmöglichkeiten und Rechtssicherheit miteinander (vgl. Worker/Silva 2015: 1-2).

„Auch wenn diese vermeintliche Identität nicht stets in dieser Klarheit formuliert wird, so gilt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als weithin akzeptierte Approximation für die Entwicklung und das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP für den Wohlstand eines Landes.“ (König 2011: 42)

So lässt sich zwar ein Wandel im Sprachgebrauch innerhalb der Institutionen der Entwicklungspolitik ausmachen, indem vom Begriff der Unterentwicklung weitgehend Abstand genommen wurde. Allerdings wird die Fiktion einer Rangfolge der Nationen aufrechterhalten, indem weiterhin der Eindruck objektiv gültiger Entwicklungsfortschritte und Entwicklungsphasen erzeugt wird. Zudem bleibt Entwicklung als Konzept unscharf und inhaltlich unterbestimmt, während zugleich die numerischen, quantitativen Indikatoren zur Festlegung von Differenzen zwischen den Ländern komplexer und detaillierter werden (vgl. Allen/Fenemor et al. 2012: V-VII). Darüber hinaus existieren zwar Indizes mit eher qualitativ orientierten Erhebungsmethoden (z.B. der sogenannte „*Happiness Index*“)<sup>89</sup>, dominant in der EZ sind jedoch weiterhin ökonomische Kennzahlen zur Erhebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bzw. des ökonomischen Potentials einer Volkswirtschaft.<sup>90</sup>

Diese Differenzierungspraxis ist aus Perspektive der Post-Development Kritik kontrovers zu betrachten. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich durch die Gliederung innerhalb einer festgelegten Rangfolge potentiell Momente der Über- und Unterordnung einstellen, Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen verfestigen oder sozialpsychologische Effekte von Minderwertigkeit und Überlegenheit innerhalb der Gesellschaften entstehen können (vgl. Bendix/Ziai 2015: 163-164). Allerdings fehlt es hier noch an ausreichender Forschung, um gesicherte Aussagen zu möglichen Implikationen einer solchen Unterscheidungspraxis treffen zu können.

Fest steht jedenfalls, dass die bestehenden Klassifikationen nicht nur die Rechtfertigung für politische Interventionen und das ökonomische Management ganzer Volkswirtschaften liefern, indem ein Land als unterentwickelt, hilfsbedürftig und nicht leistungsfähig definiert wird (vgl. Peetz 2013: 22-25). Die „*Power of Numbers*“ (Fukuda-Parr/Yamin/Greenstein 2013) trägt außerdem dazu bei, das Denken über Entwicklung weiterhin in ökonomischen Bahnen zu lenken und politischen Alternativen abseits volkswirtschaftlicher

---

<sup>89</sup> siehe hierzu: World Happiness Report (o. J.)

<sup>90</sup> Siehe hierzu das Kapitel 3.4

Bearbeitungsstrategien damit per se den Zutritt zum Entwicklungsdiskurs zu erschweren (vgl. Fukuda-Parr/Yamin/Greenstein 2013: 26-28). Entsprechend gelten häufig nur jene Entwicklungsmaßnahmen als nachhaltig, welche auf dauerhafte finanzielle Effizienz ausgerichtet sind - das Ökonomische wird dadurch allerdings zum bestimmenden Kriterium entwicklungspolitischer Nachhaltigkeit (vgl. BMZ 2017a: 4; Biswas/Tortajada 2010: 132).

Offenkundig entzieht sich der Entwicklungsbegriff damit einer politisch neutralen Definition, sondern scheint grundsätzlich aufgeladen mit normativen, funktionalen oder ethischen Erwartungen und Zielvorstellungen. Wird in der vorliegenden Arbeit daher der Entwicklungsbegriff im Kontext sozialen Wandels und außerhalb seiner entwicklungspolitischen Engführung gebraucht, soll damit nicht mehr impliziert sein als die Beobachtung von kontingenten, gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

### **4.1.3 Das Entwicklungsverständnis der deutschen EZ**

Innerhalb der staatlichen Institutionen der deutschen EZ lässt sich eine Wahrnehmung von Entwicklung als selbstbestimmte, endogene Gesellschaftstransformation der Partnerländer kaum identifizieren. Vielmehr wird die dichotome Unterscheidungspraxis zwischen fortgeschrittenen, produktiven Ländern und den nachholenden, unterentwickelten Partnern fortgesetzt - auch wenn der Begriff der Unterentwicklung selbst nicht auftaucht. Während jedoch darauf hingewiesen wird, dass erhebliche Differenzen - auch hinsichtlich der unterschiedlichen Belastung von Umwelt - zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bestehen, fehlen Hinweise auf Kolonisierung<sup>91</sup>, Ressourcenextraktion oder auf die

---

<sup>91</sup> Eine explizite Ausnahme bildet hier eine aktuelle Publikation des BMZ zum anvisierten Marshallplan für Afrika, indem zum ersten Mal eine ausdrückliche Referenz zu der Kolonialgeschichte zwischen Afrika und Europa gezogen wird: „1885 auf der Konferenz in Berlin wurde der Kontinent mit dem Lineal ohne Rücksicht auf Geschichte, Tradition, Kultur und Selbstbestimmung der Völker willkürlich aufgeteilt. Es folgte ein Zeitalter der Unterdrückung, Bevormundung, Erniedrigung und Ausbeutung. Folgen davon sind heute noch zahlreiche Konflikte und Kriege. [...] Und auch heute gründet der Wohlstand der Industrieländer teilweise auf der ungeregelten Ausbeutung von Menschen und Ressourcen des afrikanischen Kontinents. Aus dieser Geschichte zu lernen heißt heute, Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft zu übernehmen.“ (BMZ 2017a: 7).

Auffällig am Aufgreifen der Verantwortung Europas für die Deprivation Afrikas ist dabei einerseits die Begrenzung der Responsivität durch den Zusatz „gründet [...] teilweise“, wodurch der Eindruck erweckt wird, letztlich sei die Kolonialgeschichte Afrikas nur einer von zahlreichen Faktoren, welche die asymmetrische

systematische Ausbeutung der Natur durch multinationale Unternehmen (oftmals mit Hauptsitz in den Industrieländern) völlig. Der historische Entstehungskontext sowie die weiterhin bestehenden, strukturellen und handelspolitischen Bedingungen, welche die Unterschiede zwischen Gebern und Empfängern der Entwicklungshilfe reproduzieren, bleiben in den Publikationen, wie auch den Experteninterviews weitgehend ausgeblendet (vgl. BMZ/GIZ 2015b: 4). Daran ändert auch das einmalige Aufgreifen der Thematik der Kolonialzeit sowie aktueller handelspolitischer Ausbeutungsprozesse in einer BMZ Publikation von 2017 wenig (vgl. BMZ 2017a: 7). Dieses verkürzte Anreißen einer komplexen historischen Verwicklung von externer Einflussnahme, struktureller Transformation, institutionellem Wandel und endogener Handlungsverantwortung bleibt jedoch in den untersuchten 92 Publikationen die einzige Ausnahme.

Grundsätzlich reproduziert die deutsche EZ die Hierarchie zwischen Gebern und Empfängern von Entwicklungshilfe, indem auf fehlende Fertigkeiten, Fähigkeiten und nicht ausgeschöpfte Potentiale seitens der Entwicklungsländer verwiesen wird: *„Unser Ziel ist, die afrikanischen Staaten bei der Entfaltung ihrer enormen Potentiale zu unterstützen.“* (BMZ 2015: 2). Dabei sind die Gründe, welche seitens der deutschen EZ für nicht verwirklichte Entwicklungschancen angeführt werden, zahlreich.<sup>92</sup>

An dieser Stelle muss der Hinweis genügen, dass die Differenzierung von Ländern durch die deutsche EZ vor dem Hintergrund einer umfassenden Problemdiagnose vollzogen wird, welche Defizite und Entwicklungshemmnisse vornehmlich auf Seiten der Entwicklungsländer verortet. Diese Unzulänglichkeiten können die bisher nicht ausreichend entwickelten Gesellschaften durch Hilfe von außen bewältigen, da auf Seiten der (deutschen) EZ die

---

Wohlstandsentwicklung zwischen Nord und Süd erklären könnten. Andererseits irritiert die Betonung einer *„ungeregelten Ausbeutung“*. Auf diesem Wege wird implizit unterstellt, der Mangel an Regulierung wäre das Problem, während eine vertraglich geregelte und bürokratisch kontrollierte Exploitation von Natur und Arbeitskraft des Kontinents unproblematisch wäre.

Zudem ist fragwürdig, ob die gemeinsame Verantwortung für die Zukunftsgestaltung tatsächlich die einzige oder entscheidende Lehre ist, die aus einer Geschichte der Ausbeutung, Abhängigkeit und Ungleichheit sowie des Rassismus zwischen Europa und den Ländern Afrikas gezogen werden sollte (vgl. McEwan 2009: 21-22).

<sup>92</sup> Die Diagnose solcher Entwicklungshemmnisse ist Bestandteil einer umfassenden Problematisierung ausbleibender Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent. Sie soll gesondert behandelt und analysiert werden (vgl. hierzu die Kapitel 4.2 zur Problemdiagnose der deutschen EZ).

Fähigkeiten, das Wissen und die Kompetenzen vorhanden sind, um die vielfältigen Problemlagen zu überwinden: *„our input ranges from strengthening the skills of decision-makers and intermediaries - through programmes and international training, for example - to optimising vocational training systems“* (GIZ 2012a: 4).<sup>93</sup>

Die deutsche EZ sieht ihre Rolle also als Förderer bei der Verwirklichung bisher ungenutzter Potentiale und möchte bei der Überwindung von Entwicklungshindernissen unterstützend wirken: *„Die deutsche EZ unterstützt ihre Partnerländer durch Beratung und capacity building, Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften, um entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Leistungsfähigkeit der Organisationen und Personen [...] zu steigern.“* (BMZ 2006: 23)

Wie definiert und konkretisiert die deutsche EZ jedoch das Konzept von Entwicklung für ihre Arbeit? Verwiesen wird hier argumentativ auf internationale Abkommen und Verträge, wie etwa die Millennium Development Goals (MDGs) bzw. mittlerweile SDGs sowie die Paris Declaration on Aid Effectiveness (vgl. BMZ 2006: 11; BMZ 2017b: 6; BMZ 2017e: 18). Die deutsche EZ begreift sich damit als Teil einer internationalen Gebergemeinschaft, deren normative Zielsetzungen und Entwicklungsindikatoren die deutschen Entwicklungsinstitutionen übernehmen bzw. ergänzen (vgl. GIZ 2012a: 1; GIZ 2013b: 6): *„Die Präambel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung benennt fünf Kernbotschaften, die den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) als handlungsanleitende Prinzipien vorangestellt sind: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Die Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) orientiert sich an diesen Kernbotschaften.“* (BMZ 2017f: 20)

Die übergeordneten, langfristigen Ziele der deutschen EZ erscheinen unter diesem Eindruck als extern vorgegeben und weitgehend unhinterfragbar. Der dahinterstehende Entwicklungsbegriff erhält den Anschein international übergreifender wie universeller Gültigkeit, da er seine Legitimation aus internationaler, zwischenstaatlicher Koordination und Kooperation bezieht, in Verträgen formalisiert wurde und zugleich argumentativ auf kaum hinterfragbare Werte wie Gerechtigkeit, Armutsbeseitigung oder den Erhalt natürlicher Ressourcen verweist.

---

<sup>93</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2014b: 11; BMZ 2011a: 14; BMZ 2007: 6

Diese Bezugnahme erfolgt ebenso bei der Rechtfertigung einzelner Projekte, denen eine Verbindung zu internationalen Entwicklungszielen unterstellt wird: Während Maßnahmen konkret auf die Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen abzielen, wird zugleich unterstellt, es würde ein fassbarer Beitrag zur Verwirklichung der MDGs geleistet werden (vgl. Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2015b: 2)<sup>94</sup>. Auffällig ist hierbei, dass die in den Projektevaluationen formulierten Wirkungsannahmen so radikal simplifiziert und positiv aufgeladen sind, dass sich bei der Durchsicht der Publikationen irgendwann der Eindruck der Beliebigkeit einstellte: Egal, welche Maßnahmen seitens der deutschen EZ ergriffen werden, sie leisten einen positiven Beitrag zur verbesserten nachhaltigen Entwicklung der Partnerländer.

Die deutsche EZ vertritt dabei ein weithin linear geprägtes Entwicklungsverständnis. Dieses hat sich im Verlauf der verschiedenen Entwicklungsdekaden vordergründig von ihren modernisierungstheoretischen Anfängen entfernt, indem begriffliche Zusätze wie Partizipation oder Nachhaltigkeit an den Entwicklungsbegriff angehängt wurden. Grundsätzlich hält man in der deutschen Entwicklungspolitik jedoch an einer einseitigen Auffassung menschlicher Entwicklung als technologischem (und politisch-institutionellen) Fortschritt sowie beständigem ökonomischem Wachstum fest (vgl. BMZ 2006: 5, 23; BMZ 2014a: 2-8; BMZ 2017e: 4; GIZ 2015b: 3).

Im Gegensatz zu den Anfängen entwicklungspolitischer Interventionen erfolgt die Zielerreichung heute anhand vielfältigerer, differenzierterer Entwicklungsstrategien (vgl. Osswald/Peter 1996: 457-459). Im Einklang mit der wissenschaftlichen Forschung will man die übergeordneten Ziele auf partizipativem, inklusivem und dezentralem Wege verwirklichen (vgl. BMZ 2006: 23; GIZ 2012a: 15; Neubert et al. 2005: 7). Während in den Anfangsjahren der Entwicklungshilfe noch top-down Mechanismen und mechanistische Stufenmodelle die Diskussion um Entwicklung bestimmten, bekamen spätestens mit Scheitern der Entwicklungsstrategien Mitte der 1980er Jahre bedürfnisorientierte Ansätze Aufwind, welche verstärkt auf eine individuelle armutsreduzierende Wirkung ausgerichtet waren (vgl. Satzinger/Schwefel 1992: 312-314; Nuscheler 1992: 332-338). Zudem zeigten in der EZ zunehmend sozialwissenschaftliche Theorien Wirkung, welche die Vorzüge von

---

<sup>94</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2006: 19; BMZ 2017b: 7; BMZ 2017d: 2

Beteiligungsverfahren und demokratischer Mitbestimmung für die Akzeptanz und Effektivität von politischen Entscheidungen betonten (vgl. Nuscheler 1982: 354; BMZ 2014c: 8). Ehemals zentralistisch organisierte Entwicklungshilfe sollte so mit der Zeit Hilfe zur Selbsthilfe werden. Zielgruppe entwicklungspolitischer Maßnahmen sind dementsprechend die einzelnen Bürger der Partnerländer. Man zielt vornehmlich auf die Inklusion von gesellschaftlichen Basisbewegungen auf einer sogenannten Graswurzelebene (vgl. Lammerding/Schäfer et al. 2009: 34; GIZ 2012a: 5).

Im Zuge der Bewusstwerdung ökologischer Krisensymptome und der Popularisierung von Nachhaltigkeit erstarkte zudem die Forderung, bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen die Berücksichtigung ökologischer Aspekte zu intensivieren. Die Folge war eine Erweiterung der Kriterien bei der Planung und Bewertung entwicklungspolitischer Maßnahmen um Aspekte von Partizipation und der Beachtung ökologischer Schäden (vgl. BMZ 2006: 14-15; BMZ 2011a: 3; BMZ/GIZ 2015d: 5; BMZ/GIZ 2015b: 4-6).

Während sich die Strategien zur Erreichung von Entwicklung vordergründig wandelten, blieben die Forderungen im Kern weitgehend bestehen<sup>95</sup>: Es existiert mit dem Attribut der Nachhaltigkeit heute eine starke Forderung nach ökologischer Tragfähigkeit gesellschaftlicher Transformation sowie einem, mit der Grundbedürfnisstrategie der 1970er Jahre in Einklang stehenden, Anspruch auf Beseitigung absoluter Armut (vgl. BMZ 2014c: 3; BMZ 2017b: 10). Untersucht und vergleicht man die Forderungen, Zielsetzungen und Erwartungen der unterschiedlichen, entwicklungspolitischen Programme der deutschen EZ, fällt auf, dass sie im Grunde vornehmlich auf mikro- und makroökonomische Wachstumsprozesse abzielen (vgl. Barlow/Clarke 2003: 106)<sup>96</sup>. Dies wird selten so deutlich wie im aktuellen „*Marshallplan*“ des BMZ für Afrika: *„Gleichzeitig steht der Marshallplan für den Willen und Optimismus zu einem erfolgreichen Weg des Friedens und der Entwicklung in der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika. [...] Schwerpunkte sind fairer Handel, mehr*

---

<sup>95</sup> Hinsichtlich eines verengten und weitgehend einseitigen Partizipations- und Nachhaltigkeitsverständnisses innerhalb der strategischen Ausrichtung der deutschen EZ siehe Kapitel 4.1.4 sowie 4.3.1.2

<sup>96</sup> Grundsätzlich findet sich keine Publikation der deutschen EZ, die nicht in irgendeiner Form auf die Bedeutung von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen zur Verwirklichung von Entwicklung hinweist. In einigen Fällen werden die beiden Prozesse sogar implizit synonym verwendet (vgl. GIZ 2012a: 1, 7; BMZ 2011b: 75; Neubert et al. 2005: 20; BMZ 2017a: 30).

*private Investitionen, mehr wirtschaftliche Entwicklung von unten, mehr unternehmerische Entfaltung und vor allem mehr Jobs und Beschäftigung.“* (BMZ 2017a: 4). Ökologische Aspekte tauchen in diesen Zielvorstellungen überhaupt nicht mehr auf; Armutsreduktion wird nur noch implizit als Folge von Wirtschaftswachstum von Unten berücksichtigt.<sup>97</sup>

Bei genauerer Betrachtung verschwindet so die Vielfalt der entwicklungspolitischen Forderungen hinter der primären Absicht, wirtschaftliche Progression zu initiieren, zu fördern oder zu stabilisieren. Dass damit der neoklassische, modernisierungstheoretische Blick auf gesellschaftliche Transformation reproduziert wird, lässt sich angesichts des inflationären Gebrauchs von Begriffen wie Nachhaltigkeit, Mitwirkung oder Gerechtigkeit in den Publikationen schnell überlesen (vgl. Cowen/Shenton 2004: 439). Insbesondere der Nachhaltigkeitsbegriff scheint an jedweder Stelle aufzutauchen, ohne dabei zwingend einen ökologischen Bezug zu transportieren (vgl. GIZ 2013d: 42; BMZ 2014b: 11; BMZ 2017a: 6, 8, 30). Die Erwartung, durch die eigene entwicklungspolitische Arbeit würden sich ökologische Nachhaltigkeit sowie soziale Gerechtigkeit einstellen, kann dabei nur aufrechterhalten werden, da von ideologisch aufgeladenen, stark simplifizierten Wirkungsketten ausgegangen wird: *„Alle Maßnahmen zielen auf die wirtschaftliche Inklusion von Armutgruppen und die Verbesserung der Ressourceneffizienz und ökologischen Nachhaltigkeit. Die Beiträge [...] zur Armutsminderung, wirtschaftlichen Entwicklung und Schonung der Naturressourcen sind zugleich ein Beitrag zur Resilienz. Das bezieht sich sowohl auf die Resilienz der beteiligten Haushalte, als auch auf die Stabilität [...] der Wirtschaft insgesamt.“* (BMZ/GIZ 2015b: 9)<sup>98</sup>

Der vornehmlich technokratische Blick auf Entwicklungsprozesse kann sich dabei nicht auf empirische Belege berufen (vgl. Hein 1998: 217, 233). Wie sich in der Geschichte gescheiterter Interventionen und Projekte der EZ gezeigt hat, muss eine eindimensionale Betrachtung von Entwicklung als ökonomischer Wachstumsprozess zwangsläufig zu kurz greifen und wichtige Aspekte menschlichen Zusammenlebens – insbesondere

---

<sup>97</sup> Dabei zeigen die historischen Erfahrungen mit den wachstumsorientierten Entwicklungsstrategien sowie der Verschärfung von Ungleichheit in den Industrieländern, dass ökonomisches Wachstum keineswegs mit der Verbesserung gesellschaftlichen Wohlstands oder sozialer Inklusion einhergehen müssen (vgl. Beigewum 2005: 82-84; Brand 2008: 862-863).

<sup>98</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2015b: 9; BMZ/GIZ 2015a: 86-88, 117-118; BMZ 2006: 13, 27; BMZ 2015: 2 Geleitworte Minister Müller; Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2014b: 2–3

sozialökologische Herausforderungen - vernachlässigen (vgl. Holtz 2010: 6-8; Ziai 2010: 25-27).

Darüber hinaus werden wichtige Kritikpunkte der Post-Development Forschung innerhalb der deutschen EZ ignoriert: Weder findet sich ein Hinweis zur eurozentrischen, hegemonialen Sichtweise auf Entwicklung, noch wird die Verlagerung politischer Verantwortung über den Erfolg der Entwicklungspolitik hin zu den Partnerländern kritisch reflektiert (vgl. Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2015a: 2; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2014a: 7; GIZ 2012: 29; BMZ 2011b: 59-60). Die Kritik der Post-Development Theoretiker fordert ein Überdenken linearer Entwicklungsvorstellungen sowie der unhinterfragten Dominanz der Wissensbestände aus den Industrienationen ein (vgl. Cowen/Shenton 2004: 439). Darauf finden sich im Diskurs der deutschen EZ keinerlei Verweise. Vielmehr herrscht weiterhin die Überzeugung vor, in der deutschen EZ wären Fertigkeiten und Wissen verortet, welches in den Partnerländern fehlen und so Entwicklungsfortschritte behindern würde. Mit dieser Diagnose geht die Vorstellung einher, die eigene Arbeit wäre nicht nur sinnvoll und zielführend, sondern notwendig für das Wohlergehen derjenigen, die exogen zum Interventionsgegenstand deklariert wurden.

Das Entwicklungsverständnis der deutschen EZ erweist sich damit als simplifiziert und historisch überholt, trotz der Bezugnahme auf Konzepte wie Partizipation, Inklusion oder Nachhaltigkeit. Zugleich reproduziert es dichotome Unterscheidungspraxen zwischen entwickelten Industrienationen und unterentwickelten Partnerländern.

#### **4.1.4            *Nachhaltigkeitsbegriff            innerhalb            der* *Entwicklungszusammenarbeit***

Wie einleitend im Kapitel über die entwicklungspolitische Bearbeitung der sozialökologischen Krise dargelegt wurde, entsprechen lineare Entwicklungskonzepte mit ihren ökologischen wie sozioökonomischen Blindstellen nicht dem aktuellen Forschungsstand (vgl. Agyeman/Carmin 2011: 6-8; Kluge 2000: 14-16; Urban 2002: 263-264). Ebenso wenig eignen sich solche verkürzten Entwicklungskonzepte als Idealtypus gesellschaftlicher Transformation, sofern eine Wiederholung vergangener Fehler, wie der Zerstörung von Naturräumen oder der Auflösung traditioneller Solidaritätsbeziehungen,

nicht gewollt ist (vgl. Altvater 2011: 97-98, 139; Bardi 2013: 15; Leff 2002: 92; Wissen 2011: 112).

Eine Neuorientierung der Entwicklungsstrategien sollte das Konzept der Nachhaltigkeit ermöglichen. Die ambivalente Interpretation des Begriffs sowie seine uneinheitliche praktische Auslegung trugen jedoch dazu bei, dass der Begriff ungeeignet dazu scheint, als Basis konkreter politischer Handlungsanleitungen zu fungieren (vgl. Brand/Görg 2002: 16). Über den amorphen und widersprüchlichen Charakter des Nachhaltigkeitsbegriffs in seiner modernen Verwendung scheint außerhalb der Entwicklungspolitik weitgehend Konsens zu bestehen (vgl. Brand 2004: 3; Schachtschneider 2002: 18; Renn/Jäger/Weimer-Jehle et al. 2007: 25, 189): Der inflationäre Gebrauch in zahlreichen gesellschaftlichen Teilbereichen hat nicht zur Konkretisierung des Konzepts beigetragen, sondern eher die ursprünglich ökologische Ausrichtung aufgeweicht. Rückblickend lässt sich beobachten, wie das unspezifische normative Leitbild der Nachhaltigkeit mit der Zeit zusehends in quantitative Modellrechnungen (wie ‚ökologischer Fußabdruck‘ oder ‚planetaren Grenzen‘) sowie messbare Indikatorensets (wie Luftbelastung oder volkswirtschaftlichem Schuldenstand) übersetzt wurde. Damit einher ging eine weitgehende Verschiebung der Aufmerksamkeit auf Effizienzaspekte moderner Naturnutzung als Kernelement einer nachhaltigen, durch technologischen Fortschritt geprägten, Gesellschaftstransformation: *„In unserer Zeit des ‚Ökonomismus‘ (Judt 2010: 42) hat das Argument der ökonomischen Effizienz meist Vorrang vor anderen Erwägungen.“* (König 2011: 61).

Ohnehin erscheint es aus einer sozialökologischen Perspektive fraglich, warum ein Begriff, der in Zeiten ökologischer Krisendiagnosen wieder aufgegriffen und popularisiert wurde, zunehmend einen ökonomischen Einschlag aufweist (vgl. Görg 2003: 153): *„Wie konnte es überhaupt dazu kommen, die ‚Wirtschaft‘ innerhalb des Nachhaltigkeitskontextes als etwas Schützenswertes um seiner selbst willen zu deklarieren? Ausschlaggebend dafür dürften eher aktuelle Machtverhältnisse als eine nachvollziehbare Logik gewesen sein.“* (Peach 2009: 88). Ohne an dieser Stelle auf die Ursachen einer Ökonomisierung des Nachhaltigkeitskonzepts eingehen zu können, ist doch auffällig, wie sehr der Begriff in seiner entwicklungspolitischen Verwendung auf die wirtschaftliche Dimension beschränkt bleibt bzw. die Interpretation des Konzepts in ökonomischen Begrifflichkeiten erfolgt (vgl. Brand/Görg 2002: 15). Hinzu kommt, dass selbst abstrakte Assoziationen, welche mit dem Begriff der Nachhaltigkeit

ursprünglich einhergingen, mittlerweile in ökonomische Sprache übersetzt wurden. Der nachhaltige, schonende und erhaltende Umgang mit Ressourcen steht nicht im Fokus; wichtiger sind mittlerweile Attribute wie Dauerhaftigkeit, Langfristigkeit oder Stabilität von Projekten und ihrer Finanzierung.

Auf die Frage nach dem Begriffsverständnis von Nachhaltigkeit im Kontext der eigenen entwicklungspolitischen Arbeit, antwortete ein leitender Mitarbeiter der GIZ im Interview wie folgt:

*„Ganz einfach, dass wenn das Projekt zu Ende ist, die Zielgruppen, die Begünstigten, dass die diese Aktivitäten weiterführen. Sowohl die Begünstigten als auch der Staat, also die Regierung, dass die das weiterführen. Dass die Sachen nicht zusammenbrechen, wenn unsere Unterstützung hier aufhört.“* (Quelle: Experteninterview 4)

Im Interview mit Mitarbeitern des BMZ wurde die Frage nach dem Nachhaltigkeitsverständnis ähnlich beantwortet:

*„Also Nachhaltigkeit benutze ich in den Vorhaben, in denen ich tätig bin, weniger im ökologischen Sinne, sondern eher im Gesamtsinn, im entwicklungsorientierten Sinne, dass man halt eben darauf achtet, dass die Vorhaben tatsächlich sich selber tragen sollen mittelfristig. Also dass die Strukturen des Vorhabens, nicht darauf angelegt sind, dass wir dauerhaft den Kern der Arbeit erledigen und der Kern der Finanzierung zur Verfügung stellen, sondern dass wir Strukturen schaffen, die dann hinterher selbsttragende Systeme ermöglichen. Oder an sich selbsttragend sind.“* (Quelle: Experteninterview 1)

In einem anderen Interview mit GIZ Mitarbeitern wird deutlich, wie stark das jeweilige Begriffsverständnis von der weitreichenden Evaluationspraxis geprägt wird:

*„Aber das wollen alle, das ist so, das sieht man ja jetzt wieder in den nachhaltigen Entwicklungszielen, es geht um Zahlen, Zahlen Zahlen. Und da müssen wir als Implementierungsorganisation gucken, dass wir diese Zahlen irgendwie liefern und dass wir uns noch einigermaßen im Spiegel, wie sagt man das immer so schön, anschauen können, wenn wir eben Sachen behaupten. Und dafür braucht es einfach Leute, die - also man muss einfach was von Wirkungstheorie verstehen. Und da muss man eben plausibel erklären können, warum man gewisse Wirkungen hat und warum man gewisse Wirkungen vielleicht*

*nicht hat und wo Wirkungen jenseits der Zuordnungslücke sind.“* (Quelle: Experteninterview 7)

Der normative Gehalt von Nachhaltigkeit im Umgang mit der biophysischen Umwelt wird so auf mess- und steuerbare Kennzeichen reduziert, welches (entwicklungs-) politische Aktivitäten in Zukunft idealer Weise beinhalten sollen (vgl. World Commission on Environment and Development 1987: 24)<sup>99</sup>.

Gewissermaßen entgeht man mit Hilfe der Quantifizierung von Nachhaltigkeit dem grundsätzlichen Wissensproblem, welches sich im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit auftut (vgl. Brand/Görg 2002: 42): Während man monetäre Ströme beobachten, Steuereinnahmen vergleichen oder auch die Konzentration von Schadstoffen in der Luft messen kann, entzieht sich das Konzept der Nachhaltigkeit einer exakten Messung und objektiven Bewertung (Pearce 1999: 55). Eine detaillierte Analyse der Wechselwirkungen und Implikationen anthropogener Einflussnahme auf die ökologische Stabilität und Regenerationsfähigkeit (Homöostase) lokaler, regionaler oder globaler Ökosysteme ist methodisch und technisch bisher nicht möglich (vgl. Becker/Jahn 2006: 243-244). Bisher scheitert man hier an diversen Wissensdefiziten und Messproblemen.

Am Beispiel der Homöostase von Wasserkreisläufen soll dies kurz illustriert werden:

- a) Es ist nicht bekannt, was die Homöostase von Wasserkreisläufen im Detail ermöglicht und absichert (Nachhaltigkeit ist in diesem Sinne nicht detailgetreu in naturwissenschaftliche Sprache, Indikatoren oder Messgrößen übersetzbar) -> es fehlt an ‚*Funktionswissen*‘
- b) Im Umkehrschluss kann nicht detailliert festgestellt werden, welche Einflussnahmen besonders schädlich oder förderlich sind -> ‚*Störungswissen*‘
- c) Nicht bekannt ist zudem, wie unterschiedliche Einflussnahmen letztlich zusammenwirken (ob sich Schäden gegenseitig aufheben oder verstärken bzw. ob sie ausgeglichen werden können, sofern andere Abläufe weiterhin funktionieren/stabil sind) -> ‚*Wirkungswissen*‘

---

<sup>99</sup> Bezeichnend ist hier etwa die Rede von Good Financial Governance, also stabiler, dauerhafter Finanzierung öffentlicher Haushalte, als Voraussetzung von Nachhaltigkeit (vgl. BMZ 2015: 20; Gehart 2011: 208).

d) Ebenfalls unbekannt ist der Grenzverlauf zwischen Stabilität oder Labilität, also wann Kreisläufe ihre Funktionsfähigkeit einbüßen (keine klare Grenzziehung zwischen nachhaltig und nicht-nachhaltig möglich) -> ‚Bewertungswissen‘

e) Darüber hinaus ist nur begrenzt messbar, welche Einflussnahmen tatsächlich in welchem Umfang erfolgen (statistische Werte oder punktuelle Messungen können nur begrenzt Aussagen über die Auswirkungen einzelner Praktiken liefern; auf welche Weise anthropogene Einflüsse darüber hinaus stattfinden, lässt sich nicht genau eruieren) -> ‚Messwissen‘

(Vgl. Hattermann/Huang et al. 2015: 209)

Ob gesellschaftliche Naturbezüge also als nachhaltig verstanden werden können, entzieht sich der statistischen Messbarkeit und lässt sich nicht zweifelsfrei bewerten. Die Bewertung von Nachhaltigkeit innerhalb der Entwicklungspolitik erscheint folglich als beliebig und subjektiv geprägt, beansprucht zugleich jedoch als Grundlage für eine universelle und umfassende Bewertung von Nachhaltigkeit geeignet zu sein.

#### **4.1.5 Nachhaltigkeitsverständnis der deutschen EZ**

„*Save the Environment while saving money*“ (GIZ 2012a: 15).

Auf diese kurze, ökonomisch geprägte Formel lässt sich das Nachhaltigkeitsverständnis der deutschen EZ Institutionen gewissermaßen verdichten. Zugleich erscheint ein konkreter Begriffsinhalt angesichts eines inflationären, inkonsistenten Gebrauch des Begriffs innerhalb der EZ Publikationen als kaum mehr identifizierbar (vgl. Struck/Centrum für Evaluation 2008: 7-8).

Analysiert man die zahlreichen Publikationen der deutschen EZ zum Thema Nachhaltigkeit fällt dennoch auf, wie zentral gerade die ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit aus deutscher Sicht ist. Einher geht damit eine Übernahme ökonomischer Ideologien bei der Einordnung und Bewertung der (wirtschaftlichen) Entwicklung eines Landes: *„In den letzten Jahren setzte sich vermehrt die Erkenntnis durch, dass eine Förderung des Privatsektors in Afrika unerlässlich für eine effektive Armutsbekämpfung ist. Ohne nachhaltiges, im Wesentlichen auf dem Privatsektor aufbauendes Wirtschaftswachstum und damit*

*einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen ist das in der Milleniumserklärung der Vereinten Nationen definierte Ziel der Halbierung der Anzahl der in Armut lebenden Menschen nicht zu erreichen.“ (BMZ 2011b: 75).*

Nachhaltiges Wachstum - eine begriffliche Neuschöpfung - wird zur notwendigen Voraussetzung von Armutsreduktion erklärt und zugleich als unveräußerliche Bedingung erfolgreichen Klimaschutzes definiert: *„Denn ohne die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist erfolgreiche Entwicklungspolitik nicht möglich und ohne die Wirtschaft wird auch erfolgreicher Klimaschutz nicht gelingen.“ (BMZ 2011a: 4).* Wieso dies so ist oder welche Erfahrungen diese Wirklichkeitsbeschreibung stützen, wird dabei nicht ersichtlich. Die deutsche EZ bleibt hier eine Erläuterung ihrer Wirkungsannahmen schuldig.

In den Experteninterviews dominiert - wie weiter oben gezeigt - eine einseitige Auslegung des Nachhaltigkeitsbegriffs als Platzhalter für eine stabile, sich selbst finanzierende und dauerhaft ohne Unterstützung der deutschen EZ auskommende Projektfortsetzung nach Abzug der deutschen Entwicklungshelfer und -gelder:

*„Also dann würde ich wirklich von Nachhaltigkeit sprechen, denn dieses [...] Programm an sich, das Multidonor-Programm, wir gehen davon aus, dass das noch einige Jahre weitergehen wird. Aber es wäre natürlich kaum von Nachhaltigkeit die Rede, wenn mit dem Ende des Programm auch das M&E System zu Ende geht. Also da würden wir gerne mehr sehen, dass das Verbreitung findet im ganzen Ministerium oder zumindest innerhalb eines Direktorats oder in einem der Schwesterprogramme. Also irgendwie verbreitet wird, soweit wie es geht.“ (Quelle: Experteninterview 9)*

Ein anderer Akteur äußert sich ähnlich:

*„Aber ich glaube, dass in vielen der Länder, in denen wir schon lange arbeiten, das jetzt eigentlich der ganz wichtige nächste Schritt ist. Also darüber nachzudenken, wie kommt da jetzt aus einer Entwicklungszusammenarbeitperspektive...irgendwann switch man um in so eine klare Nachhaltigkeit der Finanzierbarkeit durch letztlich Mittel auch, die nur noch zum geringeren Teil aus Entwicklungszusammenarbeit kommen.“ (Quelle: Experteninterview 6)*

Insgesamt ähnelt der deutsche EZ Diskurs zu Nachhaltigkeit im Großen und Ganzen der Begriffsauffassung primär ökonomisch orientierter, internationaler Entwicklungsinstitutionen wie der Weltbank oder der OECD. Auch diese weisen hinsichtlich

der Interpretation von Nachhaltigkeit eine stark ökonomisch geprägte Einfärbung auf (vgl. IBRD 2017: 6). Während man auf dem internationalen politischen Parkett von Konferenzen und Gipfeln zumindest argumentativ an einem Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit mit gleichberechtigten Dimensionen festhält, stehen innerhalb der deutschen EZ häufig ökonomisch geprägte Kapitalstockmodelle im Vordergrund. Diese übersetzen die soziale wie ökologische Dimension in das Vokabular der Ökonomie und sprechen von Humankapital oder Naturkapital, welches es effizient zu nutzen gilt.

Umwelt- und Klimaschutz sind hier kein Selbstzweck, sondern Bestandteil umfassender Wachstumsstrategien, deren Verwirklichung davon abhängt, dass ausreichend menschliches und ökologisches Kapital verfügbar ist. *„Um den langfristigen Erfolg von Schutzgebieten zu gewährleisten, müssen jedoch auch wirtschaftliche Vorteile für die lokalen Gemeinschaften entstehen. [...] Im Zuge von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) wurden erfolgreich neue Ideen vermarktet und nachhaltige Arbeitsplätze für die Bewohner des Regenwaldes geschaffen.“* (BMZ 2011a: 25–27). Wortschöpfungen, wie die der *„nachhaltigen Arbeitsplätze“* (s.o.) zeigen an, wie diffus und zugleich ökonomisch überzeichnet die Begriffsauffassung von Nachhaltigkeit innerhalb der deutschen EZ Institutionen ist.

Nun ließe sich argumentieren, dass im Kern des Konzepts der Nachhaltigkeit, so wie es aus der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts übernommen wurde, schon immer das nachhaltige, langfristige Wirtschaften im Vordergrund stand (vgl. Grober 2010: 113-115). Zudem erscheint aus entwicklungspolitischer Perspektive eine dauerhafte Beseitigung absoluter Armut nur möglich, sofern ein wachstumsfähiges Wirtschaftsmodell etabliert wird (vgl. BMZ 2014a: 2). Allerdings wären dies letztlich keine Argumente für eine inhaltliche Verengung des Nachhaltigkeitsbegriffs auf ökonomische Aspekte, wie sie durch die deutsche EZ vollzogen wird: Gut ausgebildete Lehrer oder etwa ein funktionierendes Gewässerschutz nur unter Aspekten effizienter Wirtschaftsleistung zu betrachten und Bildung sowie Umweltschutz ausschließlich funktionalistisch aufzufassen, scheint Ergebnis einer Dominanz neoliberaler Standortpolitik - auch in der Entwicklungspolitik - zu sein: *„Ökonomische Nachhaltigkeit‘ erweist sich damit zunehmend als neoliberale Abwehrargumentation gegen eine egalitärere Gesellschaft sowie eine stärkere ökologische Ausrichtung des Wirtschaftens.“* (Schreiner 2012: 4). So wird der Eindruck erweckt, nicht die Bearbeitung der sozialökologischen Krise sei Hauptaufgabe der deutschen EZ, sondern die Ermöglichung



Für die EZ unter dem Eindruck der Nachhaltigkeitsdiskussion sind in diesem Sinne extrinsische, anthropozentrische sowie physiozentrische Wertdimensionen von besonderer Relevanz. Neben konkreten Ökodienstleistungen für den Menschen (wie der Trinkwasserversorgung oder der Verfügbarkeit von fruchtbarem Boden) sind ebenso klimarelevante Regulationsfunktionen (wie die Aufnahme von CO<sub>2</sub> durch Pflanzen oder gleichmäßigen Niederschlag) grundlegend für die Ermöglichung gesellschaftlicher Transformation. Versteht man Entwicklung als endogenen und historisch kontingenten Transformationsprozess, könnten Gesellschaften zudem im Sinne identitätsstiftender Momente ein Interesse daran haben, diejenigen symbolisch aufgeladenen Naturbezüge zu erhalten, welche ihre Entwicklungsprozesse geprägt oder historisch begleitet haben (so etwa heilige Stätten oder die regionale Artenvielfalt). Grundsätzlich lässt sich im Verweis auf die Bedeutung von Umwelt für Mensch und Gesellschaft festhalten, dass alle Wertedimensionen eine Relevanz besitzen können, sofern sie mit einem Bedeutungsgehalt aufgeladen werden: Ob naturwissenschaftlich - etwa durch den Nachweis lebensermöglicher Funktionen - oder kulturell - beispielsweise durch die Deklaration einer religiös relevanten Stätte - erscheint für eine solche Wertzuschreibung nachrangig.

Eine ähnlich differenzierte Auseinandersetzung mit Natur findet sich in den Aussagen der EZ hingegen nicht. Von zentraler Bedeutung bleibt für entwicklungspolitische Akteure - neben sicherheitspolitischen Erwägungen hinsichtlich der Beschleunigung von Migrationsprozessen durch die Verschärfung der ökologischen Krise (vgl. BMZ 2017b: 9, 17) - die instrumentelle Nutzbarkeit von Natur bzw. ökonomische Relevanz von Umwelt. Es geht hierbei primär um die Aufrechterhaltung eines funktionierenden, globalen Ökosystems als Voraussetzung von Wachstums- und Fortschrittsprozessen: „*The 2011 and 2013 HDRs argued that*

---

Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und damit der (kontingenten) Interpretation von Messergebnissen ist. Die (überlebenswichtige) Bedeutung von Wasser wäre entsprechend nur mit Hilfe des Interpretationsrahmens der Naturwissenschaften einfangbar und damit ausschließlich innerhalb anthropogener Sinndeutung möglich. In diesem Sinne wären alle Phänomene als extrinsische und intrinsische anthropogene Werte aufzufassen. Allerdings erscheint die Differenzierung Kirhhoffs hier insofern als sinnvoll, da mit ihr auf die Vielgestaltigkeit menschlicher Naturdeutungen aufmerksam gemacht werden kann und zugleich darauf verwiesen wird, dass Natur auch außerhalb menschlichen Nutzens und Bewertungsmaßstäbe einen Wert für die Aufrechterhaltung nicht-menschlichen Lebens auf der Erde besitzt.

*environmental disasters could not only slow human development but even throw it into reverse. Climate change could become the single biggest hindrance to the ambitions of the sustainable development goals and the post-2015 development agendas.*” (UNDP Human Development Report 2014: 45). Der Klimawandel ist dabei nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in den Entwicklungsländern (vgl. BMZ 2006: 10, 19; Neubert et al. 2005: 8), sondern impliziert auch für die Industrienationen wirtschaftliche Schäden und Gefahren (vgl. BMZ 2017b: 4; BMZ 2017f: 13).

Die Rahmung von Natur als entwicklungsförderlich oder entwicklungshemmend beschränkt sich dabei nicht nur auf westlich geprägte Institutionen der EZ, sondern findet sich ebenso auf dem afrikanischen Kontinent selbst wieder: *„Africa is, fortunately, endowed with a rich resource base consisting, among others, of minerals, rich flora and fauna, and large tracts of rainforests which can provide a basis for industrial and eco-tourism development. Its rich biodiversity constitutes essential global public goods that can not only provide sources of non-timber forest products, but also help attract larger amounts of international funding for their preservation.”* (African Development Bank 2004: IV).<sup>101</sup>

In gewisser Hinsicht setzt sich damit die in der Einleitung erwähnte Naturalisierung von Entwicklungsprozessen fort, indem die biophysischen Gegebenheiten zu Kriterien erfolgreicher Entwicklung erhoben werden bzw. diese Gegebenheiten insbesondere in Zeiten des Klimawandels vermeintlich über das Entwicklungspotential einer Nation entscheiden würden. Dieser verkürzte, funktionalistische Blick auf Umwelt muss insbesondere vor dem Hintergrund der sozialökologischen Krisenphänomene verwundern, war doch gerade die grenzenlose Inwertsetzung von Natur mit ursächlich für das Entstehen der Krise selbst (vgl. Altvater 2009: 37-38).

Eine Wiederholung desaströser Entwicklungsprozesse will man zukünftig verhindern, indem auf der einen Seite die erhaltende, langfristig stabilisierende Nutzung der Umweltressourcen im Rahmen der *„planetary boundaries“* (Rockström 2009: 472) zur Maxime erklärt wird –

---

<sup>101</sup> Auch in der neu formulierten ‚Agenda 2063‘ der Afrikanischen Union (AU) spielen Umweltbelange eine zentrale Rolle, wobei in erster Linie Adaptions- und Ernährungssicherungsabsichten im Fokus stehen. Zugleich ist auffällig, wie stark das Vokabular internationaler Geberinstitutionen Einzug in der AU gehalten hat (vgl. AU 2014: 3, 15-16).

also so etwas wie nachhaltige Naturinwertsetzung innerhalb der Belastungsgrenzen des planetaren Ökosystems (vgl. Pearce 1999: 210-214). Zentral hierfür sind sogenannte Konsistenzstrategien, welche die Vereinbarkeit von Natur und Technik in den Fokus stellen (vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 534): „Die strukturelle Seite technischer Innovationen soll demnach so gestaltet werden, dass möglichst geringe Konflikte mit dem ökologischen System auftreten können.“ (Bauer 2008: 64). Das bedeutet, dass via technologischer Innovation Abfallprodukte und Schadstoffemissionen bei Produktion, Gebrauch und Recycling weitgehend vermieden werden. Ausgehend von Prozessen in der Natur sollen so keine nicht-brauchbaren Stoffströme initiiert und möglichst alle Bestandteile eines Produkts Wiederverwendung finden.<sup>102</sup>

Auf der anderen Seite wird angestrebt, die allgemeine Resilienz von Gesellschaften gegenüber negativen Umwelteffekten (wie Dürren oder Überschwemmungen) so zu erhöhen, dass eine weitere Verschlechterung der globalen Umweltsituation nicht unmittelbar zu menschlichem Leid führt: „Preparing citizens for a less vulnerable future means strengthening the intrinsic resilience of communities and countries.“ (UNDP Human Development Report 2014: IV)

#### **4.1.7 Das Naturverständnis der deutschen EZ**

Konsistenz und Resilienz sind auch in der deutschen EZ wichtige Ansatzpunkte im Umgang mit Natur, bilden allerdings nur einen Teil des umfassenden, datengestützten Umweltmanagementansatzes, der auf eine umfangreiche Effizienzsteigerung in der Organisation, Nutzung und Regulierung von Naturbezügen abzielt (vgl. BMZ 2014b: 4; BMZ/GIZ 2015b: 7; Neubert et al. 2005: 22). Analog zum Entwicklungsverständnis wird Naturnutzung zwar unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit problematisiert, zugleich aber zur entscheidenden Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklungsprozesse erklärt. Für die deutsche EZ bleibt der wirtschaftlich nutzbare Wert von Natur in den Entwicklungsländern zentral (vgl. BMZ 2017b: 15). Insbesondere für den afrikanischen Kontinent sei demnach die Nutz- und Verwertbarkeit von Umwelt einer der wichtigsten Entwicklungsfaktoren.

---

<sup>102</sup> Prominent sind aktuell sogenannte Cradle2Cradle Ansätze, deren Ziel es ist, alle in der Produktion verwendeten Stoffe dauerhaft als Nährstoffe für natürliche Kreisläufe oder geschlossene technische Kreisläufe zu verwenden (vgl. Cradle to Cradle e.V. 2018).

Schließlich sei der afrikanische Kontinent *„endowed with a high diversity of natural resources and an abundance of natural capital.“* (GIZ 2013b: 25).

*„Africa’s rich biodiversity and the accumulated knowledge of it result in interesting products for commercialisation and export.“* (GIZ 2013b: 18). Jenes Potential sei jedoch durch den Klimawandel gefährdet. Dies sei deswegen so problematisch, da die afrikanischen Bevölkerungen hinsichtlich ihrer ökonomischen Tätigkeiten in erster Linie auf die Nutzbarmachung natürlicher Ressourcen angewiesen seien: *„Sub-Saharan Africa is one of the regions most affected by climate change. Changes in rain patterns and increasing weather- and climate-related disasters will significantly intensify the vulnerability of African economies, which are highly dependent on natural resources.“* (GIZ 2013b: 10)

Zentral sei daher die wirtschaftliche Nutzbarmachung bisher unerschlossener oder unterentwickelter Potentiale in der Naturnutzung: *„Realizing the underexploited potential [...] towards improved livelihoods and a better environment [...] in East & Central Africa“* (BMZ/GIZ 2015a: 115). Dabei ist allerdings nur selten von einer unmittelbaren Inwertsetzung des Naturkapitals die Rede – vornehmlich dort, wo es um die Nutzbarkeit touristischer Potentiale sowie den Abbau und Export von Rohstoffen geht (vgl. BMZ 2006: 143; BMZ 2007a: 6; BMZ 2014b: 3, 9; GIZ 2013: 4; BMZ 2017b: 15). Bedeutsamer aus Sicht der deutschen EZ sind die volkswirtschaftlichen Wachstumspotentiale, welche sich durch unterschiedliche Formen der Naturnutzung bzw. -inwertsetzung ergeben - insbesondere hinsichtlich der Generierung von (Haushalts-) Einkommen im ländlichen Raum.

#### **4.1.7.1 Boden und Landwirtschaft**

Aus Sicht der deutschen EZ zentral für ökonomische Wachstumsprozesse in den Partnerländern südlich der Sahara ist der Bereich der Landwirtschaft: *„Boden und Wasser dienen der globalen Ernährungssicherung und bilden vor allem in den agrarisch geprägten Volkswirtschaften vieler Entwicklungsländer eine wichtige Lebensgrundlage. Insbesondere in ländlichen Regionen dienen sie als Basis für die wirtschaftliche Entwicklung.“* (BMZ/GIZ 2015a: 4). Die deutsche EZ *„provide(s) knowledge and tools to farmers and development partners facilitating farmers to make rational decisions“*. So wäre man in der Lage *„to improve food and nutrition security reduce poverty, and enhance the production environment of smallholder farmers and rural populations, particular women“* (BMZ/GIZ 2015a: 115-116).

Zentral ist dabei die Förderung von Produktivitätszuwächsen, unter anderem durch die Modernisierung von Anbaumethoden, dem Einsatz neuer Technologien sowie der Nutzung effizienterer Bewässerungssysteme (vgl. BMZ/GIZ 2015b: 5). Zugleich wird davon ausgegangen, durch den Einsatz moderner Informationstechnologien und Managementstrategien könne die Naturnutzung zusätzlich optimiert werden. Denn dadurch *„erhöhen sich Erträge und Ertragssicherheit. Der landwirtschaftliche Anbau kann diversifiziert und intensiviert werden, so dass Risiken verringert und Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.“* (BMZ/GIZ 2015b: 5).

Interessanterweise liefert die deutsche EZ gleich eine Zukunftsvision für die weitere Ökonomisierung der afrikanischen Landwirtschaft mit, indem sie einen neuen Idealtypus des ökonomisch versierten und vielfältig aktiven Landwirts imaginiert: *„Der Agripreneur [sic!], der langfristig unternehmerisch denkende und handelnde Landwirt, wird für eine nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft eine große Bedeutung haben. Er setzt seine Produktionsmittel optimal und nachhaltig ein und bedient mit seinen Erzeugnissen nicht nur den Nahrungsmittel-, sondern auch den Energie-, Rohstoff- und Futtermittelmarkt. Ein anderer Teil der Bauern wird die Landwirtschaft nur noch im Nebenerwerb betreiben und einen Teil des Einkommens außerhalb erwirtschaften. In einigen Ländern kann auch die Bezahlung für Ökosystemdienstleistungen einen Beitrag zum Einkommen liefern, also für den Beitrag, den Landwirte zum Erhalt oder der Förderung von Ökosystemfunktionen für die Gemeinschaft leisten, beispielsweise den Gewässer- und Hochwasserschutz.“* (BMZ/GIZ 2015b: 20).

In die Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten mit eingeschlossen ist die Bereitstellung von Senken für klimaschädliche Emissionen; der Klimaschutz wird dadurch zur möglichen Form der Gewinnsteigerung: *„The pastoral lands of Africa hold a yet to be quantified potential for carbon sequestration.“* (BMZ/GIZ 2015a: 131). Die Inwertsetzung von Natur erfolgt vor dem Hintergrund der Forderung nach stabiler Einkommensgenerierung. Überraschenderweise wird hier an neoklassischen Überzeugungen von ökonomischen trickle-down Effekten festgehalten (vgl. Strauß 2016: 93-94), indem davon ausgegangen wird, Einkommenszuwächse der oberen Einkommensschichten würden indirekt zu einer verbesserten Lebenssituation der Ärmsten beitragen: *„Um die wirtschaftliche Dynamik im ländlichen Raum durch landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten zu fördern, werden technische und institutionelle Innovationen eingeführt, die nicht primär auf die Ärmsten*

zielen, sondern eher auch den etwas besser gestellten landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommen [sic!]. Dies ist jedoch durchaus erwünscht, da diese Betriebe als Vorbilder und Vorreiter wichtige Impulse setzen für ärmere Nachbarbetriebe und zudem teilweise auch Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.“ (GIZ 2015b: 44).

Zentral für die deutsche EZ sind also im Bereich der Bodennutzung der effektive Einsatz moderner Technologien und Managementstrategien zur Produktivitätssteigerung, die Diversifizierung der Einkommensmöglichkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine effiziente Naturnutzung in der Landwirtschaft zur Steigerung von Einkommen bei gleichzeitig ressourcenschonender Umweltnutzung. Dieser Eindruck spiegelt sich weitgehend auch in den Experteninterviews wider, auch wenn hier der Einsatz und Praxistest bodenkonservierender Maßnahmen in den Vordergrund gerückt wird - ggf. hängt dies mit dem aktuell in der deutschen EZ viel beachteten Pilotprojekt der GIZ in Äthiopien zusammen:

*„Und Äthiopien selber, ich würde mal sagen, eines der größten Umweltprobleme in Äthiopien ist im Bereich natürlicher Ressourcen eben die massive Erosion. [...] Also das heißt, der Bodenverlust hier durch Erosion aufgrund der Starkregen ist enorm und das ist auch einer der Faktoren, warum die Ernährungsunsicherheit in Äthiopien immer noch so hoch ist. Und die Lösungen, die man dafür braucht, die haben halt sehr sehr viel mit dem Thema Wasser zu tun, weil man eben Lösungen braucht, die letztlich ja ansetzen müssen an so einem klügerem, besserem Management von kleinen Wassereinzugsgebieten. Also das, was man auf englisch dann Watershedmanagement nennt. Das ist eigentlich, was wir hier machen. Und das machen wir sehr intensiv.“* (Quelle: Experteninterview 5)

Inwieweit sich daraus jedoch eine umfassende Verschiebung hin zu einer stärkeren Berücksichtigung ökologischer Aspekte innerhalb der Aktivitäten der deutschen EZ assoziieren lässt, bleibt angesichts der Dominanz ökonomischer Bewertungskriterien im Hinblick auf die Boden- und Landnutzung in den Publikationen fraglich.

#### **4.1.7.2 Biodiversität**

Auch die, auf dem afrikanischen Kontinent besonders ausgeprägte Artenvielfalt wird primär unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, obwohl sie stellenweise zugleich in einen ökologischen Kontext gestellt wird. Entgegen der Hervorhebung der Bedeutung von Biodiversität für die Aufrechterhaltung der biogeochemischen Prozesse auf der Erde, etwa

durch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (vgl. IPCC 2002: 3), interpretiert die deutsche EZ Artenvielfalt vordringlich im Zusammenhang mit der Förderung bzw. Behinderung wirtschaftlicher Wachstumsprozesse. Während der Verlust verschiedener Arten in Zeiten der sozialökologischen Krise insbesondere auf Seiten der naturwissenschaftlichen Forschung mit Sorge betrachtet wird, erblickt die deutsche EZ hier primär ein volkswirtschaftliches Wachstumsproblem: *„Dadurch entsteht auch ein unabsehbarer wirtschaftlicher Schaden, denn die biologische Vielfalt ist nicht nur Zukunftskapital der armen Länder, sondern aller Menschen weltweit.“* (BMZ 2007b: 4). Entsprechend wird eine vorhandene lokale Artenvielfalt zum *„grünen Gold“* wirtschaftlicher Entwicklung verklärt: *„Bis zu 90 Prozent der heute bekannten Tier- und Pflanzenarten kommen in Entwicklungsländern vor. Regenwälder und Korallenriffe sind hierbei wahre Schatzkammern - sogenannte Hotspots. [...] Hotspots befinden sich unter anderem [...] im südlichen Afrika [...]. Sie bilden wertvolle Reservoirs für Biochemie und -technologie, Pharmazie, Medizin und Grundlagenforschung.“* (BMZ 2007b: 5).

Biodiversität ist damit aus Sicht der EZ ein wichtiger Standort- und Produktionsfaktor und spielt insbesondere für die Agrarindustrie aus Sicht der deutschen EZ eine wichtige Rolle: *„Sie [die Artenvielfalt; Anm. TK] ist Voraussetzung für eine produktive, effiziente und nachhaltige Landwirtschaft. [...] Deshalb muss das große Potenzial der Agrobiodiversität erhalten und in Wert gesetzt werden.“* (BMZ/GIZ 2015d: 14)

Es finden sich in den zahlreichen Publikationen zwar vereinzelt Hinweise auf einen intrinsischen Wert von Biodiversität (vgl. BMZ 2006: 9; GIZ 2014b: 25) bzw. deren ungleiche Nutzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (vgl. BMZ 2007b: 4). In erster Linie geht es aber auch dort, wo Biodiversität außerhalb wirtschaftlicher Aktivitäten Berücksichtigung findet, um den Erhalt *„deren ökologische(r) Leistungsfähigkeit“* (BMZ 2006: 9). Schließlich begreift die deutsche EZ Artenvielfalt bezeichnender Weise als *„das wichtigste Kapital unserer Zukunft“*, das *„uns den Genuss von Südfrüchten wie Ananas, Papayas und Mangos“* sichert (BMZ 2007b: 3).

In der Masse der Veröffentlichung spielt eine ökologisch geprägte Sichtweise auf die Artenvielfalt also nur eine begrenzte Rolle. Im Vordergrund steht eine ökonomische Inwertsetzung: *„rebuild natural capital as a critical economic asset and as a source of public*

*benefits, especially for poor people whose livelihoods and security depend on nature.*" (GIZ 2013b: 9).

### **4.1.7.3 Umwelt- und Klimaschutz**

Der Schutz von Umwelt und die Bekämpfung des Klimawandels sind erwartbarerweise auch für die deutsche EZ ein wichtiges Thema. Insbesondere die Gefährdung erreichter Entwicklungsfortschritte, die zusätzliche Belastung ohnehin vulnerabler Bevölkerungsgruppen, die Verschärfung von (innerstaatlichen) Konflikten sowie die Zuspitzung unkontrollierter Fluchtbewegungen aus den Ländern Afrikas stehen hier im Vordergrund (vgl. BMZ 2017a: 19, 27; BMZ 2017b: 5, 9). Umweltschäden, Ressourcendegradation sowie die Implikationen des fortschreitenden Klimawandels bedeuten in diesem Sinne ein potentiell Hindernis bei der Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der deutschen (wie internationalen) EZ. Dies zeigt sich etwa am Beispiel des, durch den Klimawandel verstärkten, Auftretens von Hochwasserereignissen: *„Extreme Hochwasserereignisse sind eine Gefahr für Menschen und Infrastruktur, aber auch für Kulturgüter und ökologische Ressourcen. Hochwasser kann in weniger entwickelten Ländern tausende von Todesfällen verursachen, Seuchen hervorrufen und Investitionen in die Infrastruktur vernichten und dadurch die Wirtschaftsentwicklung ernsthaft beeinträchtigen. Länder, deren ökonomische und soziale Entwicklung stark von der Landwirtschaft abhängt, sind jedoch z.T. auf fruchtbare Hochwasser-Überflutungsflächen für die Nahrungsproduktion und zur Armutsbekämpfung angewiesen. Häufigkeit und Variabilität extremer Hochwasserereignisse verändern sich u.a. durch großflächige Entwaldungen, die Versiegelung von Böden und Klimaänderungen. Das Bevölkerungswachstum und die daraus resultierende Besiedlung zusätzlicher Flächen sowie die Urbanisierung lassen die Anzahl der von Hochwasser gefährdeten Menschen weltweit ansteigen und tragen zu einer Erhöhung von Vulnerabilität und Schadenspotenzial bei.“* (BMZ 2006: 7).

Positiv ist anzumerken, dass nicht nur die Relevanz kultureller Güter für Gesellschaften hier Erwähnung findet, sondern ebenso auf die negativen Auswirkungen von Entwaldung und Flächenversiegelung hingewiesen wird. Allerdings wird der Widerspruch zwischen hauseigenen Entwicklungsstrategien, welche Urbanisierung, Infrastrukturmaßnahmen sowie in der Folge die Versiegelung von Flächen fördern bzw. begünstigen einerseits und den hier

thematisierten, negativen Konsequenzen solcher Prozesse andererseits nicht aufgegriffen (vgl. Becker/Hamer/Morrison 1996: 259-261; Winker/Schramm 2015: 61/1).<sup>103</sup>

Dennoch sollte betont werden, dass die deutsche EZ, trotz ihrer ökonomisch geprägten und teils stark verkürzten Wahrnehmung der Implikationen des Klimawandels, auf die anthropogenen Entstehungszusammenhänge der Klimakrise aufmerksam macht. Der Verweis auf nicht-nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden, den übermäßigen Ausstoß klimaschädlicher Gase oder die zerstörerische Nutzung von Umweltressourcen als Katalysator der ökologischen Krise erfolgt jedoch vornehmlich in Referenz zu Praktiken in den Entwicklungsländern - ähnliche Praktiken oder Effekte mit Ursprung in den Industrienationen finden hingegen selten Erwähnung (vgl. BMZ 2017a: 7; GIZ 2013b: 12).

Interessant im Kontext von Umwelt- und Klimaschutz ist, dass die deutsche EZ bei der Nutzung von Naturressourcen davon ausgeht, im Zuge steigender Wohlstandsniveaus würde das Umweltbewusstsein sowie, damit verbunden, der Schutz von Naturgütern zunehmen: *„Zugleich zeigen Analysen, dass mit zunehmenden Einkommen die Nachfrage nach Umweltsleistungen, wie z.B. reiner Luft und Erholung, und die entsprechende Wertschätzung stark zunehmen.“* (BMZ 2006: 7) Überspitzt ausgedrückt impliziert diese Logik, dass konservierende Maßnahmen sich erübrigen würden, sofern sich eine entsprechend erfolgreiche Bewirtschaftungsweise etabliert hat (vgl. BMZ 2007a: 8). Man nimmt an, dass die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen eine win-win Situation erzeugen und sich so Wohlstand, Umweltschutz sowie die Verbesserung der ökologischen Qualität aller Naturressourcen einstellen würde. Hier werden erneut verkürzte und positiv aufgeladene Wirkungsannahmen präsentiert, welche die Handlungen der deutschen EZ argumentativ in den Kontext von Klima- und Umweltschutzbemühungen stellen sollen.

Parallel werden, neben effizienteren Anbaumethoden in der Landwirtschaft oder der Nutzung ‚grüner‘ Technologien (s.o.), insbesondere im Bereich des Emissionshandels sowie des Emissionsausgleichs wichtige Ansatzpunkte für die Durchsetzung von Entwicklungs- und Klimaschutzzielen auf dem afrikanischen Kontinent gesehen (vgl. The Food Agriculture Organization of the United Nations 2011: 7): *„The global market for carbon credits provides a*

---

<sup>103</sup> Die Vernachlässigung von Widersprüchen bzw. Zielerreichungskonflikten ist ein zentrales Problem der deutschen EZ und wird hier gesondert behandelt (siehe Kapitel 4.5.3).

*new and significant economic opportunity for most African countries. [...] Regarding these different initiatives and examples, it appears that carbon markets and emissions-reducing initiatives are to play an increasing role in Sub-Saharan Africa in the years to come. They are great drivers for greening the economy since they hold a great potential for fostering energy efficiency, renewable energy solutions, reforestation, etc. while providing employment for a wide range of the population.*" (GIZ 2013b: 20-21). Man geht also innerhalb der deutschen EZ nicht nur von der Wirksamkeit der vielfach kritisierten Emissionshandelssysteme aus, sondern verknüpft erneut wirtschaftliche Prozesse auf kaum nachvollziehbare Weise mit Umweltschutzeffekten (vgl. Brunnengräber/Altvater 2008: 12).

#### **4.1.7.4 Wasser**

Wasser bildet einen zentralen Bezugspunkt der Aktivitäten der deutschen EZ. Die Verfügbarmachung von Wasser für gesellschaftliche Zwecke wird als eine der entscheidenden Aufgaben der eigenen Arbeit identifiziert (vgl. BMZ 2006: 19; BMZ 2011b: 59-60; BMZ Presseservice 2012: 2; GIZ 2015c: 12). *„Regionaler Schwerpunkt ist Subsahara-Afrika [...]. Deutschland ist (...) der größte bilaterale Geber in der Wasserversorgung in Afrika.“* (GIZ 2014b: 16).<sup>104</sup>

Die Distribution von Wasser bzw. Wasservorkommen und Niederschlägen, in den Ländern Afrikas wird als unregelmäßig, asymmetrisch und regional stark unterschiedlich aufgefasst (vgl. BMZ 2006: 10; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2014a: 2; BMZ 2017a: 27). Grundsätzlich erfolgt eine Charakterisierung des Kontinents als von Konflikten, Armut, übermäßigem Bevölkerungswachstum und klimatischer Vulnerabilität geprägt. Diese Situation würde durch die problematische Wassersituation zusätzlich verschärft (vgl. BMZ 2006: 9; BMZ Presseservice 2013: 1; GIZ 2013a: 11-12; BMZ 2017b: 5). Die Wasserverfügbarkeit bildet aus Sicht der deutschen EZ entsprechend ein kritisches Moment bei der Entfaltung von Entwicklungschancen<sup>105</sup>: *„Water is the lifeblood of social and economic development in Africa.“* (GIZ 2013a: 11). *„Mangelnde Wasserressourcensicherheit [...] erschwert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Dies trägt zu strukturellen Flucht-*

---

<sup>104</sup> Vgl. hierzu BMZ 2017b: 5

<sup>105</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2006: 5; GIZ 2012a: 22; BMZ 2017b: 6

*und Migrationsursachen wie Armut, Mangelernährung und Ungleichheit bei.“ (BMZ 2017b: 5)<sup>106</sup>*

Während auf dem Kontinent jedoch in den umweltbezogenen Bereichen Landwirtschaft, Artenvielfalt oder Klimaschutz seitens der deutschen EZ volkswirtschaftliche Wachstumspotentiale identifiziert werden, bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Nutzwasser sowie die Bereitstellung von ausreichenden sanitären Einrichtungen ein grundsätzliches Entwicklungsproblem und -hindernis. Die mangelhafte Bereitstellung von Wasser - für die Nutzung in Haushalten, der Landwirtschaft oder Industrie - bedeutet aus Sicht der deutschen EZ ein entscheidendes Wachstumshemmnis, da weder die Bevölkerung noch die unterschiedlichen Zweige der Wirtschaft unter den Bedingungen von Wassermangel ihre Produktivität voll ausschöpfen könnten (vgl. BMZ/GIZ 2014a: 18; BMZ/GIZ 2015: 11; BMZ/GIZ 2015c: 126-127; DIE 2005: 5; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2014a: 2; BMZ 2017b: 5).

Darüber hinaus meint die deutsche EZ in einer verbesserten Wasserversorgung der Menschen des afrikanischen Kontinents eine zentrale Stellschraube für die Entfaltung der Produktivität der Bevölkerungen sowie der afrikanischen Wirtschaftssektoren insgesamt entdeckt zu haben: *„Improved water and sanitation produces a healthier and therefore more productive population, which is the basis for economic growth. Through improved water and sanitation, the population gains time for education and work, which contribute to demographic development in various ways.“ (BMZ/GIZ 2014b: 18).<sup>107</sup>*

*„Wasser ist (...) eine unverzichtbare Ressource für die Landwirtschaft und die industrielle Entwicklung in Subsahara-Afrika.“ (BMZ Presseservice 2013: 1).*

Erschwert wird eine ökonomisch fruchtbare Versorgungssituation, insbesondere der Landwirtschaft, durch die zukünftig zu erwartende Häufung von Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels. Seltene, dafür aber heftige Niederschläge sowie lang anhaltende und sich ausbreitende Dürreperioden würden demnach zu erheblichen Einbußen in der Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe führen<sup>108</sup>: *„Die wachsende Variabilität der*

---

<sup>106</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2017a: 27; BMZ 2017b: 7

<sup>107</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2014: 11; Neubert et al. 2005: 8

<sup>108</sup> Vgl. hierzu außerdem: GIZ 2013b: 10

*Niederschläge resultiert vielerorts in unzuverlässigeren Anbauzeiten, was in Kombination mit häufigeren Überschwemmungen und Dürren das Risiko von Ernteaussfällen erhöht. Durch die zunehmende Desertifikation entstehen unfruchtbare Flächen, auf denen so gut wie nichts mehr wächst.“* (BMZ/GIZ 2015b: 4)

Ist eine ausreichende Wasser- und Sanitärversorgung nicht gegeben, würden sich erhebliche ökonomische Verluste auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen einstellen:<sup>109</sup> *„Reduced productivity by those affected also has significant economic ramifications.“* (GIZ 2014a: 1). Über den klassischen Naturressourcencharakter hinaus begreift die deutsche EZ Wasser damit auch als sozialökonomische Ressource, deren Mangel sich negativ auf die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft auswirken kann.

Entsprechend verweist die deutsche EZ auf die negativen Auswirkungen von Wassermangel, -unterversorgung und -belastung über unmittelbare Effekte in der landwirtschaftlichen Produktion hinaus. Vielmehr würden sich, angesichts der andauernden Mangelsituation, gesamtgesellschaftlich spürbare Effekte einstellen: *„The notions [...] that water risks are shared provide a compelling basis for collaboration on risk mitigation activities, or collective action on water. [...] emphasising the broad economic and social impacts of water risk across society it elevates water up decision makers’ agendas, helping to catalyse change in attitudes towards the value of water“* (GIZ 2013a: 12).

Von besonderer Relevanz wird von der deutschen EZ die unzureichende Sanitärversorgung erachtet, die neben Einbußen in der Lebensqualität vor allem zur Verbreitung von Krankheiten beiträgt und so *„die Lebensqualität mindern, die Haushalte finanziell belasten und ihre Möglichkeiten zur Einkommenserzielung einschränken“* (BMZ 2006: 5). Insbesondere das verbreitete Auftreten von Kinderkrankheiten auf dem afrikanischen Kontinent wird seitens der EZ mit einer mangelhaften Sanitärsituation assoziiert, die in Kombination mit häufig auftretenden HIV-Infektionen *„nicht nur eine menschliche, sondern auch eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Katastrophe [bedeutet; Anm. TK], die Familien zerstört und die ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen hemmt“* (BMZ 2014b: 8).

---

<sup>109</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2006: 5

Die deutsche EZ macht in diesem Kontext auf die besondere Vulnerabilität abhängig von Geschlecht und Einkommen aufmerksam: Insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten, vornehmlich in den ländlichen Regionen des Kontinents sowie vorrangig Frauen und Kinder wären durch unzureichenden Frischwasserzugang in ihrer alltäglichen Lebensgestaltung beeinträchtigt. Hier vermeidet die deutsche EZ im Hinblick auf die Implikationen von Wasser- und Sanitärunterversorgung eine Nivellierung der oftmals erheblichen, sozioökonomischen Betroffenheitsunterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen: *„In der Regel sind es die Armen, die am meisten unter Umweltverschmutzungen leiden und am direktesten auf Umweltleistungen angewiesen sind“* (BMZ 2006: 7)<sup>110</sup>. Im Fokus der deutschen EZ als Zielgruppe stehen dabei seit längerem Frauen, auf die die entwicklungspolitischen Maßnahmen positive Effekte haben sollen. Frauen werden als besonders belastete Akteursgruppe wahrgenommen. Diese heterogene Gruppe, welcher pauschal und homogenisierend die Verantwortung für die Wasserbereitstellung in afrikanischen Haushalten zugesprochen wird, sei dabei von individuellem Wassermangel überproportional betroffen. Frauen würden daher, so die deutsche EZ, besonders von den Entwicklungsprogrammen im Wassersektor profitieren, da bei ihnen die Last für die alltägliche Wasserbeschaffung - verbunden mit langen, zeitintensiven Fußwegen - minimiert wird, sobald die räumlich nahe Verfügbarkeit von Trinkwasser verbessert ist: *„Frauen und Mädchen profitieren deshalb besonders stark von einer verbesserten Wasser- und Sanitärversorgung, da diese zur Minderung der zeitlichen und körperlichen Belastung, die durch Wasserholen, Krankenversorgung, Abwasserentsorgung und Haushalts- hygiene entsteht, beiträgt. Die frei werdende Zeit steht Frauen für andere Verwendungen, auch für Einkommen schaffende Tätigkeiten, zur Verfügung“* (BMZ 2006: 6).

Auffällig ist auch hier die wiederholte Betonung der Ermöglichung einkommensgenerierender Tätigkeiten als positives Resultat entwicklungspolitischer Interventionen. Die Erhöhung von zeitlicher Effizienz bei der Versorgung mit einer lebenswichtigen Ressource übersetzt sich in Potentiale zur Schaffung ökonomischer Werte. Die zutiefst ökonomisch geprägte Sichtweise auf Armut bzw. deren Implikationen für das alltägliche Leben der Menschen in den Partnerländern wird hier erneut ersichtlich.

---

<sup>110</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ 2006: 8, 22; Lammerding/GTZ 2009: 7

Reproduktiven Tätigkeiten im Haushalt wird hingegen kaum Bedeutung beigemessen, auch wenn diese eigentlich eine unentbehrliche Voraussetzung von Wertschöpfung innerhalb der Haushaltsgemeinschaft bilden.<sup>111</sup>

Auch mit Blick auf die meist desaströsen Lebensbedingungen der Menschen in suburbanen oder ländlichen Arealen präsentieren die deutschen EZ Institutionen vordergründig eine teils differenzierte Situationsbeschreibung an (vgl. BMZ 2006: 8, 22; BMZ/GIZ/KfW 2015: 1). Erneut wird auf die besondere Verletzbarkeit einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen hingewiesen. Besonders hervorzuheben ist die sporadische Beschreibung und Berücksichtigung individueller Schicksale, mit deren Hilfe die heterogenen Erfahrungen und unterschiedliche Betroffenheit Einzelner veranschaulicht wird (vgl. BMZ/GIZ 2014: 17-31). Eine solche Erzählweise aus Perspektive der Menschen in den Partnerländern, so fruchtbar sie auch für das Verstehen von gesellschaftlichen Transformationsprozessen sein kann, scheint in der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung jedoch eher selten (vgl. Thompson 2011).

Dennoch wird in den Ausführungen zur unzureichenden Sanitär- und Hygienesituation sowie der informellen Wasserversorgung in den städtischen Arealen und informellen Siedlungsgebieten wiederholt deutlich, dass potentielle Störungen der Einkommensgenerierung durch die Ausbreitung von wassergebundenen Krankheiten, überbezahlte Wasserpreise, lange Laufwege usw. im Fokus der Aufmerksamkeit der deutschen EZ stehen: *„Trinkwasserversorgung, sanitäre Basisversorgung, Abwasser- und Abfallmanagement sind wichtige Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Sie beugen zahlreichen Krankheiten vor, welche [...] die Haushalte finanziell belasten und ihre Möglichkeiten zur Einkommenserzielung einschränken“* (BMZ 2006: 5).

Trotz Individualisierungen bei der Beschreibung alltäglicher Mangelserfahrungen sowie den Versuchen zur Differenzierung der Betroffenheit von Wasserkrisen, liegt der Fokus in den Publikationen der deutschen EZ zweifelsfrei auf Wasser als ökonomische Ware - also der Betonung des ökonomischen Wertes von Wasser. Diese Wertigkeit drückt sich dabei nicht nur hinsichtlich schwindender ökonomischer Entfaltungsmöglichkeiten aus, sondern

---

<sup>111</sup> Zur Kritik an klassischen Wirtschaftsmodellen aus feministischer und sozialökologischer Perspektive vgl. Biesecker/Hofmeister 2010: 9-19.

unterstreicht auch die Relevanz einer angemessenen, effizienten Preispolitik (vgl. BMZ 2006: 17; Neubert et al. 2005: 21-22; GTZ-Water 2004: 14; GIZ 2012b: 10): Wasser muss einen (angemessenen) Preis haben, der den ökonomischen Wert der Ressource spiegelt.<sup>112</sup>

Überraschend ist dies gerade deshalb, da in den soeben angesprochenen Darstellungen der Einzelschicksale insbesondere die fehlenden finanziellen Ressourcen zur Beschaffung von Trinkwasser ein zentrales, wiederkehrendes Motiv sind (vgl. BMZ/GIZ 2014: 44). Dennoch besteht - gelegentlich auch im Verweis auf die Gültigkeit der Dublin Prinzipien<sup>113</sup> in der Wasserwirtschaft (vgl. BMZ 2006: 13) - für die deutsche EZ kein Zweifel daran, dass die Berücksichtigung der *„vollen ökonomischen Kosten (einschließlich Opportunitätskosten) sowie die ökologischen Kosten“* eine notwendige Voraussetzung für *„rationale, gesamtwirtschaftlich effiziente Allokations- und Managemententscheidungen“* im Wassersektor sind (BMZ 2006: 17)<sup>114</sup>. Eine entsprechende Fokussierung auf effiziente Preispolitik und effektive Eintreibung von Wassergebühren bildet einen Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Beschäftigung mit Wasser seitens der deutschen EZ. Wie sich im weiteren Verlauf der Analyse zeigt, wird eine angemessene ökonomische Organisation von Wasser seitens der deutschen EZ als eine der entscheidenden Stellschrauben guter, nachhaltiger Wasserpolitik wahrgenommen.

Zusammengefasst erscheint die Perzeption von Wasser durch die deutsche EZ angesichts der Vielfalt wasserbezogener Problematiken damit teils unterkomplex, insbesondere hinsichtlich der ökologischen Relevanz des hydrologischen Kreislaufes für die Aufrechterhaltung von Leben; teils einseitig problematisiert in Bezug auf Migration, Konfliktverschärfung und insbesondere hinsichtlich der destruktiven, ökonomischen Konsequenzen des

---

<sup>112</sup> Zur Bedeutung einer ‚korrekten‘ Preispolitik siehe Kapitel 4.3.2.

<sup>113</sup> Die Dublin Prinzipien sind das Ergebnis einer Vorbereitungskonferenz für den sogenannten ‚Erdgipfel‘ in Rio de Janeiro. Die ‚Internationale Konferenz für Wasser und Umwelt‘ (International Conference on Water and the Environment; ICWE) fand 1992 im irischen Dublin statt und hatte vier Leitprinzipien zum Ergebnis, die sich später auch in der Agenda 21 niederschlugen. Dabei wurden ökologische wie soziokulturelle Prinzipien eng mit einer wirtschaftlichen Perspektive verknüpft, indem Wasser als Wirtschaftsgut definiert wurde, dessen angemessene Preispolitik Verschwendung und Übernutzung entgegenwirken sollte (vgl. Weber/Hoering 2002: 9).

<sup>114</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2012: 11, 27; GTZ-Water 2004: 4, 10, 13; KfW 2004: 2

Wassermangels. Während also etwa Bewässerung oder Bodenfruchtbarkeit für die landwirtschaftliche Produktivität eine zentrale Rolle spielen und Probleme wie Erosion und Verlust von Grundwasser thematisiert werden, fehlen zugleich weitgehend Verweise auf die grundsätzlichen Auswirkungen von Stoffeinträgen in Gewässer oder Veränderungen in der Bodenstruktur durch landwirtschaftliche Produktivitätssteigerungen.<sup>115</sup>

Besonders hervorstechend erscheint dabei der Verzicht auf jegliche kritische Auseinandersetzung mit den Implikationen der Viehwirtschaft - insbesondere im Hinblick auf Wasser (vgl. BUND/Stephan Börnecke 2014: 26-27). Obwohl in der Forschung weitgehend Einigkeit über die Unmöglichkeit zur Übertragung der (nicht-nachhaltigen) Lebens- und Konsumweise der Industrienationen besteht und sich selbst in den Publikationen der deutschen EZ gelegentlich Verweise auf die problematischen Auswirkungen industrieller Landwirtschaft finden lassen (vgl. GIZ 2012a: 15; BMZ 2017b: 15), wird die Produktion und der Verkauf tierischer Produkte für Afrika als potentieller Wachstumsmarkt bzw. Bestandteil nachhaltiger Entwicklungsprozesse identifiziert (vgl. BMZ/GIZ 2015d: 13; BMZ/GIZ 2015a: 40, 44). Wie dies sich mit der Diagnose der EZ vertragen soll, Afrika müsse seine Wasserressourcen ökologisch nachhaltig bewirtschaften, bleibt dabei völlig offen.

Zugleich weist die Wahrnehmung von Wasser durch die EZ einen erheblichen ökonomischen Einschlag auf, der jedoch angesichts des wachstumszentrierten Entwicklungsbegriffs nicht weiter verwundert: Wird Entwicklung in Wirtschaftswachstum übersetzt, sind logischerweise jene Phänomene von entwicklungspolitischer Relevanz, welche die Stabilität der ökonomischen Zuwächse begünstigen bzw. gefährden. Dennoch muss hervorgehoben werden, dass die Wahrnehmung des vielseitigen Stoffes H<sub>2</sub>O beinahe exklusiv in ökonomischen Kategorien stattfindet, wodurch er vordringlich als Ressource in Produktionsprozessen wahrgenommen wird. Zugleich werden Funktionsbeeinträchtigungen

---

<sup>115</sup> Zwar finden sich wiederholt Hinweise auf destruktive Effekte landwirtschaftlicher Praxen, allerdings ausschließlich im undifferenzierten Verweis auf nicht-angemessene Organisationsstrukturen, falsch angewandte Praktiken oder fehlende Kontrollmechanismen als Ursachen von Umweltdegradation. Verantwortlich für Umweltschäden ist somit das Fehlverhalten Einzelner, die Unangemessenheit ihrer Produktionsmethoden oder die schlichte Ignoranz gegenüber ‚besseren‘ Methoden (vgl. GIZ 2012a: 30). Dadurch ergibt sich jedoch nur ein einseitiges Bild der Implikationen landwirtschaftlicher Produktion für Natur, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent (vgl. Weiß/Schaldach/Alcamo/Flörke 2009).

sowie Störungen der Hydrosphäre als Probleme linearer Wachstums- und Fortschrittsprozesse sowie als Barriere bei der Verwirklichung der Leistungspotentiale des Humankapitals gedeutet. Die Betrachtung von Wasser als lebensnotwendiges Grundnahrungsmittel und Menschenrecht, dessen Mangel auch über die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen hinaus Konsequenzen impliziert, wurde hingegen lange Zeit vernachlässigt, findet jedoch - auch im Zuge der Diskussion um die SDGs - größere Berücksichtigung innerhalb der deutschen EZ (vgl. BMZ 2017b: 4, 7).

Zudem finden sich zwar zahlreiche Hinweise auf die unterschiedliche Betroffenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen; allerdings fehlen auch hier notwendige Differenzierungen, etwa hinsichtlich der Auswirkungen von Formalisierungsprozessen der Wasserversorgung in informellen Siedlungen durch die Erhebung von Wasserpreisen: Der argumentative Verweis in aktuellen Veröffentlichungen der EZ, bei Wasser handele es sich um ein Menschenrecht (ein Bezug, der sich in den Experteninterviews so nicht wiederfindet), hat keine konkrete, handlungsleitende Funktion im Sinne einer barrierefreien Bereitstellung für alle Menschen. Wasser sollte nur in Extremfällen und kurzfristig kostenlos an die Ärmsten abgegeben werden (vgl. BMZ 2006: 17). Ebenso wenig werden Verbindungen zwischen Einkommensdefiziten, Wasserunterversorgung, Wasserpreisen und Gewinnerwartungen an Wasserversorger gezogen - hier überwiegt eine grundsätzlich positive, rigoros simplifizierende Einschätzung der Effekte einer rational-bürokratischen Wasserversorgungspolitik.

## 4.2 Die Problematisierung von Wasser innerhalb der deutschen EZ

Wie oben angedeutet, sieht die deutsche EZ in der unzureichenden Wasserversorgung afrikanischer Bevölkerungen - neben negativen Effekten auf das regionale Klimasystem und der Verschärfung von Fluchtbewegungen in die Industrieländer - vordringlich ein Einkommens- und Wachstumsproblem, welches die Entwicklungsprozesse (ergo: volkswirtschaftlichen Wachstums- und Fortschrittsprozesse) behindern oder zumindest gefährden würde. Dass gerade in der Entwicklungspolitik, mit ihren Wurzeln in der Armutsbekämpfung und Nothilfe, der Mangel an Wasser vordringlich als ökonomisches Problem gerahmt wird, kann dabei einerseits verwundern. Andererseits bestätigt sich dadurch aber auch die Einschätzung, Entwicklung würde in der deutschen EZ vor dem

Hintergrund modernisierungstheoretischer Annahmen begriffen und bewertet werden. Um Antworten darauf zu finden, warum gerade eine solche Interpretation der Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent dominant ist, sollen im Anschluss die Problemursachen und Lösungsstrategien herausgearbeitet werden, welche von der deutschen EZ in Anschlag gebracht werden. Aus der Analyse der Problematisierung und Lösungsstrategien sollen sich dann letztlich auch Hinweise darauf ergeben, welche gesellschaftlichen Naturverhältnisse in Bezug auf das lebenswichtige Allgemeingut Wasser durch die spezifische Diagnose der deutschen EZ erkennbar werden.

#### **4.2.1 Die Problemdiagnose**

Dank der kollektiven Forschungsanstrengungen zahlreicher Wissenschaftler unter dem Dach des IPCC steht heute weitgehend außer Frage, dass die beobachtbaren wie erwartbaren Umwelt- und Klimaveränderungen ihren Ursprung in menschlichen Einflussnahmen auf das globale Ökosystem haben: der Klimawandel ist „äußerst wahrscheinlich“ Mensch gemacht (vgl. IPCC 2013: 15). Eng mit diesen klimatischen Veränderungen verwoben sind Variationen im globalen wie regionalen Wasserkreislauf (IPCC 2013: 21-22), welche zu einer Zunahme an Extremwetterereignissen (wie Dürren oder Überschwemmungen) sowie bisher kaum absehbaren Auswirkungen auf andere Ökosphären führen werden. Auch diese Prozesse einer umfassenden Verschlechterung von Stabilität und Regenerationsfähigkeit der Hydrosphäre gründet in menschlichem Verhalten. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass hier zwischen unmittelbaren und mittelbaren Einflussnahmen auf Wasserkreisläufe differenziert werden sollte: Das Abschmelzen von Gletschern etwa ist Resultat höherer, globaler Durchschnittstemperaturen aufgrund einer verstärkten Konzentration klimaschädlicher Gase anthropogenen Ursprungs in der Atmosphäre, wohingegen z.B. die Belastung von Gewässern - etwa durch Nitrat oder andere Schadstoffe - meist unmittelbar auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist (vgl. IPCC 2013: 23-24; WBGU 1997: 124).

Während seitens der deutschen EZ einerseits Differenzierungen hinsichtlich der Auswirkungen von Wassermangel auf die ökologische wie soziale Sphäre eingeführt werden, kommt es andererseits zu stark verengten Simplifizierungen der Wasserprobleme sowie deren Ursachen und Entstehungszusammenhänge selbst: Die Wasserkrise wird auf dem

afrikanischen Kontinent argumentativ in den Kontext des Klimawandels gerückt, während zugleich auf eine regional unterschiedliche Betroffenheit hingewiesen wird. Es finden sich ebenso Hinweise darauf, dass sich die Wasserkrisen durch die Auswirkungen der klimatischen Veränderungen weiter verschärfen werden (vgl. BMZ 2006: 5; BMZ 2017b: 4). Die negativen Entwicklungen im Bereich von Sanitär und Wasserversorgung, wie sie sich aus zunehmender Landflucht bzw. Urbanisierung sowie einer stetig wachsenden Bevölkerung ergeben, werden ebenfalls aufgegriffen (vgl. GIZ 2012b: 6; BMZ/GIZ 2014: 17; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2015b: 2). Damit spielen anthropogene Einflussnahmen zweifelsfrei eine Rolle für die Problemdiagnose der deutschen EZ.

Trotz der Hinweise auf problematische Effekte anthropogener Praktiken, wie etwa dem Staudambau (vgl. BMZ 2006: 26; BMZ 2011a: 26), von Flusslaufbegradigungen (vgl. BMZ 2006: 8, 26) oder der Landwirtschaft (vgl. GIZ 2012a: 15; GIZ 2013b: 13; BMZ 2017b: 15), werden menschliche Aktivitäten bei der Betrachtung von Wasserproblemen allerdings nur selektiv und weitgehend undifferenziert wahrgenommen.

Wie gezeigt wird, spielen exogene, strukturelle Ursachen und Einflussfaktoren kaum eine Rolle in der Problemdiagnose der deutschen EZ.<sup>116</sup>

## **4.2.2 Nicht-anthropogene Problemursachen**

### **4.2.2.1 Klimawandel**

Wie in den Ausführungen zum Umweltverständnis der deutschen EZ erkennbar wird, ist der Blick der Entwicklungsinstitutionen Deutschlands auf Natur weitgehend geprägt von

---

<sup>116</sup> Erneut sei hier auf das unvorhergesehene, erstmalige Aufgreifen der historischen Verantwortung der Industrieländer für die Ressourcendepletion des afrikanischen Kontinents durch das BMZ in der aktuellen Publikation zum sogenannten ‚Marshall-Plan‘ hingewiesen. Die Zusammenhänge zwischen Wohlstandsentwicklung im Norden und der Rohstoffausbeutung im Süden wurde von der deutschen EZ bisher ausgelassen.

Allerdings muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Formulierung in der Publikation den Eindruck zulässt, es handele sich nicht um ein grundsätzliches, strukturelles Problem (etwa asymmetrischer Handels- und Wirtschaftspolitik oder der Auslagerung negativer Umweltwirkungen aus dem Norden in den Süden; vgl. Brand/Wissen 2017: 44, 51), sondern eher um eines der fehlenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die ein solches Verhalten eindämmen könnten (vgl. BMZ 2017a: 7).

ökonomischen Kriterien und Wahrnehmungsmustern. Diese ökonomische Perspektive auf Umwelt als Ressourcenquelle oder verwertbares Charakteristikum der Entwicklungsländer trägt zu einer verengten Perzeption bei, wenn es um die Identifikation der möglichen Ursachen sozialökologischer Krisenphänomene auf dem afrikanischen Kontinent geht. Erkennbar wird dies bereits auf Ebene nicht-menschlicher Prozesse, denen eine Verantwortung für das Entstehen oder die Verschärfung afrikanischer Wasserkrisen zugeschrieben wird. Neben der weiter oben ausgeführten Beschreibung Afrikas als wasserarmer Kontinent, dessen Mangel an natürlichen Wasservorkommen die flächendeckende Versorgung der Menschen mit Trinkwasser erschwert, ist es vordringlich der Klimawandel, dessen Auswirkungen die Knappheit der Ressource weiter verschärfen würde. Im weitgehenden Einklang mit dem aktuellen Forschungsstand hinsichtlich der klimatischen Veränderungen, wird Afrika als Hotspot zukünftiger Klimakrisen identifiziert, welche insbesondere negative Auswirkungen auf die Hydrosphäre haben werden: *„In einigen Partnerländern ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahrzehnten extreme Dürren und Hochwasser verstärkt auftreten werden, was zu großen wirtschaftlichen Verlusten sowie zu sozialen und ökologischen Katastrophen führen kann. Klimamodelle sagen vorher, dass der Temperaturanstieg starke regionale Veränderungen von Niederschlagsmengen und -verteilung verursachen wird mit unmittelbaren Folgen für die vorhandenen Wasserressourcen und deren Nutzbarkeit.“* (BMZ 2006: 10) Während die Gefahr des anthropogenen Klimawandels auf die Wasserkreisläufe, -verfügbarkeit und -distribution zweifellos erkannt wird, erfolgt die Deutung der Problemeffekte vordringlich auf Ebene ökonomischer Werte: *„Extreme Hochwasserereignisse sind eine Gefahr für Menschen und Infrastruktur, aber auch für Kulturgüter und ökologische Ressourcen. Hochwasser kann in weniger entwickelten Ländern tausende von Todesfällen verursachen, Seuchen hervorrufen und Investitionen in die Infrastruktur vernichten und dadurch die Wirtschaftsentwicklung ernsthaft beeinträchtigen.“* (BMZ 2006: 7)

Die deutsche EZ erkennt das ökologische Risiko, welches mit klimatischen Extremereignissen einhergeht, sieht hierin jedoch in erster Linie eine Bedrohung der Aspirationen nachhaltiger Entwicklungsziele: *„But, there are many challenges to sustainable use, particularly in Africa. The continent experiences high natural climate variability, with regular periods of either too much, or too little water.“* (GIZ 2013a: 11)

Dabei sind es nicht nur die negativen Effekte von Extremwetter, die hier eine Rolle spielen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass zur Verwirklichung von Entwicklung Intensivierungsprozesse der Naturnutzung unvermeidlich sind, diese jedoch in Wechselwirkung mit dem Klimawandel zu Negativkonsequenzen führen, welche dann unweigerlich zu Produktivitätseinbußen führen: *„Seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts verändern das Bevölkerungswachstum und der Klimawandel die Landnutzungspraktiken in Trockengebieten deutlich. [...] Zudem zwingen veränderte Niederschlagsmuster die Viehhalter, nach Süden in Ackerbaugebiete auszuweichen, so dass es zu Nutzungskonflikten kommt. [...] Steigende Durchschnittstemperaturen führen zu erhöhtem Wasserbedarf der Kulturen. Die wachsende Variabilität der Niederschläge resultiert vielerorts in unzuverlässigeren Anbauzeiten was in Kombination mit häufigeren Überschwemmungen und Dürren das Risiko von Ernteausfällen erhöht. Durch die zunehmende Desertifikation entstehen unfruchtbare Flächen, auf denen so gut wie nichts mehr wächst.“* (BMZ/GIZ 2015b: 4).

Auffällig hierbei ist, wie sich aus veränderten, klimatischen Bedingungen beinahe schon zwangsläufig Prozesse der nicht-nachhaltigen Umweltausbeutung und -degradation ergeben würden (vgl. GIZ 2014b: 1; BMZ/GIZ 2015d: 21). Angesichts der bisher identifizierten Ursachen des Klimawandels, für welche anthropogene Übernutzungsprozesse von Naturressourcen eine zentrale Rolle gespielt haben (vgl. IPCC 2013: 11), ist dies bemerkenswert. Umso verwunderlicher erscheint die Forderung der deutschen EZ, just dort, wo die klimatischen Veränderungen besonders verheerende Wirkung entfalten werden, eine weitere Inanspruchnahme der Natur anzustoßen, sofern *„humanitäre Notlagen“* bestehen oder *„besonders hohe entwicklungspolitische Wirkungen“* auf dem afrikanischen Kontinent erzielt werden können (BMZ 2006: 18)<sup>117</sup>.

Bezüglich der Verantwortung menschlicher Nutzungsmuster und Inwertsetzungsstrategien von Natur für die Entstehung der Klimakrise schweigen sich die Publikationen der deutschen EZ zwar nicht vollständig aus (vgl. GIZ 2014b: 4; BMZ/GIZ 2015d: 14), halten die

---

<sup>117</sup> Voraussetzung dafür sei dann allerdings, dass *„im Vorfeld und flankierend alle Möglichkeiten genutzt werden, die auf eine Verbesserung der Wasserbilanz hinwirken. Insbesondere die Nutzung fossilen Wassers muss immer einer umfassenden Alternativenprüfung unterzogen werden.“* (BMZ 2006: 18)

Auswirkungen von ökonomischen Wachstumsprozessen allerdings für weitgehend handhabbar - insbesondere durch die korrekte Anwendung von Managementtechniken, technologischen Lösungen sowie der Entkoppelung<sup>118</sup> von Wachstum und Ressourcenverbrauch (vgl. GIZ 2013b: 12; GIZ 2015d: 3, 5, 22). Zugleich werden aber zentrale Widersprüche zwischen ehemaligen, auf Wachstum und Ressourcenextraktion fußenden Entwicklungsstrategien und den Ansprüchen eines schonenden, erhaltenden Umgangs mit Umwelt vernachlässigt (vgl. Neubert et al. 2005: 8; GIZ 2015d: 10-11; GIZ 2015b: 5-6) bzw. stellenweise sogar übergangen, indem Naturausbeutung und der Erhalt von Naturkapital vorbehaltlos nebeneinander gestellt werden: *„This is mainly due to the fact that its economic backbone and its most important sector for employment are based on agriculture and the exploitation [sic!] of natural resources, which is where the economic transformation to a GE [Green Economy, Anm. TK) needs to start. Conserving and enhancing the natural capital of the continent will be an important source of income, livelihood and jobs for the majority of Africans and an excellent starting point for a transition towards a GE. Sectors affected by conserving the natural capital include not only agriculture and natural resource exploitation, but also important service industries such as tourism.“* (GIZ 2013b: 12) Inwieweit Exploitation von Umwelt Konservierungsabsichten entgegenläuft oder zumindest fragwürdig ist, wird von der deutschen EZ nicht problematisiert. Die Naturwahrnehmung als steuer- und kontrollierbar setzt sich damit auch in der Problemsicht fort.

In der Verschärfung von Flucht- und Migrationsbewegungen im Zuge des Klimawandels und der damit einhergehenden Gefährdung der afrikanischen Wasservorkommen setzt sich dieser Steuerungsoptimismus begrenzt fort: Zwar sehe man sich in der Lage, entwicklungspolitisch zu intervenieren und die Fluchtbewegungen durch die Bereitstellung von Wasser in Flüchtlingslagern oder „Cash-for-Work-Programme“ einzudämmen (vgl. BMZ 2017b: 17); das Problem der (illegalen) Migration in die Industrieländer wird aber als Resultat des Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren interpretiert, auf die die EZ ihrer Meinung nach nur begrenzt Einfluss hat. Dazu zählen Ungleichheit, schwache staatliche Legitimität, Umweltzerstörung, Klimawandel, Mangelernährung und Armut (BMZ 2017b: 5, 9, 17). Bemerkenswert ist aus einer sozialökologischen Perspektive die Vernachlässigung der

---

<sup>118</sup> Für eine umfassende Kritik an sogenannten ‚grünen Wachstumsstrategien‘: vgl. Brand 2012

Entstehungskontexte der Problemkomplexe sowie der Rolle entwicklungspolitischer Strategien bei der Ausbildung solcher komplexen Herausforderungen (vgl. Brand/Wissen 2011: 83-86).

#### **4.2.2.2 Bevölkerungswachstum und Urbanisierung**

Das Anwachsen der weltweiten Bevölkerung kann kaum als natürlicher Prozess beschrieben werden. Das Bevölkerungswachstum ist nicht losgelöst von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Gegebenheiten zu begreifen. Erhöhte Geburtenraten haben multikausale Ursachen und lassen sich mit Hilfe einfacher Erklärungsansätze nicht ausreichend begreifen. Die Auseinandersetzung über das weltweite Bevölkerungswachstum ist zudem ein ethisch problematischer Gegenstandsbereich politischer Steuerung und Einflussnahme (vgl. Engelmann 2010: 5; Cafaro 2010: 46-48), während zugleich die beständige Zunahme der Spezies Mensch auf dem Planeten fraglos eine Herausforderung für eine sozialökologisch nachhaltige Zukunftsgestaltung darstellt (vgl. Population Action International/African Institute for Development Policy 2012: 2).

Gleichzeitig sind das Anwachsen der Bevölkerung sowie die zunehmende Verstädterung weltweit als vielfältige Prozesse zu begreifen, welche weitgehend unterschiedliche Ursachen, beteiligte Akteursgruppen und Konsequenzen aufweisen (vgl. Becker/Hamer/Morrison 1996: 259-261; Sieveking/Fauser 2009: 26-30). Dass es sich jeweils um relevante Faktoren in der Betrachtung der sozialökologischen Krise handelt, soll hier keineswegs bestritten werden. Auch der Umstand, dass insbesondere in einigen Staaten Afrikas das Bevölkerungswachstum auffällig hoch ist und sogenannte Entwicklungsländer besonders stark von der Entstehung suburbaner, informeller Siedlungen betroffen sind, wird in der vorliegenden Analyse keinesfalls negiert (vgl. Swyngedouw 2015: 610-612).

Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um deutlich unterscheidbare und nicht kausal miteinander verwobene Komplexe handelt, welche weder zwangsläufig gemeinsam auftreten, noch in ihrer Entstehung unvermeidlich erscheinen.

Zugleich erwecken die Ausführungen der deutschen EZ diesbezüglich den fragwürdigen Eindruck, man hätte es einerseits mit zwei zusammenhängenden, endemischen Problemen des afrikanischen Kontinents zu tun (vgl. BMZ 2006: 15; GIZ 2012b: 1). Andererseits werden das Bevölkerungswachstum und zunehmende Urbanisierung wiederholt gemeinsam gefasst,

in eine argumentative Reihe mit dem Klimawandel gestellt und in der Folge als Form natürlicher, unaufhaltsamer Prozesse gerahmt, welche die afrikanischen Entwicklungsbestrebungen hemmen oder gefährden würden<sup>119</sup>: *„Süßwasser ist in vielen Regionen eine knappe Ressource. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, industrielle Entwicklung, Klimawandel und veränderte Ernährungsgewohnheiten führen in vielen Teilen der Erde zu einer Übernutzung der Wasserressourcen, zu Erosion und Degradierung von Böden sowie zu einer Belastung von Oberflächen- und Grundwasser.“* (GIZ 2014b: 4)<sup>120</sup>

Für die Problemdiagnose der EZ spielen die beiden Phänomene eine zentrale Rolle: Einerseits erhöht sich durch die schiere, quantitative Zunahme der Ressourcennutzer der Druck auf die Wasservorkommen, welche zugleich durch die verstärkten Urbanisierungstendenzen im städtischen Raum vermehrt belastet werden. Andererseits wirkt die informelle Ausweitung menschlicher Besiedelung - im Gegensatz zur wohlgeplanten Schaffung von ökonomisch florierenden, produktiven Stadtzentren (vgl. GIZ 2012a: 3) - negativ auf die Wasserqualität und Hygiene vor Ort. Dadurch entstehen entwicklungshemmende Folgeeffekte (vgl. GIZ 2012b: 6, 10; GIZ 2013a: 11-12; GIZ 2014b: 4). Grundsätzlich zeigt sich beim Thema Urbanisierung eine ambivalente und widersprüchliche Problematisierung durch die deutsche EZ: Das Problem mangelhafter Stadtplanung und schlechter Hygiene steht den Vorzügen einer Urbanisierungsstrategie gegenüber, welche die Städte zu fruchtbaren Zentren einer grünen, nachhaltigen Ökonomie entwickeln will (vgl. GIZ 2012a: 3; GIZ 2013b: 27). Es ergibt sich beinahe der Eindruck, dass Urbanisierung ausschließlich unter den defizitären Gegebenheiten der ‚unterentwickelten‘ afrikanischen

---

<sup>119</sup> Dies gilt, wie das folgende Zitat zeigt, erwartungsgemäß ebenso für Prozesse der Industrialisierung sowie der Anpassung an westliche Konsumgewohnheiten. Anstatt jedoch die planerischen und strategischen Momente politischer Einflussnahme und Intervention zu thematisieren, wird auch Prozessen der Industrialisierung der Anschein natürlicher, zwangsläufiger Entwicklungen verliehen, indem der Eindruck erweckt wird, ihr Auftauchen sei zwangsläufige Folge natürlicher Vorgänge. Tatsächlich müssen Urbanisierung, Industrialisierung oder die Übernahme westlicher Konsumgewohnheiten als Begleiterscheinungen einer Entwicklungsweise begriffen werden, welche sich an einem linearen, modernisierungstheoretischen Entwicklungsmodell orientiert. Eine industrialisierte Gesellschaft mit technologischen Zentren in den Städten und einem gehobenen Wohlstands- und Konsummodell war lange Zeit Orientierungspunkt entwicklungspolitischer Strategien (vgl. Hove 2004: 49).

<sup>120</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2015c: 17; GTZ 2008: 7; GIZ 2012b: 3, 6; GIZ 2013a: 11-12; BMZ 2017b: 4, 7

Partnerländer mit ihren ineffizienten Verwaltungsstrukturen unter den Bedingungen unkontrollierten Bevölkerungswachstums zum Entwicklungshemmnis wird.

### **4.2.3 Anthropogene Problemursachen**

Die unzureichende Wasserversorgung der Bevölkerung sowie die ökologische Wasserkrise - dieser Eindruck entsteht bei der Analyse der Publikationen - sind Ergebnis einer andauernden sozialen Krise auf dem afrikanischen Kontinent (vgl. BMZ 2014b): Gefangen im Teufelskreis aus Armut, Hunger, schlechter Gesundheitsversorgung, gewaltsamen Konflikten, Staatsversagen und zwischenstaatlichen Spannungen schaffen es die Bewohner des Kontinents nicht, sich selbstständig aus der Unterentwicklung zu befreien (vgl. BMZ 2006: 7; BMZ/GIZ 2014: 4; BMZ 2014b: 8; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2015b: 2) - und das, obwohl die deutsche EZ nicht müde wird zu betonen, bei Afrika handele es sich um einen ‚Chancenkontinent‘ (vgl. BMZ 2014b: 3-4; Auswärtiges Amt 2011: 4; BMZ 2017a: 10).

Ob und inwieweit diese recht simple Krisendiagnose zutrifft, welche den Menschen Afrikas gewissermaßen die Handlungsautonomie abspricht und sie zu Hilfsbedürftigen deklariert, soll hier nicht weiter untersucht werden. Hinweise aus der Fachliteratur legen jedoch nahe, dass etwa Herausforderungen in der Nahrungsmittelversorgung afrikanischer Staaten zum einen komplexere Ursachen zugrunde liegen, als dies die Problemdiagnose der deutschen EZ unterstellt und diese zugleich häufig auf asymmetrischen Beziehungen im internationalen (Handels-) System zurückzuführen sind (vgl. Kress 2012: 144-145; Brand/Wissen 2011: 85-86).

Für die Problemdiagnose der deutschen EZ zentral sind dennoch soziale, kulturelle, politische sowie institutionelle Defizite, welche den Eindruck nahelegen, ohne die Hilfestellung des ‚Westens‘ kann eine Überwindung der zahlreichen sozialökologischen Herausforderungen auf dem Kontinent nicht gelingen. An der Abhängigkeit Afrikas von den Leistungen der EZ wird zumindest an keiner Stelle irgendein Zweifel formuliert, sondern wiederholt die Leistungsfähigkeit und Nützlichkeit der Entwicklungshilfe in den Mittelpunkt gerückt (vgl. GIZ/Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2015: 4; GIZ 2015c: 59; BMZ 2009: 4).

### 4.2.3.1 Kapazitätsdefizite

Die deutsche EZ transportiert in Wort und Schrift die Überzeugung, man habe das Problem der ausbleibenden Entwicklung auf dem Kontinent insofern identifiziert, als dass man die korrekten Lösungsmechanismen bereitstellen könne, um die Misere des Kontinents zu beenden.<sup>121</sup> Zentral hierfür ist die Behauptung, in den Ländern Afrikas mangle es an der Ausbildung ausreichender Kapazitäten (vgl. BMZ 2006: 5, 20; BMZ 2011b: 61; BMZ 2017b: 11). Notwendig sei daher „*continuous capacity building*“ anhand der Unterstützungs- und Beratungsleistungen der deutschen EZ (GTZ 2008: 7).

Worin bestehen jedoch laut deutscher EZ hinsichtlich der afrikanischen Wasserkrisen die relevanten Kapazitätsdefizite und welche Folgen hat dies? „*There is now a broad international consensus that the crisis in the water sector is essentially a crisis of governance, and that efforts to promote effective water governance should therefore be given highest priority.*“ (BMZ/GIZ 2012: 10).

Entsprechend der Wahrnehmung von Entwicklung als ökonomischer Wachstumsprozess und der Charakterisierung der Wasserkrise als Governancekrise (vgl. BMZ 2006: 24; BMZ/GIZ 2012: 12), identifiziert die deutsche EZ vordergründig ein zentrales Defizit in unzureichenden buchhalterischen, betriebswirtschaftlichen sowie organisatorisch-planerischen Fähigkeiten seitens der afrikanischen Partnerländer (vgl. BMZ/GIZ 2012: 22-23). Die mangelhaften Fähigkeiten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene die Wasserversorgung ökonomisch effizient sowie arbeitsteilig zu organisieren und dabei eine verlässliche Kontrolle der (unternehmerisch strukturierten) Wasserversorger zu gewährleisten, steht in den Publikationen, wie auch den Interviews häufig im Vordergrund.<sup>122</sup> Zentral ist hier die unspezifische Diagnose, dass „*poor governance reduces the quality and quantity of services*

---

<sup>121</sup> Faszinierend bei der argumentativen Rahmung der Problemdiagnose durch die deutsche EZ ist, dass die eigene Lösungsfähigkeit deutlich stärker im Vordergrund steht, als die Problemdiagnose selbst. Sprachlich wird eher die jeweilige Problemlösung betont als das auf die Beschreibung der Problemursachen näher eingegangen wird. Das erschwert die Identifikation der jeweils zugrundeliegenden Problematisierung, da eher die Rede davon ist, was die deutsche EZ alles leisten kann, anstatt zu begründen, warum diese Leistungen jeweils als notwendig oder sinnvoll erscheinen.

<sup>122</sup> Auf die Bedeutungszuschreibung von Monitoring und Evaluierungsverfahren für erfolgreiche Wasserpolitik durch die deutsche EZ wird später gesondert eingegangen.

*delivered, and they increase the operational costs of WSPs [Water Service Providers; Anm. TK] while decreasing government revenues. The efficiency of water utilities in sub-Saharan Africa could be significantly higher with better governance.” (BMZ/GIZ 2012: 12). „The water sector is especially vulnerable to poor governance” (BMZ/GIZ 2012: 11).*

Die deutsche EZ sieht in der mangelhaften Ausbildung organisatorischer und institutioneller Kapazitäten einen zentralen Faktor für die unzureichende Wasserversorgung und behauptet entsprechend, die insuffiziente Leistungsfähigkeit von Wasserversorgern bildet die Quelle afrikanischer Wasserprobleme.<sup>123</sup> Dabei werden unterschiedliche Kapazitätsdefizite unterschieden, auch wenn sich diese Unterscheidungen nicht immer trennscharf in den Dokumenten nachvollziehen lässt.

Neben den unterentwickelten Kapazitäten zur effizienten Organisation, Führung und Anpassung der Institutionen im Wassersektor sowie der unzureichenden Fähigkeit, diese betriebswirtschaftlich produktiv zu organisieren, werden häufig unzulängliche finanzielle und personelle Ressourcen auf Seiten nationaler, regionaler oder lokaler Institutionen zur Erklärung der anhaltenden Wasserprobleme in Anschlag gebracht (vgl. AGE Consultants eG/GTZ 2009: 7; BMZ 2011b: 59-60; GIZ 2014b: 27). Entsprechend würde es an ausreichenden Ressourcen fehlen, den Wassersektor effektiv und effizient zu organisieren, da weder ausreichend Personal beschäftigt wird, noch Infrastrukturen ausreichend gepflegt oder instandgehalten werden (vgl. GTZ 2007b: 4; GIZ 2012: 18; GIZ 2015c: 7; Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2015a: 1).<sup>124</sup>

Es ergibt sich entsprechend das Bild einer Wasserversorgung, die eigentlich nach westlichem Vorbild hierarchisch sowie arbeitsteilig organisiert sein soll und zugleich wichtige Merkmale einer solchen Organisationsform vermissen lässt: Personal, Ressourcen und Kapazitäten. Folglich werden die Gründe für eine anhaltende Wasserproblematik simplifizierend in einem Mangel an ‚good governance‘ in der Wasserpolitik gesehen (vgl. BMZ 2017b: 14).

---

<sup>123</sup> Vgl. hierzu: BMZ/GIZ 2015c: 3; GIZ 2012b: 10; GIZ 2014b: 15

<sup>124</sup> Ursächlich hierfür seien wiederum vor allem Wissensdefizite innerhalb des afrikanischen Wassersektors, der bezogen auf die Problemursachen durch die deutsche EZ weitgehend homogenisiert wird. Aufgrund ihrer Relevanz für die Problematisierungsweise von Wasser durch die deutsche EZ sollen diese Wissensprobleme hier im Anschluss gesondert behandelt werden (siehe Kapitel 4.2.3.2).

Was aber unter einem solchen Mangel bzw. den synonym verwendeten Begriffen wie ‚poor governance‘ oder ‚bad governance‘ verstanden werden soll, bleibt weithin unklar. Die vermeintlichen Defizite sind in ihrer Wirkweise nur selten detailliert ausgeführt oder in ihren Effekten ausreichend beschrieben, um daraus konkrete Ursachen oder Hintergründe der Wasserkrisen abzuleiten. An einigen Stellen ist von einer fehlenden Formalisierung der Kompetenzen die Rede, die zu Ineffizienzen und Konflikten einzelner Institutionen oder Akteure führt, während zugleich Freiräume für illegales Verhalten oder Patronage entstehen<sup>125</sup> (vgl. BMZ 2006: 8; GIZ 2014b: 15; GTZ 2008: 9; GTZ/GFA Consulting Group 2009: 16-20). Zugleich wird grundsätzlich von einer verkürzten Wirkungskette ausgegangen, wonach durch einen Mangel an Rationalisierung bürokratischer Abläufe sowie unzureichender Effizienz in der betriebswirtschaftlichen Organisation zentrale Hindernisse einer guten Wasserpolitik bestehen würden. Der holzschnittartigen Problembeschreibung entsprechend existiert eine ebenso simplifizierende Lösungsvorstellung: *„Indeed, Good Water Governance can be understood as the path to fulfilling the right to water and sanitation.”* (BMZ/GIZ 2012: 13).

---

<sup>125</sup> Die Diagnose der deutschen EZ bezüglich eines weit verbreiteten Fehlverhaltens innerhalb des Wassersektors des afrikanischen Kontinents wird hier gesondert behandelt, da sie für die Problematisierung des afrikanischen Wassers eine zentrale Rolle spielt. Ähnliches gilt für den Mangel an rechtlichen, institutionellen sowie politischen Rahmenbedingungen.



Abb. 2 (Quelle: BMZ/GIZ 2012: 12)

Was grundsätzlich in allen Publikationen wie auch den Aussagen der Experten fehlt, ist eine Erläuterung, warum das Vorhandensein solcher Organisationskapazitäten einerseits von so zentraler Bedeutung ist. Andererseits bleibt offen, welche Beispiele und empirischen Nachweise für die Nützlichkeit solcher Fähigkeiten in der Wasserpolitik herangezogen werden können. Die Behauptung, etwas müsse effizienter oder effektiver organisiert werden, damit es zu verbesserten Abläufen kommt, erscheint erst einmal redundant und wenig handlungsanleitend.

Zugleich unterstellt die Diagnose, es würde sich bei den betriebswirtschaftlichen und bürokratischen Defiziten um *den* zentralen Erklärungsfaktor für die weit verbreitete Wasserarmut handeln. Damit wird die Vorstellung transportiert, jegliche Erscheinungsform der Verwaltung und Distribution von Wasser auf dem afrikanischen Kontinent wäre so desaströs und chaotisch, dass selbst kleinste Fortschritte in den organisatorischen Kapazitäten zu grundsätzlichen Verbesserungen der Versorgungssituation führen würden.

Der Eindruck, jegliche Hilfe der deutschen EZ zur Überwindung der zahlreichen Defizite im Wassersektor auf dem afrikanischen Kontinent würden sich zwangsläufig in einer verbesserten Versorgungssituation übersetzen, wird zusätzlich verstärkt, wirft man einen Blick auf die weiteren Ursachendiagnosen der deutschen Entwicklungsinstitutionen.

### 4.2.3.2 Wissensdefizite

Eng verbunden mit dem Vorwurf, den Partnerländern würde es an organisatorischen und institutionellen Kapazitäten mangeln, ist die Problemdiagnose, auf Seiten der Institutionen sowie des Personals würde es an Wissen für die effiziente Organisation, Distribution sowie für den richtigen Umgang mit Wasser in unterschiedlichen Einsatzgebieten fehlen. Ungeachtet des quantitativen Mangels an Personal in den Institutionen afrikanischer Wasserpolitik, der - so die implizite Vermutung der EZ - Resultat unzureichender finanzieller Ressourcen ist, fehlt es den verschiedenen Fachkräften vermeintlich an Wissen für die effektive Ausübung ihrer Aufgaben: Weder in den technischen Bereichen des Infrastrukturaufbaus und -instandhaltung oder der betriebswirtschaftlichen Führung der Institutionen, noch auf Ebene der politischen Entscheidungsträger hinsichtlich der Formulierung und Umsetzung von Rahmenbedingungen scheinen ausreichend Fertigkeiten und Wissen zu existieren, um die notwendigen Aufgaben ausreichend zu bewältigen. Somit sind auf allen Ebenen der wasserpolitischen Organisation und -distribution erhebliche Wissensmängel zu identifizieren, welche eine nachhaltige Nutzung der Ressource verhindern: Innerhalb der deutschen EZ geht man wiederholt davon aus, selbst die einfachste entwicklungspolitische Aufgabe *„überforderte die organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen der beteiligten Akteure. Auf nationaler Ebene sind die involvierten Organisationen heute nicht einmal in der Lage, bestehende, weniger komplexe Systeme zu pflegen und zu nutzen.“* (Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015a: 5)<sup>126</sup>.

Während der Handlungsdruck aufgrund des Klimawandels auf die Partnerländer Afrikas steigen würde, ließen sich dort kaum Fortschritte in der Fähigkeit erkennen, auf zukünftige Herausforderungen angemessen reagieren zu können: *„Viele Kommunen sind jedoch den damit verbundenen Herausforderungen noch nicht gewachsen. Auf kommunaler und regionaler Ebene fehlt es an Kompetenzen im Bereich der Wasserwirtschaft [...]. Es gelingt*

---

<sup>126</sup> Vgl. hierzu außerdem: AGEConsultants eG/GTZ 2009: 5; Centrum für Evaluation 2009b: 5-6; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015b: 2

*nicht, der steigenden Nachfrage nach sauberem Trinkwasser und einer guten Sanitärversorgung zu entsprechen.“ (Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015b: 1)<sup>127</sup>*

Dabei würden die Wissensdefizite nicht nur unmittelbar politische Entscheidungsbefugte oder Mitarbeiter der Wasserversorger betreffen, sondern ebenso diejenigen Menschen, welche aufgrund ihrer Wirtschaftstätigkeiten auf Wasser angewiesen seien - insbesondere Kleinbauern. Diese würden durch unsachgemäßen Umgang mit Bewirtschaftungsmethoden oder fehlender Kenntnis nachhaltiger Anbaumethoden zu umweltschädlichem Verhalten neigen: *„Umweltschädigende Wirtschaftsweisen sind jedoch nicht nur Merkmal industriell oder intensiv wirtschaftender landwirtschaftlicher Großunternehmen. Auch extensiv wirtschaftende Kleinbauern können Boden und Umwelt schädigen. [...] Zudem kann fehlendes Wissen im Umgang mit modernen Techniken zu einem nicht sachgemäßen Umgang mit Produktionsmitteln führen. So werden beispielsweise häufig Pestizide nicht vorschriftsgemäß ausgebracht, was zu Vergiftungen der Menschen und Belastungen von Umwelt und Lebensmitteln führen kann. Ein weiteres Problem ist oftmals die unsachgemäße Düngung. Aber auch ohne den Einsatz von Düngern oder Pflanzenschutzmitteln können Böden durch unsachgemäße Bewirtschaftung degradieren oder durch Erosion verloren gehen.“ (BMZ/GIZ 2015d: 16)<sup>128</sup>.*

Für die deutsche EZ ist die Landwirtschaft jedoch einer der zentralen Wirtschaftssektoren des afrikanischen Kontinents. Der unangemessene Wassereinsatz führt neben ökologischen Schäden daher auch zu erheblichen ökonomischen Schäden in Form ineffizienten Ressourceneinsatzes und gefährdet langfristig die Verbesserung der Ernährungssituation auf dem Kontinent.

Zudem würden die Wissensdefizite der verschiedenen Akteure das Engagement der deutschen EZ erheblich erschweren. Während die deutsche EZ versucht, ökologische Nachhaltigkeit durch ihre Maßnahmen in den Partnerländern zu etablieren, würden diese durch ihr Verhalten erreichte Fortschritte wieder zunichtemachen oder die effiziente Zielerreichung behindern (vgl. GIZ 2013b: 10-11; GIZ 2013a: 15; GIZ 2015d: 16).

Dem Vorwurf des nicht-sachgemäßen Umgangs oder Einsatzes von Technologien sowie der Zuschreibung von Unfähigkeit geht die Annahme voraus, es würde zweifelsfrei feststehen,

---

<sup>127</sup> Vgl. hierzu außerdem: GTZ 2008: 7; BMZ 2011b: 61; GIZ 2013b: 15, 17

<sup>128</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2015a: 64; BMZ/GIZ 2015b: 5; BMZ/GIZ 2015d: 10, 22

was Nachhaltigkeit erfordert und wie man diese umsetzt. Wirtschafts- und Organisationsformen, welche nicht den Vorstellungen der deutschen EZ entsprechen, werden pauschal als defizitär charakterisiert<sup>129</sup>: Selbst kooperative Wasserversorgungsstellen, welche Wasser für zahlreiche Anwohner unabhängig von Einkommen und Status sicherstellen können, werden aufgrund ihrer ökonomischen Ineffizienz als entwicklungspolitisch unbrauchbar begriffen (vgl. BMZ 2006: 9).

Dementsprechend bilden Wissensdefizite in den Darstellungen der deutschen EZ einen entscheidenden Hinweis auf Problemursachen nicht-nachhaltiger Wassernutzung, wenn es um die Erklärung ausbleibender Erfolge im Wassersektor geht - insbesondere auf Ebene von Ministerien und anderen, relevanten nationalstaatlichen Organen: *„However, their interest, knowledge and technical capacity are rather limited in many countries“* (GIZ 2013b: 17)<sup>130</sup>. Es wird davon ausgegangen, dass ohne die Unterstützung durch die deutsche EZ eine effektive wie effiziente Wasserpolitik auf dem afrikanischen Kontinent kaum dauerhaft zu verwirklichen sei: *„All diese Herausforderungen können nur erfüllt werden, wenn alle Akteure über das nötige Know-how verfügen und Strategien entwickeln, wie sie ihre Kapazitäten und Kompetenzen mobilisieren und stetig ausbauen können“* (GIZ 2014b: 27). Ohne Unterstützung würden dann selbst laufende Projekte nicht erfolgreich aufrechterhalten werden können: *„Die bislang unterstützten Koordinationsplattformen auf nationaler und auf Provinzebene sind beide ohne Begleitung durch das Vorhaben noch nicht arbeitsfähig.“* (Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2015a: 5)

Bemerkenswert ist, dass es an der Konkretisierung spezifischer Wissensdefizite sowie ihrer Relevanz für entwicklungspolitische Fortschritte vollständig fehlt. Inwieweit es etwa primär an technologischem und Ingenieurs-Wissen mangelt, welches für Planung, Aufbau und Instandhaltung der Wasserinfrastruktur nach deutschem Vorbild notwendig wäre, bleibt offen. Ebenso wenig ersichtlich ist, warum buchhalterisches Wissen und fehlerfreie Abrechnungsverfahren von so zentraler Bedeutung sind bzw. wie diese Defizite konkret

---

<sup>129</sup> Dass die deutsche EZ auch hier in gewisser Weise differenziert, zeigt sich im Umgang mit sogenannten traditionellen Wissensformen, denen eine eigene Qualität, insbesondere funktionalistisch im Hinblick auf den Erhalt von Biodiversität, zugesprochen wird (vgl. GTZ 2001; BMZ/BMUB 2016: 6).

<sup>130</sup> Vgl. hierzu außerdem: GTZ-Water 2004: 3; BMZ 2011b: 59-60; BMZ/GIZ 2012: 22-23

überwunden werden könnten. Zwar lässt sich in der Masse der Publikationen feststellen, dass das Hauptaugenmerk auf Probleme in ökonomischen Abläufen gesehen wird. Die Problemdiagnose ist dabei jedoch weder konsistent noch detailliert ausgearbeitet.

Vielmehr wird ein diffuser Wissensmangel seitens der Partnerländer diagnostiziert, der zu Problemen führt, ohne dass dabei nachvollziehbar werden würde, warum dies so zwangsläufig der Fall sein muss bzw. warum die Vermittlung bestimmter Wissensbestände die veranschlagten, positiven Wirkungen erzielen sollte: *„Nur wenn alle Akteure des Wassersektors eines Landes in der Lage sind, ihre Fähigkeiten optimal einzusetzen, ist eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung möglich.“* (GIZ 2014b: 27)<sup>131</sup> - wieso dies so sein sollte, bleibt ebenso offen wie das Verständnis der EZ von einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung.

#### **4.2.3.3 Rahmenbedingungen**

Neben dem Schwerpunkt der Kapazitätsentwicklung sieht die deutsche EZ insbesondere im *„Aufbau eines geeigneten rechtlichen, institutionellen und administrativen Rahmens für ein verbessertes Wassermanagement“* (BMZ 2006: 24) eine zentrale Stellschraube zur Bearbeitung der Wasserkrisen auf dem afrikanischen Kontinent: *„Angesichts der schwachen Institutionen und häufig wechselnden Ansprechpersonen ist es schwierig, nachhaltige Wirkungen zu erzielen. [...] Immerhin ist [...] der Wille erkennbar, sich aktiv für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einzusetzen“* (Stabsstelle Monitoring und Evaluierung 2015a: 5). Die hier angesprochene, notwendige Korrektur der Rahmenbedingungen (häufig auch als frameworks übersetzt) der Wasserversorgungspolitik bildet einen weiteren, zentralen Kritikpunkt der deutschen EZ.

Verschiedene Defizite in den unterschiedlichen Rahmenbedingungen hätten demnach mannigfaltige Probleme zur Folge:

##### **Rechtliche und administrative Rahmenbedingungen**

Fehlende Konkretisierungen der rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Umweltgesetzgebung oder des Wasserrechts erleichtern Fehlverhalten, beeinträchtigen

---

<sup>131</sup> Vgl. hierzu außerdem: GTZ/GFA Consulting Group GmbH 2009: 16-20

deren Ahndung, provozieren Konflikte und erschweren die rechtliche Regulierung von Natur. Hier werden, neben Defiziten in der Rechtssicherheit sowie mangelnder Absicherung von (Land-) Nutzungs- und Eigentumsrechten (vgl. BMZ/GIZ 2015c: 3; BMZ/GIZ 2015d: 19-20), vor allem die fehlende Berücksichtigung *„von ökologisch nachhaltigen und armutsorientierten Wasserpolitiken und Sektorstrategien“* (BMZ 2006: 24) hervorgehoben, welche die Ausrichtung nationalstaatlicher Entwicklungsaktivitäten auf Ziele nachhaltiger Entwicklung festschreiben.

Die fehlende Verknüpfung politikfeldspezifischer Aktivitäten auf sogenannte *„nationale Entwicklungsstrategien“* (vgl. BMZ 2006: 11) und einer damit verbundenen Koordination (entwicklungs-) politischer Aktivitäten unterschiedlicher Akteure - von nationalstaatlichen Institutionen bis hin zu internationalen Gebern - würde dabei nicht nur zu Ineffizienzen und gegebenenfalls widersprüchlichen Handlungen führen, sondern nutzt die Kompetenzen der Beteiligten nicht effektiv. Die deutsche EZ möchte sich entsprechend nur dort engagieren *„wo sie komparative Vorteile besitzt und signifikant wirken kann, wo die Partner Dialog- und Reformbereitschaft zeigen, und wo der institutionelle, rechtliche und politische Rahmen nachhaltige Wirkungen gewährleistet“* (BMZ 2006: 11).

Fehlende Festschreibungen langfristiger Zielsetzungen, etwa in nationalen Wasserstrategien und Aktionsplänen (vgl. BMZ 2011b: 45), erschweren zudem die regelmäßige Überprüfung von Fortschritten sowie, eng damit verbunden, die Kontrolle wasserpolitischer Aktivitäten - insbesondere der Regierungen in den Partnerländern. Gleichzeitig führt eine fehlende Berücksichtigung wasserrelevanter Zielsetzungen in nationalen Entwicklungsstrategien oder (den extern vorgegebenen) Poverty Reduction Strategie Papers (PRSP) dazu, wasserbezogenen Herausforderungen nicht ausreichend Aufmerksamkeit zu schenken (vgl. Neubert et al. 2005: 34). Man könne dementsprechend nicht erwarten, dass Partnerländer ihre Aufmerksamkeit auf die Reduktion von Armutsbeseitigung oder der verbesserten Versorgung der Menschen mit sogenannten *„Basisdienstleistungen“* lenken, sofern diese Ansprüche nicht formal abgesichert und institutionalisiert sind (vgl. Lammerding/GTZ 2009: 1-3): *„Und das hat den zweiten Aspekt, den Zugang zu Basisdienstleistungen. Zugang zu einer besseren Gesundheitsversorgung, Zugang zu Trinkwasser, Zugang zu Gesundheitssystemen, Ausbildung. Zugang zu Märkten. Also sozusagen zu den Basisdienstleistungen eines Staates.“*

(Quelle: Experteninterview 9)

### **Institutionelle Rahmenbedingungen**

Eng verbunden mit der Forderung nach ausreichenden institutionellen Kapazitäten ist die Problematisierung mangelhafter institutioneller Rahmenbedingungen. Gemeint sind damit vordergründig Abstimmungs-, Kompetenz- sowie Regulierungsdefizite von Institutionen, sprich: sich überschneidende, fehlende oder widersprüchliche Zuständigkeiten, Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen sowie unzureichend institutionalisierte Kontroll- und Regulierungsmechanismen (vgl. BMZ 2006: 95).

Die Analyse der problemursächlichen Relevanz eines vielfach erwähnten Mangels an institutionellen Rahmenbedingungen gestaltete sich dabei als schwierig: Weder aus den Publikationen, noch auf wiederholte Nachfrage in den Experteninterviews<sup>132</sup> konnte zweifelsfrei herausgearbeitet werden, was konkret darunter zu verstehen sei, wenn die Rede ist von „*a policy and institutional framework is in place that is conducive to sustainable sector development*“ (BMZ/GIZ 2012: 4).

Vielmehr wird der Eindruck erweckt, jegliche Form institutioneller Reformen, welche den Vorstellungen westlicher Bürokratisierung und Rationalisierung entsprechen, werden unter dem Begriff zusammengefasst - dies reicht von Abgrenzungs- sowie Synergieprozessen hinsichtlich institutionalisierter Zuständigkeiten unterschiedlicher Akteure über die Festschreibung von Normen und Leistungsanforderungen bis hin zur Etablierung formalisierter Rechenschaftspflichten, insbesondere hinsichtlich der Rolle von privatwirtschaftlich organisierten Versorgungsunternehmen<sup>133</sup> im Wassersektor (vgl. BMZ 2006: 95; BMZ/GIZ 2012: 11; GIZ 2014b: 2, 13, 27).

---

<sup>132</sup> Ein Beispiel aus den Interviews:

*„Deshalb bestehen zum Beispiel die Frameworks von diesen Verbesserung darin, dass wir den Regionalregierungen - Äthiopien ist ja föderal organisiert und das ist eine Zuständigkeit der Landesregierung - dass wir denen helfen, Gesetze und Verordnungen zu produzieren und zu erlassen, die zum Beispiel Weidemanagement vorschreiben. [...] Dazu brauche ich als Rahmenbedingung gesetzliche Verordnungen, Durchführungsverordnungen, Erlasse und so weiter. Und da helfen wir der Regierung, die aufzusetzen und dann später, bei der Implementierung auch, diese umzusetzen.“*

<sup>133</sup> Eine detaillierte Auseinandersetzung mit ökonomischen Effizienzzwängen sowie der Betonung ökonomischer Rentabilität findet sich in Kapitel 4.3.2.

Ein wiederkehrendes Motiv im Zusammenhang mit der Etablierung oder Verbesserung der Rahmenbedingungen ist dabei die Durchsetzung ökonomisch rationaler sowie effizienter Prozessstrukturen in den Institutionen - insbesondere der lokalen Wasserversorgungsstellen, auch „*Water Service Providers (WSPs)*“ (BMZ/GIZ 2012: 4) genannt - sowie der Institutionalisierung von Regulierungsmechanismen. Den Partnern müsse die Notwendigkeit vermittelt werden „*to accept the fact that WSPs are now commercial, autonomous entities [...] and are subject to regulation.*“ (BMZ/GIZ 2012: 22-23).

Die institutionellen Rahmenbedingungen seien notwendig, um ökonomische Ineffizienzen zu vermeiden: unzureichende Mittelverwendung (vgl. BMZ/GIZ 2012: 4) ebenso wie Finanzierungsmodelle, welche nicht an die Performanz der Versorger gebunden bzw. nicht zeitlich begrenzt sind (vgl. BMZ/GIZ 2012: 18).

Das grundsätzliche Problem bestehe hier in fehlender Formalisierung, so dass beispielsweise selbst diejenigen WSPs eine Versorgungslizenz erhalten, welche nur unzureichende oder überbeuerte Leistungen erbringen, ihr Versorgungsgebiet selbstständig ausweiten oder keine Mechanismen für Beschwerden und Kundenservice bereithalten (vgl. BMZ 2006: 17; BMZ/GIZ 2012: 27; GIZ 2013c: 9).

Mit einer verstärkten, institutionalisierten Regulierung will man zudem das Problem mangelnder Überwachung in den Griff zu bekommen, welches aus Sicht der deutschen EZ (siehe Kapitel 4.2.3.5) mit zu den entscheidenden Defiziten afrikanischer Wasserpolitik zählt (vgl. BMZ 2006: 26).

Grundsätzlich geht für die deutsche EZ mit der Forderung nach angemessenen Rahmenbedingungen die Formalisierung, Institutionalisierung und rechtliche Absicherung spezifischer Zielsetzungen, Normen und Kontrollmechanismen einher, welche die Orientierung (entwicklungs-)politischer Aktivitäten unterschiedlicher Akteure auf zuvor definierte Zwecke und Absichten garantieren soll. Fehlen diese Rahmenbedingungen, entstehen - so die implizite Diagnose der deutschen EZ - unkontrollierte Spielräume für informelle, illegale oder ineffiziente Handlungen involvierter Akteure.

#### 4.2.3.4 Falsche oder defizitäre Einstellungen

Einer der zentralen Vorwürfe der deutschen EZ an die Partnerländer wird in den Publikationen, ebenso wie in den Interviews<sup>134</sup>, nur implizit formuliert, doch findet sich an zahlreichen Stellen wieder: Seitens der deutschen Entwicklungspolitik geht man davon aus, dass - auch außerhalb der staatlichen Organisation und Distribution von Wasser - grundsätzlich fehlerhafte oder falsche Einstellungen und Motivationslagen seitens der beteiligten Akteure bestehen. Entgegen expliziter Problemdiagnosen, dass es etwa an angemessenen Rahmenbedingungen fehlt oder die finanzielle Ressourcenausstattung der Wasserpolitik dringend zu verbessern sei, drückt sich der Vorwurf defizitärer Motivationslagen und Einstellungen nur selten auf der Textoberfläche aus. Eine Ausnahme bildet die deutliche Kritik an einer problematischen Mentalität innerhalb der kenyanischen Wassersektorpolitik: *„Local politicians attempt to manipulate public consultations on tariff adjustment [...]. In many instances, the appointment of WSP board members continues to be a political matter for local authorities and is therefore prone to patronage and nepotism. Due to capture and conflicts of interest, boards do not professionally fulfil their oversight role. Many directors seem to lack leadership and integrity. They interfere with the day-to-day-management of utilities to secure their vested interests, which typically involve nepotism and tribalism, or personal financial gain“* (BMZ/GIZ 2012: 22-23, in: Good Gov). *„Experience shows that [...] reform process not only partly failed, but in some cases the reform process was actively blocked at certain stages. [...] Another obstacle to effective coordination has been the lack of a reliable support“* (GTZ 2008: 13).

---

<sup>134</sup> Ein Beispiel aus den Interviews:

*„Das Thema, der Haushaltsversorgung von Wasser [...], war in der Regel hier große, häufig staatliche Unternehmen hatten, die, sagen wir mal, mit einem hohen Maß an politischer Einflussnahme zu tun hatten, die sehr viel auch mit Korruption zu tun hatten, mit schlechter Governance, mit kaum vorhandenen Kapazitäten. Und da waren auch viele Probleme der schlechten Wasserversorgung eigentlich auf diese fehlende Leistungsfähigkeit der Wasserversorger zurückzuführen war. Die fehlende Leistungsfähigkeit insofern von innen, weil sie nicht gut aufgestellt waren, weil sie nicht das richtige Personal hatten, aber auch von außen bei den Wasserversorgern eben keine guten Incentives gesetzt wurden. Sie haben keine guten Rahmenbedingungen gehabt, diese Unternehmen sind teilweise nicht, sagen wir mal, vernünftig gesteuert worden.“*

Deutlich wird durch diese Textbeispiele, dass der Erfolg sektoraler Reformvorhaben und anderer entwicklungspolitischer Aktivitäten - wie etwa der Etablierung rechtlicher Rahmenbedingungen - letztlich an den Einstellungen und Motivationslagen einzelner Akteure scheitern kann. Implizit vorausgesetzt wird dabei, sie besitzen ausreichende Entscheidungsmacht, wobei in den Publikationen nicht deutlich wird, worin diese Durchsetzungsfähigkeit besteht bzw. wie diese identifiziert werden kann. Scheinbar ist aus Sicht der deutschen Entwicklungspolitik jeder Akteur in der Lage, die Wirksamkeit entwicklungspolitischer Interventionen grundlegend zu behindern, ungeachtet seiner institutionellen oder sozioökonomischen Position. Denn auffälligerweise zielt die Kritik der deutschen EZ hinsichtlich defizitärer Wesensmerkmale nicht nur auf politische Entscheidungsträger oder das Personal von Wasserversorgern, sondern ebenso auf die Bürgerinnen und Bürger der Partnerländer selbst.<sup>135</sup> Eine nachvollziehbare Differenzierung hinsichtlich politischer Einflussmöglichkeiten wird dabei nicht eingeführt: *„However, despite these measures, the persistence of old behavioural patterns from both the duty bearer (i.e. WSPs failing to comply with the principles of good governance and to enforce corporate governance standards) and rights holders (i.e. consumers failing to pay their water bills) significantly limit the effectiveness of sector development.”* (BMZ/GIZ 2012: 30).

Die vielfältigen Unterschiede der Akteure nivellierend, tragen sie alle gemeinsam zum Scheitern entwicklungspolitischer Aktivitäten bei. Fraglich bleibt bei all dieser Homogenisierung, wie sich die deutsche EZ einer solch diffusen Einflussgröße annehmen soll. Zwar verfolgen zahlreiche Beratungsleistungen das übergeordnete Ziel, die individuellen Einstellungen der Menschen im Sinne entwicklungspolitischer Ziele zu transformieren. Denn die Akteureinstellungen können aus Sicht der deutschen EZ letztlich über den Erfolg oder Misserfolg entwicklungspolitischer Aktivitäten entscheiden. Oder, wie es die GTZ in einer Projektevaluation stichwortartig ausdrückt: *„The main reasons for the unsatisfying progress of the project can be summarised as follows: Deficient and not very motivated / dynamic management of LCBC [Lake Chad Basin Commission; Anm. TK] [...] Very limited human*

---

<sup>135</sup> Quantitativ überwiegen in den untersuchten Publikationen jedoch Anklagen an vermeintlich korrupte Eliten, die durch Patronage, Nepotismus oder andere illegale Praktiken die Anstrengungen deutscher Entwicklungsprojekte gefährden oder diese in der Entfaltung ihrer Wirkung behindert haben. Dieser Vorwurf an afrikanische Machthaber ist dabei nicht neu (vgl. Holz 2010: 7; Eckert 2015: 7).

*resources being able to receive and benefit from the outputs of the project*” (GTZ 2007b: 4-5). Offen bleibt jedoch, wie all diese weichen Faktoren und komplexen Einflussgrößen seitens der EZ in ihrer Ganzheit bearbeitet und verbessert werden sollen.

Bemerkenswert ist zudem, wie häufig eine unzureichende Zahlungsmoral von Wasserkunden als ursächliches Problem schlechter Wasserversorgung identifiziert wird: *„Externe Hauptrisiken für Nachhaltigkeit sind: [...] Andauernde schlechte Zahlungsmoral der Kunden der Wasser- und Sanitärversorgungsunternehmen sowie der Nutzer von Wasserressourcen“* (Centrum für Evaluation 2009b: 8-9)<sup>136</sup>. Die Herausforderung ökonomischer Effizienz, welche ohnehin aufgrund fehlender Rahmenbedingungen, mangelnder Fachexpertise, schlechter finanzieller wie personeller Ausstattung und bürokratischer Ineffektivität gefährdet ist, wird demnach zusätzlich erschwert durch problematische Einstellungen seitens der Bevölkerung. Diese werden durch die deutsche EZ vordringlich in ihrer Rolle als zahlungspflichtige Kunden und Dienstleistungsempfänger wahrgenommen - und nicht als Empfänger staatlicher Leistungen oder als abhängig von Wasserversorgung. Zwar betonen die Publikationen häufig die Hilfsbedürftigkeit insbesondere armer Bevölkerungsteile, zugleich wird wiederholt darauf hingewiesen, dass den Bürgerinnen und Bürger die notwendige Zahlungsmoral fehlt, um eine ökonomisch nachhaltige Wasserwirtschaft am Leben zu erhalten (vgl. BMZ 2006: 18; BMZ/GIZ 2012: 30).

Verschärft wird dieses Problem durch die Beschreibung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen als Opfer korrupter Machteliten, denen gegenüber die Ärmsten kaum politische Durchsetzungsfähigkeiten besitzen. Vielmehr beschreibt der Diskurs der deutschen EZ um Wasserprobleme die Entscheider im Wassersektor ebenso wie die Konsumenten gleichermaßen als zahlungsunwillig und korrupt<sup>137</sup>.

#### **4.2.3.5 Mangel an Kontrolle und Evaluierung**

Dass vielfältiges Fehlverhalten überhaupt so flächendeckend zum Problem werden kann, liegt laut der deutschen EZ neben dem Fehlen ausreichender (rechtlicher) Rahmenbedingungen vordringlich an der Absenz regelmäßiger, verlässlicher und effektiv

---

<sup>136</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2012: 30; Neubert et al. 2005: 21-22

<sup>137</sup> Vgl. hierzu: Lammerding/GTZ 2009: 2; BMZ/GIZ 2012: 7, 11; BMZ/GIZ/KfW 2015: 2

durchgesetzter Kontroll- und Evaluierungsmechanismen. Ohne die beständige Überwachung der Akteure könne eine effektive Regulierung des Sektors (die wiederum von zentraler Relevanz ist) nicht erfolgen: *„Accurate and reliable information is central to effective regulation.“* (Lammerding/GTZ 2009: 4)<sup>138</sup> Das Ausbleiben von kontinuierlichen Kontrollmomenten bzw. das Fehlen konkreter Überwachungsmechanismen könne so Freiräume für Ineffektivität, Ineffizienzen oder schädliches Verhalten schaffen, welches dann wiederum den Erfolg der Projektaktivitäten gefährdet. In vermeintlicher Wechselwirkung mit anderen Problemdiagnosen der deutschen EZ, laufen dann etwa Rahmenbedingungen oder institutionalisierte Entwicklungsziele, welche nicht durch Monitoringverfahren abgesichert werden, Gefahr, wirkungslos zu bleiben oder ihre Ziele nicht erreichen zu können (vgl. BMZ 2006: 27; BMZ/GIZ 2012: 27-29; BMZ/GIZ/KfW 2015: 2).

Eingebettet in die entwicklungspolitisch populäre Erzählung vom Teufelskreis der Armut, wird eine institutionalisierte Kontrolle des Wassersektors exemplarisch zum kritischen Moment erklärt, um die Abwärtsspirale aus schlechter Versorgung und desaströser Lebenssituation zu durchbrechen: *„As long as service provision to low income areas remains outside a system where minimum service standards can be monitored and enforced, urban poverty and inadequate access to water and sanitation services continue to reinforce each other.“* (Lammerding/GTZ 2009: 2)

Zugleich können notwendige Adaptionsleistungen, also die Anpassung an lokale Gegebenheiten und Herausforderungen, nur dann erfolgen, wenn über Evaluationsverfahren der Ist-Zustand eruiert wird. *„Grundlagen für ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement sind auch die fachgerechte Erhebung und Verarbeitung hydrologischer und sozioökonomischer Daten“* (BMZ 2006: 24).

Implizit unterstellt wird damit, die relevanten Charakteristika, an welche eine Anpassung zur effektiven Umsetzung von Entwicklungsprogrammen notwendig sei, könnten durch die angewandten Erhebungsmethoden identifiziert werden - und die deutsche EZ wäre dann in der Lage, ihre Aktivitäten auf diese Gegebenheiten auszurichten (vgl. BMZ Presseservice 2012: 2; BMZ/GIZ 2015d: 9; GIZ 2013d: 1; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015b: 3; GIZ 2015c: 2; Statistisches Bundesamt 2005: 10).

---

<sup>138</sup> Vgl. hierzu außerdem: BMZ/GIZ 2012: 31

Das Fehlen von Monitoring und Evaluationsverfahren gefährdet demzufolge nicht nur die Steigerung von Effektivität und Effizienz entwicklungspolitischer Maßnahmen, sondern wird als notwendige Voraussetzung für Adaptionen<sup>139</sup> begriffen.

#### **4.2.3.6 Zusammenfassung**

Anthropogene Einflüsse auf die Hydrosphäre spielen in der Problemdiagnose der deutschen EZ nur insofern eine Rolle, als dass zwar menschliche Aktivitäten eine Verantwortung zugesprochen wird, sich dies jedoch vornehmlich auf organisatorische, institutionelle, personelle, politische sowie individuelle Defizite beschränkt. Ursache der desaströsen Wassersituation in vielen Ländern Afrikas ist demnach hauptsächlich ein umfassendes Governancedefizit in den Ländern des Kontinents. Im Zentrum stehen dabei einerseits vielfältige Kapazitätsdefizite (Wissen, Ressourcen, Verfahren) sowie unzureichende Rahmenbedingungen seitens der Entwicklungsländer. Andererseits wird relativ uneindeutig auf Mängel in Einstellungen, Gewohnheiten und Orientierungen unterschiedlicher Akteure verwiesen und die Verantwortung für Wasserprobleme damit gewissermaßen auf Individualebene verortet. Hauptverursacher der Wasserkrise auf dem afrikanischen Kontinent sind demzufolge die afrikanischen Regierungen, ihre Institutionen und Behörden sowie letztlich die Einwohner selbst.

Hingegen werden weder die nationalstaatliche wie entwicklungspolitische Förderung bzw. die handelspolitische Begünstigung industrieller Landwirtschaftspraktiken, mineralischer Abbau- und Förderprozesse noch großflächige Verkehrsinfrastrukturprogramme angesprochen und in ihrer Ursächlichkeit für bestimmte Umweltdegradationen thematisiert (vgl. BMZ 2017b: 8; Bardi 2013: 273; Nuscheler 2016: 166, 174, 182, 203). Ebenso wenig finden sich Hinweise auf umfassende Trends in der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte, welche Landflucht und Urbanisierung

---

<sup>139</sup> Adaption beschreibt die Fähigkeit komplexer Systeme, auf veränderte Umwelteinflüsse zu reagieren. Im Kontext von Nachhaltigkeit und anthropogener Klimakrise wird hier besonderes Augenmerk auf die Informationsverarbeitungs- und Anpassungsleistung gegenüber veränderten Umwelteinflüssen gelegt. Die Adaption an eine klimatisch sich transformierende Natur erfordert zusätzlich die Ausbildung von Resilienz gegenüber Störungen und verstärkten Belastungsszenarien (vgl. Becker/Jahn 2006: 277-278).

systematisch begünstigten (vgl. Becker/Hamer/Morrison 1996: 259-261 ; Rudloff 2007: 2-3; Nuscheler 2016: 206-210), während die Entstehung informeller Siedlungen aus entwicklungspolitischer Perspektive lange Zeit vernachlässigt wurde<sup>140</sup>.

Zugleich suggerieren die Ausführungen in den Veröffentlichungen, die sozialökologische Krise auf dem afrikanischen Kontinent sei zu großen Teilen ein hausgemachtes, afrikanisches Problem: Alle Problemursachen lassen sich innerhalb der Strukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Teilbereich des Kontinents identifizieren - Unterentwicklung sei demnach ein endogenes Problem. Exogene Problemursachen, welche etwa die Rolle verbindlicher Strukturanpassungsprogramme für das Entstehen von sogenannten Governancedefiziten (etwa die Kürzung öffentlicher Haushaltsmittel aufgrund von Austeritätswängen, welche die Ausbildung und Bezahlung qualifizierten Personals erschwerte)<sup>141</sup> ernst nehmen, fehlen zugleich völlig.

Hinzu kommt die Vernachlässigung von globalen Makrotrends auf kultureller, politischer und wirtschaftlicher Ebene, die zu einer Ausweitung einer nicht-nachhaltigen Produktions-, Lebens-, und Konsumweise beigetragen und die vermeintlichen Entwicklungsländer verstärkt in ressourcenintensive Entwicklungsmuster verstrickt haben. Die Ignoranz gegenüber der „Nicht-Identität“ von Natur (Wissen 2011: 122) machte dabei blind für die destruktiven Konsequenzen einer Zukunftsgestaltung, welche sich politisch einseitig auf die quantitative Zunahme wirtschaftlichen Wohlstands konzentrierte und die biophysischen Bedingungen solcher Wachstumsprozesse dabei außer Acht ließ (vgl. Altvater 2005: 106; Altvater 2008: 151-152).

Grundsätzlich erweist sich die Problemdiagnose der deutschen EZ dabei als weitgehend unterkomplex, vernachlässigt dabei konsequent Widersprüche zwischen eigens formulierten Ansprüchen und Zielsetzungen und bekommt so relevante Zielkonflikte nicht in den Blick. Zudem vermittelt die einseitige Kritik an Inkompetenz und mangelhaften

---

<sup>140</sup> Hinweise auf sozialökologisch problematische Effekte zunehmender Verstädterung finden sich im entwicklungspolitischen Diskurs Deutschlands erstmals 2005 in einer Studie des DIE mit dem Titel „Empfehlungen zur zukünftigen strategischen Orientierung der deutschen EZ im Wasser- und Bewässerungssektor“. In der Zeit davor wurde Urbanisierungsprozessen nur bedingt Aufmerksamkeit zuteil.

<sup>141</sup> Vgl. hierzu exemplarisch Langenfeld 2017: 210 sowie Frauenlob/Kuhnmann et al. 2017: 3

Entwicklungsbedingungen seitens der Partnerländer nicht nur den Eindruck, die historischen Entwicklungen im Verhältnis zwischen Nord und Süd sowie die Entstehungsbedingungen des anthropogenen Klimawandels wären für die aktuellen Probleme unerheblich, sondern verlagert die Verantwortung für Erfolg oder Scheitern entwicklungspolitischen Aktivitäten unilateral auf die Partnerländer. Die deutsche EZ - trotz ihrer umfassenden Evaluations- und Revisionspraxis - nimmt sich damit weitgehend aus dem Erklärungszusammenhang zur Geschichte gescheiterter Entwicklungspolitik im Wassersektor. Aus Sicht der deutschen EZ kommt ihr vielmehr die Rolle eines Problemlösers zu, welcher über die korrekten Mittel zur Bearbeitung der Wasserkrise verfügen würde. Der Diskurs um die Problemursachen afrikanischer Wasserkrise lässt damit potentielle Einflussfaktoren konsequent außen vor, ohne die Selektivität in der Problematisierungsweise zu reflektieren oder die eigene Rolle in der Stabilisierung asymmetrischer Entwicklungsverläufe zu thematisieren. Vielmehr begreift sich die deutsche EZ in ihrer Rolle zur Fehlerbehebung als Akteur, welcher die relevanten Problemlösungsfähigkeiten bereithält.

### 4.3 Strategien zur Erreichung der anvisierten Ziele

Auffällig in den untersuchten Publikationen ist, dass die hier untersuchte Problemdiagnose der deutschen EZ hinsichtlich Wasser nur bedingt an der Textoberfläche erkennbar wird, also ausschließlich mit Hilfe inhalts- und diskursanalytischer Werkzeuge herausgearbeitet werden kann. Die Kritik oder Problematisierung von Defiziten, Fehlverhalten oder Schwächen der afrikanischen Wassersektoren und -akteure werden sporadisch explizit gemacht. Es wird seitens der deutschen EZ weniger darüber geredet, was konkret Ursache oder Problem einer unzureichenden Versorgung der Menschen oder etwa einer nicht-nachhaltigen Überbeanspruchung der Ressource ist, als darüber, was die EZ ihrerseits leisten kann und auf welche Ziele sie ausgerichtet ist.

So kann die Problemdiagnose einzig dadurch herausgearbeitet werden, indem analysiert wird, welche Interventionen, Hilfestellungen oder Maßnahmen seitens der deutschen EZ für notwendig erachtet werden, um die (vorab definierten) Entwicklungsziele<sup>142</sup> (effektiv und

---

<sup>142</sup> Inwieweit die Formulierung nationaler Entwicklungsstrategien, die - neben international institutionalisierten Entwicklungszielen wie den SDGs - den Rahmen entwicklungspolitischer Aktivitäten vorgeben, als autonom formuliert und demokratisch legitimiert bezeichnet werden können, kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit

effizient) zu erreichen. Zugleich erfolgt die Beschreibung der Problemlagen offenkundig vor dem Hintergrund der Fähigkeiten, Fertigkeiten und Leistungsangebote der deutschen EZ selbst: Im Vordergrund steht so eine zuversichtliche Deutung afrikanischer Wasserkrisen als lös- und handhabbar - zumindest im Falle einer korrekten Anwendung der angebotenen Lösungsmechanismen. Die eigene Fähigkeit zur Bearbeitung der Krisen steht damit im Vordergrund. Indem sich die deutsche EZ gewissermaßen selbst in die Problemlösung einschreibt, bewirbt sie ihre eigenen Aktivitäten argumentativ als zielgerichtet, sinnvoll und effektiv.

Mit Hilfe der hier angewandten theoretischen Untersuchungsperspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse soll unter Betrachtung der anvisierten Lösungsmechanismen und entwicklungspolitischen Aktivitäten herausgearbeitet werden, wie aus Sicht der deutschen EZ die Beziehung zwischen Mensch und Wasser zukünftig idealerweise ausgestaltet und strukturiert werden soll.<sup>143</sup>

### **4.3.1 Beratungsleistungen**

Die deutsche EZ wurde hier vor allem hinsichtlich der technischen Zusammenarbeit (TZ) untersucht. Wie einleitend bereits angemerkt, gestaltet sich eine Analyse der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) seitens der KfW als schwierig, da weder umfassende Publikationen einen Einblick in das vorherrschende Naturverständnis noch detaillierte Projektbeschreibungen eine Aussage über Inhalt und Mechanismen der Aktivitäten vor Ort

---

nicht angemessen diskutiert werden. Es muss hier der Verweis auf eine vielfältige, uneinheitliche Forschungsdiskussion genügen (vgl. Zürn 2007).

<sup>143</sup> Bei der Analyse der Lösungsstrategien ergibt sich jedoch ein epistemologisches Problem, das bereits bei der Generierung des Untersuchungsmaterials mehrfach auftaucht: ein Mangel an Konkretisierungen im Textmaterial selbst. Sprich: Oftmals wird nicht eindeutig in Schriftstücken erkennbar, welche exakten Zielvorstellungen sich mit Projekten oder Maßnahmen verknüpfen lassen. So kann auch hinsichtlich der anvisierten Zielverwirklichung nur eine Annäherung an die Praxis unternommen werden - Aussagen zu dem, was konkret ‚on the ground‘ an entwicklungspolitischen Maßnahmen abläuft, lassen sich im Rahmen dieser Arbeit nicht treffen. Konzentriert wird sich im Hinblick auf die Analyse der Lösungsvorstellungen daher auf die dahinterliegende Problematisierungsweise von Entwicklung, Natur und Nachhaltigkeit.

zulassen. Zudem unterstehen TZ wie FZ in den meisten Fällen<sup>144</sup> der Weisungsbefugnis des BMZ; d.h., dessen Zielorientierung spiegelt sich auch in der Arbeit der Durchführungsorganisationen wider. Wenn also im Folgenden davon die Rede ist, dass Beratungsleistungen den zentralen Mechanismus entwicklungspolitischer Arbeit Deutschlands ausmachen, sind damit vordringlich die akteursgebundenen Aktivitäten der GIZ im Auftrag des BMZ gemeint.

Die Projekte, in denen diese Beratungsleistungen erfolgen, werden dabei häufig durch die KfW kofinanziert; d.h. während die GIZ die Beratungsleistungen in einem Projekt übernimmt, werden von der KfW entsprechende finanzielle Ressourcen - etwa für Infrastruktur oder Gehälter - zur Verfügung gestellt: *„Und jede Rechnung des Bauunternehmers geht an den Wasserversorger. Also jede Rechnung des Bauunternehmers geht an den Durchführungsconsultant, der Durchführungsconsultant, der die Bauüberwachung ja auch verantwortet, muss abzeichnen, ob das dem Baufortschritt entspricht. Dann geht die Rechnung an den Wasserversorger. Und der Wasserversorger prüft das dann nochmal, muss da sein Kürzel drunter setzen und schickt es an die KfW. Und die KfW zahlt dann aber direkt an den Bauunternehmer. Das heißt, die Mittel liegen hier physisch in Frankfurt und gehen dann direkt an die Dienstleister, entweder den Consultant oder den Bauunternehmer.“*

(Quelle: Experteninterview 1)

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, die gesamte deutsche EZ konzentriert sich in ihrer Arbeit ausschließlich auf Strategien und Prozesse der Wissensvermittlung - auch, wenn diese den zentralen Eckpfeiler der Aktivitäten bilden (vgl. BMZ 2012a: 10; BMZ 2017f). Vielmehr sollen sich technische wie finanzielle Zusammenarbeit idealerweise unter einer geteilten Agenda ergänzen und wechselseitig befördern.

---

<sup>144</sup> Die GIZ wie die KfW kooperieren als Durchführungsorganisationen auch mit anderen Auftraggebern (vgl. GIZ Projektdaten; Kreditanstalt für Wiederaufbau Projektdatenbank). Für die hier vorliegende Analyse ist jedoch ausschließlich die staatliche EZ Deutschlands von Interesse, die zugleich den schwerpunktmäßigen Teil der Arbeit der Durchführungsorganisationen in Auftrag gibt.

### **4.3.1.1 Good Water Governance: Anlernen der richtigen Organisationsweise der Ressource?**

Wie sich gezeigt hat, stehen vielfältige Kapazitätsdefizite im Zentrum der Problemdiagnose seitens der deutschen EZ. Eine mangelhafte finanzielle Ausstattung ist dabei nur von geringer Relevanz für die Problematisierung von Wasser durch die deutsche EZ. Unzureichende finanzielle Kapazitäten können zudem recht einfach durch Leistungen der Entwicklungshilfe aufgefangen werden - etwa durch die Bereitstellung von monetären Entwicklungsleistungen direkt an die jeweiligen Regierungen in den Partnerländern bzw. die lokalen Wasserversorger in Form von Haushaltszuschüssen - exemplarisch sei hier der Water Services Trust Fund in Kenia genannt (vgl. GIZ 2014b: 1).

Von größerem Interesse für die vorliegende Arbeit sind diejenigen Kapazitätsdefizite, welche seitens der deutschen EZ für die defizitäre und unzureichende Organisation von Wasserressourcen identifiziert werden: organisatorische, administrative und personelle Kompetenzen, Fertigkeiten und Potentiale. Diese stehen auch im Fokus der entwicklungspolitischen Arbeit der TZ (vgl. BMZ 2011a: 7; BMZ Presseservice 2012: 2; Neubert et al. 2005: 22): *„Die Verbesserung der Kapazitäten für ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement sowie für bezahlbare Wasser- und Sanitärversorgung ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung eines wichtigen Entwicklungsproblems, insbesondere für die ländlichen und randstädtischen Gebiete dar, in denen zumeist arme Menschen leben.“* (Stabstelle Monitoring und Evaluierung 2014a: 2)

Übergeordnete Zielsetzung und umfassendes Leitprinzip der wasserpolitischen EZ ist, wie einleitend angemerkt, das Konzept der Good Governance im Wassersektor. Dass es dem Konzept per se an inhaltlicher Konkretisierung mangelt und in der wissenschaftlichen Forschung teils Uneinigkeit bezüglich der Wirksamkeit und Anwendbarkeit des Konzepts besteht, sollte deutlich geworden sein (vgl. Simonis 2004: 4). Dies hindert jedoch die deutsche EZ nicht daran - nach intensiver Bewerbung von IWRM als zentralem Schlüsselmechanismus der Wasserpolitik (vgl. Neubert et al. 2005: 28-29; BMZ 2006: 14) - weitgehend auf die Betonung von Governance als Leitprinzip umzuschwenken, ohne dabei auf Defizite des Konzepts zu verweisen: *„Deutschland bestärkt die afrikanischen Organisationen darin, sowohl umfassende Governance-Standards und -Plattformen als auch spezifische Governance-Themen und -Agenden voranzutreiben. [...] Die Unterstützung durch*

*die deutsche Entwicklungspolitik hat dazu beigetragen, dass in Partnerorganisationen administrative Strukturen verbessert worden sind. [...] Damit steigen die Aussichten für eine nachhaltige Erhöhung der Governance-Standards in Afrika.“* (BMZ 2011b: 6)

Zwar wird die Bedeutung von IWRM damit nicht negiert - im Gegenteil: IWRM bleibt das grundsätzlich handlungsleitende Konzept des Ressourcenmanagements und sollte in jeder entwicklungspolitischen Maßnahme mit Bezugnahme zu Wasser Berücksichtigung finden bzw. vom Partner in seiner Arbeit übernommen werden (vgl. GIZ 2014b: 19; BMZ 2017b: 14). Allerdings liegt der Fokus der deutschen EZ mittlerweile nicht mehr ausschließlich auf der Ebene der unmittelbaren Organisation und Distribution der Ressource, sondern auf Interventionen in die umfassenden, wasserpolitischen, institutionellen wie personellen Rahmenbedingungen der Partnerländer.

Die Diagnose der EZ, die *„Wasserkrise ist eine Governance-Krise“* (GIZ 2014b: 2), hat entsprechend die Forderung zur Folge, im Bereich guter Regierungsführung auf positive Veränderungen hinzuwirken: *Good Governance „should guide policies and legal and institutional structures, as well as the behaviour of individuals or organisations responsible for managing water resources or delivering water services.“* (BMZ/GIZ 2012: 10)

Zentrale Kriterien einer solchen guten Regierungsführung aus Sicht der deutschen EZ entstammen dabei weitgehend den wissenschaftlichen Diskussionen zu Governance in den Sozialwissenschaften. In Widerspruch zu diesen Forschungsdiskursen werden allerdings innerhalb der EZ Publikationen die konkreten Anwendungsbedingungen (und Anwendungsprobleme) nicht ausreichend thematisiert.<sup>145</sup> Begrifflichkeiten wie Partizipation, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Rechtsstaatlichkeit oder Effizienz wirken auf den Leser vordergründig als sinnvolle Forderung an die Politikgestaltung im Wassersektor, finden sie sich doch ebenfalls in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um politische Regulierung

---

<sup>145</sup> Die enorme Bandbreite an Diskussionen zu den hier aufgegriffenen Themen wie Partizipation oder Responsivität kann hier nicht wiedergegeben werden. Es muss der Hinweis genügen, dass keines der Kriterien in seiner Anwendung und Umsetzung voraussetzungslos ist, sondern vielmehr umfassende Ansprüche an die beteiligten Akteure und Strukturen gestellt werden und zugleich nicht gesichert ist, dass die Verfahren eine positive Wirkung auf die Inklusivität, Effektivität oder Legitimität politischer Entscheidungsfindungsprozesse haben (vgl. hierzu exemplarisch Hebestreit 2013: 25-26, 183-184, 188-193; vgl. Ladwig/Jugov et al. 2007: 14-18; Rodrik/Zeckhauser 1988: 608-613).

unter den Bedingungen von Demokratie wieder (vgl. Nuscheler 2009: 8-10; Ladwig/Jugov et al. 2007: 6). Die Forderung der deutschen EZ, diese Konzepte also nun in der EZ zur Anwendung zu bringen, wirken daher auf den ersten Blick sinnvoll und zielführend. Wenn die Wasserkrise vordringlich auf eine Governance-Krise in den Ländern Afrikas zurückzuführen ist, dann müsste die Lösung eben auch auf Ebene der Verbesserung von Governance ansetzen.

Die Betonung von Good Governance als Voraussetzung nachhaltiger Wasserpolitik durch die deutsche EZ ist jedoch an vielen Stellen redundant und teils so unspezifisch, dass kaum mit einer konkreten handlungsanleitenden Wirkung in der entwicklungspolitischen Arbeit gerechnet werden kann. Die inhaltliche Unbestimmbarkeit und Unverbindlichkeit der Governance-spezifischen Ausführungen sind dabei charakteristisch für die gesamte Bandbreite der Publikationen, die sich durch Generalisierungen, optimistische Wirkungsannahmen und Argumentationen auf unspezifischen Allgemeinplätzen auszeichnet:

Der Begriff Governance taucht zwar allorts auf, bleibt aber inhaltlich diffus und lässt keinerlei konkreten Hinweise auf seine angemessene Anwendung zu. Trotzdem werden mit Interventionen im Governancebereich konsequent positive Effekte assoziiert (vgl. BMZ/GIZ 2012: 6): *„Governance in the water sector is particularly important because access to basic services and the adequate quality of these services are essential elements in helping people rise out of poverty. [...] The efficiency of water utilities in sub-Saharan Africa could be significantly higher with better governance (Auriol/Blanc 2009).“* (BMZ/GIZ 2012: 12)

Es wirkt daher stellenweise verkürzt und naiv, wenn davon die Rede ist, dass *„Citizens (i.e. consumers and water users) have an opportunity to influence processes and decisions in a meaningful way“* (BMZ/GIZ 2012: 10). Oder, dass *„Legal frameworks and regulations are fair and are enforced impartially“*, da man Rechtsstaatlichkeit einfordert (BMZ/GIZ 2012: 10).

Dass es bei der Bearbeitung komplexer Herausforderungen mit der Übertragung simpler Modelle auf vielschichtige Verhältnisse und Problemkonstellationen<sup>146</sup> nicht getan ist, war dabei eigentlich schon länger bekannt:

---

<sup>146</sup> Zugleich negiert die eindimensionale Diagnose von Governancedefiziten einerseits andere, exogene Ursache-Wirkungszusammenhänge, welche die vermeintlich unzureichende Kapazitätsentwicklung und

*„Entwicklungsbehörden wie das BMZ und die GTZ entwickelten Fahrpläne für die Förderung von Good Governance. Aber solche technokratische Artefakte scheitern, weil sie die sozioökonomischen und soziokulturellen Verschiedenheiten sowie die Erkenntnisse von Entwicklungstheorien und der Regionalwissenschaften weitgehend ausblenden. Sie scheitern vor allem dort, wo Bad Governance Blockaden gegen Reformprozesse aufbaut. Es ist deshalb erinnerungswürdig, dass auch Rudolf Dolzer (2007: 19), der Good Governance zum universellen Leitbild von Entwicklung erkor, am Ende die Warnung ausspricht: ‚Der Oktroi von Methoden nach Art von Blaupausen vom Reißbrett, die in jedes Land importiert werden sollten, verspricht danach keinen Erfolg.‘ Es erwies sich als unmöglich, von außen durch eine Art von constitutional engineering Rahmenbedingungen für Good Governance herzustellen.“*  
(Nuscheler 2009: 60-61)

#### **4.3.1.2 Mechanismus: Partizipation**

Partizipation bildet einen wichtigen Bestandteil der Good Governance Forderungen der deutschen EZ. Mit Involvierung und Mitwirkung verbinden sich für die deutsche EZ argumentativ - erneut im losen und oberflächlichen Anschluss an wissenschaftliche Forschung zu Partizipation - einige Vorteile, was die häufige Bezugnahme auf den Begriff in den Publikationen erklären könnte.

Auffällig im Hinblick auf Partizipation ist jedoch das verengte und funktionalistische Begriffsverständnis der deutschen EZ. Während in der sozialwissenschaftlichen Diskussion eine kontroverse und vielschichtige Diskussion um das Begriffskonzept existiert (vgl. Geißel/Penrose 2003: 3-5), werden seitens der deutschen EZ nur sporadisch Bestandteile dieser Diskussion aufgegriffen und in die eigene Praxis übersetzt:

Einerseits ist es nicht ohne weiteres möglich, etwa nicht-diskriminierende Partizipationsprozesse zu induzieren oder zu gewährleisten, geschweige denn Menschen die gleichberechtigte Möglichkeit zur Einwirkung auf politische Entscheidungsfindungsprozesse

---

Steuerungsfähigkeit afrikanischer Staaten begründeten (vgl. Hennings 2009: 118-120; Nuscheler 2004: 81-86). Und andererseits reduziert die Diagnose von Governancedefiziten als ursächlich für die Wasserkrisen in afrikanischen Staaten die komplexen Wirkungsverflechtungen sozialökologischer Herausforderungen, wie sie durch das Wechselspiel von Umwelt und Gesellschaften entstehen (vgl. Köhler 2008: 851).

zu garantieren. Wie die Governanceforschung gezeigt hat, sind neue, partizipative Formen politischer Steuerung insbesondere für die involvierten Akteure voraussetzungsvoll und führen bei Asymmetrien hinsichtlich Wissen oder etwa rhetorischen Fähigkeiten schnell zu ungleichen Durchsetzungsfähigkeiten (vgl. Hebestreit 2013: 199-200). Insbesondere vor dem Hintergrund der Kritik an Wissens- und Bildungsdefiziten der afrikanischen Bevölkerungen (vgl. GIZ 2013b: 17; BMZ 2014b: 7-8) hätte die deutsche EZ hier eigentlich differenzierter mit der Bewerbung von Partizipationsprozessen umgehen sollen (BMZ 2017b: 18).

Andererseits adressiert die deutsche EZ in Partizipationsprozessen Bürgerinnen der Partnerländer beinahe ausschließlich als Kunden von Wasserversorgungsunternehmen oder Konsumenten des bereit gestellten Wassers - ihre Rollen- und Funktionszuschreibung beschränkt sich entsprechend auf die regelmäßige und verlässliche Zahlung von Wasserrechnungen sowie die Sicherstellung eines nachhaltigen Wasserverbrauchs durch die Vermeidung von Verschwendung, das Anzeigen von Wasserlecks oder illegalen Wasserentnahmen sowie die Übernahme nachhaltiger Bewässerungs- und Produktionsmethoden in der Landwirtschaft (vgl. GTZ-Water 2004: 4; Lammerding/GTZ 2009: 6; BMZ 2006: 18-19; GIZ 2014b: 15).

Interessant ist in diesem Zusammenhang die kaum nachvollziehbare Trennung zwischen individuellen Wasserkunden und einer Zivilgesellschaft innerhalb der Zielländer: Die Zivilgesellschaft - anders als Wasserkunden - erfüllen aus Perspektive der Entwicklungspolitik wichtige Überwachungs- und Kontrollfunktionen. Es finden sich entsprechend wiederholt Forderungen, mit Hilfe der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure eine dauerhafte Überprüfung der Leistungserfüllung im Wassersektor gewährleisten zu können. Bürgergesellschaftlichen Akteuren im Kollektiv wird aus Sicht der deutschen EZ in der Wasserpolitik folglich die Rolle von Aufpassern („watchdogs“) zugeordnet (vgl. GIZ 2013a: 14; BMZ/GIZ 2012: 29). Sie sollen Fehlverhalten eindämmen und letztlich zu einer Überwindung von „bad governance“ beitragen (vgl. BMZ/GIZ 2012: 30).

Zwar existieren wiederholt Verweise auf die Involvierung von Akteuren („stakeholders“) in die Formulierung und Erstellung sogenannter „Bewirtschaftungs- und Maßnahmenpläne“ (BMZ 2006: 14). Doch wird weder deutlich, wer die zu beteiligenden Akteure identifiziert, wie die Entscheidungsfindungsprozesse die Partizipation der Akteure gewährleisten können, noch wie unterschiedliche Durchsetzungsfähigkeiten durch entsprechende Mechanismen

abgedeckt werden können. Der Partizipationsanspruch bleibt so häufig vage, soll aber zugleich dazu beitragen, Interessenkonflikte und widersprüchliche Ansprüche an Wasser miteinander in Einklang zu bringen oder deren Bearbeitung zumindest zu erleichtern (vgl. BMZ 2006: 18; BMZ/GIZ 2015d: 5).

Darüber hinaus wird an zahlreichen Stellen der Publikationen deutlich, dass Partizipation vor allem dort für die deutsche EZ eine Rolle spielt, wo es um die Anleitung und das Belehren der Partnerländer geht. Beteiligung und Inklusion erfolgen hier nicht auf Augenhöhe, sondern dienen vornehmlich der Vermittlung bestimmter Sichtweisen, Handlungsnormen oder von Wissensbeständen (vgl. GIZ 2013d: 28; BMZ/GIZ 2012: 30; BMZ/GIZ 2014b: 27). Partizipation beschreibt somit häufig einen Mechanismus zum „*human capacity building*“ (GIZ 2012a: 10). Bürgerbeteiligung wird damit nicht als ein demokratietheoretisches Werkzeug der Inklusion begriffen, sondern als Instrument der Beratung. Zahlreiche Vorzüge und Herausforderungen des Partizipationskonzepts verliert die deutsche EZ so aus dem Blick, bewirbt aber zugleich die eigenen Aktivitäten durch den argumentativen Verweis auf die Mitwirkung zahlreicher Interessensgruppen. Dadurch lässt die Verwendung des Partizipationskonzepts eine kohärente und einheitliche Verwendung vermissen - die Aussagen der deutschen Entwicklungspolitik zu Mitwirkung sind vielmehr von widersprüchlichen und weitgehend banalen Wirkungsannahmen geprägt.<sup>147</sup>

#### **4.3.1.3 Fehlverhalten unterbinden: Unternehmerische Disziplin, Nachhaltige Konsummuster und Akzeptanz des (ökonomischen) Werts von Wasser**

Wie sich in der Analyse der Problemdiagnose gezeigt hat, gründet sich die Notwendigkeit zur verbesserten Regulierung und Rahmung der Wasserversorgung aus Sicht der deutschen EZ in weiten Teilen auf einer fehlenden Einsicht seitens afrikanischer Wassernutzer in den Wert von Wasser, der Notwendigkeit zur ökonomisch effizienten Allokation der Ressource, der Nutzung von (legalen) Freiräumen für destruktives Verhalten sowie dem grundsätzlich

---

<sup>147</sup> Besonders prominent ist die Vorstellung, durch die bloße Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Workshop der deutschen EZ sei eine aufklärerische, informierende und verhaltensändernde Wirkung verbunden, ohne dass diese ausreichend erklärt oder beschrieben wird.

ineffektiven Umgang mit Wasser. Anders ausgedrückt: „*Organisational culture of flawed managerial and staff practices [...] inappropriate behaviour [...] misconduct*“ (BMZ/GIZ 2012: 19).

Die deutsche EZ diagnostiziert hier also eine defizitäre politisch-ethische Einstellung seitens zahlreicher Akteure im Wassersektor.

Wie gezeigt wurde, ist nicht eindeutig nachvollziehbar, ob diese Verhaltensweisen den Akteuren in den Partnerländern aus Sicht der deutschen EZ im Speziellen inhärent sind oder sie Folge unzureichender Rahmenbedingungen sind, welche das unangebrachte Verhalten erst ermöglichen - also das Menschenbild der EZ so negativ ist, dass im Falle unzureichender Regeln und Rahmenbedingungen jeder Akteur dazu neigt, Wasser ineffizient und nicht-nachhaltig zu behandeln.<sup>148</sup> Allerdings - und hier decken sich die Analyseerkenntnisse mit Forschungsergebnissen im Anschluss an die Post-Colonial Studies - schwingt an zahlreichen Stellen der Vorwurf einer unzureichenden Arbeitsmotivation, -ethik und -disziplin mit, welcher den Akteuren des afrikanischen Kontinents pauschal unterstellt wird (vgl. BMZ/GIZ 2012: 23, 30; GIZ 2013b: 17; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015a: 3).<sup>149</sup>

Entsprechend notwendig erscheint es für die deutsche EZ, diese Defizite durch Workshops, Trainings und andere Formen der Beratung zu beseitigen und die Partner im richtigen Umgang mit Wasser anzulernen - wobei dieser richtige Umgang aus Elementen effektiver Managementmethoden, bürokratischer Effizienz, buchhalterischer Disziplin oder eben auch einer verlässlichen Zahlungsmoral der Wasserkunden besteht (vgl. BMZ 2007a: 3; Centrum für Evaluation 2008: 8; GTZ/GFA Consulting GmbH 2009: 73-74; BMZ 2011b: 60; BMZ/GIZ 2012: 4, 10, 22-23; GIZ 2012a: 3-4; GIZ 2014b: 29; BMZ 2017b: 14-15).

Es gehe dabei um „*behavioural changes*“ (vgl. BMZ/GIZ 2015a: 5) der Menschen, wobei - ungeachtet der Stoßrichtung der Maßnahmen auf Verhaltensänderung - in der Regel eher

---

<sup>148</sup> Angesichts der Behandlung des Themas Wasser in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Bundesregierung sollte jedoch eher von einem grundlegend negativen Menschenbild als von einem Vorwurf an die Menschen Afrikas ausgegangen werden (vgl. Die Bundesregierung 2016: 106).

<sup>149</sup> Bezeichnend sind hier Illustrationen aus der Publikation von BMZ und GIZ zur Situation des kenianischen Wassersektors (vgl. BMZ/GIZ 2012: 12, 22, 24).

von „*capacity development*“ die Rede ist (vgl. GTZ 2007b: 3; Centrum für Evaluation 2008: 4; GIZ 2013b: 15, 17; GIZ 2015c: 28, 40).

Unmittelbar auf Verhaltensänderungen ausgerichtet sind Aktivitäten, welche nachhaltige Produktions- und Konsummuster bewerben bzw. als nachahmenswert präsentieren wollen (vgl. BMZ 2006: 16; GIZ 2012a: 16-17; KfW 2002: 2; Neubert et al. 2005: 15) - schließlich seien laut deutscher EZ die SDGs nur zu erreichen, wenn die Menschen in den Partnerländern auf ressourcenintensive Produktionsmethoden und Konsumformen verzichten und zugleich die Schonung der lokalen Umweltressourcen anstreben würden<sup>150</sup>: „*Daher ist es aus Sicht des Wassersektors wichtig, Maßnahmen zu unterstützen, die zur Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion im Sinne von SDG 12 beitragen - sei es im Rahmen der bilateralen EZ, der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft oder der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.*“ (BMZ 2017b: 16)

Bemerkenswert bei der Beschäftigung mit Konsum und Ressourcenverbrauch ist, dass die deutsche EZ zumindest sporadisch darauf aufmerksam macht, dass hier einerseits die Industrieländer ebenso in der Verantwortung stehen, ihren Ressourcenverbrauch zu reduzieren (vgl. BMZ 2006: 27; BMZ 2007: 5; BMZ 2017b: 16) und sich (bei unzureichender Regulierung und defizitären Rahmenbedingungen) andererseits Zielerreichungskonflikte in den Partnerländern einstellen könnten (vgl. BMZ 2006: 5; GIZ 2014b: 2; BMZ 2017b: 7). Allerdings gehen diese Verweise nicht so weit, etwa die aktuelle Exploitation des afrikanischen Kontinents auf handelspolitische Beziehungen zwischen der EU und den afrikanischen Ländern zurückzuführen - etwa beim Thema Fleischexporte aus der EU nach Westafrika oder dem Import von Schnittblumen aus Kenia. Hier wäre aus sozialökologischer Perspektive, angesichts lokaler Aktivitäten der deutschen EZ und der damit verbundenen

---

<sup>150</sup> Während aus einer sozialökologischen Perspektive die Bezugnahme auf Konsum und Produktion sicherlich zu begrüßen ist, stellt sich angesichts der dominanten Einforderung seitens der EZ von Produktivitätssteigerungen in so wasserintensiven Bereichen wie der Landwirtschaft oder Hortikultur sowie der grundsätzlichen Betonung von Wirtschaftswachstum als Entwicklungsvoraussetzung die Frage, wie die afrikanischen Partnerländer diese unterschiedlichen Zielsetzungen zeitgleich verwirklichen sollen, ohne die Ressourcen - insbesondere Wasser - zu verschmutzen oder zu übernutzen (vgl. Simonis 2001: 19).

Nähe zu den Verwicklungen globalisierter Warenströme, eine differenzierte Auseinandersetzung wünschenswert gewesen.<sup>151</sup>

Die deutsche EZ verfügt vermeintlich über die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Wasserkrisen Afrikas zu beheben - darauf weist sie wiederholt hin. Nur konnte (selbst auf wiederholte Nachfrage in den Experteninterviews und durch die Analyse zahlreicher Publikationen) nicht eindeutig herausgearbeitet werden, was außerhalb von Regelkonformität und der Vermeidung illegaler, destruktiver Verhaltensweisen genau in den Beratungsleistungen vermittelt wird. Es bleibt folglich unklar, warum aufgrund der Interventionen der deutschen EZ davon auszugehen sei, zukünftig würden die oberflächlich identifizierten Probleme nicht erneut auftreten oder inwieweit ein effektiver Beitrag zur Bearbeitung entwicklungsrelevanten Kalamitäten geleistet wird.

Wohl lässt sich feststellen, dass wiederholt die Forderung formuliert wird, man müsse die Kapazitäten des Partners zur Bearbeitung der Krisen stärken und ihm zugleich die effektive wie effiziente Organisation der Ressource Wasser über Beratungsleistungen vermitteln. Zu diesem Zwecke werden dann (nationale wie deutsche) Experten in die unterschiedlichen Institutionen der Partnerländer entsandt, welche den Akteuren beratend zur Seite stehen (vgl. GTZ/GFA Consulting Group GmbH 2009: 6, 74; GIZ 2014b: 27-28). Auffällig dabei ist jedoch, wie linear die Vorstellungen positiver Effekte innerhalb der deutschen EZ hier sind: *„All actors require new capabilities and enhanced capacity in order to deliver the modified roles required for successful collective action.“* (GIZ 2013a: 21)

Während nicht klar wird, worin die Beratungsleistungen im Detail bestehen, erzeugen sie dennoch positive Effekte für eine verbesserte Wasserversorgung. *„Der Projektansatz der ganzheitlichen Kapazitätsentwicklung, der gleichzeitig entwicklungsorientierte, politische und institutionelle Rahmenbedingungen, die Organisationsentwicklung zentraler Partnerstrukturen und die Kompetenzen individueller Akteure stärkt, bildet ein solides Fundament für und ermöglicht breitenwirksame Wirkungen. [...] Es führte eine Fülle von kompetenzbildenden Maßnahmen für Fach- und Führungskräfte durch. Die Anzahl der direkten und vor allem indirekten Nutznießer des RWS-GIZ Projekts ist hoch.“* (Stabstelle

---

<sup>151</sup> siehe hierzu etwa die Auswirkungen von Geflügelexporten aus Deutschland in die Länder Sub-Sahara Afrikas (vgl. Zeit Online 20. Januar 2015: Billigfleisch für Afrika)

Monitoring und Evaluation 2014a: 6)

Nachvollziehbar ist - angesichts des Legitimationsdrucks, unter dem die EZ hinsichtlich weltweiter Verwerfungen und zunehmender Klimakrise steht - dass sie ihre Arbeit als effektiv und sinnvoll zu präsentieren versucht. Daher ist erwartbar, dass vornehmlich positive Darstellung der eigenen Aktivitäten die Darstellungen dominieren. Insbesondere im Rahmen der Beratungsleistungen nimmt dies aber stellenweise fragwürdige Züge an: *„Alle fünf Minuten verbessert ein junger Mensch in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die Unterstützung der GIZ seine Zukunftschancen.“* (GIZ 2015c: 5)

Es wäre vor dem Hintergrund der komplexen Herausforderungen, die sich selbst im Hinblick auf die Initiierung und Stabilisierung volkswirtschaftlicher Wachstumsprozesse stellen, erwartbar, die Ansprüche an die eigene Leistungsfähigkeit nicht zu überhöhen. Dennoch finden sich in den Interviews ebenfalls vermehrt Aussagen zu den positiven Effekten der Beratungsleistungen: *„Da wo wir das Ministerium, das Wasserministerium, zum Beispiel beraten, da ist es sehr stark so eine klassische Beratung hin zu wie organisiere ich den Wassersektor, wie ich etabliere ich eine unabhängige Regulierungsinstitution, die dann eben zum Beispiel auch Pro-Poor Tarife besser durchsetzen könnte und darauf schauen könnte und solche Geschichten. Da ist es eher klassisch. Wo wir da innovativ sind, sind zum Beispiel auch mit dem Ministerium zusammen Good Governance Indikator zu entwickeln. Wo man gerade sehr viel Wert auch auf Pro-Poor, aber eben auch auf gute Regierungsführung, auf Transparenz, auf Umsetzung des Menschenrechts für Wasser, wo man das eben versucht auch über Indikatoren einzufangen, mit denen man wiederum auch die Arbeit, wenn einmal dann etabliert und verabschiedet, auch besser messen kann.“* (Quelle: Experteninterview 3)

#### **4.3.2 Ökonomisch effiziente, nachhaltige und armutsorientierte Wasserversorgung: Eine Frage der richtigen Preise?**

Als diffus erscheinen ebenfalls die Forderungen der deutschen EZ, die bisher als ineffizient und ineffektiv charakterisierte Wasserpolitik zukünftig zielgerichteter, nachhaltiger und bürokratisch schlanker zu organisieren. Die Verschwendung öffentlicher Mittel in den unterschiedlichen Bereichen der Wasserversorgung müsse aufgehoben, Abstimmungsprobleme behoben, Zielformulierungen verbindlich gemacht und die Organisationen an den Kriterien von Nachhaltigkeit ausgerichtet werden (vgl. BMZ 2011b:

59-60; GTZ 2008: 7; GFA Consulting Group 2009: 16-20; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014b: 5; BMZ/GIZ 2012: 30): „*The cost of any pro-poor intervention must be taken into account while planning for the long-term requirement to achieve financial sustainability for the sector. [...] Many utilities are not yet in a position to generate a surplus that could be reinvested.*“ (Lammerding/GTZ 2009: 6)

Die deutsche EZ fordert allgemein ein besseres Management der Wasserversorger ein, die zukünftig Defizite im Bereich ökonomischer Effizienz und mangelhafter Versorgungsleistung überwinden sollen (vgl. GTZ-Water 2004: 10-16; GIZ 2014b: 29; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014a: 3-5). Zugleich richtet sich die Forderung eines optimierten Managements ebenso an den politisch administrativen Apparat: Hier solle es in Zukunft keine Kompetenzüberschneidungen oder unklare Zuständigkeitsfragen mehr geben, sondern ein zielgerichtetes Arbeiten, orientiert am Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit qualitativ gutem Trinkwasser (vgl. BMZ 2006: 21-25; GTZ-Water 2004: 6; GFA Consulting Group 2009: 5-6; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014b: 7-8; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014a: 3-5). Erreicht werden soll dies über die Formulierung und Institutionalisierung von Rahmenbedingungen, die bekanntlich bisher ungenügend waren (vgl. GIZ 2014b: 2; BMZ/GIZ 2015c: 7). Mit den angemessenen Frameworks würde sich dann eine verbesserte, nachhaltige Politikgestaltung im Wassersektor einstellen (vgl. GTZ-Water 2004: 1, 14; BMZ/GIZ 2012: 15, 18; BMZ/GIZ 2015b: 6; GIZ 2013a: 11-12).

Ein zentraler Mechanismus zur Erreichung von ökonomischer Effizienz und Effektivität der Versorgung sei die Erzeugung von Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Anbietern, die auf dem freien Markt um Konzessionen wetteifern. So würden sich ökonomische Effizienzsteigerungen ergeben (vgl. GTZ-Water 2004: 14-15; BMZ/GIZ 2012: 18). Die leistungsabhängige Ausschreibung von Konzessionen ist dabei der zentrale Modus zur Erzeugung solcher Wettbewerbsbedingungen, welcher die Effizienzvorteile freier Marktkonkurrenz nutzen will (vgl. GTZ-Water 2004: 2, 5; BMZ 2006: 8; GIZ 2013a: 14; GIZ 2012b: 7-8; BMZ/GIZ 2012: 8). Dahinter steht der Gedanke<sup>152</sup>, man könne durch eine

---

<sup>152</sup> Völlig offen bleibt, auf welcher empirischen Grundlage von solchen Effizienzgewinnen auszugehen ist: Weder in der entwicklungspolitischen Praxis noch der wissenschaftlichen Forschung finden sich Belege für eine

anspruchsvolle Ausschreibungspraxis und den Wettbewerb der Versorger untereinander einerseits die ‚Spreu vom Weizen trennen‘ und andererseits die jeweiligen Akteure zu besserer Leistungserbringung motivieren (vgl. GTZ-Water 2004: 5, 34; BMZ/GIZ 2012: 15, 27).

Zugleich würden sich für Wasserkunden in städtischen Arealen - gedacht in Analogie zu Marktmechanismen in den Industrieländer - Vorteile ergeben: Diese könnten zukünftig auf einem regulierten Markt zwischen privaten und öffentlichen Anbietern auswählen und dadurch Kostenvorteile für ihre Haushalte generieren (vgl. GTZ-Water 2004: 13-15). Zugleich wird so der Druck auf die Anbieter erhöht, effizient zu arbeiten, kostengünstige Angebote auf dem Wassermarkt zu präsentieren (vgl. Centrum für Evaluation 2008: 5-6; BMZ/GIZ 2012: 27) und die Verbesserung der Versorgungsleistung und -qualität zu priorisieren (vgl. Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014a: 3-5; BMZ/GIZ 2015c: 11-12). Stichwort ist hier das sogenannte „*Benchmarking*“, welches Anreize für eine profitable, effektive Arbeitsweise schaffen soll (vgl. GTZ-Water 2004: 1-2; BMZ 2006: 24-25; BMZ/GIZ 2012: 27, 29, 31).

Entsprechend der Betonung von marktanalogen Mechanismen zur Verbesserung der Wasserversorgung findet sich an zahlreichen Stellen die Forderung der deutschen EZ, die Privatwirtschaft für Entwicklungsprozesse zu instrumentalisieren (vgl. GIZ 2014b: 11; BMZ/GIZ 2015c: 16). Die Betonung der zahlreichen Vorzüge von sogenannten Public-Private-Partnerships (öffentlich-private Partnerschaften, PPP) finden sich wiederholt in den Publikationen, wobei das spezifische know-how der Unternehmen und die ökonomische Erfahrung der Privatwirtschaft argumentativ im Vordergrund stehen. Die sogenannten „*Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft*“ (BMZ Presseservice 2012: 2) fördern laut der deutschen EZ die Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele in den Partnerländern. Dass eine solche Argumentationskette funktioniert, hängt eng damit zusammen, der Privatwirtschaft die Fähigkeit zur ökonomisch effizienten Wasserbewirtschaftung zuzusprechen und zugleich zu betonen, ohne die Involvierung privaten Kapitals sei die Mammutaufgabe nachhaltiger Entwicklung finanziell nicht zu bewältigen (vgl. BMZ 2011a:

---

generelle Vorteilhaftigkeit privatwirtschaftlicher Initiative bei der Organisation öffentlicher Güter (vgl. Beigewum 2005: 91-95).

27). Die Entwicklungspolitik sei entsprechend auf die Mitwirkung der Privatwirtschaft angewiesen.

Ökonomische Effizienz in der Wasserversorgung soll aber nicht alleine durch die Beteiligung der Privatwirtschaft erreicht werden. Es gilt zudem Preise für Wasser zu erheben, welche einerseits formell reguliert sind und so illegale Preistreiberei, Korruption oder Kartelle verhindern würden, während zugleich eine Kostendeckung der Versorgungsleistung gewährleistet werden kann (vgl. GTZ-Water 2004: 1, 14-15; BMZ 2006: 9; Centrum für Evaluation 2009a: 9-10; GIZ 2012b: 11; GIZ 2013c: 12; BMZ/GIZ 2012: 24, 26; GIZ 2014b: 16-17; BMZ 2017b: 14). Zugleich sollen die Preise dafür Sorge tragen, dass der Wert der Ressource Wasser angemessen wiedergespiegelt wird und eine nicht-nachhaltige (Über-)Nutzung verhindert werden kann (vgl. BMZ 2006: 17; BMZ/GIZ 2012: 15, 28; BMZ 2017b: 14): *„prices for WSS service provision have to reflect costs.“* (GTZ-Water 2004: 14)

Die Erhebung von ‚korrekten‘ Preisen sei zudem eine Voraussetzung für eine tragfähige und flächendeckende Versorgung der Armen (GTZ-Water 2004: 4, 10; GTZ 2010: 8; BMZ/GIZ 2012: 4): *„While poverty is often seen as reason to keep tariffs low, only cost reflecting tariffs allow a public service provider to provide potable water and good services especially to the poor“* (GIZ 2012b: 11). Man geht hier davon aus, dass nur diejenige Wasserversorgung die Armen erreichen könne, die kostendeckend arbeitet und zudem Wasser nicht durch falsche Preispolitik der Verschwendung preisgibt (vgl. GTZ-Water 2004: 1; BMZ/GIZ 2012: 29).

Fragwürdig sind Forderungen nach einer ökonomisch effizienten Wasserversorgung, weil mit ‚Sustainability‘ oder ‚Nachhaltigkeit‘ in diesem Zusammenhang keineswegs in erster Linie Interventionen und Verbesserungen innerhalb der ökologischen Dimension angesprochen sind, sondern man sich vornehmlich auf eine dauerhafte, finanzielle Rentabilität von Versorgungsunternehmen oder der staatlichen Bürokratie konzentriert (vgl. Stabstelle Monitoring und Evaluation 2014b: 8; Stabstelle Monitoring und Evaluation 2015b: 5; BMZ/GIZ 2015d: 9; BMZ 2017b: 14). Dies wird vor allem in den Experteninterviews deutlich: *„Da muss Geld fließen. Und da müsste meines Erachtens viel mehr fließen als bisher. Das ist die eine Sache. Aber Geld alleine reicht nicht. Sie brauchen auch die Institutionen, die in der Lage sind, diese Mittel vernünftig umzusetzen. Also schwache Institutionen sind immer noch eine ganz wichtige weitere Sorge der Entwicklung. Aus meiner Sicht muss man beides*

*machen. Man braucht dafür Geld und man braucht effiziente Institutionen.“* (Quelle: Experteninterview 8)

Zudem geht man innerhalb der deutschen EZ davon aus, durch die Institutionalisierung von spezifischen Zielen, Regulierungen oder Handlungsanleitungen in Form von ‚frameworks‘ würden sich komplexe Ziele wie eine ökologisch und sozial nachhaltige Wasserversorgung als Begleiterscheinungen kosteneffizienter, ökonomisch nachhaltiger Wasserpolitik verwirklichen lassen - es finden sich entsprechend erneut simplifizierende Kausalbeschreibungen, wo aus sozialökologischer Perspektive die Komplexität der Herausforderungen im Vordergrund stehen müsste.

Darüber hinaus fehlt es an Verweisen zu entwicklungspolitischen Strategien der Vergangenheit, welche trotz Fokussierung auf ökonomische Effizienz nicht zu einer verbesserten Wasserversorgung beigetragen haben (vgl. El Madani Diallo 2000: 61-72; Dulani/Mattes/Logan 2013: 1-2). Insbesondere die fundierte Kritik an der Privatisierungswelle in der Wasserversorgung findet wenig Widerhall in der Praxis der EZ (vgl. Dobner 2013: 69-70). Das Scheitern der Privatisierungsbemühungen innerhalb entwicklungspolitischer Wachstumsprogramme spiegelt sich nur insofern in den Lösungsstrategien der EZ wider, als dass solche Strategien nicht mehr als die einzigen Mechanismen zur Effizienzsteigerung in der Wasserversorgung begriffen werden.

#### ***4.3.3 Bessere Planung, Überwachung und Evaluation: Die Bedeutung von Daten und Informationen***

Neben Wissen, welches den Partnerländern fehlt und durch Beratungen vermittelt werden kann, sind es aus Sicht der deutschen EZ vordringlich fehlende Informationen und entsprechende Erhebungsmechanismen, welche ausbleibende Erfolge in den Wassersektoren des afrikanischen Kontinents erklären können. Wie sich im Abschnitt über die Problemdiagnose gezeigt hat, werden mit mangelnder Datenverfügbarkeit und dem Fehlen ausreichender Kontrollmechanismen zahlreiche Defizite der afrikanischen Wassersektoren erklärt. Entsprechend bilden informationsgenerierende Mechanismen wichtige Interventionspunkte in der Strategie der deutschen EZ. Dabei lässt sich zwischen Datenerhebung und Evaluierung differenzieren, denen jeweils unterschiedliche Funktionserfüllungen und positive Effekte zugesprochen werden.

## Datenerhebung

Ohne die Erhebung spezifischer Daten könne weder eine effektive Planung der Wasserpolitik vorangetrieben, noch Fortschritte kontrolliert oder die Leistungsfähigkeit einzelner Akteure miteinander verglichen werden - etwa, um sogenannte Best Practices zu identifizieren (vgl. BMZ 2006: 9; GIZ 2015b: 2; BMZ/GIZ 2015a: 98). Informationen und deren Verarbeitung bedeuten für die deutsche EZ einen kritischen Moment effektiver wie effizienter Entwicklungspolitik: Ihre Verfügbarkeit kann über Erfolg und Scheitern entwicklungspolitischer Interventionen (mit-) entscheiden (vgl. BMZ 2006: 15, 21; GIZ 2013b: 26-27; BMZ 2017b: 14).

Die erforderlichen Daten sind dabei vielgestaltig: Als grundlegend für die Planung und strategische Ausrichtung von Vorhaben der deutschen EZ werden statistische Daten angesehen, welche einerseits Informationen zu der spezifischen geophysischen Wassersituation bereit halten (Wasserverfügbarkeit, Wasserbelastung, Anteil erneuerbarer Wasserressourcen, Grundwasservorkommen usw.) und andererseits Aussagen über die sozioökonomische Situation im anvisierten Interventionsgebiet zulassen (Bevölkerungsdichte und -struktur, durchschnittliche Wasserentnahme der Haushalte, Einkommensstruktur, Haushaltsgröße usw.). Hinzu kommen Informationen zu Wassernutzungs- und belastungsmustern, wie etwa landwirtschaftlichen Anbaumethoden, Ernährungsgewohnheiten oder etwa der Sanitärsituation.

Darüber hinaus spielen insbesondere Daten zur politischen Ausgangslage eine Rolle: Diese reichen von der Identifikation relevanter, wasserpolitischer Akteure und Vetospieler über die Definition der entwicklungspolitischen Zielgruppe bis hin zur Ausweisung von Wassernutzern eines spezifischen Einzugsgebiets (z.B. industrielle Anlagen, Fischereiwirtschaft etc.).

All diese Daten sind im Idealfall vor Beginn der Planungsphase einer entwicklungspolitischen Aktivität zu erheben und sollen sicherstellen, dass die Maßnahmen auf die spezifische Situation vor Ort zugeschnitten sind (vgl. BMZ/GIZ 2015a: 108, 144-145; BMZ/GIZ 2015b: 6; BMZ/GIZ 2015c: 9-10; BMZ/GIZ 2015d: 13; BMZ 2017b: 11): *„Bei der Umsetzung von Maßnahmen hat sich folgende Vorgehensweise als erfolgversprechend erwiesen. Zunächst sollte eine Landnutzungsplanung erfolgen, die eine partizipative Evaluierung der räumlichen Verteilung der natürlichen Ressourcen sowie deren Zustand und Nutzungen beinhaltet. Ungenutzte Potentiale und ungelöste Probleme werden identifiziert und daraus die*

*Entwicklungsmöglichkeiten abgeleitet und priorisiert. Die Landnutzungsplanung sollte Teil der Gemeindeentwicklungsplanung sein. Sie dient als Element der Bürgerbeteiligung bei der Festlegung der Strategie für die Entwicklung im Bereich der natürlichen Ressourcen. Für die Entwicklungsprogramme in diesem Bereich dienen die Planungen als Referenz für ihre Programmaktivitäten.“ (BMZ/GIZ 2015b: 6)*

Ausgegangen wird hier davon, dass durch die umfassende Erhebung von Daten entwicklungspolitische Maßnahmen nicht nur effektiv auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten werden können, sondern sich - konträr dazu - die Wirksamkeit von Interventionen durch einen Mangel an Informationen unweigerlich verschlechtert (vgl. BMZ 2006: 24-25; GIZ 2012a: 6; GTZ 2007a: 4): *„Grundlage für problemgerechte Entscheidungen im Wassersektor ist der Aufbau von Wissen über die Wasserressourcen und die Wassernutzung. In vielen Entwicklungsländern sind die Datengrundlagen über Wasserquantität und -qualität der Einzugsgebiete, aber auch über soziokulturelle und sozioökonomische Faktoren, unzureichend. Daten sind oftmals nur für administrative Einheiten verfügbar, die nicht den Wassereinzugsgebieten entsprechen.“ (BMZ 2006: 15)* Die ausbleibenden Entwicklungsfortschritte sind daher aus Sicht der deutschen EZ auch Folge eines unzureichenden Datenmanagements.<sup>153</sup>

Um die Datenverfügbarkeit zu verbessern, sollen nun einerseits Partner im Informationsmanagement und Datenerhebungsmethoden beraten und angeleitet, andererseits auf unterschiedliche Technologien (wie Satellitenbilder und Geoinformationssysteme) Rückgriff genommen und im Planungsprozess berücksichtigt werden (vgl. BMZ 2006: 24-25; BMZ 2017b: 14). Zugleich bleiben jedoch auch hier die Forderungen der deutschen EZ weitgehend unspezifisch, während an der Sinnhaftigkeit eines quantitativen Mehrs an Daten scheinbar kein Zweifel besteht (vgl. BMZ/GIZ 2012: 18). Die dahinterliegende Logik der deutschen EZ impliziert, dass die statistische und quantitative

---

<sup>153</sup> Interessanterweise zeigt sich im Falle einer detaillierten Datenerhebung, dass die Lage oftmals noch dramatischer und katastrophaler ist, als dies bisherige Informationsgrundlage vermuten lies (vgl. BMZ/GIZ 2012: 25): *„Today, it is becoming more and more evident that, in many Sub-Saharan African countries, official data on MDG progress in the area of water and sanitation do not reflect the real situation on the ground. In urban and presumably also in rural areas, coverage is overestimated, which, as a result, means that the gaps to be bridged are underestimated.“ (GTZ 2007a: 4)*

Erfassung von Natur deren politische Organisation nicht nur erleichtert, sondern zugleich die Voraussetzung für einen nachhaltigen Umgang mit Umweltressourcen bildet. Je detaillierter und detailgetreuer die erhobenen Daten entsprechend sind, desto genauer kann die deutsche EZ entwicklungspolitisch intervenieren und zugleich die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen sicherstellen. Kritische Stimmen könnten hier fragen, wie vor der Etablierung moderner Informations- und Erhebungsmethoden eine ökologisch tragfähige Naturnutzung möglich war. Vielleicht, so lässt sich vermuten, geht es bei der Generierung von Daten daher nicht primär um die Verwirklichung ökologischer Nachhaltigkeit, sondern um das Austarieren der Limitierung ökologischer Belastbarkeit und einer entsprechenden Nutzung der Umwelt ‚bis an ihre Grenzen‘.

### Monitoring und Evaluation

*„Nur wer weiß, was gut funktioniert und was nicht, kann aus Erfolgen und Fehlern lernen und noch wirksamer arbeiten.“ (GIZ 2015c: 2)*

Detaillierter als die Ausführungen zur Datenerhebung werden die Aussagen der deutschen EZ, wenn es um den Wert und die Funktion von sogenannten Monitoring und Evaluationsverfahren (M&E) geht. Anders als bei der Erhebung von Daten im Vorfeld von entwicklungspolitischen Aktivitäten, begleitet M&E diese oder setzt nach Abschluss der Maßnahmen ein. Zudem soll M&E zwar ebenfalls die Planung von entwicklungspolitischen Interventionen verbessern, ist jedoch darüber hinaus darauf ausgerichtet, Effektivität, Effizienz, Wirkung und Defizite in der Arbeit von EZ, Partnern und anderen beteiligten Akteuren zu evaluieren und zu bewerten (vgl. GIZ 2013d: 1, 8, 43; GIZ 2015c: 2, 10): *„Results-based monitoring refers to the systematic recording of results. It monitors the entire change process that is generated by an intervention. In GIZ projects, results-based monitoring is carried out together with partners. It is used to manage the project or programme, and acts as the basis for evaluations and for reporting to the commissioning party. Results-based monitoring provides the relevant data and information for these purposes“* (GIZ 2013d: 1). Ziel ist, neben der beständigen Adaption der Maßnahmen an sich verändernde Gegebenheiten und Rahmenbedingungen, die Identifikation von Schwachstellen und Problemen in der Maßnahmenumsetzung, um zukünftig Lernprozesse zu initiieren und letztlich die Wirksamkeit von Maßnahmen kontinuierlich zu verbessern.

Methoden der Evaluierung sind dabei vielfältig und werden auch nicht immer im Detail erläutert - oftmals ist allgemein vom „*Aufbau von Wissens- und Informationssystemen*“ (BMZ Presseservice 2012: 2), „*Aufbau von Monitoringverfahren*“ (BMZ 2006: 27) oder der „*Verbesserung von [...] Prozess- und Wirkungsmonitoring*“ (BMZ 2011b: 6) die Rede.

Wird die deutsche EZ hinsichtlich der Methode von Erhebungs- und Kontrollverfahren konkreter, ist fast ausschließlich von Querschnitts-Befragungen sowie externen Gutachten die Rede, welche das erforderliche Datenmaterial generieren sollen. Insbesondere der Rückgriff auf das ‚hauseigene‘ Evaluationsinstitut der deutschen EZ DEval (Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit) und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) sowie die Beauftragung professioneller Consulting- und Evaluationsfirmen stehen dabei im Vordergrund. Während das DIE vornehmlich auf die Bereitstellung von Grundlagenwissen über entwicklungspolitische Strategien abzielt und weniger in die konkrete Evaluationspraxis eingebunden ist, sollen DEval und Akteure der Privatwirtschaft die Arbeit der EZ eruieren und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bewerten. Durch Interviews, Beobachtungen und Befragungen sollen Fortschritte überwacht und entwicklungspolitische Effekte gemessen werden.

Auffällig ist dabei, dass auch dem Bewertungssystem der internen Evaluationspraxis simplifizierende, kausale Wirkungszusammenhänge zugrunde gelegt werden. Oftmals wird davon ausgegangen, dass sich die offiziell benannten Ziele durch den Rückgriff auf die vorgestellten Maßnahmen verwirklichen lassen - auch, wenn etwa zwischen Beratungen einer Behörde und der Zahl derjenigen, die mit Wasser versorgt werden, kein unmittelbarer Wirkungszusammenhang hergestellt werden kann. Es lassen sich also deutliche Parallelen zu den Wirkungsannahmen der deutschen EZ erkennen (vgl. DEval 2015: 20). Zugleich wird mit Evaluierungsprozessen eine grundlegend positive Wirkung verbunden: Aus den generierten Daten sollen im Idealfall Lernprozesse und Optimierungen der entwicklungspolitischen Arbeit abgeleitet werden (vgl. GIZ 2015c: 2).

Dabei sei allerdings nicht von radikalen Änderungen auszugehen: Evaluationen haben kein „*Aha-Erlebnis*“ zur Folge oder erzeugen „*bahnbrechende Erkenntnisse*“, sondern dienen „*eher der Feinabstimmung und Weiterentwicklung von bereits bewährten Konzepten*“ (GIZ 2015c: 11). Lernprozesse sollten entsprechend nicht so verstanden werden, als würde die deutsche EZ nach Erfahrungen des Scheiterns oder der Konfrontation mit Problemen in der

Maßnahmenumsetzung grundsätzlich anders über ihre Arbeit nachdenken oder diese einer radikalen Neuausrichtung unterziehen.<sup>154</sup>

Dennoch stehen M&E-Verfahren zusehends im Fokus der konzeptionellen Arbeit der deutschen EZ - auch, da man sich seit der Aid-Effectiveness Erklärung von Paris 2005 in der Pflicht sieht, die Leistungsfähigkeit der eigenen Arbeit kontinuierlich zu erhöhen (vgl. GIZ 2015c: 1; BMZ 2017b: 6). Hierin kann schemenhaft der Wille erkennbar werden, die eigenen Aktivitäten kritisch zu reflektieren.

Als problematisch<sup>155</sup> präsentiert sich hingegen erneut eine fragwürdige Vereinfachung komplexer Wirkungsverflechtungen:

Nicht nur die Adaption an lokale Gegebenheiten sei angesichts unzureichender Daten kaum erfolgreich zu bewältigen. Hierfür würde es an ausreichenden M&E-Verfahren in den Partnerländern fehlen. Auch würden defizitäre oder nicht vorhandene Kontrollmechanismen das Fehlverhalten der Akteure erst ermöglichen. Dieser Mangel an Kontrolle sei zentral für die Erklärung der anhaltenden Wasserkrisen auf dem Kontinent (vgl. BMZ 2006: 18; GIZ 2013a: 14; BMZ/GIZ 2012: 30).

Anders ausgedrückt fehlt es an Verhaltensüberwachung der Akteure; die entstandenen Freiräume würden diese dann für verwerfliches Handeln nutzen und so die entwicklungspolitische Zielerreichung behindern (vgl. GTZ-Water 2004: 12; GIZ 2014b: 2). Mit der Etablierung von M&E und ihrer Festschreibung in den politischen und institutionellen Rahmenbedingungen hingegen könne man diese Probleme eindämmen. Man müsse also nur die Akteure dauerhaft überwachen und regelkonformes Verhalten würde sich einstellen. Inwieweit dies demokratiethoretisch und normativ wünschenswert und organisatorisch durchführbar ist, dazu schweigt sich die deutsche EZ konsequent aus.

---

<sup>154</sup> Angesichts der simplifizierten Kausalannahmen der EZ wie der Evaluationspraxis sowie der grundlegenden Orientierung an ökonomischen Wachstumsprozessen als Voraussetzung von ‚Entwicklung‘ erscheint dies auch nicht erwartbar.

<sup>155</sup> Neben der Simplifizierung von Wirkungsverflechtungen erscheint die erneute Verantwortungszuschreibung auf die Länder Afrikas als Ursache defizitärer Entwicklung kritikwürdig: Wiederholt werden damit relevante, strukturelle und historische Ursachen negiert und die Rechenschaftspflicht einseitig auf die Partnerländer verschoben - das dichotome Narrativ zwischen bemühter EZ und blockierenden afrikanischen Partnern wird dadurch zusätzlich stabilisiert.

#### 4.4 Formalisierte, kontrollierte und effiziente Wasserversorgung: optimale Lösungen für alle sind möglich

Die Maßnahmen der deutschen EZ im Bereich Wasser - unabhängig davon, ob es um die Organisation der Ressource zwischen Staaten geht, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen oder die Bereitstellung von Wasser für die Landwirtschaft - zielen auf dem afrikanischen Kontinent insgesamt auf eine stärkere Formalisierung, Bürokratisierung und Kontrolle der Ressourcennutzung. Zwar lassen sich im Detail Unterschiede in den jeweiligen Problemdiagnosen der Länder ausmachen<sup>156</sup> - in irgendeiner Form finden sich jedoch alle hier identifizierten Bausteine „gute(r) Regierungsführung im Wassersektor“ (BMZ 2017b: 14) in den Ansprüchen an die Partnerländer wieder. Dass dabei kaum eine klare Handlungsanleitung erkennbar ist, welche über die vage Formulierung von Ansprüchen im Sinne von Good Water Governance, IWRM sowie der Orientierung an den Zielen von Nachhaltiger Entwicklung hinausgeht, hindert die deutsche EZ jedoch nicht daran, die eigenen Aktivitäten als Beitrag zu einer erfolgreichen, nachhaltigen Wasserentwicklung zu präsentieren. Ohne dass kausal nachvollziehbare Begründungen, wissenschaftliche Belege oder erfahrungsbasierte Maßnahmen vorgebracht werden, mit deren Hilfe die unpräzisen Konzepte von Good Water Governance oder Nachhaltiger Entwicklung konkretisiert werden könnten, wird dennoch von positiven Impulsen ausgegangen. Zugleich erscheint es angesichts mangelnder Präzisierung der Aktivitäten schwierig, die Arbeit der EZ im Detail zu kritisieren. Schließlich lässt sich nur schwerlich etwas gegen die Forderung nach mehr Partizipation, Rechtsstaatlichkeit oder gegen die Bekämpfung von Korruption vorbringen, sofern nicht deutlich wird, wie dies genau erreicht werden soll. Genau dies lässt die deutsche EZ jedoch offen.

Diese inhaltliche Unbestimmtheit wäre angesichts der strategischen Stoßrichtung des hier untersuchten Materials nicht weiter verwunderlich. Allerdings wird damit eine einseitig eingefärbte, unzutreffend simplifizierende Erzählung der Wasserkrisen Afrikas reproduziert: Diese könnten dann einer konfliktfreien, optimalen Lösung mit Vorzügen für alle Beteiligten zugeführt werden, sofern die Interventionen der deutschen EZ sinngemäß angewandt und

---

<sup>156</sup> Während für einige Länder die Betonung auf der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen liegt, stehen an anderer Stelle die Stärkung personeller oder finanzieller Kapazitäten im Vordergrund.

umgesetzt werden. Die Problemdiagnose im Bezug auf Wasser in Sub-Sahara Afrika spricht daher einerseits davon, es gebe eine Unterversorgung der Menschen. Andererseits würden die unterschiedlichen Nutzer einen falschen Umgang mit der Ressource zeigen. Zugleich werden die Problemursachen unilateral auf Seiten der Partner verortet, diese also primär für Defizite verantwortlich gemacht.

Wie bereits mehrfach angerissen, funktioniert eine solche Erzählung der sozialökologischen Krisenphänomene auf dem afrikanischen Kontinent nur mit Hilfe eines simplifizierenden Problem- und Lösungsverständnisses. Alleinig unter der Vorgabe, die Wasserprobleme des Kontinents ließen sich auf die beschränkten, von der deutschen EZ angeführten, Ursachen zurückführen, funktionieren die eindimensionalen Lösungsansätze. Und ausschließlich unter der Maßgabe, die Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt ließen sich in der aktuellen Konstellation konfliktfrei und optimal managen, können Zielkonflikte und Widersprüche der deutschen Entwicklungspolitik vernachlässigt werden. Diese Politikvorstellung der EZ, welche die Kritik am Steuerungsoptimismus (vgl. Mayntz 2001: 2) nicht ernst nimmt und die Konflikthaftigkeit des Politischen negiert (vgl. Mouffe 2015: 43), kann für sich kaum beanspruchen, wirklichkeitsnahe und brauchbare Lösungsvorstellung sozialökologischer Konfliktlagen entwickeln zu können - erst recht, wenn die Verwobenheit gesellschaftlicher Praxen mit sozialen wie ökologischen Krisenphänomenen weitgehend vernachlässigt wird (vgl. Brand/Wissen 2017: 11-12).

Nun ließe sich einwenden, dass die deutsche EZ mit der Betonung von Lernprozessen und einer kontinuierlichen Evaluationspraxis darauf ausgerichtet ist, sich beständig der verändernden Herausforderungen anzunehmen und an der fortlaufenden Verfeinerung ihrer Mechanismen im Verweis auf wissenschaftliche Forschung arbeitet. Und auch der Vorwurf einfacher Problemdiagnosen sei angesichts der Betonung unterschiedlicher Wirkungsverflechtungen und Einflussfaktoren nicht haltbar. Allerdings hat sich in der Analyse gezeigt, dass eine Vielzahl der Hinweise auf der Textoberfläche zu Komplexität und Wirkungsverflechtungen eben nicht in differenzierte Problemdiagnosen übersetzt werden und entsprechend keine nuancierten Lösungsmechanismen im Einklang mit den Forschungsergebnissen - z.B. der Partizipations-, Demokratie- oder sozialökologischen

Forschung - formuliert werden, sondern diese nur bruchstückhaft aufgegriffen werden.<sup>157</sup> Grundsätzlich erfolgt der Verweis auf Komplexität und Wirkungsverschränkungen vielmehr im Kontext einer Abschwächung von Erwartungen an die Leistungen der EZ, als dass die Vielschichtigkeit der Problemlagen in der Problemdiagnose oder der Identifikation von potentiellen Lösungen eine Rolle spielen würde. Anstatt die Schwierigkeiten bei der Formulierung von Lösungen für komplexe Herausforderungen zu thematisieren, verzichtet die EZ auf solche Hinweise und rückt sie in die Nähe der Ursachen gescheiterter Entwicklungsbemühungen: Es waren unerwartete Effekte oder politikfeldexterne Einflüsse, welche - neben Verfehlungen der Partner als zentrale Ursache - dafür gesorgt haben, dass die EZ ihre bisherigen Ziele nicht erreichen konnte. Zugunsten einer optimistischen Darstellung der eigenen Fähigkeiten wird seitens der EZ darauf verzichtet, die Komplexität der sozialökologischen Krise in der Problemdiagnose wie der Lösungssuche ausreichend zu berücksichtigen.

Angesichts einer, in weiten Teilen, gescheiterten Entwicklungspolitik in den vergangenen 70 Jahren irritiert daher der pauschalisierende Anspruch auf Lösungsfähigkeit der Wasserprobleme durch die deutsche EZ; letztlich wird in der Masse der Publikationen nicht nachvollziehbar, was die EZ im 21. Jahrhundert im Detail in den Partnerländern macht und wie sie im Zeitalter Nachhaltiger Entwicklung effektiv sozialökologische Probleme bearbeiten will - oder wie und warum das Management der Ressource Wasser durch leistungsfähige Versorger nach den beworbenen Prinzipien der deutschen EZ nun zu ‚Nachhaltigkeit‘ und der Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser führen soll (vgl. BMZ 2017b: 11-13).

---

<sup>157</sup> Die vielfältigen strukturellen, institutionellen sowie kognitiven Voraussetzungen an Partizipations- und Mitbestimmungsprozesse bleiben in den Ausführungen der EZ etwa ebenso unberücksichtigt wie die zahlreichen Herausforderungen an Legitimität, Inklusion und Transparenz solcher Mitwirkungsprozesse. Dass diese Prozesse nicht zwangsläufig demokratisch akzeptabel ablaufen müssen oder ihre Ergebnisse möglicherweise bestehende Herrschaftsasymmetrien reproduzieren können, bleibt hierbei ebenso unterbelichtet (vgl. Demirovic 2011: 76, 97-98; Thioune Diop 2017: 90-93). Damit lässt sich der deutschen EZ eine relativ naive Vorstellung von Partizipation und politischer Entscheidungsfindung unterstellen, welche sich exemplarisch in einer mechanistischen und funktionalistischen Anwendungsorientierung solcher Konfliktbearbeitungsstrategien äußert.

## 4.5 Das Problematische an der Problemdiagnose der deutschen EZ

### 4.5.1 Dichotomisierung

Betrachtet man die argumentative Tiefenstruktur im analysierten Material, fällt auf, dass die deutsche EZ, in Analogie zur Hegemonie modernisierungstheoretischer Ansätze in der Entwicklungspolitik, an einer dichotomen Unterscheidung zwischen Entwicklung/Unterentwicklung festhält. Damit führt sie eine Hierarchisierung zwischen deutscher EZ und den Partnerländern ein bzw. reproduziert die asymmetrische Unterscheidungspraxis zwischen Helfer und Hilfsbedürftigen (vgl. McEwan 2009: 45-49; Thomas 2000: 3-5). Dies erscheint insbesondere im Kontext widersprüchlicher, zeitgleicher und unübersichtlicher gesellschaftlicher Transformationsprozesse widersinnig.<sup>158</sup> Eine Kategorisierung in diesem Sinne würde grundsätzlich Vergleichbarkeit und entsprechende Messbarkeit sowie eine einheitliche Zielvorstellung voraussetzen. Angesichts der Ungereimtheiten hinsichtlich des Nachhaltigkeitskonzepts und seiner inhaltlichen Ungenauigkeiten können Vorstellungen nachhaltiger Entwicklung diese Zielgebungsfunktionen nicht erfüllen. Ebenso entziehen sich soziale wie ökologische Aspekte einer nachhaltigen Gesellschaftstransformation nicht nur einer einheitlichen, unhinterfragbaren Definition, sondern lassen sich mit den verbreiteten und in der EZ hauptsächlich zur Anwendung kommenden, quantitativen Messinstrumenten und –methoden nicht detailgetreu einfangen oder bemessen. Damit kann nachhaltige Entwicklung als vielfältiges, vielgestaltiges und unspezifisches Konzept nicht zur Orientierungshilfe erhoben werden, geschweige denn eine, auf Ab- und Aufwertung basierende,

---

<sup>158</sup> Betrachtet man die ungleichen Entwicklungen innerhalb von Industrienationen - etwa zwischen Stadt und Land oder hinsichtlich ungleicher Einkommensverteilung bei Haushalten - wird erkennbar, warum eine grobschlächlige Kategorisierung von Ländern ebenso wenig der sozioökonomischen Wirklichkeit entspricht wie das Festhalten an monetär-basierten Unterscheidungsmustern für deren Differenzierung. Neue Studien legen nahe, dass Ungleichheiten nicht zwischen Gesellschaften, sondern mitten durch sie hindurch bestehen (vgl. Lakner/Milanovic 2013). Zudem existieren seit geraumer Zeit im entwicklungspolitischen Diskurs Stimmen, welche eine einseitig ökonomisch ausgerichtete Bewertungspraxis für problematisch und unzureichend halten, um den Zustand einer Gesellschaft beurteilen zu können (vgl. Nussbaum 2016; Robeyns 2001). Im Zusammenhang mit Wasser wäre etwa das Konzept der „*environmental security*“ von Simon Dalby diskussionswürdig (vgl. Dalby 2002).

Unterscheidungspraxis zwischen Nationalstaaten begründen. Im Wasserkontext wird diese wertende Unterscheidungspraxis weitergeführt als Fehlen von Fertigkeiten und Wissen hinsichtlich guter Wasserpolitik, einem Mangel an effektiver und unternehmerisch effizienter Organisation der Wasseranbieter sowie Fehlverhalten seitens der Bevölkerung als Wasserkunden. Die Verantwortlichkeiten für Defizite in der Wasserversorgung und für ökologische Schäden werden damit einseitig auf die Partnerländer sowie die dortige Bevölkerung verlagert.

Die Identifikation dieser Problemursachen wirft jedoch die Frage auf, wie die EZ auf solche Herausforderungen reagieren bzw. die identifizierten Mängel überwinden will, wenn ihre entwicklungspolitischen Interventionen doch vornehmlich in Beratung und Anleitung von Akteuren bestehen. Wieso überhaupt versucht wird, ‚widersinnigen‘ oder ‚unmotivierten‘ Akteuren bestimmte Verhaltensweisen beizubringen, welche vermeintlich weder in der dortigen Kultur verankert sind noch in der Vergangenheit angenommen wurden, bleibt rätselhaft. Entsprechend erweckt die deutsche EZ den Eindruck, in einem selbst konstruierten Zirkelschluss, die eigenen Aktivitäten als Lösungen der zuvor identifizierten Probleme zu sehen: Das Problem der Entwicklungsländer besteht demzufolge in einem Mangel an den Lösungsmechanismen, welche die deutsche EZ zur Verfügung stellt. Demnach wurzeln die Probleme wie die Lösungen in der Übernahme unternehmerischen Denkens, effizienter Bürokratisierung und der Einhaltung von standardisierten Kontrollverfahren.

Anstatt daher grundsätzlich offen für alternative Lösungsmechanismen zu sein und zugleich die eigene Problemwahrnehmung infrage zu stellen, wird weiterhin der Versuch unternommen, westlich geprägte Vorstellungen von Ressourceneffizienz und ökonomischer Nachhaltigkeit auf die Partnerländer zu übertragen bzw. diesen anzutrainieren. Dies ist umso verwunderlicher, als das die deutsche EZ in ihren Publikationen wiederholt auf Diskussionen zu Partizipation, traditionellem Wissen oder auch Dezentralisierungsbemühungen Bezug nimmt, bei Problemdiagnosen wie Lösungsvorstellungen dann jedoch radikal simplifiziert.

#### ***4.5.2 Quantifizierung und Messbarkeit***

Die interne Evaluations- und Kontrollpraxis scheint weitgehend dafür verantwortlich, dass die Akteure der EZ sich dazu genötigt sehen, quantifizierbare und kurzfristig messbare Maßnahmenziele im Kontext der übergeordneten, abstrakten Entwicklungsziele zu

formulieren (vgl. Rottenburg 2002: 12-14). Diese Monitoring- und Evaluationspraxis zwingt der EZ eine, der Komplexität, Unübersichtlichkeit und Verflochtenheit des Gegenstandes unangemessen simplifizierte Deutung der sozialen Wirklichkeit auf, da nur jene Aspekte in den Blick geraten, welche mit Hilfe empirisch-analytischer Verfahren eingefangen werden können (vgl. Hovland 2012: 25-26): „Politisch betrachtet wird nur das, was durch einen Indikator ausgedrückt wird.“ (Rose 2013: 4). So bleiben die Zielvorstellungen der deutschen EZ ausschließlich auf messbare Zwecke ausgerichtet, etwa die quantitative Zunahme der Menschen mit einem Wasser(haus-)anschluss, die ökonomische Gewinnerwirtschaftung von Wasserversorgern oder die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Für soziale wie ökologische Kriterien gesellschaftlicher Transformation - etwa Ernährungssicherheit oder stoffliche Belastung von Gewässern - ist in den Erhebungs- und Evaluationsverfahren der deutschen EZ kein Platz. Obwohl die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte deutlich gemacht haben, dass ohne Berücksichtigung ökologischer wie sozialer Gesichtspunkte eine Bearbeitung der zunehmenden Krisenphänomene kaum sinnvoll erscheint, bleiben diese Aspekte in der Problematisierungsweise der deutschen EZ allenfalls Randnotizen. Natur und Gesellschaft werden vielmehr in vergleichbarer Weise Funktionen für Entwicklungsprozesse zugeschrieben, indem sie als Natur- und Humankapital begriffen werden, welches für erfolgreiche Transformationsprozesse ausreichend vorhanden sein muss. Inwieweit diese Kapitalbestände jedoch durch menschliches Zutun - insbesondere durch entwicklungspolitische Interventionen - gefährdet werden könnten, bleibt meist außen vor.<sup>159</sup>

Sozial-ökologische Herausforderungen werden in der EZ nicht in ihrer gesellschaftlichen wie umweltbezogenen Bedeutung, Ursächlichkeit und Verwobenheit betrachtet, sondern, trotz des argumentativen Verweises auf Nachhaltigkeit, weitgehend eindimensional auf ökonomische Gesichtspunkte verengt. Es dominiert eine funktionalistische und numerische Sicht auf die Problemstellungen: Einerseits werden gerade jene Aspekte betont, die gemessen und evaluiert werden können und sich in eine Bewertungsmatrix eingliedern lassen (etwa die Zahl der Menschen mit Wasseranschluss oder der ökonomischen Bilanz von

---

<sup>159</sup> Ausnahmen bilden Verweise auf ungeregeltes oder unkontrolliertes Fehlverhalten einzelner Akteure - etwa die falsche Anwendung von Anbautechniken oder Bewässerungsmethoden (vgl. GIZ 2014a: 27; BMZ/GIZ 2012: 30). Die potentiellen Einflüsse der EZ selbst bleiben jedoch unterbelichtet.

Wasserversorgern und Haushalten). Andererseits werden Konflikte vernachlässigt oder als ‚manageable‘ begriffen, sofern es zu einer korrekten Anwendung von den beworbenen Mechanismen kommt, auch wenn diese ihrerseits nur beschränkte Wirkung auf spezifische Teilbereiche entfalten können und zugleich in ihrer Wirksamkeit von anderen Faktoren abhängig sind (etwa rechtliche Rahmenbedingungen, die wiederum institutionalisiert sein müssen und zugleich gut ausgebildete Akteure benötigen, die sie durchsetzen).

Vor dem Hintergrund der Kritik durch Rottenburg, dass die Erfordernisse von Kontrolle und statistischer Messbarkeit entwicklungspolitischer Aktivitäten deren inhaltliche Ausrichtung grundlegend mitprägen (vgl. Rottenburg 2002), dürfte die hier identifizierte Problemdiagnose der EZ nicht verwundern: Anders als komplexe, qualitative Zielkorridore menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten, lassen sich ökonomische Effizienzsteigerungen relativ einfach messen und miteinander vergleichen. Ob sich die Qualität gesellschaftlicher Transformationsprozesse allerdings alleinig an ökonomischen Kennzahlen ablesen lässt, kann bezweifelt werden.

### **4.5.3 Simplifizierung**

Die Herausforderungen komplexer, multipler Krisenphänomene im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Wassernutzung erweisen sich als anspruchsvoller, als dies die Lösungsstrategien der deutschen EZ erkennen lassen: Durch bessere Rahmenbedingungen und effizienteres Management allein werden sich die zahlreichen sozialökologischen Konflikte um die Hydrosphäre kaum dauerhaft bearbeiten lassen.<sup>160</sup>

---

<sup>160</sup> Ungeachtet der zu kurz greifenden Problemdiagnose und einer damit einhergehenden Unzulänglichkeit der daraus resultierenden Lösungsansätze, ist mit Verweis auf regulationstheoretische Arbeiten anzumerken, dass durch die Institutionalisierung spezifischer Managementstrategien und der Inwertsetzungslogik von Natur die Kontrolle über Umwelt exklusiver gestaltet werden sowie die Ungleichheit zwischen Geschlechtern und Klassen innerhalb der Gesellschaften verschärft werden können (vgl. Wissen 2011: 237). Anstatt auf lokale Daseinsvorsorge und gemeinschaftliche Ressourcenkontrolle ausgerichtet zu sein, verschiebt sich der Bezugsrahmen zu Wasser hin zu einer institutionalisierten und von Besonderheiten abstrahierenden Logik der effizienten Ressourceninwertsetzung zum Wohle der volkswirtschaftlichen Produktivität (vgl. Goldman 2001: 517).

Folglich erscheint die Problemsicht der deutschen EZ als unterkomplex: Integrative, systemische Ansätze sollten in der Wasserpolitik eigentlich im Fokus stehen (vgl. Kapitel 1.1), da sich nicht zuletzt die gesamte Nachhaltigkeitsdiskussion weitgehend um die Vereinbarkeit der drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales dreht. Und auch wenn sich die simplifizierende Perspektive des Drei-Säulen Modells auf sozialökologische Beziehungsgeflechte als unzureichend erweisen sollte, macht sie dennoch aufmerksam auf eine differenziertere und inklusivere Sicht auf Mensch-Umwelt Interaktionen, als sich dies im Rahmen der deutschen EZ in Bezug auf Nachhaltige Entwicklungsprojekte und -ziele spiegelt.

Sobald eine gewisse Abstraktionsebene bei der Betrachtung von Entwicklung und Wasserproblemen verlassen wird und Fragen konkreter Programmeffekte und -resultate in den Fokus rücken, finden sich kaum oder gar keine Verweise mehr auf ökologische Dimensionen der EZ. Das Ökologische spielt nur insofern eine Rolle für die Entwicklungspolitik, als dass es der Entfaltung von Entwicklungschancen entweder Grenzen setzt oder diese begünstigt. Die Natur wird seitens der deutschen EZ als Ressourcenquelle und relevanter Wirtschaftsfaktor wahrgenommen, während zugleich die Überzeugung besteht, die Umwelt wäre kalkulier- und kontrollierbar. Analog zu der Vorstellung linearer Entwicklungsprozesse bildet die Natur nur den Rahmen der Fortschrittsprozesse, welche sich möglichst nachhaltig vollziehen sollen. In der entwicklungspolitischen Praxis selbst werden entsprechend auch nur diejenigen Indikatoren gemessen und bewertet, die in Verbindung zu ökonomischen Wachstumskriterien stehen oder sich leicht quantifizieren lassen. So wird auch der Erfolg ökologischer Adaptionsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels beispielsweise anhand von Einkommenszuwächsen oder deren Stabilität bemessen, während qualitative Daten (etwa hinsichtlich der Bezahlbarkeit oder tatsächlichen Verfügbarkeit von Wasser) überhaupt nicht erhoben werden.

Mit Hilfe handlungstheoretischer Ansätze lässt sich argumentieren, dass die Bearbeitung eines Problems nicht angemessen verlaufen kann, sofern entscheidende Einflussfaktoren und Entstehungsbedingungen des Problems nur unzureichend wahr- oder ernst genommen werden (vgl. Betsch/Funke et al. 2011: 24-26). Werden Ursachen bzw. grundlegende Einflussgrößen des Problems ignoriert, ausgeblendet oder in den Lösungsansätzen nicht berücksichtigt, kann davon ausgegangen werden, dass die Problemlösungsmechanismen und -strategien wenig bis keine Aussichten auf eine effektive, dauerhafte Problembearbeitung

haben. Das kontinuierliche Scheitern wäre entwicklungspolitischen Maßnahmen bei einer solchen Problematisierungsweise inhärent. Entgegen der häufig zitierten Ursachen missglückter, entwicklungspolitischer Interventionen – etwa der unzureichenden Kapazitäten seitens der Partner – wären dysfunktionale Momente bereits in der grundlegenden, strategischen Ausrichtung der EZ aufgrund verkürzter, unterkomplexer und einseitiger Problemdiagnosen verankert. Erfolge könnte die EZ dann nur dort verbuchen, wo sie zuvor Probleme und entsprechende Lösungsansätze identifiziert hat: im Bereich volkswirtschaftlichen Wachstums.

Die einseitige Schwerpunktsetzung auf ökonomische Effizienz und Messbarkeit der Wasserpolitik erschwert die Integration sozialer und ökologischer Aspekte in die Politikplanung: Was nicht bemessen werden kann, wird kaum im Rahmen der Maßnahmenplanung Berücksichtigung finden (vgl. Rottenburg 2002: 26-27; Fukuda-Parr 2014: 128-129; Langford/Winkler 2014: 253-255). Die anhaltende Dominanz von Monitoring- und Evaluationsverfahren innerhalb der EZ als Erfolgskriterium führt zu einer Fokussierung auf quantifizierbare Daten sowie einer Versteifung auf die Messbarkeit von Erfolgen. Damit geraten all diejenigen Kriterien aus dem Blick, die sich mit klassischen, quantitativen Erhebungsmethoden nicht eruieren lassen. Dazu zählen etwa neben der Wahrnehmung der eigenen Vulnerabilität oder Resilienz eben auch soziale und ökologische Indikatoren wie die Schädigung von Ökosystemen durch anthropogene Aktivitäten, die Abhängigkeit von privaten Wasseranbietern oder die Möglichkeiten der gemeinsamen Nutzung von Naturressourcen in Form von Allmenden. Die Bezugnahme auf Natur erfolgt damit einseitig nach funktionalistischen Kriterien und kann entsprechend keineswegs auf die Verknüpfungen zwischen Gesellschaften und Umwelt aufmerksam machen. Grundsätzlich bleibt die Problemsicht der deutschen EZ damit unterkomplex.

Es muss verwundern, dass trotz zahlreicher Forschungsarbeiten auf internationaler Ebene seitens der deutschen EZ weiterhin die Überzeugung besteht, die sozialökologische Krise ließe sich ohne Berücksichtigung komplexer, gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowie eine Infragestellung etablierter Entwicklungsstrategien bearbeiten. Die Negation der Komplexität des Beziehungsgeflechts zwischen Mensch und Umwelt - insbesondere vor dem Hintergrund des vielfach formulierten Eigenanspruchs auf Nachhaltigkeit - und die damit einhergehende Überzeugung, mit Hilfe einfacher institutioneller und politischer Interventionen ließen sich

die zahlreichen Wasserproblematiken effektiv lösen, erscheint naiv. Interessanterweise verzichtet die deutsche EZ in ihrer Evaluationspraxis aber gerade auf den Nachweis konkreter sozialer oder ökologischer Wirkung ihrer Maßnahmen, so dass nur die Bemessung ökonomischer Kriterien Aussagen über den Erfolg entwicklungspolitischer Interventionen zulassen.

Die für die Korrektur und Überprüfung der EZ so wichtige Evaluationspraxis bleibt damit auf dem ökologischen Auge blind, während zugleich soziale Indikatoren weitgehend einer ökonomischen Prägung unterliegen (so etwa die Bemessung von Armut anhand von Einkommen). Entwicklung kann dann nur in den Dimensionen eines Zuwachses an betriebswirtschaftlicher Produktivität, volkswirtschaftlichem Wachstum oder einer Erhöhung der Haushaltseinkommen wahrgenommen und bemessen werden. Die gesamte Diskussion um nicht-monetäre Aspekte menschlicher Entwicklung findet entsprechend auf Ebene der Mess- und Bewertungspraxis keinen Nachklang, während zugleich auf argumentativer Ebene die Bedeutung sozialer wie ökologischer Aspekte hervorgehoben wird.

Des Weiteren suggeriert die verkürzte Problemdiagnose der deutschen EZ die Möglichkeit, sozialökologische Herausforderungen könnten mit einfachen Mitteln wie zunehmendem Kapitalfluss, verbesserter bürokratischer Organisation, verstärktem Wissenstransfer oder der Zurverfügungstellung moderner, grüner Technologien bearbeitet werden. Damit werden auf Seiten der Partnerländer, bei deren Bevölkerungen wie auch auf Seiten der deutschen Öffentlichkeit Erwartungen durch die deutsche EZ geweckt, die sich kaum einlösen lassen bzw. in der Vergangenheit in dieser Form nicht eingelöst werden konnten: Nachhaltigkeit ist unter den gegebenen institutionellen Bedingungen und ohne grundlegende Transformationen der Wirtschafts- und Konsumweise zu erreichen.

Einerseits hemmt dies die Weiterentwicklung und kritische Reflektion der entwicklungspolitischen Kooperationen, da ja bereits vermeintlich brauchbare Lösungsstrategien in Anschlag gebracht wurden. Andererseits nimmt die deutsche EZ auf diesem Wege dauerhaft das Scheitern ihrer Maßnahmen in Kauf: Sofern sie weiterhin für sich in Anspruch nimmt, mit ökonomischen Wachstumsstrategien komplexe sozioökonomische, ökologische, kulturelle Konflikte und Krisen bearbeiten zu können, wird sie keine positiven und dauerhaften Projektergebnisse produzieren können.

Zentrale Ziele der deutschen EZ im Bereich Wasser, wie sie in dem aktuellen Sektorkonzept des BMZ (2017b) festgehalten sind, lassen sich angesichts dieser tiefgreifenden Widersprüche kaum verwirklichen. Nichtökonomische Kriterien werden daher auch weiterhin nicht in den Blick der EZ geraten, obwohl sie für die Bewertung von ökologischer wie sozialer Nachhaltigkeit eigentlich von zentraler Bedeutung sind.

Wieso wird diese Unzulänglichkeit nicht stärker in den Fokus gerückt?

Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass versucht wird, weiterhin an dem sinnstiftenden und handlungsanleitenden Konstrukt linearer Entwicklung in Form eines beständigen, ökonomischen Wachstums festzuhalten: Das Problem hieße aus einem solchen Blickwinkel Unterentwicklung der Fähigkeiten und Kapazitäten. Im historischen Wandel der Entwicklungspolitik wurde der ausbleibende Entwicklungserfolg immer wieder auf neue Formen des Mangels, der Ineffektivität oder des Unzureichenden zurückgeführt. Die Problemursachen werden kontinuierlich in den Partnerländern verortet, welche die notwendigen Anpassungsleistungen nicht bewerkstelligen können und von externer Hilfestellung abhängig bleiben. Die zahlreichen Wasserprobleme werden dieser Logik einverleibt und als Folgeerscheinung von mangelnden Fertigkeiten präsentiert: Die Verunreinigung von Gewässern, das Austrocknen von Flussläufen, irreparable Schäden an Aquifern etc. werden zu Folgen unzureichender Kapazitäten erklärt: Ob nun als Folge von bürokratischen Schlupflöchern, mangelnden Kontrollmechanismen oder falscher Preispolitik.

Anstatt die sozialökologische Krise in ihren sozialen wie ökologischen Aspekten und Wirkungsverflechtungen zu betrachten, unternimmt die deutsche EZ den Versuch, die auftauchenden Schwierigkeiten eines begrenzten Planeten in ihre Vorstellungen von Modernisierung und Fortschritt zu integrieren - wodurch ökologische Probleme nicht mehr als strukturell einer Entwicklungsweise inhärent erscheinen, sondern eben als Defizite an Lösungsfähigkeiten und -kapazitäten: *„Problematierungen knüpfen einerseits an die bestehende Macht-Wissens-Formation an und versuchen andererseits, die Veränderungen der Kräfteverhältnisse zu integrieren, indem sie diese unter einer bestimmten Fragestellung synthetisieren, interpretieren und neu ausrichten.“* (Klöppel 2010: 259).

Daher kann die EZ auch als ein flexibles Macht-Wissens-Gefüge betrachtet werden: Wissenschaftlich und praktisch anwendbares Wissen wird durch Bezugnahme auf die wissenschaftliche Forschung gewonnen und für eine Zeit lang als Grundlage der

entwicklungspolitischen Handlungen festgeschrieben. Durch das Auftreten von Ereignissen, die es nicht erklären kann, wird es modifiziert; dies ermöglicht durchaus verschiedene Antworten auf die Herausforderungen von Entwicklung, aber diese werden grundlegend von den, der Problemstellung innewohnenden, Vorgaben reguliert: In der EZ ist dies die Problematisierung von Armut und Deprivation als Unterentwicklung bzw. ausbleibende Entwicklung.

#### **4.5.4 Diffuse Begriffsverwendung**

Hinsichtlich der Dominanz einer neoklassisch geprägten, entwicklungspolitischen Ideologie in den Institutionen der EZ entfaltet die simplifizierende Problemdiagnose eine erhebliche, stabilisierende Wirkung (vgl. Strauß 2016: 98, 102). Das entwicklungspolitische Engagement der EZ beruft sich, wie Susanne Koch und Peter Weingart (2016) nachweisen können, auf Expertenwissen sowie Wissensbestände, welche der wissenschaftlichen Forschung entliehen sind. Solche wissenschaftlich erzeugten Wissensbestände erzeugen bei den Adressaten den Eindruck von Alternativlosigkeit und Autorität (vgl. Koch/Weingart 2016: 133-136). Die Wissenschaft dient hier als Legitimationsgeber und verleiht den Aktivitäten der deutschen EZ durch Verweis auf aktuelle Begriffe (z.B. IWRM, Good Water Governance, Nachhaltigkeit, Partizipation) oder Forschungstrends (z.B. Informations- und Kommunikationstechnologien, Managementstrategien, M&E Verfahren) eine Legitimität, was die Arbeit der deutschen EZ im Prinzip immun gegenüber nicht wissenschaftlich formulierter Kritik macht.

Der unreflektierte Gebrauch normativ umstrittener oder nicht eindeutig bestimmbarer Begriffskonzepte, wie Governance oder Nachhaltigkeit, welche aus dem Kontext wissenschaftlicher Diskussion und Auseinandersetzung herausgelöst wurden, führt dabei aber auf Seiten der EZ weder zu einer angemessenen Kontextualisierung noch zu einer ausreichenden Beschäftigung mit wichtigen Kritikpunkten und Leerstellen der Konzepte. So hat etwa die Governance Forschung in den Sozialwissenschaften bereits darauf hingewiesen, dass selbst bei einer engen Fassung des Begriffs keinerlei Aussage über die demokratische Qualität und Legitimität von Governance Arrangements getroffen werden kann (vgl. Zürn 2010: 80). In der EZ hingegen erfüllt der Begriff eine Legitimierungsfunktion, indem etwa vermeintliche Graswurzelorientierungen, demokratische Verfahren oder die Inklusion alternativer Standpunkte mit Governanceprozessen argumentativ verknüpft werden (vgl.

BMZ 2017b: 11). Ähnliches gilt für den Begriff der Partizipation. Das Konzept der Nachhaltigkeit, das als weitgehend leere Begriffshülse von unterschiedlichen Akteuren mit normativen Erwartungshaltungen angefüllt wird (Brand/Görg/Jahn et al. 2017: 4), findet sich ebenso inflationär in den Aussagen der deutschen EZ.

Die Konflikte zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen verschwimmen dann hinter einem gemeinsamen Sprachgebrauch, ohne dass die jeweiligen Interessen tatsächlich miteinander in einem konfliktfreien Aushandlungsprozess vereinbar wären.

So verdeckt die Verwendung solcher ‚Konsensbegriffe‘ letztlich die Konflikthaftigkeit politischer Probleme, täuscht Lösbarkeit und Lösungsfähigkeit vor und stabilisiert auf diesem Wege eine Politik des Status Quo in der EZ. Denn wo sich der EZ Diskurs auf Begriffskonzepte wie Governance oder Nachhaltigkeit bezieht, entzieht er sich zugleich der Kritik – zumindest der Widersprüche jener Akteure, welche sich nicht auf wissenschaftliche Diskurse oder Forschungsergebnisse berufen können.

Während also in der deutschen EZ ein deutlicher Bezug zu wissenschaftlichen Forschungsarbeiten hergestellt und proklamiert wird, werden zugleich andere Forschungsergebnisse ignoriert. Dies geschieht allem Anschein nach insbesondere dort, wo an neoklassischen Überzeugungen Kritik geübt oder deren Grundannahmen argumentativ demontiert werden. Anders lässt sich weder erklären, warum weiterhin Strategien in der deutschen EZ dominieren, welche zumindest widersprüchliche, sozialökologische Ergebnisse produzieren. Noch warum die interne Revisionspraxis nicht stärker auf Kontroversen, Konflikte und simplifizierende Kausalannahmen in den Zielformulierungen der EZ Maßnahmen hinweist oder diese thematisiert.

#### ***4.5.5 Einseitige Verantwortungszuschreibungen***

Fragwürdig erscheint die Problematisierung von Wasser innerhalb der deutschen EZ auch deshalb, weil eine einseitige Zuschreibung von Verantwortlichkeiten für das stete Scheitern der aufwändigen Entwicklungsprojekte erfolgt. Dabei fehlt es nicht nur an einer selbstkritischen Perspektive der EZ, welche insbesondere die angesprochenen Zielkonflikte in den Blick nehmen müsste, sondern auch an Differenzierung und Spezifikation innerhalb der geäußerten Kritik. Vielmehr sehen sich Regierungen, Partnerorganisationen und selbst die Bürger der Staaten Sub-Sahara Afrikas einer Pauschalkritik ausgesetzt: Ursächlich für

missglückte Entwicklungsprozesse und -projekte sind demnach ineffiziente Bürokratien, unmotivierte Mitarbeiter, unzureichende Ausbildung, fehlendes unternehmerisches Denken auf Behördenseite oder auch die vermeintlich mangelhafte Zahlungsmoral seitens der Bürger. Zugleich spielen etwa die Unangepasstheit bestimmter institutioneller Strukturen an lokale Gegebenheiten, westlich geprägte Beratungsverfahren oder etwa die schiere Unmöglichkeit, für Wasser einen Preis zu zahlen, sofern kein regelmäßiges Einkommen generiert werden kann, als Störfaktoren keinerlei Rolle.

Das ‚Scheitern von Entwicklung‘ wird hier pauschal der ‚falschen Einstellung‘ eines ganzen Kontinents angelastet. Dass dies weder der politischen Wirklichkeit vor Ort noch den Ansprüchen einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Gebern und Empfängern der Entwicklungshilfe entsprechen kann, erscheint offensichtlich. Alleine schon die zahlreichen Reformprozesse im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen, die in den vergangenen Jahrzehnten auf dem afrikanischen Kontinent umgesetzt wurden, zeugen von der Fähigkeit der Partnerländer, bürokratische Reformationsprozesse im Sinne der internationalen Gebergemeinschaft umzusetzen.

Während die Ursachen beständigen Scheiterns grundsätzlich auf Seiten der Partner und Partnerländer verortet werden, entbindet sich die deutsche EZ selbst aus der Verantwortung: Man stelle ja nur Beratungsangebote zur Verfügung, gebe Wissen und Fertigkeiten an die Partner weiter, während diese insbesondere aufgrund von Bad Governance das verfügbare Wissen nicht sinngemäß nutzen würden. Das Ausbleiben messbarer und belastbarer Entwicklungserfolge im Sinne der EZ wird damit einseitig der falschen, defizitären Einstellung der Partner angelastet.

Im Anschluss an die Post-Colonial Studies lässt sich hier von einer Form des Rassismus sprechen, der Menschen afrikanischer Herkunft bestimmte Attribute zuschreibt und sie letztlich als ‚entwicklungsfeindlich‘ charakterisiert (vgl. Wilson 2012: 46, 50). Insbesondere der andauernde Verweis auf die Notwendigkeit von Good Governance unterstellt, dass es an einer effektiven, rechtschaffenden und ehrlichen Haltung der Partner mangle, welche einer treuhänderischen Führung und Anleitung bedürfen (vgl. Wilson 2012: 150-151). Dazu werden alle Wassernutzer als politisch gleichwertig und unterschiedslos durchsetzungsfähig begriffen. Dabei haben ihre Wassernutzungsmuster aber eigentlich unterschiedliche

Konsequenzen und sie verfügen in der Regel über asymmetrische Durchsetzungschancen. Im Verständnis der EZ von Governanceprozessen tauchen Machtasymmetrien zwischen Kleinbauern, Slumbewohnern oder Unternehmen jedoch überhaupt nicht auf. Vielmehr werden laut der deutschen EZ Umweltnutzungskonflikte in Governancestrukturen erfolgreich bearbeitet und aufgelöst, ohne dass letztlich nachvollziehbar wird, wie etwa die Bürger von Doornkloof in Südafrika einem multinationalen Unternehmen wie Nestlé im Streit um lokale Wassernutzungsrechte gleichberechtigt gegenüberzutreten sollten (vgl. Brand/Görg 2002: 38). Hier regiert in der deutschen EZ der Glaube an die Wirksamkeit institutioneller Regeln. Anders lässt sich die Überbetonung von ‚*angemessenen institutionellen Rahmenbedingungen*‘ als Erfolgsgarant für Entwicklung kaum verstehen, während eine Thematisierung politischer Ungleichheit weitgehend ausbleibt. Eine solche Blindheit gegenüber politisch, institutionell und sozioökonomisch verankerten Ungleichheiten lässt sich an zahlreichen Beispielen nachweisen; insbesondere dort, wo es zu einer positiv konnotierten Verwendung des Partizipationsbegriffs kommt (vgl. BMZ 2006: 14, 22; Stabstellemonitoring und Evaluation 2014a: 4; GIZ/BMZ 2015b: 6).

Zugleich hält der neoliberale Diskurs um die Bedeutung bürokratischer Effizienz und die Vermeidung von ökonomischen Schäden durch Korruption oder Patronage auf diesem Wege unterschwellig Einzug in die EZ (vgl. Wilson 2012: 49, 136-141). Was zählt, ist das effiziente Management von Kapazitäten und die zielgerichtete Investition in diese Kapazitäten. Die sozialen wie kulturellen Implikationen bleiben ebenso unterbelichtet wie die strukturellen Begleitumstände korrupter Handlungen.

Während also eine ideologisch aufgeladene Problemdiagnose die Partner zu den alleinigen Verantwortlichen erklärt und ihnen eine spezifische Handlungs- und Denkweise auferlegen möchte, ist zugleich von der viel besagten Kooperation auf „*Augenhöhe*“ (BMZ 2017b: 18) nichts zu erkennen. Vielmehr sind es die unqualifizierten und unfähigen Partner, welche von den Experten der EZ in der richtigen Wasserpolitik angelernt werden müssen. Die deutsche EZ reproduziert auf diesem Wege eine Unterordnung der Partner unter die von ihnen bereitgestellte Expertise: *„In sum: with the authoritative power to define expertise, donors have created a market which ranks ,international (that is, Northern) knowledge at the top and so-called local (that is, Southern) knowledge at the bottom‘ (Girvan 2007: 16). Procurement practices and employment conditions in that market reinforce the hierarchy between*

*external and local expertise, and thus marginalise expert communities in recipient countries instead of strengthening them. The donor community thereby preserves the prevailing epistemic hegemony of the North which sets specific conditions for knowledge transfer between external and local actors.” (Koch/Weingart 2016: 133)*

#### **4.5.6 Ausblenden von Alternativen**

Die hier nachgewiesene Problemdiagnose versperrt des Weiteren – und hier liegt aus normativer Perspektive der vorliegenden Arbeit ein erhebliches Konfliktpotenzial – den Blick auf die sozialökologische Dimension der Armut-, Entwicklungs- und Klimawandelproblematiken. Während etwa der IPCC oder der WBGU nachdrücklich auf eine Vernetzung unterschiedlicher Problemsymptome hinweisen und diese mehr oder minder deutlich auf die Intensivierung stofflicher Umwälzungsprozesse im Zuge von Industrialisierung, Ressourcenextraktion und Umweltübernutzung zurückführen, bleiben Klimawandel, Armut und ökonomische Entwicklung in der EZ getrennte Sphären. Anders als dies selbst das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit impliziert, sind die Dimensionen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem in der entwicklungspolitischen Praxis nicht integriert, sondern werden in einem Nullsummenspiel gegeneinander ausgespielt: Umweltschutzmaßnahmen gehen demnach auf Kosten lokaler Bevölkerungsgruppen (z.B., da ihnen vermeintlich die Nahrungsgrundlage entzogen wird), Maßnahmen ökologischer Nachhaltigkeit hemmen die wirtschaftliche Produktivität (z.B. aufgrund der Aufteilung großer Landflächen an Kleinbauern mit traditionellen, ineffizienten Anbaumethoden), während für Wohlstand als Voraussetzung von Entwicklung Belastungen der Umwelt und Momente sozialer Ungleichheit zumindest temporär hingenommen werden müssen (z.B. als Folge der Modernisierung und Intensivierung der industriellen Produktion und Lohnarbeit). Neben der oben angesprochenen Unterkomplexität der Problemdiagnose und den damit einhergehenden inadäquaten Lösungsstrategien, verunmöglicht ein solcher Blick auf Entwicklungsfragen die Formulierung alternativer Lösungsansätze, welche ggf. in der Lage sind, die Dimensionen von Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen (vgl. Rose 2013: 4). So zeigen neuere Ansätze der kritischen, politischen Ökonomie, etwa hinsichtlich der Bedeutung reproduktiver Tätigkeiten, dass eine Neuorientierung im Verhältnis von Gesellschaft und Ökonomie zu einer Verringerung von Exklusion, Deprivation und fehlender

sozialer Anerkennung führen kann, während zugleich der Verzicht auf ressourcenintensive Produktionsprozesse möglich wird (Biesecker/Hofmeister 2006: 18-19, 159-166). Ebenso erscheinen Ansätze veganer Ernährungsumstellung, die einen erheblichen Beitrag zum Schutz und Erhalt der Umwelt leisten könnten (vgl. Pimentel 2003: 662-663), angesichts der Förderung von Viehwirtschaft in Trockengebieten Ostafrikas oder der Tolerierung eines massenhaften Imports und Konsums von Milchpulver in beinahe allen Ländern des afrikanischen Kontinents, als kaum in der EZ durchsetzbar oder überhaupt gewünscht. Und auch die Betonung von flächendeckenden Hausanschlüssen für Wasser und Sanitär als Ziel der entwicklungspolitischen Bemühungen lässt alternative Versorgungssysteme außen vor (vgl. Kluge 2000: 16). Was hier anvisiert wird, sind Systeme, welche sich in den Industrieländern vermeintlich bewährt haben und nun im afrikanischen Kontext adaptiert werden sollen. Reproduziert wird dadurch aber vor allem die Hegemonie einer Technologie in der Wasserversorgung, deren Eignung für die Gegebenheiten in Sub-Sahara Afrika allerdings fraglich erscheint und zu der Alternativen existieren (vgl. Kluge/Schramm 2016: 10-13).

Dennoch scheint für die EZ die Angleichung der Lebensstile an die Konsum- und Produktionsgewohnheiten der Industrienationen als wünschenswert - auch wenn wiederholt hervorgehoben wird, diese Angleichung dürfe nur unter den Bedingungen ökologischer Nachhaltigkeit erfolgen. Wie Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) zeigen, geht die Übernahme westlicher Lebensweisen jedoch mit erheblichen Externalisierungs- und Destruktionsprozessen einher, ist nicht verallgemeinerbar und führt zudem in der Regel zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit (Brand/Wissen 2017: 106-121, 150-151,163).

So lange die EZ jedoch, im Widerspruch zu den eigens formulierten Ansprüchen auf ökologische Nachhaltigkeit, ein Entwicklungsmodell proklamiert, welches die Übernahme einer solchen imperialen Lebensweise auf dem afrikanischen Kontinent anvisiert, kann es kaum verwundern, wenn entwicklungspolitische Interventionen negative Konsequenzen zeitigen – bereits seit den 1940er Jahren und der Analyse von Karl Polanyi sind die destruktiven, sozialen Implikationen von Industrialisierung, Kapitalisierung der Landwirtschaft sowie der Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft wissenschaftlich bekannt (Polanyi 2001: 135). Dennoch propagiert die deutsche EZ etwa eine Landwirtschaft, die zentral auf Produktivitätssteigerungen ausgerichtet ist und ökologische Nachhaltigkeit

ausschließlich durch den Einsatz von Technologien gewahrt sieht. Zugleich wird den Staaten Sub-Sahara Afrikas das Modell einer Green Economy angeraten, obwohl kaum nachvollziehbar wird, wie die Länder des Kontinents in der Lage sein sollen, eine emissionsarme Wirtschaft aufzubauen, während zugleich die volkswirtschaftliche Produktivität gesteigert werden soll.

Es kann daher auch nicht überraschen, wenn die deutsche EZ inhärente Probleme und Widersprüche ihrer anvisierten Entwicklungsstrategien vernachlässigt: So werden etwa die Folgen von Urbanisierungsprozessen für die Hygienesituation nicht als Begleiteffekte der Strukturanpassungsprogramme erkannt (vgl. Becker/Hamer/Morrison 1996: 259-261), welche auf die Verstädterung der Bevölkerung abzielen, sondern auf andere Ursachen zurückgeführt. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der Wassernutzung durch unterschiedliche gesellschaftliche Akteure: Während einerseits angemahnt wird, dass insbesondere den Ärmsten eine ausreichende Wasserversorgung bereitgestellt werden muss und Maßnahmen nicht zu Lasten der besonders Vulnerablen gehen dürfen, wird zugleich vorausgesetzt, dass Wasser stets als Ware zu betrachten sei (selbst im deutlichen Verweis auf das Menschenrecht auf Wasser in der aktuellen Sektorstrategie des BMZ; vgl. BMZ 2017b: 10-11) und mit einem entsprechenden Preis zu versehen ist. Wenn dann, wie im Falle der BMZ/GIZ Broschüre „*Water, Life and Perspectives*“ (2014), deutlich wird, dass insbesondere die Bepreisung von Wasser zu alltäglichen Konflikten und langfristigen sozioökonomischen Schäden führt, zugleich aber darauf hingewiesen wird, der ‚angemessene Wasserpreis‘ sei Grundvoraussetzung einer nachhaltigen Wasserpolitik, drängt sich die Frage auf, inwieweit in der deutschen EZ überhaupt Zielerreichungskonflikte oder die Kohärenz von Strategien thematisiert werden.

Aufgrund der Negierung der zahlreichen Widersprüche bleibt es im Bereich der Entwicklungspolitik möglich, die Transformationen der Mensch-Umwelt-Beziehung auf Basis einseitiger Vorstellungen von Umwelt, Umweltnutzung und -belastung sowie einem mechanistischen Weltbild zu vollziehen. Was die deutsche EZ hierbei katastrophal vernachlässigt, ist, dass es gerade diese Bezugnahme auf Natur war, welche die ökologischen Krisensymptome in dieser Form hervorgebracht haben (Altvater 2007: 37). Während also einerseits die Durchsetzung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung argumentativ wie normativ den Kern der deutschen EZ bildet, finden sich in den Zielerreichungsstrategien, der

200

Problemwahrnehmung oder den konkreten Maßnahmenplänen kaum bis keinerlei Momente einer Überwindung destruktiver Fortschrittsprozesse. Umweltdegradation bleibt notwendiges Übel erfolgreicher Entwicklung – scheinbar auch einer nachhaltigen Entwicklung.<sup>161</sup>

#### **4.5.7 Export eines spezifischen gesellschaftlichen Wasserverhältnisses**

Die eindimensionale Auffassung von Nachhaltigkeit spiegelt sich auch in der anvisierten Organisation von Wasser wider, dass in erster Linie als wirtschaftlich bedeutsame Ressource in den Blick gerät und demzufolge vornehmlich als materielle Grundlage wirtschaftlicher Tätigkeiten, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, begriffen wird. Erst bei genauerer Lektüre der Publikationen wird erkennbar, dass die deutsche EZ Wasser auch als relevante

---

<sup>161</sup> Mögliche Erklärungsansätze für das Festhalten an überkommenen Entwicklungsansätzen kann hier die Regulationstheorie im Anschluss an die Internationale Politische Ökonomie liefern, indem auf die herrschaftsstabilisierende Rolle von Water Governance und Sustainable Development verwiesen wird (vgl. Brand/Wissen 2013: 133-135). Das Vorhandensein dieser Konzepte ermöglicht, dass mit ihrer Hilfe altbewährte, aber problematische Formen der Inwertsetzung von Umwelt im Zeitalter der Klimakrise fortgesetzt werden können: Aufgrund der Regulation der auftauchenden Krisensymptome im Rahmen etablierter ökonomisch und statistisch geprägter, institutionalisierter Prozesse der Umweltregulierung müssen grundlegende Funktionsbedingungen und Auswirkungen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht infrage gestellt, sondern können (vorerst) fortgesetzt werden (vgl. Goldman 2001: 503, 517). Während also neu auftauchende Herausforderungen der Umweltdegradation mit Hilfe (neuer und alter) Institutionen und Strategien bearbeitet werden sollen, ermöglichen die Regulationsstrategien zugleich eine Weiterführung des etablierten Akkumulationsregimes, welches auf den Zugriff auf Ressourcen und Senken angewiesen bleibt: *„Nicht-nachhaltige Entwicklungsdynamiken sind nicht einfach ein sozio-ökonomisches Problem, das sich staatlich-politisch beheben ließe, sie sind vielmehr tief in die staatlichen Apparate selbst, ihr Personal und ihre Regeln, ihre Funktionsweise und Wissen, ihre Modi und Praxen eingelassen. Bestimmte Interessen werden eher bedient als andere, staatliche Politik bzw. Governance sichert tendenziell die herrschenden sozialen Verhältnisse ab. [...] Bezieht man die Regulationstheorie auf sozial-ökologische Strukturen und Prozesse, dann führt dies zur Erkenntnis, dass kapitalistische Gesellschaften ihre Naturaneignung auf eine Weise organisieren können, dass die ihnen innewohnenden ökologischen Widersprüche temporär bearbeitbar werden.“* (Brand/Wissen 2013: 137-138). Möglich wird so eine Fortführung von widersprüchlichen Entwicklungsstrategien trotz ihrer ökologischen Implikationen, da temporäre Bearbeitungs- und Externalisierungsmöglichkeiten existieren, mit deren Hilfe auf disruptive Momente reagiert werden kann (vgl. Brand/Wissen 2013: 139-144).

Voraussetzung zur Erbringung verschiedener Ökosystemdienstleistungen begreift, sprich: Wasser auch für die Aufrechterhaltung von relevanten Umweltgütern wie fruchtbarem Boden eine Rolle spielt.

Die Wahrnehmung von Wasser erfolgt entsprechend ausschließlich in ökonomisch-statistischen Kategorien. H<sub>2</sub>O ist für die deutsche EZ nur dort von entwicklungspolitischer Relevanz, wo es die Produktivität ökonomischer Tätigkeiten beeinflusst oder es zu negativen Wechselwirkungen mit anderen gesellschaftlichen Teilbereichen kommt. Es existiert zwar ein Bewusstsein für die zentrale Bedeutung von Wasser im globalen Ökosystem sowie für ökonomische Tätigkeiten. Die Bedeutung von Natur ergibt sich hier aber ausschließlich aus ihrer Funktion zur Aufrechterhaltung von Wirtschaftstätigkeiten. Entsprechend bemisst sich die Qualität der Naturorganisation an ökonomischen Kennziffern wie der landwirtschaftlichen Produktivität.

Diese Interpretation des Verhältnisses von Mensch und Umwelt schließt an eine Form der Wirklichkeitsdeutung an, die vor allem auf statistischen Verfahren und Kriterien beruht, dadurch aber zu einer Simplifizierung sozialökologischer Komplexität beiträgt: *„A simple list of numerical targets cannot articulate an agenda for a complex process, such as sustainable, inclusive development. Nor is such a process neutral.“* (Fukuda-Parr/Yamin et al. 2014: 115).

Anders als dies die sozialökologische Forschung mit ihrem Verweis auf die Vielfalt gesellschaftlicher Wasserbezüge betont (Jahn/Becker 2006: 350-359), existiert für die deutsche EZ also keine Alternative zu der bürokratisierten, ökonomisierten, numerischen und auf Überwachung basierenden Strukturierung des Verhältnisses zwischen Gesellschaften und Wasser. Zwar werden durchaus technische Alternativen - wie Komposttoiletten oder alternative Bewässerungssysteme - für die Distribution von Wasser wahrgenommen und teilweise diskutiert. Die Organisation der Naturbezüge via reglementierender Institutionen, der Institutionalisierung von Monitoring und Evaluierungsverfahren, der Bepreisung von Wasser, die Erhebung statistischer Daten als Grundlage der Politikformulierung - all das erscheint gleichwohl als alternativlos, wenn es um die politische Organisation und Distribution von Wasser geht. Beobachtbar wird damit ein Moment der Übernahme einer spezifischen Deutung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft: Natur muss kontrolliert und überwacht werden, Natur muss einen ökonomischen Preis haben und Natur sowie der Zugriff darauf müssen politisch reguliert

werden. Die oftmals naturnahen Organisationsformen traditioneller Gesellschaften und ihr Wissen um das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt werden damit einer westlich-rationalen Deutung untergeordnet. Wasser kann demzufolge nur nachhaltig organisiert werden, wenn eine spezifische Rationalität die Politik anleitet. Vernünftig erscheint aus Sicht der deutschen EZ aber vor allem eine Wasserpolitik, welche westlichen Vorbildern bürokratisierter Regelmäßigkeit und Überwachung entspricht, Wasser als ökonomische Ware begreift und zugleich die Mess- und Kontrollierbarkeit von Natur voraussetzt. Inwieweit diese Wasserverhältnisse für die heterogene Gruppe der Staaten Sub-Sahara Afrikas sinnvoll erscheinen, vermag die deutsche EZ nicht überzeugend darzulegen. Vielmehr wird davon ausgegangen, diese Art der Naturorganisation würde nachhaltige Umweltnutzung erst ermöglichen bzw. garantieren.

Dies erscheint allerdings aus zahlreichen Gründen fragwürdig: Zum einen ignoriert die Betonung einer Bürokratisierung von Naturnutzung die Unmöglichkeit zur ganzheitlichen Organisation und Steuerung von Wasser - denn weder kann man im Detail feststellen, welcher Nutzer wieviel Wasser mit welchen Effekten genutzt hat, noch wie sich die Ressource regeneriert und wo entsprechend die Grenzen ihrer Belastung liegen (vgl. Becker/Jahn 2006: 356). Zugleich wird eine Übernutzung auch durch entsprechende Kontrollmechanismen nicht verhindert, sofern das grundlegende Ziel der Wasserpolitik darin besteht, die Ressource für die Steigerung der Produktivität in allen Wirtschaftssektoren verfügbar zu machen. Hier sind dann Rebound-Effekte erwartbar.<sup>162</sup> Grundsätzlich funktioniert das anvisierte Wasserverhältnis nur dann effektiv und effizient, wenn die umfassende Reglementierung und Kontrolle der Ressourcennutzung gewährleistet sind. D.h., dass problematische Nutzungsmuster oder Verbrauchsstrukturen nur insofern durch die Wasserpolitik bearbeitet werden, soweit sie Gegenstand der Reglementierung sind oder von den Kontrollmechanismen wahrgenommen werden. Der idealisierte Glaube an die Leistungsfähigkeit von Institutionen sowie die Überzeugung, Akteursverhalten wie Naturphänomene ließen sich überwachen und bemessen, zeichnen das gesellschaftliche

---

<sup>162</sup> „Der Rebound-Effekt beschreibt das Verhältnis von ökonomischer Effizienzverbesserung und materieller Expansion, meist mit Blick auf Energieeffizienz und -nachfrage. Ein Rebound-Effekt liegt dann vor, wenn eine Verringerung des Inputs pro Einheit (Effizienz) zu einer Steigerung des Outputs (Expansion) führt.“ (Santarius 2014: 109)

Naturverhältnis aus, welches in den Maßnahmen der deutschen EZ erkennbar wird (vgl. Brand/Görg 2002: 42).

#### **4.5.8 Unwissenheit und Kontingenz werden vernachlässigt**

Entsprechend der zahlreichen Evaluations- und Kontrollmechanismen, der Bedeutung wissenschaftlicher Konzepte für die Rechtfertigung der entwicklungspolitischen Arbeit sowie der zentralen Rolle von Beratungsleistungen für das Engagement der deutschen EZ tauchen Aspekte von Unbestimmbarkeit und Unwissenheit im Grunde überhaupt nicht auf. Zwar spielt die Kontingenz entwicklungspolitischer Aktivitäten insofern eine Rolle, als dass die deutsche EZ keine Garantie für den Erfolg ihrer Interventionen übernimmt. Jedoch wird in diesem Kontext argumentativ vor allem darauf abgehoben, die eigene Verantwortung für potientielles Scheitern herunterzuspielen und die Effekte von Bad Governance bzw. die Verantwortung der Partner wiederholt zu betonen: *„The more complex the project, the more opportunities there are for mismanagement.“* (BMZ/GIZ 2012: 24)

Die eigene Handlungsfähigkeit hingegen wird genauso wie das vorhandene Wissen keineswegs kritisch reflektiert. Im Gegenteil: Wenn Wissensmangel ein Problem sein sollte, dann nur, weil die Partner nicht in der Lage waren, die erforderlichen Daten zu produzieren: *„Grundlage für problemgerechte Entscheidungen im Wassersektor ist der Aufbau von Wissen über die Wasserressourcen und die Wassernutzung. In vielen Entwicklungsländern sind die Datengrundlagen über Wasserquantität und -qualität der Einzugsgebiete, aber auch über soziokulturelle und sozioökonomische Faktoren, unzureichend.“* (BMZ 2006: 15)

Interessant dabei ist, dass weder Fragen zur Aussagekraft solcher Daten noch hinsichtlich der grundsätzlichen Möglichkeit ihrer Erhebung thematisiert werden. Konträr dazu wird seitens der deutschen EZ wiederholt auf die enorme Relevanz von Daten verwiesen, ohne dabei darauf aufmerksam zu machen, dass die deutsche EZ meist selbst nicht über diese Daten verfügen kann; noch, dass die Verfügbarkeit der Daten eine hinreichende Bedingung für den Erfolg entwicklungspolitischer Interventionen wäre. Während also die eigene Handlungs- und Lösungsfähigkeit der deutschen EZ in keiner Weise von ihr selbst bezweifelt wird, fehlt es zugleich an Hinweisen darauf, dass auch bei Verfügbarkeit umfassender Informationen und Daten für den Erfolg von entwicklungspolitischen Maßnahmen keinerlei Garantie besteht. Der Mangel an Selbstreflexion wäre ggf. zu vernachlässigen, wenn nicht

das unbegründete Vertrauen in die eigene Lösungsfähigkeit mit einem vermessenen Hochmut hinsichtlich der Bestimm- und Kontrollierbarkeit von Natur einhergehen würde: Nicht die Komplexität und Unbestimmbarkeit von Umwelt - die Nicht-Identität von Natur (vgl. Wissen 2011: 122) - stehen im Vordergrund, sondern die Illusion perfekter Berechenbarkeit. In der Durchsicht der Publikationen und bei der Analyse der Interviews<sup>163</sup> wird wiederholt deutlich, wie zentral nicht nur die Messbarkeit von Erfolgen, sondern auch von sozioökonomischen Voraussetzungen und biophysischen Gegebenheiten ist. Es wird der Eindruck vermittelt, mit exakter Kenntnis der Situation vor Ort könnten Maßnahmen präzise intervenieren und zu Verbesserungen beitragen, während zugleich der Mangel an solchen Informationen das Scheitern der Aktivitäten besiegelt.

Die Unbestimmbarkeit von Nachhaltigkeit, die Wechselwirkungen unterschiedlicher Ökosphären miteinander, die Unberechenbarkeit von Natur oder auch die Unmöglichkeit, alle relevanten soziokulturellen Einflussfaktoren detailliert zu quantifizieren und miteinander

---

<sup>163</sup> Ein Beispiel aus den Interviews:

*„Zunächst einmal sind das die Daten des Partners. Und wir bedienen uns auch gerne davon, für unsere eigene internen Zwecke. Aber zunächst einmal werden die Daten an den Partner geschickt. Das heißt, die Daten müssen für den Partner nützlich sein. [...] Und wir sprechen gerade von dem Monitoringsystem des Partners. Das heißt, die Leute, die das implementieren sind von der Regierung angestellt [...]. Die schicken die Daten zunächst einmal nicht an uns, sondern immer an die jeweilige übergeordnete Verwaltungsbehörde. Und wir helfen diesen Verwaltungsbehörden auf allen Ebenen, dass die Daten vollständig und mit einer entsprechenden Qualität erhoben werden und eben auch entsprechend weitergeleitet werden bis zur höchsten Stelle, bis zum Ministerium [...].“* Und an anderer Stelle des gleichen Interviews: *„Ja, wir haben einen Indikator zum Haushaltseinkommen. Wie verändert sich das Haushaltseinkommen der Farmer, die in den Interventionsgebieten leben. Zunächst einmal müssen wir überhaupt wissen, wie viele Farmer erreichen wir überhaupt? [...] Wir müssen aber im Rahmen des Monitoringsystems erheben, wie viele erreichen wir tatsächlich. Und da gibt es Kriterien, was bedeutet, wir haben sie erreicht - haben sie an einem Training teilgenommen, haben sie verbessertes Saatgut bekommen oder irgendetwas anderes bekommen, einen Input. Und wenn wir das wissen, dann möchten wir auch sehen, was sind denn die Veränderungen im Haushaltseinkommen. Und wir haben auch einen Indikator, das ist ganz wichtig für die Adoption von Technologien. Also inwieweit fangen die Bauern an, die Technologien, die das Projekt fördert, also zum Beispiel neue Formen der Kompostierung, inwieweit verbreiten die sich. [...] Und dazu möchten wir erheben, wie viele von den Haushalten, die dort leben, wenden diese Technologien an und in welcher Kombination. Oder zumindest wie viele.“* (Quelle: Experteninterview 7)

zu vergleichen, wird hingegen von der deutschen EZ negiert. Anstatt deutlich zu machen, dass man sich in einem komplexen, kontingenten Politikfeld bewegt und dort in Wechselwirkung mit zahlreichen anderen Akteuren und Einflussfaktoren operiert, wird der Eindruck seitens der deutschen EZ erweckt, mit der korrekten Planung, ausreichender Datenverfügbarkeit und der effektiven Vermittlung angemessener Wissensbestände würden sozialökologische Herausforderungen effizient bearbeitet werden können. Es wird davon ausgegangen, die Daten müssten nur erhoben, sinnvoll in die Planung eingearbeitet und bei der Umsetzung ausreichend berücksichtigt werden. So erscheint die eigene Leistungsfähigkeit als von der deutschen EZ unrealistisch überschätzt. Dabei zeigt ein Blick in die Forschungsliteratur, dass selbst der Prozess des internen Informationsaustausches innerhalb der EZ Institutionen alles andere als reibungslos abläuft: *„In his analysis of knowledge management among the experts within the German GTZ (now GIZ) Hüsken (2006: 246) states that the ‚collection, evaluation and the exchange of knowledge between headquarter, country bureaus and projects is unsystematic, and it is subject to conflicts of interests and power‘. Note that this does not even refer to the advisory process executed by GTZ experts to their counterparts in developing countries.”* (Koch/Weingart 2016: 24)

Die Tatsache, dass gesellschaftliche Transformation nicht ohne weiteres qualifizierbar oder steuerbar ist, findet in den Aussagen der deutschen EZ ebenso wenig Berücksichtigung wie der Umstand, dass sich die biophysischen Prozesse auf der Erde weder allumfassend beobachten noch im Detail kontrollieren lassen. Dass dennoch an einem solch idealisierten Bild einer mechanistischen Welt festgehalten wird, welches Steuerbarkeit und umfassende Beobachtung unterstellt, erscheint vor dem Hintergrund zunehmender Komplexität fragwürdig (vgl. Funtowicz/Munda et al. 1999: 5-7; Lui/Dietz/Carpenter et al. 2007: 1513-1517).

## 4.6 Unterkomplexe, alternativlose Problematisierung von Entwicklung:

### Zusammenfassung der Ergebnisse

Vor dem Hintergrund einer einseitigen Zuschreibung von Verantwortlichkeiten, der scheinbar eindeutigen Identifikation von Defiziten und Problemen sowie der Formulierung von Lösungen bei einer gleichzeitig weitgehend ausbleibenden Selbstkritik der deutschen EZ, werden wichtige Wirkungszusammenhänge vernachlässigt und eine Problemdiagnose

aufgestellt, welche der Situation in den jeweiligen Partnerländern und -regionen nicht in ihrer Gänze entspricht.<sup>164</sup>

Die Vorstellung, bei afrikanischen Wasserkrisen handele es sich um das vorrangige Resultat aus Ineffizienz, Inkompetenz und mangelnder Handlungsmotivation in der bürokratischen Organisation und ökonomisch sinnvollen Nutzung von Wasser, verdeckt entscheidende Einflussfaktoren: insbesondere diejenigen, welche sich aus einer modernisierungstheoretischen Entwicklungsstrategie selbst ergeben können. Etwa haben die zunehmende Slumbildung aufgrund von forcierter Urbanisierung oder die Übernutzung von Wasser durch eine, auf Produktivitätssteigerung ausgerichtete Agrarindustrie, erhebliche sozialökologische Auswirkungen, sind aber zugleich Folgeerscheinungen spezifischer entwicklungspolitischer Strategien.

Auffälligerweise nimmt die deutsche EZ in ihrer Problematisierung afrikanischer Entwicklung wiederholt auf Argumente ökologischer Modernisierung Bezug, schafft es dabei aber nicht, auf Widersprüche oder Defizite des Ansatzes einzugehen. Vielmehr werden offenkundige Schwächen modernisierungstheoretischer Konzepte - wie die Übersimplifizierung sozialen Wandels oder die Vernachlässigung der Ärmsten als entscheidende Zielgruppe von Interventionen (vgl. Matunhu 2011: 66-67) - weitgehend vernachlässigt, während sich zugleich die ökologische Kritik an vergangenen Entwicklungsstrategien kaum in der Argumentation der deutschen EZ wiederfindet: Obwohl beispielsweise die potentiellen Gefahren von Staudämmen oder anderen Großbauprojekten bereits anerkannt wurden, werden anthropogene Bedrohungen der Hydrosphäre aufgrund ökologischer Modernisierungsstrategien wie der Intensivierung der Landwirtschaft oder der Übernahme westlicher Konsumstile in den Metropolen in den Diagnosen der EZ außen vor gelassen. Menschliche Interaktionen mit der Umwelt werden nur einseitig beschrieben: als ökologisch möglichst effiziente Naturnutzung. Mit Hilfe der richtigen Managementmethoden und

---

<sup>164</sup> Ungeachtet der Unmöglichkeit, die sozialökologischen Krisen in ihrer Gesamtheit und Wirkungsverflechtung umfassend zu beschreiben, existieren jedoch weitgehend unwidersprochen diverse Krisenursachen, welche von der deutschen wie internationalen EZ nicht ausreichend aufgenommen oder nahezu vollständig vernachlässigt werden. Insbesondere die anthropogenen Ursachen der Klimakrise dürften in einer entwicklungspolitischen Auseinandersetzung mit hydrologischen Problemen und ihrer Bearbeitung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eigentlich nicht fehlen.

Organisationsprinzipien könne die Naturnutzung nachhaltig strukturiert werden. Thomas Kluge (2000) betont hingegen, dass modernisierungstheoretische Strategien insbesondere für den Wassersektor problematische Umweltbezüge implizieren: *„Man mindert den aktuellen Problemlösungsdruck, indem das eigentliche Problem in die Zukunft oder andere Räume geschoben wird. Örtliche Probleme von Wasserknappheit, Grundwasserverschmutzung und Verschmutzung der Flüsse werden überspielt, und es sieht selbst in den Augen zuständiger ‚Akademien‘ so aus, als gäbe es gar kein Problem. Also muß man auch nicht nach neuen Lösungen suchen.“* (Kluge 2000: 23)

So können destruktive Naturbezüge aufrechterhalten und alternative Bearbeitungsstrategien ignoriert werden. Momente dysfunktionaler Naturaneignung oder widersprüchlicher Begleiteffekte entwicklungspolitischer Maßnahmen werden, sofern sie überhaupt Erwähnung finden, hingegen vollständig in den Erklärungszusammenhang ‚unzureichender‘, ‚ineffizienter‘ oder ‚unangemessener‘ Strukturierungen der Naturnutzung aufgrund ‚falscher Governance‘ gestellt. Entsprechend werden systematische oder strukturelle Effekte und Ursachen in den gesellschaftlichen Praktiken der Umweltnutzung überhaupt nicht problematisiert. Vielmehr bleibt der Blick beschränkt auf Probleme im Umweltmanagement und damit einhergehend auf Steuerungsdefizite seitens der Partner.

Die Berechenbarkeit und systematische Kontrolle von Natur durch den Menschen, welche ein Kernelement ökologischer Modernisierungstheorien bilden (vgl. Hajer 1995: 87-89), finden sich wiederholt in den Aussagen der deutschen EZ. Es herrscht entsprechend ein weitläufiges Vertrauen in technische und Managementlösungen vor, mit deren Hilfe sich die statistisch erfassten Krisensymptome effizient und effektiv bearbeiten lassen. Wenngleich sich in der Problematisierungsweise der deutschen EZ wiederholt Hinweise darauf finden, dass menschliche Aktivitäten verantwortlich für die bestehenden ökologischen Probleme sind, beschränkt sich die Identifikation der Ursachen auf politisch-institutionelle Faktoren wie unzureichende Kapazitäten, mangelhafte Effizienzorientierung der Akteure oder ineffektive Institutionen. Ökologische Implikationen der Aktivitäten der deutschen EZ spielen hingegen keinerlei Rolle.

Entwicklungspolitische Aktivitäten werden damit widersprüchlich als effektive Lösungsstrategien der Armutproblematik begriffen, während zugleich die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Mensch und Umwelt einseitig positiv und zu simpel aufgefasst

werden. Ökologisch wie sozial fragwürdige Begleiteffekte (wie die zunehmende Urbanisierung oder Intensivierung des Exporthandels) werden somit ignoriert, wogegen die Arbeit der deutschen EZ als den Problemen des afrikanischen Kontinents angemessene Bearbeitungsstrategie erscheint. Es werden selektiv positive Implikationen modernisierungstheoretischer Ansätze übernommen, deren Unzulänglichkeiten und kritikwürdige Widersprüchlichkeit<sup>165</sup> findet dabei jedoch keinerlei Berücksichtigung.

Darüber hinaus verschleiert eine simplifizierende Problemdiagnose ebenfalls Momente asymmetrischer Handlungs-, Durchsetzungs- und Artikulationsfähigkeiten in der heterogenen Gruppe der Nutzer, Verbraucher, Bereitsteller und Entscheidungsträger in der Wasserpolitik. Die Negation solcher politischen Ungleichheiten trägt einerseits dazu bei, wichtige Adressaten<sup>166</sup> eines nachhaltigen Wassergebrauchs in Teilen zu vernachlässigen bzw. in der Regelformulierung auszusparen. Andererseits ermöglichen Problemdiagnosen

---

<sup>165</sup> Ohne die umfangreiche Kritik an modernisierungstheoretischen Ansätzen hier in ihrer Gänze wiedergeben zu können, muss dennoch exemplarisch auf einige offenkundige Widersprüche hingewiesen werden: Einerseits erscheint es fragwürdig, wie eine nachholende Entwicklung der Staaten Afrikas mit dem Ziel breitenwirksamen Wachstums ohne eine zusätzliche Belastung der Natur vonstattengehen soll. Es erscheint auch vor dem Hintergrund moderner Umwelttechnologien und intensiver Forschung selbst für Industrienationen wie Deutschland oder Japan nicht möglich, ohne Umweltschäden volkswirtschaftliche Wachstumsprozesse aufrecht zu erhalten. Beispielsweise steigt die Bodenversiegelung in Deutschland weiterhin; zugleich hat die landwirtschaftliche Bodenbelastung so stark zugenommen, dass in vielen Gemeinden Bayerns das stark mit Nitrat belastete Wasser nur mit Hilfe aufwändiger Verfahren für die menschliche Nutzung aufbereitet werden kann (vgl. Umweltbundesamt 2013).

Andererseits zeigen Erhebungen der sozioökonomischen Ungleichheitsentwicklung weltweit einen Anstieg der inner- und zwischengesellschaftlichen Disparitäten an, die zumindest in Teilen auf die Wirkungslogik eines Wirtschaftssystems zurückzuführen ist, welches von modernisierungstheoretischen Entwicklungsstrategien angestrebt wird (vgl. Bendix/Ziai 2015: 164-165). Die weiterhin vorherrschende Überzeugung, gesamtwirtschaftliche Wachstumsprozesse würden zu Armutsreduktion durch ‚trickle-down‘ Effekte führen, müsste jedoch vor dem Hintergrund ausbleibender Erfolge der Interventionen eigentlich revidiert werden (vgl. Davis/Sandström et al. 2011: 223, 230, 253).

<sup>166</sup> Zu diesen Adressaten zählen etwa die Wasserverbraucher in der Hortikultur, der exportorientierten Landwirtschaft, der Textil- und Chemieindustrie sowie Akteure mit einem ressourcenintensiven Konsumstil, der in den urbanen Zentren afrikanischer Staaten zunehmend an Bedeutung gewinnt (vgl. Brand/Wissen 2017: 106).

der politischen Wirklichkeit, welche die sozioökonomischen wie politischen Asymmetrien negieren, einfache Lösungen und optimistische Erwartungshaltungen.

Ignoriert wird, dass den Maßnahmen der EZ von Beginn an häufig eine innere Widersprüchlichkeit zugrunde liegt und ihre normativ hoch gesteckten Ziele kaum mit den verfügbaren Instrumentarien, Adressaten und identifizierten, entscheidungsrelevanten Akteuren zu verwirklichen sind. Sofern zentrale Akteure der sozialökologischen Wasserkrise nicht berücksichtigt oder etwa in ihrer politischen Mitbestimmungsfähigkeit überfordert werden (z.B. durch anspruchsvolle Partizipationsverfahren, in denen politisch ungleich befähigte Akteure asymmetrische Konflikte lösen sollen), erscheint es schwierig, eine gleichberechtigte und umfassend inklusive Wasserpolitik zu formulieren und zu implementieren.

Die Zielerreichungskonflikte, welche etwa zwischen der Erhöhung der jährlichen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten (insbesondere durch Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft) und dem Erhalt ökologisch bedeutsamer Ressourcen besteht (hier insbesondere fruchtbare Böden sowie die Wasserverfügbarkeit), geraten nicht in den Blick entwicklungspolitischer Strategien, sofern sie bereits auf einer unterkomplexen Problemdiagnose fußen. Lösungsmechanismen sind dann zwangsläufig auf die Bearbeitung von Teilaspekten ausgerichtet - was als solches nicht weiter problematisch wäre, würde es nicht an ergänzenden Maßnahmen ebenso mangeln wie an alternativen Problemdiagnosen und Lösungsansätzen.

Letztlich macht sich die EZ durch ihre ökonomische Orientierung zum Hilfswerkzeug volkswirtschaftlicher Wachstumsideologien. Was bei der Rede um Wachstum als Voraussetzung von Entwicklung bzw. ihrer Gleichsetzung allerdings fehlt, ist, dass eine belastbare und vor allem breitenwirksame Armutsreduzierung ausbleibt. Zugleich verschwindet der eigens formulierte Anspruch auf eine ökologisch tragfähige Gesellschaftstransformation mit zunehmender Nähe zur konkreten entwicklungspolitischen Praxis zusehends und tritt hinter die Verfolgung ökonomischer Produktivitäts- und Gewinnzuwächse zurück. Während auf Ebene der abstrakten Diskurse um die Entwicklung des Kontinents im Allgemeinen ökologische Nachhaltigkeit noch zentral ist, kommt sie im Kontroll- und Berichtswesen nur noch als diffuse Kategorie ohne sinnvolle

Indikatorenzuschreibung oder inhaltliche Präzisierung vor.<sup>167</sup> Eine reibungslose Vereinbarkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem wird dabei offensichtlich vorausgesetzt. Dass dies unter den Bedingungen kapitalistischer Wachstumsimperative als Voraussetzung von Wohlstandsgenerierung und einer damit einhergehenden Zunahme des materiellen Stoffdurchsatzes widersinnig erscheinen muss (vgl. Bardi 2013: 72-73; Becker/Jahn 2006: 56-59), scheint für die EZ vernachlässigbar.

Die entstehenden Widersprüche sollten dabei – entsprechend dem Eigenanspruch der deutschen EZ und ihrer Betonung von Reflexivität, Adaptivität und Integration bei der Maßnahmengestaltung – eigentlich im Fokus der Politikformulierung und Strategiekonzeptionierung stehen. Insbesondere, da es sich bei den Themen Klimawandel, ökologische Krise, Armut oder der zunehmenden sozioökonomischen Ungleichheit in der Welt weder um neuartige Phänomene noch um wissenschaftlich oder politisch vernachlässigte Forschungs- und Tätigkeitsfelder handelt.<sup>168</sup>

Im Grunde wäre also von der deutschen EZ zu erwarten, dass sich entsprechend der internen Kommunikations- und Kontrollstrategien sowie der Betonung von Evaluationsmechanismen selbstreflexive Kritik an der eigenen Praxis regelmäßig Bahn bricht. Der Eindruck nach der Dokumentenanalyse, dass es hier jedoch insbesondere an Momenten der kritischen, ganzheitlichen Betrachtung der eigenen Aktivitäten sowie einer umfassenden Auseinandersetzung mit sozialökologischen (bspw. dem Konflikt zwischen Produktivitätszuwächsen und dem Erhalt von Naturressourcen) oder entwicklungspolitischen (bspw. dem Konflikt zwischen Ernährungssicherung, Landflucht und

---

<sup>167</sup> Sofern überhaupt Indikatoren für die ökologische Dimension in Anschlag gebracht werden, beschränken sich diese auf die Bemessung quantifizierbarer Größen mit einer nur begrenzten Aussagekraft hinsichtlich ökologischer Implikationen. Erhoben werden etwa die Wasserentnahmemengen oder die Größe der vermeintlich nachhaltig bewirtschafteten Böden (vgl. BMZ/GIZ 2015a: 8, 20, 27, 102-103).

<sup>168</sup> Alleine für den Begriff Entwicklung ergibt eine Schlagwortsuche beim Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) ausschließlich im deutschen Bibliotheksverbund weit über 600.000 Ergebnisse. Für den Begriff Armut sind dies rund 30.000 Suchergebnisse. Die Suche nach Sustainability im englischsprachigen Worldcat Katalog ergab rund 562.000 Ergebnisse, bei dem Begriff Poverty waren dies beinahe 600.000.

Die Forschungsliteratur zu Partizipation oder Governance ist ebenfalls vielfältig und detailliert (vgl. Becault/Lievens et al. 2015; Harles/Lange 2015).

zunehmenden Urbanisierung) Herausforderungen und Probleme mangeln könnte, bestätigt sich vehement nach den Experteninterviews<sup>169</sup>: Im Zentrum stehen mess- und kontrollierbare Maßnahmenziele, welche Veränderungen anzeigen und den Eindruck von positiven Entwicklungsprozessen erzeugen sollen. Es ist die Messbarkeit dieser vordefinierten, vorgegebenen Zielvorstellungen, welche letztlich die Arbeit der deutschen EZ grundlegend regulieren:

*„Was sicherlich auch so ein bisschen daran liegt, dass der Hang und der Zwang und der Drang dazu, konkrete, durch Zahlen, also quantitativ messbare Ergebnisse zu liefern, bedingt ist.“* (Quelle: Experteninterview 10).

## 4.7 Legitimierung der Story Lines

Im Anschluss an die Analyse der Problematisierungsweise sowie den Lösungsstrategien der deutschen EZ drängt sich die Frage auf, wie gerade eine solch simplifizierende und unzureichende Problemdiagnose eine Dominanz innerhalb der Institutionen deutscher Entwicklungspolitik entfalten konnte. Schließlich beherrschen die hier identifizierten Auffassungen und Überzeugungen den entwicklungspolitischen Alltag. Sie definieren die Art und Weise, wie die deutsche EZ afrikanische Umweltprobleme begreift und gedenkt, diese zu bearbeiten.

Im Rückgriff auf Elemente der argumentativen Diskursanalyse im Anschluss an Hajer sollen anschließend Erklärungsversuche geliefert werden, die allerdings keinen Anspruch auf

---

<sup>169</sup> Ein Beispiel aus den Interviews:

*„Also wir sprechen hier eher von Aktivitäten, Outputs und Outcomes, die vom Programm selbst gemonitort werden sollen. Das heißt, wir brauchen Leute, die sich verantwortlich fühlen und die wissen, was sie tun sollen, welche Daten sie sammeln sollen, in den Gebieten, wo das Programm implementiert wird. [...] Das heißt, wir sprechen hier von einem recht komplexen M&E System, mit vielen Akteuren auf der lokalen Ebene. Und mein Team ist eben dazu da, um hier den Leuten im Ministerium dabei zu helfen, dieses System funktionsfähig oder noch zu verbessern. [...] Und wir sagen, wenn drei oder vier Maßnahmen, die uns wichtig sind, dort implementiert wurden, auf diesem Land - wobei das nicht unbedingt festgeschrieben ist, welche konkret, es gibt einen Korb von Maßnahmen. Und je nach Situation werden die Maßnahmen ausgewählt, die dort relevant erscheinen. Und wenn diese Maßnahmen implementiert sind, [...] dann sprechen wir davon, dass dieses Land soweit rehabilitiert ist. Also diese Fläche, die dazu gehört, die ist jetzt rehabilitiert.“* (Quelle: Experteninterviews 3).

Vollständigkeit erheben<sup>170</sup>. Zu diesem Zweck werden die Story-Lines, die sich in dem Diskurs der deutschen EZ zu Wasserproblemen in Afrika südlich der Sahara wiederfinden, hier in gebotener Kürze einleitend aufgegriffen und anschließend dargelegt, wie die einzelnen argumentativen Strukturelemente von ‚credibility‘, ‚acceptability‘ und ‚trust‘ darin eine Rolle spielen (vgl. Hajer 1995: 59).

#### **4.7.1 Erzählungen von Wasserarmut: Die Story-Lines der deutschen EZ**

Ein langfristiges Ziel der Aktivitäten der deutschen EZ in Sub-Sahara Afrika besteht darin, dass ‚der Kontinent lernt‘, seine biophysische Umwelt ökonomisch effizient sowie ökologisch nachhaltig zu nutzen und für die wirtschaftliche Entwicklung<sup>171</sup> der Länder zu instrumentalisieren. Über die Vermittlung eines ‚korrekten‘ Handlungswissens, für administrative Tätigkeiten oder die Formulierung von Gesetztestexten ebenso wie für die ökonomisch effiziente Organisation der Wassersektoren, sollen die Partner in die Lage versetzt werden, die länderspezifischen Potentiale für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Afrika als ‚Chancenkontinent‘ verfügt dabei angeblich nicht nur über ein

---

<sup>170</sup> Hierfür wäre mindestens eine detailliertere Analyse der institutionellen Strukturen der EZ sowie eine Betrachtung der wechselseitigen, institutionellen wie politischen Abhängigkeiten der entwicklungspolitischen Institutionen voneinander notwendig. Zudem wäre eine historische Rekonstruktion der dominanten Ideologien hilfreich dabei, die Vormachtstellung spezifischer Ideen in der EZ besser nachvollziehen zu können.

Dies kann die vorliegende Arbeit nicht leisten. Der Fokus liegt hier auf der explorativen Erschließung der Problematisierungsweise deutscher Entwicklungszusammenarbeit aus einer sozialökologischen Perspektive. Diese Forschungslücke zu bearbeiten ist vordringliches Ziel der vorliegenden Analyse.

<sup>171</sup> An dieser Stelle erfolgt keine erneute Darstellung des eindimensionalen, einseitig ökonomisch gedeuteten Entwicklungsverständnisses der deutschen EZ. Dass es sich hierbei um eine stark verkürzte, westlich geprägte Vorstellung gesellschaftlicher Transformation handelt, sollte im Kapitel zum Entwicklungsverständnis der deutschen EZ deutlich geworden sein. Bei den anschließenden Ausführungen hinsichtlich der Story-Lines sollte der Leser dennoch im Hinterkopf behalten, dass das Entwicklungskonzept der deutschen EZ mit seiner starken ökonomischen Prägung und linearen Vorstellung von Fortschritt kaum Bezüge zu sozialen wie ökologischen Problemstellungen aufweist und in seiner Zielorientierung eindimensional auf die Erreichung statistischer Ziele ausgerichtet ist. Wenn daher im Folgenden von ‚Entwicklungserfolgen‘ oder ‚positiver Entwicklung‘ die Rede ist, bezieht sich dies ausschließlich auf die intern anvisierte Zielerreichung der deutschen EZ. Eine Aussage über die Qualität der entwicklungspolitischen Interventionen ist damit keineswegs unterstellt.

erhebliches ökonomisches Wachstumspotential, sondern spielt aus Sicht der deutschen EZ zugleich für die Erreichung der SDGs sowie die Gewährleistung globaler Ernährungssicherheit eine wichtige Rolle. In diesem Sinne müsse man den Kontinent zur Bewältigung globaler Herausforderungen in nachhaltige Entwicklungsstrategien involvieren und dafür Sorge tragen, dass eine ‚aufholende Entwicklung‘ afrikanischer Entwicklungsländer nicht die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des anthropogenen Klimawandels gefährden, z.B., indem sich die Länder nicht-nachhaltig ‚entwickeln‘.

Rekonstruiert man ausgehend von den hier identifizierten Problematisierungsweisen die Erzählungen der deutschen EZ über die afrikanische Wasserarmut, fällt auf, dass die Zuschreibung von Verantwortung für Erfolg und Scheitern entwicklungspolitischer Interventionen ausschließlich einseitig erfolgt und die Rolle der deutschen EZ hier weitgehend ausgeblendet wird: Zwar besitzt die deutsche EZ die notwendigen Instrumentarien und Wissensbestände, um die Wasserprobleme Afrikas zu bearbeiten, allerdings verknüpft sich mit der Verfügung über die Lösungen keinerlei Verantwortung für eine gelungene Problembearbeitung. Ausschlaggebend für den Erfolg der Entwicklungsbemühungen Afrikas sind vielmehr die Aktivitäten, Einstellungen und Kapazitäten der Partner sowie das Zusammenwirken unterschiedlicher, entwicklungspolitisch relevanter Rahmenbedingungen (wie etwa dem Grad an formalisierter Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Partnerländern).

Die deutsche EZ situiert sich dabei als einer von zahlreichen Akteuren in einem vielschichtigen und verwobenen Prozess der Entwicklungshilfe, in welchem die deutsche EZ einen entscheidenden, aber nur partiellen Beitrag zur Bewältigung von Entwicklungsproblemen leistet. Dieser Beitrag sollte demzufolge nur im Kontext der entwicklungspolitischen Aktivitäten anderer Akteure bewertet werden. Im Zusammenwirken der Verantwortungszuschreibung an die Partner sowie der Betonung, dass man als deutsche EZ nur einen partiellen Beitrag zur entwicklungspolitischen Gestaltung der Länder neben anderen Akteuren leistet, wird letztlich die Verantwortung für gescheiterte Maßnahmen von vornherein abgewiesen.

Im Fokus der Erklärungen für die Qualität der Zielerreichung entwicklungspolitischer Maßnahmen stehen dabei die Aktivitäten, Kapazitäten und Einstellungen der Partner: Die

Qualität von ‚Governance‘ in den Partnerländern wird zum entscheidenden Erfolgskriterium entwicklungspolitischer Interventionen aus Sicht der deutschen EZ.

Dort, wo Korruption und andere Formen von ‚bad governance‘ vorherrschen, betont die deutsche EZ die Unmöglichkeit bleibender Erfolge. Die grundsätzliche Ineffizienz und Ineffektivität der bürokratischen wie politischen Strukturen verhindere demzufolge jegliche Chance auf positive Entwicklung. Die Situation in den Partnerländern wird dadurch zum entscheidenden Erfolgsfaktor von Einzelmaßnahmen sowie allgemeiner, erfolgreicher Entwicklung. Zugleich bilden die Akteure, Institutionen und Strukturen in den Partnerländern die Zielgruppe entwicklungspolitischer Interventionen.

Demzufolge gilt innerhalb der deutschen EZ die kontradiktorische Ziel- und Wirkungslogik, schlechte Regierungsführung möglichst in gute Regierungsführung umzuwandeln und zugleich anzuerkennen, dass positive Entwicklung nur dort möglich ist, wo die Bedingungen guter Regierungsführung gewährleistet sind - schlechte Regierungsführung hingegen selbst den Erfolg entwicklungspolitischer Interventionen verhindert. Damit liegt das Scheitern vermeintlich außerhalb der Einflussmöglichkeiten der deutschen EZ.

Dass es also weiterhin zu Problemen im gesellschaftlichen Umgang mit Wasser in den Partnerländern kommt, hängt mit den Verhältnissen vor Ort zusammen: Diese würden eine effektive und effiziente Wasserorganisation verhindern. Daher ist es aus Sicht der deutschen EZ auch von zentraler Bedeutung, hier durch Beratungsleistungen sowie der Ausbildung von Kapazitäten zu intervenieren und so die Rahmenbedingungen guter Regierungsführung zu schaffen. Bestandteil dieser Argumentationslogik ist, im Zuge der Schaffung klarer rechtlicher Rahmenbedingungen, der Etablierung von Mess- und Evaluationsverfahren sowie der Durchsetzung einer ökonomisch effizienten Organisationsweise (in der Privatwirtschaft wie auch der öffentlichen Verwaltung) Hindernisse nachhaltiger Entwicklung zu überwinden und für Entwicklungsprozesse nutzbar zu machen: Etwa indem unregulierte Slumbildung in geplante Urbanisierung überführt oder das ökologisch desaströse Bevölkerungswachstum durch Ausbildung und Anlernen nutzbar gemacht wird. Afrikas Jugend wird so verstanden als *„die Schätze, Möglichkeiten und Chancen des Kontinents“* (BMZ 2014b: 12). Dieses Potential soll für die erfolgreiche Entwicklung der Partnerländer instrumentalisiert werden.

Was hierbei auffällt: Einerseits werden den spezifischen Beratungsleistungen und Wissensvermittlungsprozessen der deutschen EZ bei der Verwirklichung nachhaltiger

Entwicklungsziele eine enorme Relevanz zugesprochen. Deutschland verfügt über das angemessene Wissen und Know-how, um die anstehenden entwicklungspolitischen Herausforderungen zu überwinden. Dadurch, dass die deutsche EZ an den entscheidenden Stellschrauben nachhaltiger Entwicklungspolitik aktiv wird, können die Partnerländer südlich der Sahara ihre Entwicklungspotentiale also verwirklichen. Dabei spielen weder Zielerreichungskonflikte noch unrealistische Erwartungen an positive Effekte der entwicklungspolitischen Maßnahmen eine Rolle: Etwa wenn eine ökologisch unproblematische Produktivitätssteigerung kleinbäuerlicher Betriebe und ihre Anbindung an den Weltmarkt mit der Anwendung moderner Informations- und Telekommunikationstechnologien assoziiert wird (vgl. GIZ 2015c: 37; BMZ/GIZ 2015d: 63-64).

Andererseits erfolgt durch die deutsche EZ eine so katastrophale Situationsbeschreibung der meisten Länder Afrikas, dass erfolgreiche Entwicklung kaum erreichbar erscheint. Man ist in der deutschen EZ gemeinhin der Meinung, alle relevanten Bedingungen nachhaltiger Entwicklung seien in den Partnerländern nicht gegeben oder nur unzureichend ausgeprägt. Die Arbeit der deutschen EZ erscheint damit als notwendig und zugleich mit scheinbar unüberwindbaren Hürden konfrontiert.

Eine grundsätzlich widersprüchliche Situationsbeschreibung, die Negierung von Zielerreichungskonflikten sowie positive, simplifizierende Wirkungsannahmen der eigenen Aktivitäten zeichnen die Narration der deutschen EZ über ihre Arbeit in Afrika aus. Die afrikanischen Wasserprobleme werden hingegen auf Governance- und Kapazitätsdefizite, unzureichende rechtliche Regulierung und Kontrolle sowie eine allgemein defizitäre und entwicklungshemmende Einstellung seitens der Partner reduziert. Das ‚unterentwickelte‘ Afrika, so eine polemische Überspitzung der Story-Lines der deutschen EZ, hat Probleme mit Wasser, weil die Menschen vor Ort nicht gelernt haben, wie man es ‚richtig‘ macht.

Wie wird diese Erzählung afrikanischer Wasserherausforderungen dabei argumentativ unterfüttert?

### **4.7.2 Credibility**

Die Glaubwürdigkeit der Story-Lines hängt zum einen damit zusammen, die Ziele der EZ als angemessen, allgemein akzeptiert und ethisch gerechtfertigt zu präsentieren. Dies geschieht vornehmlich durch den Verweis auf internationale Abkommen und Verträge sowie nationale Entwicklungsstrategien als Ursprung entwicklungspolitischer Zielsetzungen. Die deutsche EZ situiert sich damit als einer von zahlreichen Entwicklungshelfern, als Mitglied einer internationalen Bewegung für die Beseitigung von Armut sowie als Förderer nachhaltiger Entwicklung. Damit unterstreicht die deutsche EZ nicht nur ihre begrenzte Verantwortlichkeit für die Entwicklungsziele, sondern betont durch die Involvierung in ein Geflecht aus unterschiedlichen Akteuren der Entwicklungshilfe ihre Legitimation als Unterstützer positiver Entwicklung: Die deutsche EZ ist engagiert in wichtigen Abkommen und damit Bestandteil einer internationalen Bewegung aus Nationalstaaten, Institutionen und NGOs zur Stärkung ‚Nachhaltiger Entwicklung‘.

Zugleich ermöglicht der argumentative Verweis auf das positiv aufgeladene Konzept ‚Nachhaltiger Entwicklung‘ die Rechtfertigung der eigenen Aktivitäten als sinnvollen Beitrag zur Bearbeitung drängender Zukunftsfragen wie des Klimawandels. Der inflationäre Gebrauch normativ aufgeladener Begrifflichkeiten wie Partizipation und Governance unterstreicht die Position der deutschen EZ als Unterstützer eines positiven Wandels in der Welt. Zugleich hilft die Bezugnahme auf wissenschaftliche Forschung (etwa zu Water Governance) die eigene Arbeit zu legitimieren.

Zentral für die Glaubwürdigkeit der Problemdiagnose der deutschen EZ sind statistische Mess- und Bewertungsverfahren, welchen den Befunden deutscher Entwicklungsinstitutionen den Eindruck von objektiver Gültigkeit und Korrektheit verleihen; selbst wenn diese Erfolge nur statistischer Natur sind oder nur lokal isoliert nachgewiesen werden können. Die beständigen Verweise auf erfolgreich durchgeführte Projekte angesichts anhaltender Armuts- und Entwicklungsprobleme tragen dazu bei, die Arbeit der EZ als alternativlos und notwendig zu begreifen: Ohne die Arbeit der deutschen EZ würde demzufolge die Situation in den Ländern Afrikas noch weitaus katastrophaler anmuten. Abgesichert durch eine angeblich objektive Evaluationspraxis und die Bezugnahme auf international angewandte Bewertungskriterien erscheinen die Diagnosen afrikanischer Wasserprobleme als unhinterfragbar und werturteilsfrei.

Zugleich werden die Fertigkeiten und das Wissen der deutschen EZ über die Organisation von Wasser und guter Regierungsführung zur zwingenden Prämisse erfolgreicher Problembearbeitung. Damit werden sie zugleich zur Voraussetzung bei der Verwirklichung der zahlreichen Potentiale auf dem afrikanischen Kontinent erklärt (vgl. BMZ 2017a: 10). Die deutsche EZ verfügt folglich über das angemessene Wissen und die Möglichkeiten zur Vermittlung der notwendigen Fertigkeiten an die Partner, um die afrikanischen Wasserkrisen zu bearbeiten. An dieser Diagnose wird zu keiner Zeit ein Zweifel formuliert.

Letztlich erscheint die Involvierung der deutschen EZ in die Entwicklung Afrikas als unveräußerliche Bedingung positiver Zukunftsgestaltung. Hierdurch kann die Glaubwürdigkeit der Argumentationslinie zusätzlich untermauert werden.

Über die Betonung von Messbarkeit und Kontrollierbarkeit der Maßnahmen wird zudem der Eindruck vermittelt, die Arbeit der deutschen EZ würde einem beständigen Leistungsnachweis unterliegen. Dies unterstellt wiederum eine dauerhafte Korrektur und Adaption der entwicklungspolitischen Arbeit. Die Aktivitäten der deutschen EZ präsentieren sich dadurch als reflexiv und erzeugen den Eindruck, man würde sich beständig veränderten Gegebenheiten und Herausforderungen anpassen. Auf diese Weise entzieht man sich einer grundsätzlichen Kritik, da die Arbeit der deutschen EZ immer nur als temporäre Fixierung einer vorübergehenden Handlungsstrategie verstanden werden sollte, welche im Falle des Scheiterns revidiert und neu ausformuliert werden kann. Eine solche flexible Strategie, mit ihren Verweisen auf wissenschaftliche Forschung und statistische Erhebungsverfahren erscheint dann auf den ersten Blick angemessen und kaum zu beanstanden.

### ***4.7.3 Acceptability***

Dass eine solche Problemdiagnose akzeptiert werden kann, hängt wiederum eng mit der Betonung der Dringlichkeit, Schwere und Qualität der Wasserprobleme selbst zusammen. Es handele sich folglich um so akute und drängende Probleme, dass externe Interventionen notwendig erscheinen. Angesichts von Kindersterben, Hunger oder hygienischen Katastrophen präsentieren sich die Maßnahmen der EZ als alternativlose, zwangsläufige Eingriffe in eine dramatische Situation, aus welcher sich die Partner offenkundig (zumindest laut Diagnose der deutschen EZ) nicht eigenständig befreien können. Die Situation Afrikas

erscheint als katastrophal und die Fertigkeiten der Menschen vor Ort überfordernd<sup>172</sup>, während zugleich wiederholt betont wird, welche enormen Potentiale der Kontinent doch mit sich bringt.<sup>173</sup>

Um die unverwirklichten Chancen des Kontinents nutzbar machen zu können und Nachhaltigkeit zu verwirklichen, bedarf es jedoch der Hilfestellung der deutschen EZ. Nicht nur liefert man mit erheblichen Investitionssummen die Grundlage positiver Entwicklung, sondern verfügt zudem über das relevante Know-how, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen (s.o.). Die ‚Hilfeleistung‘ an Afrika präsentiert sich so als moralisch unumgänglich, während die Subalternen („die Afrikaner“) per se zu Passivität als die zu Belehrenden verdammt sind.

Zudem wird wiederholt darauf verwiesen, dass der afrikanische Kontinent nicht nur als Brutstätte von Gewalt und Flucht für die globale Zukunftsgestaltung aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus Relevanz besitzt. Auch die bisher ungenutzten agrarischen Potentiale der Länder Afrikas spielen eine entscheidende Rolle für eine globale Ernährungssicherung. Es sind also nicht nur Fragen internationaler Sicherheit, welche einen Eingriff in die Gesellschaften Sub-Sahara Afrikas legitimieren, sondern die Betonung einer Verantwortung Afrikas, einen Beitrag zur Gewährleistung weltweiter Ernährung zu erbringen. Was hier implizit mitschwingt, ist der Vorwurf, zu lange schon von der Hilfe westlicher Geberinstitutionen abhängig zu sein und es nun geboten sei, die Selbsthilfefähigkeiten des Kontinents zu aktivieren. Hierzu sollen die Maßnahmen der deutschen EZ einen entscheidenden Beitrag leisten.

---

<sup>172</sup> Hier sei noch einmal auf die widersprüchliche Bewertung der Kompetenzen der Partner verwiesen: Einerseits spricht man ihnen ab, die Entwicklungsprobleme eigenständig zu bewältigen. Andererseits sollen sie anspruchsvolle Technologien oder Managementstrategien nutzen, um diese Probleme zu überwinden. Die afrikanischen Akteure werden so zugleich als inkompetent und lernfähig beschrieben (vgl. BMZ/GIZ 2015a: 66-67).

<sup>173</sup> Bezeichnenderweise bleiben die Publikationen bei der genauen Erfassung dieser Potentiale weitgehend unspezifisch. Konkret werden die Ausführungen dort, wo einerseits das enorme agrarische Potential des Kontinents für die Sicherung globaler Ernährung im Fokus steht. Andererseits an den Stellen, wo die junge Bevölkerungsstruktur als positiver Aspekt bei der Entwicklung von ‚human capacities‘ begriffen wird - in krassem Gegensatz zu den zahlreichen Punkten, an denen die Bevölkerungsstruktur im Sinne des Bevölkerungswachstums als Problem begriffen wird.

Die ‚Entwicklung Afrikas‘ liegt entsprechend im ureigenen Interesse Deutschlands, während zugleich die Unterstützung und Hilfe durch die deutsche EZ als unvermeidlich erscheint.

Über diese Zuschreibungen hinaus hängt die Akzeptanz der Problemdiagnose eng damit zusammen, den entwicklungspolitischen Befund über statistische Verfahren abzusichern: Erneut spielen empirische Nachweise eine zentrale Rolle für die Dominanz der Problematisierungsweise, da die Beschreibung der desaströsen Situationen in den Partnerländern durch Statistiken und Evaluationen eine Objektivierung erfährt, denen sich die Beteiligten nur schwerlich entziehen können. Werden die Zahlen über Kindersterblichkeit, Wasserunterversorgung oder mangelnde Hygiene in einen Wirkungszusammenhang mit den harten Fakten zur geleisteten Entwicklungshilfe gebracht, ergibt sich fast zwangsläufig der Eindruck, das Problem der Unterentwicklung müsse irgendwie mit einer mangelhaften politischen Umsetzung der Entwicklungspolitik seitens der Partner zusammenhängen.

Die Übernahme der Problemdiagnose erscheint für die jeweiligen Partnerländer daher als weitgehend alternativlos - insbesondere angesichts der fiskalischen Abhängigkeit vom beständigen Zufluss von Entwicklungshilfemitteln. Zudem betonen die Länder Afrikas bereits seit Gründung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (New Partnership for Africa's Development, NePAD) 2001 ihre eigene Verantwortung für das Scheitern entwicklungspolitischer Initiativen (vgl. African Union Commission 2014: 19). Man hat die Problemdiagnose also ohnehin in weiten Teilen bereits übernommen bzw. schließen die Befunde der deutschen EZ weitgehend an international etablierte Problemdiagnosen an.

Darüber hinaus sollte nicht vernachlässigt werden, dass mit der deutschen EZ ein renommierter und international respektierter Akteur internationaler Entwicklungspolitik die Problemdiagnose formuliert und bereits ein hohes Maß an internationaler Zustimmung und Zuverlässigkeit suggeriert wird. Die Sprecherrolle wird hier von einem Akteur ausgefüllt, dessen Fertigkeiten und Wissen als übereinstimmend positiv innerhalb der internationalen Entwicklungshilfe bewertet werden (vgl. The World Bank 1995: 15; BMZ 2006: 19). Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Organisation von Wasser. Die Problemdiagnose eines solchen Experten der Wasserpolitik lässt sich entsprechend nur schwerlich infrage stellen.

#### **4.7.4 Trust**

Laut Hajer hängt die Möglichkeit, Vertrauen in die jeweilige Story-line zu erzeugen, zentral davon ab, dass Zweifel an der eigenen Problemdiagnose unterdrückt und zugleich inhärente Unsicherheiten als unüberwindbar oder akzeptabel präsentiert werden können (Hajer 1995: 59). Nun zeigt sich bereits in den Ausführungen zu Glaubwürdigkeit und Akzeptanz, dass eine der Stärken der deutschen Problemdiagnose darin besteht, auf wissenschaftliche Konzepte und statistische Verfahren Rückgriff zu nehmen. Dadurch minimiert sich bereits argumentativ der Raum für Unsicherheit: Der Problembefund ist wissenschaftlich und statistisch abgesichert und es können objektiv anmutende Fakten zu dessen Untermauerung vorgebracht werden.

Von ebenso großer Relevanz für die Durchsetzungsfähigkeit der Argumentation ist hier allerdings die Zuschreibung von Verantwortung: Über die Attribution der Partner als unfähig, unmotiviert oder unwissend hängen Erfolg und Scheitern entwicklungspolitischer Aktivitäten einseitig von den Entwicklungsländern ab. Im Falle erfolgreicher Wasserpolitik wird implizit davon ausgegangen, dass die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen sowie die verschiedenen Kapazitäten ebenso angemessen ausgestaltet sind wie die ökonomische Effizienzorientierung von Versorgern und Kunden. Die Erzählung über die afrikanischen Wasserprobleme kann also in gewissen Fällen unzutreffend sein, doch ist ihre Gültigkeit immerzu abhängig von den Aktivitäten der Partner selbst: Dort, wo effektive und effiziente Wasserpolitik stattfindet, trifft die Problemdiagnose nicht zu. Sofern aber Probleme mit Wasser bestehen, sind diese wiederum Folge unangemessener Wasserpolitik. Ein argumentativer Zirkelschluss, der jedoch eine umfassende Beschäftigung mit den komplexen sozialökologischen Wirkungszusammenhängen behindert und den Fokus der Problemanalyse verengt.

Diese Negation von Verantwortung wird zusätzlich verschärft durch die argumentative Situierung der deutschen EZ als einer von zahlreichen Spielern auf dem Feld internationaler Entwicklungshilfe: Zwar verfüge man einerseits über ein erheblichen Vorrat an Wissen und Kompetenzen im Wassersektor, zugleich sei man aber bei der Ausgestaltung der Maßnahmen und Interventionen grundsätzlich abhängig von nationalen Entwicklungsstrategien, internationalen und bilateralen Gebern sowie anderen entwicklungspolitischen Aktivitäten auf dem Feld. Die deutsche EZ beschreibt sich als einen

von vielen Akteuren, dessen Handlungserfolge abhängig von zahlreichen Einflussfaktoren sind. Während die Ziele der entwicklungspolitischen Maßnahmen auf die Partnerländer zurückgeführt werden (als Ergebnis nationaler Entwicklungsstrategien) und der deutschen EZ somit extern vorgegeben sind, werden die eigenen Leistungen nur als geringfügiger (aber zugleich wirkmächtiger) Beitrag in einem komplexen Geflecht der Entwicklungshilfe beschrieben. Dadurch erweckt die deutsche EZ den Eindruck, die Gründe für negative Erfahrungen mit den Aktivitäten der deutschen EZ seien auf externe Einflüsse zurückzuführen und lägen nicht in ihrer Verantwortung.

Während also seitens der deutschen EZ nur ein externer, aber bedeutender Beitrag zur Entwicklung Afrikas geleistet werden kann, der Erfolg der Bemühungen jedoch von anderen Variablen abhängig erscheint, wird zugleich wiederholt darauf hingewiesen, wie katastrophal die Situation in den Staaten Sub-Sahara Afrikas eigentlich ist. Die erhebliche Unterversorgung der Menschen mit Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen eignet sich als Argument, um entwicklungspolitische Aktivitäten als notwendig zu rechtfertigen. Verschärft wird diese Unabdingbarkeit zusätzlich durch die Rollenzuschreibung Afrikas in einer globalen Nachhaltigkeitsdiskussion: Afrika sei etwa für die erfolgreiche Bewältigung von Ernährungsunsicherheit aufgrund seiner fruchtbaren Böden und ungenutzten Agrarpotentiale unerlässlich. Zudem gefährde das unkontrollierte Bevölkerungswachstum des Kontinents die Erreichung global gesteckter Ziele der Nachhaltigkeit.

Entwicklungspolitische Interventionen erscheinen als alternativlos: Anstatt die Länder ihrem desaströsen Schicksal zu überlassen, nutzt die deutsche EZ den schmalen Korridor, der ihr vermeintlich für Hilfestellungen zur Verfügung steht, um die Partner dabei zu unterstützen, sich selbsttätig aus der Unterentwicklung zu befreien und so letztlich einen entscheidenden Beitrag zur Bearbeitung drängender globaler Zukunftsfragen zu leisten. Allerdings könne man die Akteure der deutschen Entwicklungshilfe nicht zur Rechenschaft ziehen, wenn sich erfolgreiche Problemlösungen nicht einstellen - schließlich trage man nicht die volle Verantwortung für die jeweiligen Entwicklungsergebnisse. Hier seien eben externe Faktoren entscheidend, auf welche die deutsche EZ keinen Einfluss hat.

Diese Einordnung der eigenen Relevanz im entwicklungspolitischen Geschehen erfolgt allerdings nicht konsequent; vielmehr finden sich wiederholt Hinweise darauf, für wie

bedeutsam und gewichtig die Arbeit der deutschen EZ von dieser selbst erachtet wird. Die Argumentation ist also auch hier zwiespältig und widersprüchlich.

## **V. Funktionalisierung von Natur, Verdinglichung des Subalternen, Quantifizierung von Entwicklung: Implizierte gesellschaftliche Wasserverhältnisse der deutschen EZ**

Es ist nur schwer vorstellbar, dass die deutsche EZ nicht versucht, in den Staaten Sub-Sahara Afrikas einen sinnvollen Beitrag zur Überwindung der drängendsten Herausforderungen sozialökologischer Verwerfungen zu leisten. Die Unterversorgung der Menschen in zahlreichen Staaten des Kontinents mit sauberem Trinkwasser, angemessenen Sanitäreinrichtungen und ausreichenden Wasserressourcen für wirtschaftliche Tätigkeiten soll dabei mit Hilfe der deutschen EZ überwunden werden. Zugleich möchten die deutschen Entwicklungsinstitutionen durch ihre zahlreichen Aktivitäten einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten. Die Arbeit deutscher Entwicklungshelfer orientiert sich weitgehend an internationalen Abkommen und Verträgen sowie an nationalen Entwicklungsstrategien. Man kann den Eindruck gewinnen, die deutsche EZ würde sich gerne als ausführendes Organ einer international koordinierten, konsensualen Entwicklungspolitik präsentieren. Es verwundert daher nicht, dass sich insgesamt zahlreiche inhaltliche wie methodische Überschneidungen zwischen unterschiedlichen Geberinstitutionen und der deutschen EZ identifizieren lassen. Entsprechend besitzen die hier herausgearbeiteten Defizite entwicklungspolitischer Problematisierungen auch eine begrenzte Aussagekraft für andere Akteure der internationalen EZ, über die deutsche EZ hinaus.

Allerdings besteht eine der Besonderheiten in der Arbeit der deutschen EZ in einer Trennung von infrastrukturell ausgerichteter, finanzieller Zusammenarbeit und einer, auf die Kompetenzerweiterung und Kapazitätsentwicklung ausgerichteten, technischen Zusammenarbeit. Letztere versucht über Beratungsleistungen und Anlernprozessen die jeweiligen Partner für eine ökonomisch effiziente und ökologisch effektive Wasserpolitik zu befähigen. Wie einleitend gezeigt wurde, sollten aus einer sozialökologischen Perspektive dabei systemische Lösungsstrategien und ganzheitliche Auseinandersetzungen mit den

wasserrelevanten Herausforderungen im Mittelpunkt stehen. Allerdings finden zahlreiche Wirkungsverflechtungen und Problemlagen ebensowenig wie bestimmte Zielerreichungskonflikte und komplexe Interessenlagen Berücksichtigung in der Problemdiagnose deutscher entwicklungspolitischer Institutionen: Ausgehend von der Diagnose, bei der defizitären afrikanischen Wasserversorgung handele es sich um die Konsequenz aus schlechter Regierungsführung, unzureichender ökonomischer Effizienz der Wasserversorger, fehlendem Wissen im richtigen Umgang mit Produktions- und Versorgungstechniken sowie falschen Einstellungen der Versorger und Kunden von Wasser, bilden Unterweisungs- und Aufklärungsprozesse weitgehend die einzigen Mechanismen zur Problembearbeitung. Durch das richtige ‚human capacity development‘ soll in den Partnerländern eine Wasserpolitik entwickelt werden, welche die Gesellschaften nicht nur mit ausreichend Wasser versorgt, sondern dazu beiträgt, die erheblichen ökonomischen Potentiale des Kontinents nutzbar zu machen - insbesondere vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Ernährungskrise. Mit Hilfe Deutschlands soll es so gelingen, den „Krisenkontinent“ (BMZ 2014b: 3) in einen, seine Chancen verwirklichenden Kontinent zu verwandeln.

Nun hat sich im Verlauf der vorliegenden Analyse<sup>174</sup> gezeigt, dass die Problemdiagnose ebenso wie die Lösungsansätze der deutschen EZ zwar entscheidende Defizite unzureichender Wasserpolitik aufgreifen und versuchen, diese zu bearbeiten: Etwa die Herausforderungen zunehmender Urbanisierung oder die Gefahren intensiver, industrieller

---

<sup>174</sup> Rückblickend kann die Zusammenführung von Problematisierung als Untersuchungsmethode und der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse als Untersuchungsperspektive im Kontext sozialökologischer Fragestellungen als äußerst fruchtbar betrachtet werden: Mit Hilfe der Analyse der Problematisierungsweise konnten die spezifischen Interpretationsmuster der deutschen EZ hinsichtlich afrikanischer Wasserherausforderungen detailliert herausgearbeitet und dekonstruiert werden. Dadurch ergab sich ein neuartiger Blick auf die ideologischen wie strategischen Überzeugungen innerhalb der deutschen EZ, wovon auch die Post-Development Forschung profitieren kann. Die Betrachtung der Problem- und Lösungsdiagnosen aus Perspektive gesellschaftlicher Naturverhältnisse schärfte darüber hinaus den sozialökologischen Blick auf die Eindimensionalität und Simplizität der Problemdeutungen, ebenso wie auf den unsystemischen Charakter der Lösungsansätze. Für die Weiterentwicklung der hier angewandeten Methoden empfiehlt sich jedoch die Ausarbeitung eines konkreten Forschungsprogramms mit detaillierten forschungspraktischen Prozessschritten, um die Verifizierbarkeit der Untersuchungsergebnisse zu erhöhen.

Landwirtschaft. Zugleich wurde aber auch deutlich, wie simplifizierend und eindimensional die Problemdiagnose ausgestaltet ist, wie unzureichend und funktionalistisch die Übernahme komplexer, sozialwissenschaftlicher Konzepte<sup>175</sup> aus der Forschung verläuft, wie widersprüchlich und verkürzt die Lösungsstrategien entsprechend ausgestaltet sind und wie wenig doch ökologische Aspekte in der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung mit Wasser eine Rolle spielen:

Wasser ist in Zeiten einer sozialökologischen Krise nicht ausschließlich aufgrund der politischen Organisation der Ressource, Korruptionsproblemen oder bürokratischen Ineffizienzen eine verknappte Ressource in den Ländern Sub-Sahara Afrikas. Vielmehr empfiehlt sich vor dem Hintergrund aktueller sozialökologischer Forschungsbestrebungen eine Berücksichtigung klimatischer Veränderungen sowie der Auswirkungen global verbreiteter, ressourcen-intensiver Konsum- und Produktionsmuster. Die Einbeziehung der negativen Implikationen eines Entwicklungsmodells, welches auf unbegrenztem Wachstum in einer physisch endlichen Welt beruht, bleibt jedoch seitens der deutschen EZ aus.

Daran ändert dann auch der Hinweis auf ökologisch problematische Implikationen bestimmter landwirtschaftlicher Praktiken nichts, solange diese Praktiken als Bedingungen ökonomischen Wachstums betrachtet werden. Denn solche Wachstumsprozesse werden weiterhin als unumgängliche Voraussetzung von Entwicklung und Armutsbeseitigung betrachtet.

Zugleich werden konsequent Zielerreichungskonflikte innerhalb der Strategien ausgeblendet: Sofern die EZ darauf abzielt, die Städte des afrikanischen Kontinents in ‚grüne Wachstumszentren‘ zu verwandeln, zeitgleich aber die ökologischen Implikationen von Urbanisierung, Flächenversiegelung und Infrastrukturausbau vernachlässigt, können sich kaum ökologisch nachhaltige Fortschritte einstellen. Die deutsche EZ geht von einer simplen, konfliktfreien Vereinbarkeit sozialer, ökologischer und volkswirtschaftlicher Ziele aus, stellt deren Gleichrangigkeit nicht in Frage und erweckt zudem den Eindruck, mit Hilfe statistischer Verfahren und den richtigen Rahmenbedingungen seien komplexe sozialökologische Herausforderungen umfassend und effektiv zu bearbeiten. Der Befund der deutschen EZ

---

<sup>175</sup> Insbesondere die Vorstellungen der deutschen EZ hinsichtlich Partizipationsprozessen und ihren Fähigkeiten zur Konflikt- und Problemlösung sowie zur Inklusion unterschiedlicher Stimmen erscheint naiv (vgl. Kapitel 4.3.1.2).

hinsichtlich afrikanischer Wasserkrise erscheint entsprechend als zu kurz gegriffen, simplifizierend und eindimensional, da entscheidende Einflussfaktoren vernachlässigt werden<sup>176</sup>.

Unter anderem unterliegt die Ressource Wasser einer Verknappung, da die Ressourcendistribution auf zahlreiche, teils konfligierende entwicklungspolitische Ziele ausgerichtet ist, ohne der Versorgung der Ärmsten hierbei eine absolute Priorität einzuräumen. Dies wäre angesichts des Menschenrechts auf Wasser aber eigentlich zu erwarten; schließlich wird zumindest argumentativ auf die Verwirklichung des Menschenrechts durch die Entwicklungspolitik verwiesen.

Zugleich geht man davon aus, armutsreduzierende Wirkung über mikroökonomische Prozesse der Einkommensgenerierung erzielen zu können. Diese Einkommenssteigerung soll wiederum vordringlich im Bereich der Landwirtschaft erzeugt werden. Die Zunahme an Einkommen - insbesondere in der Landwirtschaft als wichtigstem Wirtschaftssektor des Kontinents - ist aber laut der deutschen EZ nur via umfassender Produktivitätssteigerung sowie einer funktionierenden Einbindung in globale Märkte möglich. Das wiederum erfordert zusätzlichen Ressourceneinsatz, erzeugt Abfallstoffe wie belastetes Wasser und treibt Bodenerosion und andere ökologische Probleme voran. Zudem ist eine erfolgreiche Anbindung an die globalen Märkte aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive höchst voraussetzungsvoll und langwierig, muss aber zugleich nicht zwangsläufig zu der angepriesenen Armutsreduktion in den Zielländern führen.

Für die Produktivitätssteigerungen hingegen sollen, wo möglich, moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zur Steigerung der Managementeffizienz eingesetzt werden. Die ökologischen Belastungen solcher Produktivitätszuwächse ließen sich nach Meinung der deutschen EZ wiederum durch moderne Kontroll- und Evaluationsmechanismen einfangen. Erkennbar wird hier ein grundsätzliches Vertrauen in die Leistungs- und Lösungsfähigkeit von

---

<sup>176</sup> Auch wenn die folgenden Angaben möglicher Ursachen keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern sich vielmehr als Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Problemdiagnose der deutschen EZ verstanden wissen möchten, soll hier erneut deutlich gemacht werden, dass in der vorliegenden Analyse die Benennung kausaler Ursache-Wirkungszusammenhänge im Bereich sozialökologischer Krisenphänomene als kaum möglich begriffen wird. Einige Wirkungszusammenhänge scheinen jedoch in der internationalen Diskussion um Klimawandel und ökologische Herausforderungen weitgehend akzeptiert.

Technologien und Managementstrategien, während zugleich die Mess- und Nachweisbarkeit von Projekterfolgen einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung entwicklungspolitischer Interventionen haben: Es werden insbesondere diejenigen Maßnahmenziele verfolgt, die sich in Evaluationsprozessen messen oder eruieren lassen. Eine solche Fokussierung auf Mess- und Kontrollierbarkeit innerhalb der EZ resultiert nicht zuletzt aus dem politikfeldspezifischen Charakter der Entwicklungspolitik: Schließlich unterliegt gerade die zukunftsorientierte, extern ausgerichtete und kostenintensive EZ einem besonderen Legitimations- und Wirksamkeitsdruck.

Insgesamt erzeugt die Problemdiagnose der deutschen EZ den Eindruck von inhaltlicher Selektivität, argumentativer Widersprüchlichkeit und übertriebener Simplifizierung: Zahlreiche Annahmen über die positiven Wirkungen von Entwicklungsmaßnahmen erweisen sich bei genauerem Hinsehen als Folge simpler Wirkungsannahmen und ungerechtfertigter Folgenabschätzungen. Es wird beispielsweise in Projektberichten nicht ersichtlich, warum sich die ökonomische Effizienzsteigerung eines Wasserversorgungsunternehmens direkt in eine verbesserte und breitere Versorgung der Wasserkunden übersetzt oder warum die Beratung einzelner Akteure in staatlichen Institutionen automatisch zu einer nachhaltigeren Wasserpolitik beiträgt. Vielmehr scheinen hier einerseits modellhafte, mechanistische Vorstellungen positive Wirkungsannahmen zu begründen, während zugleich in Analogie zu Ansätzen ökologischer Modernisierung davon ausgegangen wird, mit Hilfe moderner Technologien ließe sich eine ausreichende Ressourceneffizienz zur Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit erreichen. In diesem Lichte erscheinen die sozialökologischen Probleme Afrikas nunmehr als Herausforderungen angemessener Anwendung richtiger Verfahren, Managementmethoden sowie Technologien.

Zugleich ist an zahlreichen Stellen von der erheblichen Inkompetenz innerhalb der Partnerländer die Rede. Grundsätzlich scheint man den afrikanischen Partnern nicht zuzutrauen, eigenständig eine effektive und effiziente Wasserpolitik zu betreiben: es fehle an Kompetenzen, Fertigkeiten, Wissen und dem Anspruch ökonomischer Effizienz. Damit drängt sich jedoch die Frage auf, wie trotz dieser Inkompetenzen die Partner in der Lage sein sollen, anspruchsvolle Technologien und Managementstrategien als Lösungsansätze ihrer Probleme zu nutzen. Man scheint innerhalb der Entwicklungsinstitutionen zwiespalten hinsichtlich der Kompetenzen und Fähigkeiten der Partner: Entweder sind sie nicht fähig,

etwa Wasserrechnungen korrekt zu erstellen oder einzutreiben, während sie sich zugleich, zum Beispiel mit Hilfe von Produktivitätssteigerungen aufgrund der Nutzung von Planungstools oder Kommunikationstechnologien, selbstständig aus der Armut befreien können sollen.<sup>177</sup>

Was folgt nun aus dem Zusammenspiel aus eindimensionaler Problemdiagnose und ambivalenten Lösungsstrategien für die Mensch-Umwelt-Interaktionen im Hinblick auf Wasser?

Zum einen lässt sich eine einseitige Einordnung der Wertigkeit von Wasser in Analogie zu ihrer ökonomischen Relevanz beobachten, wobei diese erweitert wird durch die Bedeutung von Wasser für unterschiedliche Ökosystemdienstleistungen. Innerhalb der deutschen EZ besteht fraglos ein Bewusstsein dafür, dass Wasser eine enorme Relevanz für die Aufrechterhaltung von Leben auf der Erde hat und zugleich die Homöostase der Hydrosphäre durch den anthropogenen Klimawandel gefährdet ist. Allerdings führt die Berücksichtigung dieser Aspekte nicht zu einer umfassenden Einordnung von Wasser außerhalb monetärer Betrachtungsweisen: Wasser ist dort relevant und zu schützen, wo es das Funktionieren menschlicher (Wirtschafts-) Tätigkeiten grundlegend beeinflusst. Ein kultureller Wert, außerhalb westlicher Vorstellungen, wird dem Stoff beispielsweise ebenso wenig zuteil wie eine ganzheitliche Betrachtung seiner gesellschaftlichen Nutzung und Belastung. Obwohl nachweislich nicht nur die Bevölkerungsgröße, sondern eben auch die alltäglichen Lebens- und Konsumgewohnheiten eine entscheidende Rolle bei der

---

<sup>177</sup> Es scheint sich bei diesem Widerspruch nicht um das Ergebnis eines Differenzierungsprozesses zu handeln, der zwischen unterschiedlich befähigten Akteuren unterscheidet. Eine Unterscheidungspraxis bezüglich der involvierten Akteure findet sich ohnehin nur selten. Meist werden verschiedenste Gruppierungen homogenisiert und von Unterschieden zwischen ihnen abgesehen.

Auch im Bereich der Kompetenzentwicklung führt die deutsche EZ keine Trennung ein, sondern spricht stattdessen an einigen Stellen fehlende Kompetenzen als Defizit an, um an anderer Stelle wiederum die ausreichenden Fertigkeiten bei den Akteuren implizit vorauszusetzen: Akteure sind dann einfach in der Lage, beispielsweise darin angelernt zu werden „*to facilitate compliance with the new monitoring systems that were being developed to enhance the regulator’s monitoring capabilities.*“ (Lammerding/GTZ 2009: 2).

Deutlich wird anhand dieses Zitats erneut, dass es sich bei der Vermittlung von Wissen nicht um einen wechselseitigen Lernprozess handelt, sondern um ein striktes Anlernen sowie der Vermittlung von Regelkonformität.

Betrachtung ökologischer Nachhaltigkeit spielen, entfalten solche Erkenntnisse keinerlei Wirkung in der Art und Weise, wie die deutsche EZ gesellschaftliche Wassernutzung und -distribution in Sub-Sahara Afrika problematisiert.

Des Weiteren erfolgt eine Einordnung und Bewertung der verfügbaren Wassermenge sowie der Wassernutzung und -belastung ausgehend von statistischen Verfahren und Kontrollmechanismen, welche von technologischen Lösungen und bürokratischen Strukturen ermöglicht und getragen werden. Dadurch erscheint Wasser als berechen- und kontrollierbar: Natur wird als Gegenstand von Managementprozessen definiert. Ungewissheiten, potentielle Störungen oder unintendierte Wechselwirkungen innerhalb der Hydrosphäre, welche sich aktuell der menschlichen Betrachtung entziehen, werden dadurch ausgeblendet. Es regiert die Vorstellung, mit der entsprechenden Strukturierung und Organisation der Ressourcennutzung würden Konflikte in der menschlichen Naturaneignung handhabbar. Nachhaltigkeit erscheint so nicht etwa als Herausforderung an die ökologische Verträglichkeit bestimmter Produktions- und Konsumnormen, sondern als Frage der korrekten Anwendung bereits identifizierter Lösungsmechanismen.<sup>178</sup> Die Überzeugung, via einer technologisch getragenen, ökologischen Modernisierung würden sich die zahlreichen sozialökologischen Krisenphänomene anthropogener Wassernutzung lösen lassen, tritt hier deutlich zu Tage. Die statistische Erfassung von Wasser ermöglicht nebenbei die regulierende Normierung von Wasser in seinen unterschiedlichen Erscheinungs- und Nutzungsformen. Wasser kann mit Hilfe datengestützter Verfahren erfasst und dann rechtlich definiert und entsprechend reguliert werden. Natur erscheint dann nicht nur statistisch aufbereitet, sondern als Gegenstand umfassender Regulierungsbemühungen.

Dies entspricht in weiten Teilen den Naturverhältnissen in den Industrienationen, welche durch die EZ ihre globale Verbreitung erfahren. Inwieweit eine solche technokratische und standardisierende Betrachtungsweise von Natur allerdings dem begrenzten menschlichen Kenntnisstand der geophysischen Vorbedingungen biologischen Lebens entspricht, erscheint

---

<sup>178</sup> Nimmt man den Steuerungsoptimismus der deutschen EZ hinsichtlich der afrikanischen Wasserkrise ernst, würde sich die Frage aufdrängen, warum es überhaupt noch Probleme mit unzureichender ökologischer Nachhaltigkeit gibt, wenn doch die angemessenen Lösungsmechanismen bereits existieren. Der Problemdiagnose entsprechend gründet sich dies auf den Inkompetenzen und strukturellen Unzulänglichkeiten seitens der Entwicklungsländer.

zweifelhaft. Ebenso wie angezweifelt werden kann, dass die Wasserkultur in den Industrienationen als Idealtypus nachhaltiger Wassernutzung und -organisation begriffen werden sollte.

Darüber hinaus wird die Wahrnehmung von Natur/Wasser in der EZ vornehmlich auf diejenigen Aspekte verengt, welche von umweltpolitischer Regulierung eingefangen werden. Dadurch liegt der Problemdiagnose der deutschen EZ eine selektive Naturwahrnehmung zu Grunde, welche eine umfassende Betrachtung gesellschaftlicher Wassernutzung erschwert, da zahlreiche gesellschaftliche Nutzungsmuster von Natur/Wasser aus dem Fokus der EZ geraten. So finden sich in den Vorschlägen der deutschen EZ zur Lösung der Wasserprobleme etwa Verweise auf die Belastung von Gewässern durch den Eintrag von Schadstoffen aus der Landwirtschaft, aber nicht im dezidierten Bezug zur Viehwirtschaft, sondern vor allem im Hinblick auf falsche Bewirtschaftungsmethoden. Zudem werden die negativen Implikationen von Flächenversiegelung durch den Bau von Straßen oder die Belastung der Böden aufgrund zunehmender Bebauung überhaupt nicht thematisiert, obwohl die deutsche EZ in diesen Politikbereichen ebenfalls aktiv ist.

Zum anderen ist beobachtbar, wie ökonomische Effizienz sowie die statistisch erhobene Versorgung<sup>179</sup> der Bevölkerung zum alleinigen Erfolgs- und Bewertungskriterium der Qualität bei der Organisation und Distribution von Wasser erkoren wird: Die deutsche EZ betont wiederholt ihr Selbstverständnis als Förderer der Chancenverwirklichung des afrikanischen Kontinents und dass ihre Aktivitäten einen Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten sollen. Das Ziel sei ein *„prosperierendes und friedliches Afrika, dessen Entwicklung alle einbezieht und von den Potentialen der eigenen Bevölkerung vorangetrieben wird.“* (BMZ 2017a: 4). Entsprechend den modernisierungstheoretischen Annahmen über Entwicklung, wie sie

---

<sup>179</sup> Es handelt sich hierbei nicht um die tatsächlich beobachtbare Masse an Menschen, welche einen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser oder ausreichender Sanitärversorgung haben, sondern um das schätzungsweise Ergebnis von Modellrechnungen. Der dadurch berechnete Versorgungsschlüssel kann als ungefähre Annäherung an die tatsächliche Versorgungssituation betrachtet werden. Allerdings erscheint die Wirklichkeitstreue der berechneten Versorgungslage angesichts kaum zugänglicher oder fehlenden statistischer Daten fragwürdig. Zudem lässt sich angesichts von öffentlichen Zapfstellen, privaten Wasserverkäufen und Brunnen nur ungenau bestimmen, wieviel Menschen tatsächlich von Wasserangeboten profitieren können.

innerhalb der deutschen EZ dominant sind, kann es kaum verwundern, wenn die Zielverwirklichung abhängig von ökonomischer Gewinnerwirtschaftung öffentlicher und privater Unternehmen gedacht wird. Zweifellos wird es ein Wasserversorger unter den Bedingungen kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen schwer haben, dauerhaft seine Leistungen aufrecht zu erhalten, wenn er keine Gewinne erwirtschaftet. Die ökonomische Effizienz erscheint also aus einem volkswirtschaftlichen Blickwinkel als brauchbare Kategorie bei der Bewertung der Effektivität öffentlicher Einrichtungen.

Doch sollte im Kapitel über gesellschaftliche Naturverhältnisse (2.1) deutlich geworden sein, dass sich das Beziehungsgeflecht zwischen Gesellschaften mit ihrer Umwelt kaum ausreichend über ökonomische und buchhalterische Indikatoren beschreiben lässt. Insbesondere die Nutzung und Verschmutzung von Wasser durch menschliche Praktiken ist deutlich umfassender und oftmals impliziter, als dies von der ökonomisch orientierten Evaluationspraxis der deutschen EZ bisher erfasst wird. Die Fokussierung auf Messbarkeit bei der Einordnung von entwicklungspolitischen Effekten führt dazu, Faktoren und Hinweise auszublenden, welche ggf. weniger numerisch sind und dadurch ihre Bewertung und Einordnung schwieriger erscheint. Dennoch besitzen qualitative Messverfahren bei der Betrachtung von Umweltnutzung eine wissenschaftliche Aussagekraft über den Zustand gesellschaftlicher Naturaneignung.

Durch die ausschließliche Bezugnahme auf quantitative Messinstrumente geraten jedoch all diejenigen Aspekte gesellschaftlicher Naturnutzung aus dem Blick, die nicht bereits von Indikatoren, Messinstrumenten und Statistiken erfasst werden. Ähnliches gilt für Kennzeichen sozialer Exklusion und Marginalisierung. Entsprechend scheint die deutsche EZ bei der Bewertung ihrer Aktivitäten auf dem ökologischen wie sozialen Auge teilweise blind zu sein: Aus Geldwerten und näherungsweise Statistiken lässt sich weder ablesen, in welchem Umfang und durch wen Wasser beansprucht wird, inwieweit Menschen im Alltag ausreichend mit Ressourcen ausgestattet sind, um Wasser für ihre Zwecke zu gebrauchen, noch, wie etwa die Landwirtschaft aufgrund welcher Produktionsmethoden in welchem Umfang auf Wasser und Boden einwirkt.

Wenn die deutsche EZ ihre Arbeit dann dennoch auf Basis dieser abstrakten Anhaltspunkte bewertet, trifft sie damit keinerlei Aussage über die soziale wie ökologische Qualität ihrer Arbeit. Vielmehr exportiert sie letztlich einen statistischen und ökonomisch ausgerichteten

Blick auf Natur in die Partnerländer, welche nun ebenfalls ihre Naturaneignungsprozesse statistisch erfassen und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewerten sollen. Alternative, ggf. traditionelle Umgangsformen mit Natur müssen sich dann in dieser Wertungsschablone bewähren oder sie werden höchstwahrscheinlich als entwicklungshinderlich begriffen und zukünftig nicht weiter angewendet. Ob sich allerdings über eine betriebswirtschaftlich effiziente Wasserversorgung Armuts- und Wasserherausforderungen erfolgreich bearbeiten lassen und sich das Gelingen dieser Entwicklungsbemühungen dann mit Hilfe vager Statistiken erkennen lässt, darf bezweifelt werden.

Angesichts der Diskussion um qualitative Bewertungskriterien von Entwicklung, wie dem „*Capability*“-Ansatz von Amartya Sen (vgl. Nussbaum/Sen 1993: 41), erscheint es ohnehin fragwürdig, die erfolgreiche Überwindung von Armut, Leid und Deprivation an betriebswirtschaftlicher Effizienz und statistischen Näherungswerten ablesen zu wollen. Hier erscheint die sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung bereits deutlich weiter. Vor allem irritiert jedoch der Umstand, dass von der deutschen EZ darauf hingewiesen wird, durch den Mangel an Wasser und Sanitäreinrichtungen würden sich soziale Probleme oftmals verschärfen, zugleich diese Momente der Amplifikation in der Mess- und Bewertungspraxis aber vernachlässigt werden. Anstatt daher die Verwobenheit unterschiedlicher sozialökologischer Problemstellungen aufzugreifen und in der Planung und Bewertung entwicklungspolitischer Maßnahmen zu berücksichtigen, reduziert sich die Wahrnehmung der deutschen EZ auf statistisch erfassbare Kriterien mit einer politikfeldspezifischen Engführung.<sup>180</sup>

---

<sup>180</sup> Die deutsche EZ lässt eine relativ strikte Trennung ihrer Geschäftstätigkeit nach unterschiedlichen Politikbereichen erkennen. Die Aktivitäten im Feld der Wirtschaftspolitik etwa scheinen weitgehend getrennt von denjenigen im Feld der Umweltpolitik abzulaufen. Ähnliches lässt sich über Strategien zur Transformation der gesamten Wirtschaftsweise der Partnerländer hin zu einer ‚Green Economy‘ aussagen, welche scheinbar losgelöst von Projekten im Bereich der Agrarpolitik konzipiert wurden. Zumindest lässt sich in den unterschiedlichen Projektzielen keine einheitliche Linie außerhalb modernisierungstheoretischer Handlungslogik sowie einer starken Orientierung an ökonomisch messbaren Erfolgskriterien beobachten. Wechselwirkungen und politikfeldübergreifende Effekte entwicklungspolitischer Interventionen geraten so nicht in den Blick. Ohnehin scheint die deutsche EZ relativ uneinheitlich und teils widersprüchlich ausgerichtet zu sein, was ggf. mit interner Konkurrenz, widerstreitenden Interessen und sicherlich mit teils widersprüchlichen Projektzielen in unterschiedlichen Politikbereichen zu tun haben wird: „*In his analysis of*

Besonders auffällig ist, dass die restriktive Evaluationspolitik regelmäßig insofern aufgebrochen wird, als dass kaum mess- und bewertbare Kriterien zur Einordnung der Projekteffekte ergänzend herangezogen werden: Haben wir es etwa mit einem Projekt im Bereich der Agrarpolitik zu tun, welches auf die Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ausgerichtet ist, wird die Menge an Personen erfasst, welche an Trainings und Workshops der GIZ teilgenommen haben. Diese statistischen Daten werden ergänzt durch Mutmaßungen über die vermeintliche Qualität von Managementstrategien sowie der Entwicklung von Organisationskompetenzen, wie sie sich Dank der Maßnahmen der EZ idealer Weise ergeben sollten. Diese Kriterien lassen sich jedoch kaum objektiv messen und bewerten. Dennoch werden hier Aussagen darüber generiert, wie gut der Sektor aufgrund der Interventionen der EZ auf zukünftige Störungen und klimatische Veränderungen eingestellt ist (vgl. GIZ 2017a). Für den externen Beobachter ist nur schwer nachvollziehbar, wie diese unterschiedlichen Aspekte so miteinander verknüpft sind, dass belastbare Aussagen über Nachhaltigkeit auf Basis dieser Indikatoren möglich werden.

Zusätzlich geschwächt wird die Aussagekraft der deutschen EZ über die Nachhaltigkeit ihrer Aktivitäten durch den Umstand, dass eine strikte Trennung hinsichtlich der Betrachtung unterschiedlicher Naturnutzungsformen beobachtbar ist: Anstatt alle Formen gesellschaftlicher Wassernutzung und -belastung in der Bewertung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen, wird die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung kategorisch von anderen, wasserrelevanten Nutzungsformen getrennt. Weder wird die Belastung von Aquifern durch Einträge aus der Landwirtschaft<sup>181</sup> mit der gestiegenen

---

*knowledge management among the experts within the German GTZ (now GIZ) Hüskens (2006: 246) states that the „collection, evaluation and the exchange of knowledge between headquarter, country bureaus and projects is unsystematic, and it is subject to conflicts of interests and power’. Note that this does not even refer to the advisory process executed by GTZ experts to their counterparts in developing countries.” (Koch/Weingart 2016: 24).*

<sup>181</sup> Die Betrachtung der wasserbezogenen Aktivitäten innerhalb der Landwirtschaft bilden eine entscheidende Ausnahme hinsichtlich der Berücksichtigung gesellschaftlicher Naturnutzung durch die deutsche EZ. Anders als für andere gesellschaftliche Teilbereiche, wird die komplexe Wassernutzung und -belastung durch die Landwirtschaft seitens der deutsche EZ relativ umfassend abgebildet, allerdings nur einseitig und bedingt problematisiert. Weder wird der Ruf nach erheblichen Produktivitätssteigerungen angemessen in den Zusammenhang gesteigener Wasserbelastung gerückt, noch werden Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer

Entnahme durch den zunehmenden Wasserbedarf in den Städten verknüpft, noch wird Bodenerosion in den Kontext von Flächenversiegelungen durch Straßenbau oder Großbauprojekte gestellt. Ebenso wenig finden sich Hinweise darauf, dass das Bezahlen für Wasser als Ware konträr zur Forderung nach einer angemessenen Wasserversorgung als Menschenrecht laufen kann - insbesondere angesichts erheblicher Einkommensarmut in den Ländern Sub-Sahara Afrikas. Und darüber hinaus erscheint es als ethisch zumindest fragwürdig, die negativen Auswirkungen einer unzureichenden Sanitärversorgung, etwa in Form von Krankheiten, ausschließlich im Lichte verringerter ökonomischer Leistungsfähigkeit zu betrachten, z.B., weil die Zeit für die Pflege von Angehörigen nicht mehr für einkommensgenerierende Tätigkeiten zur Verfügung steht (vgl. BMZ 2014b: 8).

Natur verkommt aus Perspektive der deutschen EZ damit zur statistisch erfassbaren, kritischen Einflussgröße bei der Verwirklichung von Projekterfolgen bzw. wird als mess-, bewert- und steuerbar begriffen. Eines der Ziele der modernisierungstheoretischen Entwicklungsprozesse deutscher Entwicklungshilfe ist entsprechend die Kontrolle und numerische Erfassung von Natur sowie die bürokratische Steuerung und Überwachung ihrer Nutzung. Umweltmanagement sei entscheidend für die umfassende Steuerung gesellschaftlicher Umweltbeanspruchung. Mit dessen Hilfe sollen sich innerhalb bestehender Strukturen, Normen und Institutionen auftretende Umweltprobleme bearbeiten lassen. Das Unbekannte und Unergründbare an Umwelt sowie das begrenzte menschliche Wissen über Prozesse in den Biosphären werden folglich ausgeblendet (vgl. Kluge 2005: 33-34). Ein Wandel der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erscheint entsprechend ebenso wenig nötig, wie die Veränderung gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse oder die Neuausrichtung gesellschaftlicher Normen an ökologischer Nachhaltigkeit. Denn das richtige Management der Naturressourcen garantiere ja bereits eine nachhaltige Umweltnutzung. Doch: *„Unless we find a way to prioritize biocultural health in our assessments, projections, and adaptive responses, we will continue to see a world of trouble in the years to come.“* (Johnston/Fiske 2014: 5).

---

umfassenden Agrarreform für den afrikanischen Kontinent aus einer sozialökologischen Perspektive geäußert, sondern rigoros an der Modernisierung und Ökonomisierung der Landwirtschaft als Strategie festgehalten.

Insgesamt präsentiert sich das von der deutschen EZ implizierte Wasserverhältnis damit als rigoros rationalisiert und ökonomisiert: Wasser ist dann von Relevanz, wenn es als Ressource in der Produktion (insbesondere der Landwirtschaft) gebraucht wird oder der Mangel an Wasser die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bevölkerung hemmt - etwa, indem Zeit für das Wasserholen gebraucht wird oder Krankheiten die Entwicklung des Humankapitals behindern.

Entsprechend dieser Umweltwahrnehmung gestaltet sich auch die Problematisierungsweise von Wasser in der deutschen Entwicklungspolitik: Die unzureichende Wasserverfügbarkeit suggeriert ökonomische Entwicklungshemmnisse, welche es zu überwinden gilt, sofern man die anspruchsvollen Ziele Nachhaltiger Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent erreichen möchte. Die Identifikation der Problemursachen bleibt dem ökonomisierten Blickwinkel treu und sieht vor allem in der unzureichenden unternehmerischen Effizienz innerhalb der Wasserversorger den kritischen Kippunkt einer nachhaltigeren Wasserpolitik. Ergänzt wird diese Problemdiagnose durch den Hinweis auf mangelnde statistische Daten zur Eruiierung der exakten Wasserverfügbarkeit und -nutzung sowie dem wiederholten Hinweis auf defizitäre Einstellungen und Kapazitäten seitens der involvierten Akteure. Das Triumvirat aus Datenmangel, falscher Unternehmensführung und unzureichender Qualifikation des Personals im Wassersektor soll erklären, warum den Menschen Afrikas trotz eines weitgehend ausreichenden Wasserdargebots der Zugang zu der Ressource versagt bleibt. Entsprechend beschränken sich die Lösungsstrategien auf eine Überwindung der Unterversorgung durch eine entschiedene Übernahme eines westlich-rationalisierten und reglementierten Wasserpolitik, welche die Akteure in der statistischen Erfassung und ökonomisch effizienten Distribution der Ressource anlernt.

Die Wahrnehmung von Natur erfolgt daher zusehends exklusiv als Ressource. Unwissenheit und Kontingenz in der gesellschaftlichen Umweltnutzung spielen dabei keinerlei Rolle, während man stattdessen die Steuer- und Kontrollierbarkeit der Ressourceninanspruchnahme betont.

Wird weiterhin die gesellschaftlich verankerte, institutionell festgeschriebene und alltäglich sich reproduzierende Wasserbelastung als Folge eines spezifischen Lebens- und Konsumstils ausgeblendet (vgl. Kluge/Schramm 2016: 12), wird die deutsche EZ auch zukünftig kaum in der Lage sein, einen sinnvollen und ökologisch tragfähigen Beitrag zur Verbesserung der

Wasserversorgung und -nutzung in Sub-Sahara Afrika zu leisten (vgl. Johnston/Fiske 2014: 5). Dafür allerdings erscheint es notwendig, dass es innerhalb der EZ zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit dem linearen Entwicklungskonzept ebenso kommt wie mit den vorherrschenden Vorstellungen von Natur, Nachhaltigkeit und Unterentwicklung.

## VI. Literaturverzeichnis

Adeel, Zafar; Bullock, A.; Chaudry, M. A.; Kuylenstierna, J.; Qadir, M.; Schuster-Wallace, C. J.; Weitz, N. (2013): Catalyzing water for sustainable development and growth. Framing water within the post 2015 development agenda : options and considerations : report. Hamilton, Ontario, Beaconsfield, Quebec: United Nations University, Institute for Water, Environmental and Health; Canadian Electronic Library.

Afolayan, A.; ADELEKAN, I. O. (1999): The role of climatic variations on migration and human health in Africa. In: *The Environmentalist* 18 (4), S. 213–218. DOI: 10.1023/A:1006581002775.

African Union Commission (2014): Agenda 2063. The Africa We Want. Second Edition. Hg. v. African Union Commission. Addis Ababa, Äthiopien.

Allen, Tim; Thomas, Alan (Hg.) (2004): Poverty and development into the 21st century. Reprinted. Oxford: The Open Univ. in assoc. with Oxford Univ. Press.

Allen, Will; Fenemor, Andrew; Wood, David (2012): Effective indicators for freshwater management: attributes and frameworks for development. Hg. v. Aqualinc Research. Online verfügbar unter [http://www.learningforsustainability.net/pubs/developing-effective\\_indicators.pdf](http://www.learningforsustainability.net/pubs/developing-effective_indicators.pdf), zuletzt geprüft am 21.11.2017.

Altvater, Elmar (2009): The Social and Natural Environment of Fossil Capitalism. In: *Socialist Register* (43), S. 37–59.

Altvater, Elmar (2011): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. 7. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot. Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89691-627-3>.

Altvater, Elmar; Brunnengräber, Achim (Hg.) (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen ; Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Attac Deutschland. Hamburg: VSA-Verl. Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3054196&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3054196&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2007): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 7. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.

Andersen, Uwe (Hg.) (2011): Entwicklungspolitik - eine Zwischenbilanz. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Politische Bildung, 44.2011,3).

Arnold, Markus; Dressel, Gert; Viehöver, Willy (Hg.) (2012): Erzählungen im Öffentlichen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Atzmüller, Roland (Hg.) (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.

Augsburger Allgemeine (2005): Zitate von Albert Einstein. Online verfügbar unter <https://www.augsburger-allgemeine.de/wissenschaft/Zitate-von-Albert-Einstein-id2728286.html>, zuletzt aktualisiert am 26.01.2005, zuletzt geprüft am 03.05.2008.

Bacchi, Carol Lee (2009): Analysing policy. What's the problem represented to be? Frenchs Forest, NSW: Pearson Australia.

Bäckstrand, Karin (2006): Multi-stakeholder partnerships for sustainable development. Rethinking legitimacy, accountability and effectiveness. In: *Eur. Env.* 16 (5), S. 290–306. DOI: 10.1002/eet.425.

Bardi, Ugo (2013): Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen ; [ein Bericht an den Club of Rome]. 2. Aufl. München: oekom.

Barlow, Maude; Clarke, Tony (2003): Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser. München: Kunstmann.

Bawtree, Victoria; Rahnema, Majid (Hg.) (2006): The post-development reader. London [u.a.]: Zed [u.a.].

Becauly, Emilie; Lievens, Matthias; Wouters, Jan; Braeckman, Antoon (2015): Introduction. Global Governance and democracy: invitation to a multidisciplinary dialogue. In: Jan Wouters, Antoon Braeckman, Matthias Lievens und

- Emilie Bécault (Hg.): *Global governance and democracy. A multidisciplinary analysis*. Cheltenham, UK, Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing (Leuven Global Governance), S. 1–13.
- Beck, Silke; Schramm, Engelbert (2016): Wasserwirtschaftliche Systemlösungen. Industriepolitik, Governance und technische Optionen. In: Thomas Kluge und Engelbert Schramm (Hg.): *Wasser 2050. Mehr Nachhaltigkeit durch Systemlösungen*. oekom verlag GmbH, S. 17–40.
- Becker, C.; Hamer, A.; Morrison, A. (1996): Beyond urban bias in Africa. Urbanization in an era of structural adjustment. In: *Journal of Developing Areas* 30 (2), S. 259–261.
- Becker, Egon; Jahn, Thomas (Hg.) (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH (Sozialwissenschaften 2001-2008). Online verfügbar unter [http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok\\_id/430532;B:CIANDO](http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/430532;B:CIANDO).
- Beecher, Janice A. (2013): What matters to performance? Structural and institutional dimensions of water utility governance. In: *International Review of Applied Economics* 27 (2), S. 150–173. DOI: 10.1080/02692171.2012.752447.
- Beheim, Einar; Rajwar, Govind S.; Haigh, Martin J.; Kreček, Josef (Hg.) (2010): *Integrated Watershed Management*. Dordrecht: Springer Netherlands.
- Beigewum (2005): *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Beisheim, Marianne (2011): *Innovative Governance durch Entwicklungspartnerschaften? Chancen und Grenzen am Beispiel transnationaler Wasserpartnerschaften*. Berlin: SWP (SWP-Studie, S 2011,20).
- Bendix, Daniel; Ziai, Aram (2015): Emanzipation durch Entwicklungspolitik? Einige Überlegungen zu Fragen globaler Ungleichheit. In: *Momentum Quarterly* 4 (3), S. 161–173. Online verfügbar unter <https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentum/article/view/1744/1408>, zuletzt geprüft am 12.10.2017.
- Betsch, Tilmann; Funke, Joachim; Plessner, Henning (2011): *Denken - Urteilen, Entscheiden, Problemlösen. Allgemeine Psychologie für Bachelor ; mit 14 Tab.* Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag Berlin Heidelberg (Allgemeine Psychologie für Bachelor). Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10455739>.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung*. München: Oekom-Verl. (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 2). Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2819716&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2819716&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Bischler, L.; Giersemehl, K.; Metzger, J.; Stenmanns, J. (2012): Diskussion "Würde die Postkoloniale Kritik ernst genommen werden, könnten wir (so) nicht mehr weiterarbeiten". Gedanken zur (Un-)Möglichkeit Geographischer Entwicklungsforschung. In: *Geogr. Helv.* 67 (3), S. 163–165. DOI: 10.5194/gh-67-163-2012.
- Biswas, Asit K.; Tortajada, Cecilia (2010): Future Water Governance. Problems and Perspectives. In: *International Journal of Water Resources Development* 26 (2), S. 129–139. DOI: 10.1080/07900627.2010.488853.
- Blume, Anja (2002): *Successful Female Farmers in Natural Resource Management. a human ecological case study in East-Africa*. Dissertation. Universität Oldenburg, Oldenburg.
- Bodnár, Ferko (2005): *Monitoring for impact: evaluating 20 years of soil and water conservation in southern Mali*. [Wageningen: Wageningen University and Research Centre] (Tropical resource management papers, no. 71).
- Bohensky, E.; Lynam, T. (2005): Evaluating Responses in Complex Adaptive Systems. Insights on Water Management from the Southern African Millennium Ecosystem Assessment (SAfMA). In: *E&S* 10 (1). Online verfügbar unter <http://www.ecologyandsociety.org/vol10/iss1/art11/>, zuletzt geprüft am 26.10.2017.
- Bohnet, Michael (2015): *Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Zeitzeugen, Herausforderungen*. 1. Aufl. Stuttgart, München: UTB GmbH; UVK Lucius (utb-studi-e-book, 4320). Online verfügbar unter <http://www.utb-studi-e-book.de/9783838543208>.
- Borchardt, Dietrich; Ibisch, Ralf (2013): *Integrated water resources management in a changing world. Lessons learnt and innovative perspectives ; [a selection of the main contributions made to the international conference on Integrated Water Ressources Management (IWRM) entitled "Management of water in a changing world: lessons learnt and innovative perspectives" that was held from 12 to 13 October 2011 in Dresden, Germany]*. London: IWA Publ.

- Brand, Karl-Werner (Hg.) (1998): *Soziologie und Natur*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brand, Ulrich (2008): Postneoliberale Antworten auf die ökologische Krise. In: *Das Argument* 50 (6), S. 858–866.
- Brand, Ulrich (2012): Green Economy - the Next Oxymoron? No lessons learned from failures of implementing sustainable development. In: *GAIA* 21 (1), S. 28–32.
- Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 42 (4), S. 425–442.
- Brand, Ulrich; Görg, Christoph (2002): "Nachhaltige Globalisierung"? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. In: Christoph Görg und Ulrich Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot (Einsprüche, 13), S. 12–47.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hg.): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verl., S. 79–94.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2013): Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus. zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen. In: Roland Atzmüller (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 132–148.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- Briscoe, John; The World Bank (1995): *The German Water and Sewerage Sector. How well it works and what this means for developing countries*. Hg. v. The World Bank Group. Washington, DC.
- Brunnengräber, Achim (2002): Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas. In: Christoph Görg und Ulrich Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot (Einsprüche, 13), S. 192–215.
- Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike; Weber, Melanie (2008): *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.
- Burnley, C.; Adriázola, P.; Comardicea, I.; Mugisha, S.; Mushabe, N. (2014): *Strengthening community roles in aquatic resource governance in Uganda*. Unter Mitarbeit von of the UN FAO.
- Bundesarchiv (o. J.): *Reichstagsprotokolle. Verhandlungen des deutschen Reichstags. 1884/85,7*. Hg. v. Münchener Digitalisierungszentrum und DFG. Online verfügbar unter [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3\\_k6\\_bsb00018455\\_00314.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k6_bsb00018455_00314.html), zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- Buttel, F. H. (2000): Ecological modernization as social theory. In: *Geoforum* (31), S. 57–65.
- Cafaro, Philip (2012): Climate ethics and population policy. In: *WIREs Clim Change* 3 (1), S. 45–61. DOI: 10.1002/wcc.153.
- Candeias, Mario; Kuhn, Armin (2008): Grüner New Deal - kapitalistischer Weg aus der Krise? In: *Das Argument* 50 (6), S. 805–812.
- Carmin, JoAnn; Agyeman, Julian (Hg.) (2011): *Environmental inequalities beyond borders. Local perspectives on global injustices*. Cambridge, Mass: MIT Press (Urban and industrial environments). Online verfügbar unter <http://lib.mylibrary.com?id=311916>.
- Chakrabarty, Dipesh (2014): Climate and Capital: On Conjoined Histories. In: *Critical Inquiry* (41), S. 1–23.
- Chakrabarty, Dipesh (2016): Whose Anthropocene? A Response. Revisiting Dipesh Chakrabarty's "Four Theses". In: *RCC Perspectives* (2), S. 101–114.
- Cheng, Yuanting; Götz, Konrad (2016): *Elemente der Wasserkultur in der chinesischen Region Qingdao. Eine Recherche im Rahmen des Projekts SEMIZENTRAL. ISOE Materialien Soziale Ökologie 47*. Frankfurt am Main: Institut für sozial-ökologische Forschung ISOE GmbH (Elemente der Wasserkultur in der chinesischen Region Qingdao, ISOE Materialien Soziale Ökologie).

- Conference of the Parties to the United Nations Framework Convention on Climate Change (2015): Paris Agreement. Hg. v. United Nations. Paris.
- Coppedge, Michael; Gerring, John; Altman, David; Bernhard, Michael; Fish, Steven; Hicken, Allen et al. (2011): Conceptualizing and Measuring Democracy. A New Approach. In: *Persp on Pol* 9 (02), S. 247–267. DOI: 10.1017/S1537592711000880.
- Cordery, Ian; Cloke, Peter S. (2010): Monitoring for Modelling Reality and Sound Economics. In: Einar Beheim, Govind S. Rajwar, Martin J. Haigh und Josef Kreček (Hg.): *Integrated Watershed Management*. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 79–88.
- Coughlin, Robert E. (1976): The Perception and Valuation of Water Quality. A Review of Research Method and Findings. In: Kenneth Henry Craik und Ervin H. Zube (Hg.): *Perceiving environmental quality*. New York usw.: Plenum Pr ((Environmental science research, 9)), S. 205–227.
- Cowen, Michael P.; Shenton, Robert W. (2004): *Doctrines of development*. Reprint. London: Routledge. Online verfügbar unter [http://reference-tree.com/book/doctrines-of-development?utm\\_source=gbv&utm\\_medium=referral&utm\\_campaign=collaboration](http://reference-tree.com/book/doctrines-of-development?utm_source=gbv&utm_medium=referral&utm_campaign=collaboration).
- Cradle to Cradle e.V. (2018): Denkschule. Berlin. Online verfügbar unter <http://c2c-ev.de/c2c-konzept/denkschule/>, zuletzt geprüft am 03.05.2018.
- Craik, Kenneth Henry; Zube, Ervin H. (Hg.) (1976): *Perceiving environmental quality*. New York usw.: Plenum Pr ((Environmental science research, 9)).
- Dahm, J. Daniel (2000): Westliche Werte in Afrika oder afrikanische Werte im Westen? Zwei vergleichende Studien aus Gambia/Westafrika. In: *Politische Ökologie* (66), S. 42–45.
- Dalby, Simon (2002): *Environmental security*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press (Borderlines, 20).
- Davies, James B.; Sandström, Susanna; Shorrocks, Anthony; Wolff, Edward N. (2011): The Level and Distribution of Global Household Wealth\*. In: *The Economic Journal* 121 (551), S. 223–254. DOI: 10.1111/j.1468-0297.2010.02391.x.
- Demirović, Alex (2011): Governance - eine neue Stufe staatlicher Herrschaft. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 73–105.
- Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Attac Deutschland. Hamburg: VSA-Verl.
- Demirović, Alex; Walk, Heike (Hg.) (2011): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot. Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89691-872-7>.
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2016): *Integrierter Unternehmensbericht 2015*. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn. Online verfügbar unter <https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-Integrierter-Unternehmensbericht.pdf>, zuletzt geprüft am 21.11.2017.
- Deutsche Welthungerhilfe e.V.; terre des hommes Deutschland e.V. (2015): *Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik. Nach den Weltgipfeln 2015 Ist die deutsche (Entwicklungs-)Politik fit für die Umsetzung der 2030 Agenda?* 23. Bericht 2015. Unter Mitarbeit von Jens Martens und Global Policy Forum. Bonn.
- Dobner, Petra (2008): Verkauftes Wasser, verschenkte Zeit. Die Privatisierung der Wasserversorgung als gescheiterte Entwicklungsideologie. In: *Verfassung und Recht in Übersee (VRÜ)* 41 (3), S. 355–374.
- Dobner, Petra (2013): *Quer zum Strom. Eine Streitschrift über das Wasser*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1410).
- Dodd, Matthew S.; Papineau, Dominic; Grenne, Tor; Slack, John F.; Rittner, Martin; Pirajno, Franco et al. (2017): Evidence for early life in Earth's oldest hydrothermal vent precipitates. In: *nature* 543 (7643), S. 60–64. DOI: 10.1038/nature21377.
- Dryzek, John S. (2013): *The politics of the earth. Environmental discourses*. 3. ed. Oxford: Oxford Univ. Press.

- Dudenredaktion (o. J.): Entwicklung. Online verfügbar unter <http://www.duden.de/node/727213/revisions/1300648/view>, zuletzt geprüft am 18.08.2017.
- Dulani, Boniface; Mattes, Robert; Logan, Carolyn (2013): After a Decade of Growth in Africa, Little Change in Poverty at the Grassroots. Policy Brief No. 1. Hg. v. Afrobarometer. Online verfügbar unter [http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Briefing%20paper/ab\\_r5\\_policypaperno1.pdf](http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Briefing%20paper/ab_r5_policypaperno1.pdf), zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Easterly, William (2015): The SDGs Should Stand for Senseless, Dreamy, Garbled. Argument. In: Foreign Policy, 28.09.2015. Online verfügbar unter <http://foreignpolicy.com/2015/09/28/the-sdgs-are-utopian-and-worthless-mdgs-development-rise-of-the-rest/>, zuletzt geprüft am 30.04.2018.
- Eberhard, Rachel; Margerum, Richard; Vella, Karen; Mayere, Severine; Taylor, Bruce (2017): The Practice of Water Policy Governance Networks. An International Comparative Case Study Analysis. In: *Society & Natural Resources* 30 (4), S. 453–470. DOI: 10.1080/08941920.2016.1272728.
- Eckert, Andreas (2015): Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* (7-9), S. 3–15.
- Edelman, Murray J. (1990): Constructing the political spectacle. 4. [print.]. Chicago Ill. u.a.: Univ. of Chicago Press.
- Ellis, Beverley; Herbert, Stuart (2011): Complex adaptive systems (CAS). An overview of key elements, characteristics and application to management theory. In: *jhi* 19 (1), S. 33–37. DOI: 10.14236/jhi.v19i1.791.
- El Madani Diallo, Ahmed (2000): Challenges Ahead. In: OECD Development Centre (Hg.): Reform and Growth in Africa: OECD Publishing, S. 69–72.
- Enderlein, Henrik; Zürn, Michael; Wälti, Sonja (Hg.) (2010): Handbook on multi-level governance. ebrary, Inc. Cheltenham, Northampton, MA: Edward Elgar. Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10437890>.
- Engelman, Robert (2010): Population, climate change, and women's lives. Washington, DC: Worldwatch Inst (Worldwatch report, 183). Online verfügbar unter <http://www.worldwatch.org/files/pdf/EWP183.pdf>.
- Erlemann, Martina (2012): Heimat, Natur und die gute alte Zeit. Erzählungen über Nachhaltige Entwicklung im Spannungsfeld öffentlicher und wissenschaftlicher Diskurse. In: Markus Arnold, Gert Dressel und Willy Viehöver (Hg.): Erzählungen im Öffentlichen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147–171.
- Europäische Kommission (2014): Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Armutsbekämpfung in einer Welt im Wandel. Letzte Aktualisierung: November 2014. Luxemburg: Amt für Veröff. der Europ. Union (Die Europäische Union erklärt). Online verfügbar unter <http://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/f51b50e4-ab2a-4a0b-bc9f-caf557faa590>.
- European Parliament; Public Opinion Monitoring Unit Directorate-General for Communication (2017): PARLEMETER 2017. A STRONGER VOICE: CITIZENS' VIEWS ON PARLIAMENT AND THE EU. Unter Mitarbeit von Philipp Schulmeister, Elise Defourny, Said Hallaouy und Luisa Maggio. Hg. v. European Parliament. Brüssel.
- Falkenmark, M.; Lannerstad, M. (2005): Consumptive water use to feed humanity - curing a blind spot: Copernicus GmbH.
- FAO (2011): Women in agriculture. Closing the gender gap for development. Rome: FAO (The state of food and agriculture, 2010/11).
- Federal Democratic Republic of Ethiopia; Ministry of Agriculture and Rural Development (2005): Community-based Participatory Watershed Development. A Guideline. Unter Mitarbeit von Lakew Desta, Volli Carucci, Asrat Wendem-Agenehu und Yitayew Abebe. Hg. v. Ministry of Agriculture and Rural Development. Addis Ababa, Äthiopien.
- Fischer, Frank (2002): Citizens, experts, and the environment. The politics of local knowledge. 2. print. Durham u.a.: Duke Univ. Press.
- Foodwatch (2016): foodwatch mission statement. Online verfügbar unter <https://www.foodwatch.org/en/about-foodwatch/our-mission/>, zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- France Diplomatie (2018): French official development assistance and its principles. Online verfügbar unter <http://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/development-assistance/french-official-development/>.

- Frauenlob, Max; Kuhnmann, Kai; Laumanns, Christopher; Schmelzer, Matthias; Treu, Nina; Vetter, Andrea (2017): Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung. Mythen und Behauptungen über Wirtschaftswachstum und Degrowth. Hg. v. Ulrich Brand, Stefan Thimmel und Konzeptwerk Neue Ökonomie (luxemburg argumente). Online verfügbar unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_14\\_Wachstum\\_dt\\_05-17.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_14_Wachstum_dt_05-17.pdf), zuletzt geprüft am 17.10.2017.
- Freytag, Tim; Gebhardt, Hans; Gerhard, Ulrike; Wastl-Walter, Doris (2016): Humangeographie kompakt. 1. Aufl. 2016. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-662-44837-3>.
- Friends of the Earth (o. J.): About Us. Online verfügbar unter <https://foe.org/about-us/>, zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- Fukuda-Parr, Sakiko; Yamin, Alicia Ely; Greenstein, Joshua (2013): The Power of Numbers. A critical review of MDG targets for human development and human rights. Working Paper Series. Unter Mitarbeit von Alicia Ely Yamin.
- Funtowicz, S. O.; Martinez-Alier, J.; Munda, G. (1999): Information tools for environmental policy under conditions of complexity. Hg. v. European Environment Agency. Kopenhagen.
- Gädeke, Anne; Hölzel, Herwig; Koch, Hagen; Pohle, Ina; Grünewald, Uwe (2014): Analysis of uncertainties in the hydrological response of a model-based climate change impact assessment in a subcatchment of the Spree River, Germany. In: *Hydrol. Process.* 28 (12), S. 3978–3998. DOI: 10.1002/hyp.9933.
- Gehrig, Thomas (2013): Zur Kritik des ökologischen Diskurses. Eine Auseinandersetzung mit Theorien gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Münster: Verl.-Haus Monsenstein und Vannerdat.
- Geißel, Brigitte; Penrose, Virginia (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. Politische Partizipation von Frauen und Männern. Hg. v. Freie Universität Berlin (Gender Politik Online).
- Germanwatch; FIAN Deutschland (2008): Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt. Für mehr Gehör in der EU-Handelspolitik. Berlin.
- Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung (2010): Nachhaltigkeits-Indikatoren zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Gutachten an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Bericht der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission. Berlin.
- Giordano, Mark; Shah, Tushaar (2014): From IWRM back to integrated water resources management. In: *International Journal of Water Resources Development* 30 (3), S. 364–376. DOI: 10.1080/07900627.2013.851521.
- Goldman, Michael (2001): Constructing an environmental state. Eco-governmentality and other transnational practices of a "green" World Bank. In: *Social problems : the journal of the Society for the Study of Social Problems* 48 (4), S. 499–523.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise. Zugl.: Frankfurt/Main, Univ., Habil.-Schr., 2002. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph; Brand, Ulrich (Hg.) (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot (Einsprüche, 13).
- Görg, Christoph; Brand, Ulrich; Haberl, Helmut; Hummel, Diana; Jahn, Thomas; Liehr, Stefan (2017): Challenges for Social-Ecological Transformations. Contributions from Social and Political Ecology. In: *Sustainability* 9 (7), S. 1045. DOI: 10.3390/su9071045.
- Grambow, Martin (2013): Nachhaltige Wasserbewirtschaftung. Konzept und Umsetzung eines vernünftigen Umgangs mit dem Gemeingut Wasser. Wiesbaden: Springer Vieweg (Studium).
- Gramsci, Antonio; Meinert, Joachim (2012): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der von Valentino Gerratana im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition, Reprint der Erstausgabe. Hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument.
- Grober, Ulrich (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. München: Kunstmann. Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-88897-648-3>.
- Günther, Stephan (2002): Berechnetes Leiden. Von den vergeblichen Versuchen, Armut in Zahlen zu erfassen. In: *Blätter des Informationszentrums Dritte Welt iz3w* (264), S. 24.
- Gupta, Joyeeta; Pahl-Wostl, Claudia (2013): Global Water Governance in the Context of Global and Multilevel Governance. Its Need, Form, and Challenges. In: *E&S* 18 (4). DOI: 10.5751/ES-05952-180453.

- Gupta, Joyeeta; van der Valk, Michael R.; Keenan, Penelope (2011): Principles of good governance at different water governance levels. Papers presented at a colloquium held on 22 March 2011 in Delft, the Netherlands. [Delft: UNESCO-IHE].
- Haensgen, Tineke (2002): Das Kyoto-Protokoll. Eine ökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der flexiblen Mechanismen. Bamberg: Univ. Bamberg Economic Research Group on Government and Growth (BERG working paper series on government and growth, 40). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/39711>.
- Hahn, Julia (2013): Der Mythos vom afrikanischen Aufschwung. Hg. v. Deutsche Welle. Online verfügbar unter <http://www.dw.com/de/der-mythos-vom-afrikanischen-aufschwung/a-16821072>, zuletzt geprüft am 26.10.2017.
- Hajer, Maarten A. (2002): The politics of environmental discourse. Ecological modernization and the policy process. Reprinted. Oxford: Clarendon Press.
- Hajer, Maarten A. (2004): A frame in the fields. policymaking and the reinvention of politics. In: Maarten A. Hajer und Hendrik Wagenaar (Hg.): Deliberative policy analysis. Understanding governance in the network society. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Theories of institutional design), S. 88–110.
- Hajer, Maarten A.; Wagenaar, Hendrik (Hg.) (2004): Deliberative policy analysis. Understanding governance in the network society. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Theories of institutional design). Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/samples/cam034/2002031215.html>.
- Hammer, Svein (2012): Governing by Indicators and Outcomes. A neoliberal Governmentality? In: Ann Rudinow Saetnan, Heidi Mork Lomell und Svein Hammer (Hg.): The mutual construction of statistics and society. New York: Routledge (Routledge advances in research methods), S. 79–95.
- Haraway, Donna Jeanne (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt u.a.: Campus-Verl.
- Harles, Lothar; Lange, Dirk (Hg.) (2015): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Wochenschau Verlag Dr. Kurt Debus GmbH. Schwalbach/Ts.: Wochenschau (Wochenschau Wissenschaft).
- Harris, Graham (2007): Seeking sustainability in an age of complexity. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hartmann, Christof (2011): Entwicklungspolitik im Wandel. "Neuerfindung" oder neue Bescheidenheit? In: Uwe Andersen (Hg.): Entwicklungspolitik - eine Zwischenbilanz. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl. (Politische Bildung, 44.2011,3), S. 10–21.
- Hartmann, Christof (2016): Entwicklungspolitik. In der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Hans-Joachim Lauth, Marianne Kneuer und Gert Pickel (Hg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 815–824.
- Hattermann, Fred Fokko; Huang, Shaochun; Koch, Hagen (2015): Climate change impacts on hydrology and water resources. In: *metz* 24 (2), S. 201–211. DOI: 10.1127/metz/2014/0575.
- Haug, Wolfgang Fritz (2008): Krise des Kapitalismus - Krise seiner Naturverhältnisse. Editorial. In: *Das Argument* 50 (6), S. 785–794.
- Hellbrück, Jürgen; Kals, Elisabeth (Hg.) (2012): Umweltpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hellbrück, Jürgen; Kals, Elisabeth (2012): Werte, Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit. In: Jürgen Hellbrück und Elisabeth Kals (Hg.): Umweltpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 87–98.
- Hendry, Sarah (2015): Frameworks for water law reform. Cambridge: Cambridge University Press (International hydrology series). Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1017/CBO9780511998065>.
- Herrfahrdt-Pähle, Elke; Pahl-Wostl, Claudia (2012): Continuity and Change in Social-ecological Systems. The Role of Institutional Resilience. In: *E&S* 17 (2). DOI: 10.5751/ES-04565-170208.
- Herrfahrdt-Pähle, Elke; Stuart-Hill, Sabine (2011): Afrikanische Entwicklungstrends. Anpassung an den Klimawandel als Herausforderung für afrikanische Wasser-Governance. Hg. v. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Berlin (Analysen und Stellungnahmen, 4/2011).
- Hickel, Jason (2017): Die Tyrannei des Wachstums. Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist. München: dtv Verlagsgesellschaft GmbH

- Hicks, Robert L.; Parks, Bradley C.; Roberts, J. Timmons; Tierney, Michael J. (2010): Greening aid? Understanding the environmental impact of development assistance. Oxford: Oxford University Press.
- Hill, Margot (2013): Climate change and water governance. Adaptive capacity in Chile and Switzerland. Dordrecht: Springer (Advances in global change research, 54).
- Hobart, Mark (Hg.) (ca. 2004): An anthropological critique of development. The growth of ignorance. [Nachdr.]. London: Routledge (EIDOS).
- Hofmeister, Sabine (2008): Verwirrende Naturverhältnisse. Versuch über drei Formen der Wildnis. In: *Das Argument* 50 (6), S. 813–826.
- Holtz, Uwe (2010): Die Millenniumsentwicklungsziele. eine gemischte Bilanz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* (10), S. 3–9.
- Hove, Hilary (2004): Critiquing Sustainable Development: A Meaningful Way of Mediating the Development Impasse? In: *Undercurrent* 1, S. 48–54.
- Hovland, Jon (2012): Numbers: Their Relation to Power and Organization. In: Ann Rudinow Saetnan, Heidi Mork Lomell und Svein Hammer (Hg.): The mutual construction of statistics and society. New York: Routledge (Routledge advances in research methods), S. 21–40.
- Huppert, Walter (2005): Was ist IWRM? Plädoyer für ein differenziertes Verständnis des Konzepts "Integriertes Wasserressourcen-Management". In: Susanne Neubert und Waltina Scheumann (Hg.): Integriertes Wasserressourcen-Management. (IWRM) : ein Konzept in die Praxis überführen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges, S. 15–30.
- Iacovides, Iacovos (2011): Water Resources in Cyprus. Endowments and Water Management Practices. In: Phoebe Koundouri (Hg.): Water Resources Allocation, Bd. 1. Dordrecht: Springer Netherlands (Global Issues in Water Policy), S. 11–21.
- Iacovides, Iacovos (2011): Water Use Patterns in Cyprus and Demand Management. Towards Water Resources Sustainability. In: Phoebe Koundouri (Hg.): Water Resources Allocation, Bd. 1. Dordrecht: Springer Netherlands (Global Issues in Water Policy), S. 23–31.
- Ingram, Helen M. (2008): Beyond Universal Remedies for Good Water Governance: A Political and Contextual Approach. Online verfügbar unter <https://www.zaragoza.es/contenidos/medioambiente/cajaAzul/IngramACC.pdf>, zuletzt geprüft am 21.11.2017.
- Ingram, Helen M.; Whiteley, John M.; Perry, Richard Warren (2008): The Importance of Equity and the Limits of Efficiency in Water Resources. In: Helen M. Ingram, John M. Whiteley und Richard Warren Perry (Hg.): Water, place, and equity. Cambridge, Mass: MIT Press (American and comparative environmental policy), S. 1–31.
- Institute for Public Policy Research (IPPR) (2012): Understanding public attitudes to aid and development. Unter Mitarbeit von Alex Glennie, Leni Wild und Will Straw. Institute for Public Policy Research (IPPR). Online verfügbar unter <https://www.ippr.org/publications/understanding-public-attitudes-to-aid-and-development>, zuletzt geprüft am 21.11.2017.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (2006): 2006 IPCC guidelines for national greenhouse gas inventories. Hayama, Japan: Institute for Global Environmental Strategies.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2013): Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Beitrag der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC): Bonn.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2015): Climate change 2014. Synthesis report. Geneva, Switzerland: Intergovernmental Panel on Climate Change.
- International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) (2017): Global Economic Prospects, June 2017. A Fragile Recovery: The World Bank.
- Jaeger-Erben, Melanie; Rückert-John, Jana; Schäfer, Martina (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis. In: Melanie Jaeger-Erben, Jana Rückert-John und Martina Schäfer (Hg.): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Innovation und Gesellschaft), S. 9–21.

- Jaeger-Erben, Melanie; Rückert-John, Jana; Schäfer, Martina (Hg.) (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Innovation und Gesellschaft).
- Jahn, Thomas (2013): Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung braucht eine kritische Orientierung. In: *GAIA* 22 (1), S. 29–33. Online verfügbar unter <https://core.ac.uk/download/pdf/14529235.pdf>, zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Jahn, Thomas; Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse — Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Karl-Werner Brand (Hg.): *Soziologie und Natur*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75–93.
- Jessop, Bob (2011): Regieren+Governance im Schatten der Hierarchie. Der integrale Staat und die Herausforderungen der Metagovernance. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 43–72.
- Jetzkowitz, Jens (2012): Verantwortung für die Zukunft. Soziologie und das Problem der Nachhaltigkeit. In: Kai Unzicker und Gudrun Hessler (Hg.): *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 67–83.
- Johnston, Barbara Rose; Fiske, Shirley J. (2014): The precarious state of the hydrosphere. Why biocultural health matters. In: *WIREs Water* 1 (1), S. 1–9. DOI: 10.1002/wat2.1003.
- Johnston, Robyn; Silva, Sanjiv de; Try, Thoun (2014): Investing in water management to improve productivity of rice-based farming systems in Cambodia. Conference Paper. Canberra/Australia. Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10568/67573>, zuletzt geprüft am 24.10.2017.
- Joy, K. J.; Kulkarni, Seema; Roth, Dik; Zwarteveen, Margreet (2014): Re-politicising water governance. Exploring water re-allocations in terms of justice. In: *Local Environment* 19 (9), S. 954–973. DOI: 10.1080/13549839.2013.870542.
- Kappel, Robert (1999): Die anhaltende Unterentwicklung Afrikas. In: *Internationale Politik und Gesellschaft : IPG* (1), S. 38–55.
- Kasam, Alisha A.; Lee, Benjamin D.; Paredis, Christiaan J. J. (2014): Statistical methods for interpolating missing meteorological data for use in building simulation. In: *Build. Simul.* 7 (5), S. 455–465. DOI: 10.1007/s12273-014-0174-7.
- Katz, Christine; Müller, Christa; von Winterfeld, Uta (2004): Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Welche Globalisierung ist zukunftsfähig? Wuppertal: Wuppertal-Inst. für Klima, Umwelt, Energie (Wuppertal papers, 143).
- Keulertz, Martin; Sowers, Jeannie; Woertz, Eckart; Mohtar, Rabi (2016): The Water-Energy-Food Nexus in Arid Regions. The Politics of Problemsheds. Hg. v. Ken Conca und Erika Weinthal.
- Kersten, Jens (2014): Das Anthropozän-Konzept. Kontrakt - Komposition - Konflikt. In: *Rechtswissenschaft - Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Beiträge* (3), S. 378–416. Online verfügbar unter [http://www.rechtswissenschaft.nomos.de/fileadmin/rechtswissenschaft/doc/Aufsatz\\_ReWiss\\_14\\_03.pdf](http://www.rechtswissenschaft.nomos.de/fileadmin/rechtswissenschaft/doc/Aufsatz_ReWiss_14_03.pdf), zuletzt geprüft am 03.05.2018.
- Kirchhoff, Thomas (2015): Das Konzept der 'kulturellen Ökosystemdienstleistungen'. eine begriffliche und methodische Kritik. Habilitationsschrift. Technische Universität München, München.
- Klaphake, Axel; Scheumann, Waltina (2001): Politische Antworten auf die globale Wasserkrise. Trends und Konflikte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ*, S. 3–38.
- Klöppel, Ulrike (2010): Foucaults Konzept der Problematisierungsweise und die Analyse diskursiver Transformationen. In: Achim Landwehr (Hg.): *Diskursiver Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 255–263.
- Kluge, Thomas (2000): Wasser und Gesellschaft. Von der hydraulischen Maschinerie zur nachhaltigen Entwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Reihe „Soziologie und Ökologie“, 3). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95136-6>.

- Kluge, Thomas (2005): Kritische Betrachtung des Ansatzes "Integriertes Wasserressourcen-Management" (IWRM). In: Susanne Neubert und Waltina Scheumann (Hg.): Integriertes Wasserressourcen-Management. (IWRM) : ein Konzept in die Praxis überführen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges, S. 31–43.
- Kluge, Thomas; Beck, Silke; Hansjürgens, Bernd; Hiessl, Harald; Sartorius, Christian; Schramm, Engelbert (2012): Wege zu einer nachhaltigen und exportstarken Wasserwirtschaft. Eckpunktepapier und Empfehlungen des Projekts "Wasser 2050". ISOE-Materialien soziale Ökologie. Hg. v. Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH. Frankfurt, M.
- Kluge, Thomas; Schramm, Engelbert (2016): Einleitung: Ziel für 2050: Systemlösungen als Chance der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. In: Thomas Kluge und Engelbert Schramm (Hg.): Wasser 2050. Mehr Nachhaltigkeit durch Systemlösungen. oekom verlag GmbH, S. 9–14.
- Koch, Susanne; Weingart, Peter (2016): Delusion of knowledge transfer. The impact of foreign aid experts on policy-making in South Africa and Tanzania. STELLENBOSCH, SOUTH AFRICA: AFRICAN MINDS. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/emonos/2017.01/7815065/amt-delusion-of-knowledge-transfer-web.pdf>.
- Köhler, Bettina (2008): Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Politische Ökologie und ökologisch-feministische Sichtweisen. In: *Das Argument* 50 (6), S. 850–857.
- Kopp, Thomas; Brand, Ulrich; Muraca, Barbara; Wissen, Markus (Hg.) (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. I.L.A. Kollektiv; Gesellschaft für Ökologische Kommunikation mbH. München: oekom.
- Koundouri, Phoebe (Hg.) (2011): Water Resources Allocation. Dordrecht: Springer Netherlands (Global Issues in Water Policy).
- Koundouri, Phoebe (Hg.) (2011): Water Resources Allocation. Dordrecht: Springer Netherlands (Global Issues in Water Policy).
- Krause, Franz; Strang, Veronica (2016): Thinking Relationships Through Water. In: *Society & Natural Resources* 29 (6), S. 633–638. DOI: 10.1080/08941920.2016.1151714.
- Kress, Daniela (2012): Investitionen in den Hunger? Land Grabbing und Ernährungssicherheit in Subsahara-Afrika. Wiesbaden: Springer VS (Globale Gesellschaft und internationale Beziehungen). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19302-1>.
- Ladwig, Bernd; Jugov, Tamara; Schmelzle, Cord (2007): Governance, Normativität und begrenzte Staatlichkeit. SFB700 - Working Paper No.4. Freie Universität Berlin.
- Lakner, Christoph; Milanovic, Branko (2013): Global Income Distribution : From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession. Hg. v. World Bank Group (Policy Research Working Papers).
- Landwehr, Achim (Hg.) (2010): Diskursiver Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, Hellmuth (Hg.) (2008): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90956-1>.
- Langenfeld, Markus (2017): Waldpolitik in Costa Rica und Chile. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Langford, Malcolm; Winkler, Inga (2014): Muddying the Water? Assessing Target-based Approaches in Development Cooperation for Water and Sanitation. In: *Journal of Human Development and Capabilities* 15 (2-3), S. 247–260. DOI: 10.1080/19452829.2014.896321.
- Latour, Bruno (2017): Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime. Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. Online verfügbar unter [http://www.content-select.com/index.php?id=bib\\_view&ean=9783518751091](http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783518751091).
- Lay, Jann; Nolte, Kerstin (2011): Neuer "Landraub" in Afrika? GIGA-focus. Hg. v. German Institute of Global and Area Studies. Hamburg (1).
- Leff, Enrique (2002): Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung. Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur. In: Christoph Görg und Ulrich Brand (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. 1. Aufl. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot (Einsprüche, 13), S. 92–117.

- Lehr, Jay H.; Keeley, Jack (Hg.) (2005): *Water Encyclopedia*. Hoboken, NJ, USA: John Wiley & Sons, Inc.
- Lim, Michelle (2014): Is Water Different from Biodiversity? Governance Criteria for the Effective Management of Transboundary Resources. In: *Rev Euro Comp & Int Env Law* 23 (1), S. 96–110. DOI: 10.1111/reel.12072.
- Linton, Jamie (2010): *What is water? The history of a modern abstraction*. Vancouver: UBC Press (Nature, history, society).
- Liu, Jianguo; Dietz, Thomas; Carpenter, Stephen R.; Alberti, Marina; Folke, Carl; Moran, Emilio et al. (2007): Complexity of Coupled Human and Natural Systems. In: *Science* (317), S. 1513–1516.
- Lohmann, Dieter; Podbregar, Nadja (Hg.) (2012): *Im Fokus: Bodenschätze*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Lohmann, Dieter; Schlager, Edda (2012): Coltan – ein seltenes Erz mit Konfliktpotenzial. In: Dieter Lohmann und Nadja Podbregar (Hg.): *Im Fokus: Bodenschätze*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 17–28.
- Madzudzo, E.; Mulanda, A.; Nagoli, J.; Lunda, J.; Ratner, B.D (2013): A Governance Analysis of the Barotse Floodplain System, Zambia. Identifying Obstacles and Opportunities. CGIAR Research Program on Aquatic Agricultural Systems. Hg. v. CGIAR. Penang/Malaysia.
- Maier-Rigaud, Gerhard (2000): Wachstum oder Nachhaltigkeit - ein Scheingefecht? Die Diskussion lenkt von den eigentlichen Fragen ab. In: *Politische Ökologie* (66), S. 31–34.
- Matunhu, J. (2011): A critique of modernization and dependency theories in Africa: Critical assessment. In: *African Journal of History and Culture* 3 (5), S. 65–72.
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Research Group Institution Building across Borders (2015): Überblick Abgeschlossene Dissertationsprojekte. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Online verfügbar unter [http://www.mpifg.de/projects/govxborders/phd\\_projects\\_completed\\_de.asp](http://www.mpifg.de/projects/govxborders/phd_projects_completed_de.asp).
- Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive. MPIfG Working Paper 01/2. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp01-2/wp01-2.html>, zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Mayntz, Renate (2005): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 1), S. 11–20.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 1 (2), 28 Absätze. Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383>, zuletzt geprüft am 27.10.2017.
- McEwan, Cheryl (2009): *Postcolonialism and development*. London, New York: Routledge (Routledge perspectives on development).
- Meadows, Donella H.; Meadows, Dennis L.; Randers, Jörgen; Behrens III, William W. (1974): *The limits to growth. A report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. 2. ed. New York: Universe Books.
- Mekonnen, Mesfin M.; Hoekstra, Arjen Y. (2014): Water conservation through trade. The case of Kenya. In: *Water International* 39 (4), S. 451–468. DOI: 10.1080/02508060.2014.922014.
- Meyer von Bremen, Ann-Helen; Rundgren, Gunnar; Hoyer, Nina (2014): *Foodmonopoly. Das riskante Spiel mit billigem Essen*. Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1468).
- Ministry of Foreign Affairs Norway (o. J.): *Development cooperation*. Online verfügbar unter <https://www.regjeringen.no/en/topics/foreign-affairs/development-cooperation/id1159/>.
- Mollinga, Peter P. (2010): Water Policy - Water Politics. In: Waltina Scheumann, Susanne Neubert und Martin Kipping (Hg.): *Water politics and development cooperation. Local power plays and global governance*. Berlin: Springer, S. 1–29.
- Morella, Elvira; Foster, Vivien; Banerjee, Sudeshna Gosh (2009): *Climbing the Ladder. The State of Sanitation in Sub-Saharan Africa*. Background Paper 13. Hg. v. Africa Infrastructure Country Diagnostic und The World Bank. Washington, DC.

- Morton, Lois Wright; Brown, Susan S. (2011): Pathways to Better Water Quality. In: Lois Wright Morton und Susan S. Brown (Hg.): Pathways for Getting to Better Water Quality: The Citizen Effect. New York, NY: Springer New York, S. 3–14.
- Mostert, Erik (2006): Integrated Water Resources Management in The Netherlands. How Concepts Function. In: *Journal of Contemporary Water Research & Education* 135 (1), S. 19–27. DOI: 10.1111/j.1936-704X.2006.mp135001003.x.
- Mouffe, Chantal (2015): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Unter Mitarbeit von Niels Neumeier. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2483).
- Müller, Franziska; Ziai, Aram (2015): Eurozentrismus in der Entwicklungszusammenarbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (7-9), S. 8–15.
- Müller, Gerd (2016): Entwicklungspolitik ist die neue globale Zukunftspolitik! Gastbeitrag von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller am 13. September 2016 im Handelsblatt. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn. Online verfügbar unter [https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister\\_mueller/2016/september/160913\\_beitrag\\_handelsblatt.html](https://www.bmz.de/de/presse/reden/minister_mueller/2016/september/160913_beitrag_handelsblatt.html), zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Müller, Monika C. M. (Hg.) (2009): Nachhaltigkeit: Burnout eines revolutionären Anspruchs? Umwelt - Wirtschaft - Soziales: Zuspitzung eines Dauerkonflikts ; [Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 17. bis 19. November 2008]. Evangelische Akademie Loccum; Nachhaltigkeit: Burnout eines revolutionären Anspruchs?, Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. Rehburg-Loccum: Evang. Akad. Loccum (Loccumer Protokolle, 71/08).
- Murphy, Craig (2005): Global institutions, marginalization, and development. 1st ed. Oxon, New York, NY: Routledge. Online verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=115735>.
- Nagel, André (2012): „Wir lassen sie verhungern“ - Interview mit Jean Ziegler. Unter Mitarbeit von Robert Domes. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/dialog/145727/wir-lassen-sie-verhungern-interview-mit-jean-ziegler>, zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- National Research Council (U.S.) (2007): Earth science and applications from space. National imperatives for the next decade and beyond. Washington, DC: National Academies Press.
- Neubert, Susanne; Scheumann, Waltina (Hg.) (2005): Integriertes Wasserressourcen-Management. (IWRM) : ein Konzept in die Praxis überführen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Neumayer, E. (2013): Weak versus Strong Sustainability. Exploring the Limits of Two Opposing Paradigms. Cheltenham: Edward Elgar Publishing. Online verfügbar unter <http://gbv.eblib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1190637>.
- Newig, Jens; Adzersen, Ana; Challies, Edward; Fritsch, Oliver; Jager, Nicolas (2013): Comparative Analysis of Public Environmental Decision-Making Processes – A Variable-Based Analytical Scheme. In: *SSRN Journal*. DOI: 10.2139/ssrn.2245518.
- Newig, Jens; Challies, Edward; Jager, Nicolas W.; Kochskaemper, Elisa; Adzersen, Ana (2017): The Environmental Performance of Participatory and Collaborative Governance. A Framework of Causal Mechanisms. In: *Policy Stud J* 34 (4), S. 217. DOI: 10.1111/psj.12209.
- Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.) (1992): Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3., völlig neu bearb. Aufl. Bonn: Dietz (Band 1).
- Nuscheler, Franz (1992): "Befriedigung der Grundbedürfnisse" als neue entwicklungspolitische Lösungsformel. In: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3., völlig neu bearb. Aufl. Bonn: Dietz (Band 1), S. 332–358.
- Nuscheler, Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. [eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt]. 6., unveränd. Aufl., (141. - 145. Tsd.). Bonn: Dietz.
- Nuscheler, Franz (2009): Good Governance : ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung? Hg. v. INEF - Institut für Entwicklung und Frieden (INEF-Report, 96).

- Nussbaum, Martha; Sen, Amartya (1993): *The Quality of Life. Capability and Well-Being*: Oxford University Press.
- Nussbaum, Martha Craven (2016): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Deutsche Erstausgabe, 9. Auflage. Hg. v. Herlinde Pauer-Studer und Ilse Utz. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Gender studies, 1739 = Neue Folge, Band 739).
- OECD Development Centre (Hg.) (2000): *Reform and Growth in Africa*: OECD Publishing.
- Oeur, I. L.; Mam, K.; Sour, K.; Ratner, B. D. (2014): Innovations to strengthen aquatic resource governance on Cambodia's Tonle Sap Lake. Hg. v. The WorldFish Center. Online verfügbar unter [http://www.worldfishcenter.org/resource\\_centre/Oeur.et.al.2014.Collaborating.for.resilience.Cambodia.pdf](http://www.worldfishcenter.org/resource_centre/Oeur.et.al.2014.Collaborating.for.resilience.Cambodia.pdf), zuletzt geprüft am 24.10.2017.
- Offe, Claus (2008): Governance — „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Gunnar Folke Schuppert und Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 61–76.
- Oliver, Howard R.; Oliver, Sylvia A. (Hg.) (1995): *The Role of Water and the Hydrological Cycle in Global Change*. Berlin, Heidelberg: Springer (NATO ASI Series, Series I, 31). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-79830-6>.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2013): *Exploring Data-Driven Innovation as a New Source of Growth. Mapping the Policy Issues Raised by "Big Data"*. DSTI/ICCP(2012)9/FINAL. Hg. v. OECD Publishing (OECD Digital Economy Papers, 222).
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2013): *OECD Studies on Water Water and Climate Change Adaptation. Policies to Navigate Uncharted Waters*. Paris. Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1420513>.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (2015): *OECD Principles on Water Governance. Welcomed by Ministers at the OECD Ministerial Council Meeting on 4 June 2015*. Directorate for Public Governance and Territorial Development. Online verfügbar unter <https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwiM0c6OjYnXAhXPb1AKHfHXAN0QFgg0MAE&url=https%3A%2F%2Fwww.oecd.org%2Fefe%2Fregional-policy%2FOECD-Principles-on-Water-Governance-brochure.pdf&usg=AOvVaw3VL1CfLbKjV8DQeldZ-uMs>, zuletzt geprüft am 24.10.2017.
- Osswald, Klaus-Dieter; Peter, Barbara (1996): *Umwelt? Die verlorene Welt. Die Umweltproblematik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt am Main, Berlin: Lang.
- Ostrom, Elinor (1999): COPING WITH TRAGEDIES OF THE COMMONS. In: *Annu. Rev. Polit. Sci.* 2 (1), S. 493–535. DOI: 10.1146/annurev.polisci.2.1.493.
- Paech, Niko (2009): Nachhaltigkeit ohne Wachstum: Ein Rezept gegen den Drei-Säulen-Burnout. In: Monika C. M. Müller (Hg.): *Nachhaltigkeit: Burnout eines revolutionären Anspruchs? Umwelt - Wirtschaft - Soziales: Zuspitzung eines Dauerkonflikts*; [Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 17. bis 19. November 2008]. Rehburg-Loccum: Evang. Akad. Loccum (Loccumer Protokolle, 71/08), S. 83–99.
- Pahl-Wostl, Claudia; Conca, Ken; Kramer, Annika; Maestu, Josefina; Schmidt, Falk (2013): Missing Links in Global Water Governance. A Processes-Oriented Analysis. In: *E&S* 18 (2). DOI: 10.5751/ES-05554-180233.
- Pearce, David William (1999): *Economics and environment. Essays on ecological economics and sustainable development*. Cheltenham: Elgar.
- Perreault, Tom; Bridge, Gavin; McCarthy, James (Hg.) (2015): *The Routledge handbook of political ecology*. London: Routledge (Routledge international handbooks). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=3569469>.
- Pimentel, David; Pimentel, Marcia (2003): Sustainability of meat-based and plant-based diets and the environment. In: *American Society for Clinical Nutrition* (78), S. 660–663.
- Pinnekamp, Johannes; Kölling, Verena (Hg.) (2015): 48. Essener Tagung für Wasser und Abfallwirtschaft "Forschung trifft Praxis". 15. bis 17. April 2015 im Eurogress Aachen. Technische Hochschule Aachen; Essener Tagung für Wasser- und Abfallwirtschaft. Aachen: Ges. zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft an der RWTH Aachen e.V (Gewässerschutz, Wasser, Abwasser, 236).

- Pogge, Thomas W.; Sengupta, M. (2016): Assessing the sustainable development goals from a human rights perspective. In: *Journal of International and Comparative Social Policy*, S. 83–97. Online verfügbar unter [http://clou.uclan.ac.uk/15557/7/Pogge\\_1.pdf](http://clou.uclan.ac.uk/15557/7/Pogge_1.pdf).
- Polanyi, Karl (2001): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Unter Mitarbeit von Heinrich Jelinek. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch Verlag (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 260).
- Pollem, Ole (2009): *Regulierungsbehörden für den Wassersektor in Low-Income Countries. Eine vergleichende Untersuchung der Regulierungsbehörden in Ghana, Sambia, Mosambik und Mali*. Hamburg: Kovač (Schriftenreihe Volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse, 145).
- Poveda, Cesar A.; Lipsett, Michael G. (2011): A Review of Sustainability Assessment and Sustainability/Environmental Rating Systems and Credit Weighting Tools. In: *Journal of Sustainable Development* 4 (6), S. 36–55. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.5539/jsd.v4n6p36>.
- Rahnema, Majid (2006): Towards post-development. Searching for signposts, a new language and new paradigms. In: Victoria Bawtree und Majid Rahnema (Hg.): *The post-development reader*. London [u.a.]: Zed [u.a.], S. 377–404.
- Ratner, Blake D.; Cohen, Philippa; Barman, Benoy; Mam, Kosal; Nagoli, Joseph; Allison, Edward H. (2013): Governance of Aquatic Agricultural Systems. Analyzing Representation, Power, and Accountability. In: *E&S* 18 (4). DOI: 10.5751/ES-06043-180459.
- Rauner, Max (2011): "Intuition hilft nicht". Die Wirtschaftswissenschaftler Esther Duflo und Abhijit Banerjee plädieren für eine neue Form der Entwicklungshilfe. Mit Zufallsexperimenten, wie sie in der Medizin üblich sind, wollen sie wirksame von unwirksamen Methoden unterscheiden. *Entwicklungspolitik*. In: *Zeit Wissen*, 2011 (5). Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2011/05/Interview-Duflo-und-Banerjee/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Reckemmer, Andreas (2002): Globale Umwelt- und Entwicklungspolitik in der Krise? Nach dem Gipfel von Johannesburg. In: *SWP-Aktuell* (44), S. 4. Online verfügbar unter [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/swpaktu\\_44\\_02\\_sicher.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/swpaktu_44_02_sicher.pdf), zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Reuter, Julia; Karentzos, Alexandra (Hg.) (2012): *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ringler, Claudia; Biswas, Asit; Cline, Sarah A. (2010): *Global Change. Options for Reform*. In: Claudia Ringler, Asit K. Biswas und Sarah Cline (Hg.): *Global Change: Impacts on Water and food Security*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg (Water Resources Development and Management), S. 237–248.
- Ringler, Claudia; Biswas, Asit K.; Cline, Sarah (Hg.) (2010): *Global Change: Impacts on Water and food Security*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg (Water Resources Development and Management).
- Robeyns, Ingrid (2001): *An Unworkable Idea or a Promising Alternative? Sen's Capability Approach Re-examined*. Hg. v. Utrecht University.
- Rockström, Johan (2009): A safe operating space for humanity. In: *nature* (461), S. 472–475.
- Rodrik, Dani; Zeckhauser, Richard (1988): The Dilemma of Government Responsiveness. In: *Journal of Policy Analysis and Management* 7 (4), S. 601. DOI: 10.2307/3323483.
- Rogall, Holger (2003): *Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Der ökologische Reformstau und seine Gründe*; Georg Dybe, Karin Jordan, Stefan Klinski, Gudrun Pinn, Sven Rudolph, Hagen Schneider, Heike Wehrmann-Ernst. 2. Aufl. München: ökom-Verl.
- Rogers, Peter; Hall, Alan W. (2003): *Effective water governance*. Stockholm: Global water partnership (TEC background papers, 7).
- Rostow, Walt Whitman (2010): *Die Fünf Wachstumsstadien. Eine Zusammenfassung. 1960*. In: Karin Fischer, Gerald Hödl und Wiebke Sievers (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. 2. Aufl. Wien: Mandelbaum (Gesellschaft, Entwicklung, Politik, 11), S. 39–52.
- Rottenburg, Richard (2002): *Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe*. Stuttgart: Lucius & Lucius (Qualitative Soziologie, 2).

- Rudloff, Bettina (2017): Die Saat geht nicht auf. EU-Handels- und -Agrarpolitik können strukturelle Fluchtursachen nicht beseitigen, sondern allenfalls abfedern. In: *SWP-Aktuell* (5), (1-8).
- Sachs, Wolfgang (1999): Planet dialectics. Explorations in environment and development. Johannesburg, Halifax, N.S.: Witwatersrand University Press; Fernwood Pub. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/bios/ho1058/99049971.html>.
- Saetnan, Ann Rudinow; Lomell, Heidi Mork; Hammer, Svein (2012): Introduction: By the Very Act of Counting - The Mutual Construction of Statistics and Society. In: Ann Rudinow Saetnan, Heidi Mork Lomell und Svein Hammer (Hg.): The mutual construction of statistics and society. New York: Routledge (Routledge advances in research methods), S. 1–17.
- Saetnan, Ann Rudinow; Lomell, Heidi Mork; Hammer, Svein (Hg.) (2012): The mutual construction of statistics and society. New York: Routledge (Routledge advances in research methods).
- Santarius, Tilman (2014): Der Rebound Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. In: *GAIA* 23 (2), S. 109–117.
- Satzinger, Walter; Schwefel, Detlef (1992): Entwicklung als soziale Entwicklung. Über Irrwege und Umwege entwicklungstheoretischer Strategiesuche. In: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3., völlig neu bearb. Aufl. Bonn: Dietz (Band 1), S. 312–331.
- Scherhorn, Gerhard; Bakker, Liesbeth (2000): Entfesselte Begierden und verhängnisvolle Kontinuitäten. Wie der Wachstumszwang in die Welt kam. In: *Politische Ökologie* (66), S. 23–25.
- Scheumann, Waltina; Neubert, Susanne (2006): recommendations on development cooperation in transboundary water management. In: Waltina Scheumann und Susanne Neubert (Hg.): Transboundary water management in Africa. Challenges for development cooperation. Bonn: Dt. Inst. für Entwicklungspolitik (Studies / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 21), S. 289–318.
- Scheumann, Waltina; Neubert, Susanne; Kipping, Martin (Hg.) (2010): Water politics and development cooperation. Local power plays and global governance. Berlin: Springer.
- Schilly, Julia (2017): Politikwissenschaftler Ulrich Brand: "Die USA sind in der Klimapolitik nicht homogen". Ulrich Brand fordert, die Bremsen in der Klimapolitik abzuhängen und bereits jetzt die Weichen für eine Post-Trump-Ära zu stellen. In: *derStandard* 2017, 17.11.2017. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.de/story/2000067961598/politikwissenschaftler-die-usa-sind-in-der-klimapolitik-nicht-homogen>, zuletzt geprüft am 20.11.2017.
- Schmieder, Falko (Hg.) (2010): Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie. Frankfurt am Main: Lang. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/zbw/632834986.pdf>.
- Schneier-Madanes, Graciela (Hg.) (2014): Globalized Water. A question of governance. Dordrecht: Springer Netherlands.
- Schneier-Madanes, Graciela (2014): Introduction. In: Graciela Schneier-Madanes (Hg.): Globalized Water. A question of governance. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 1–15.
- Schnurr, Matthew A.; Swatuk, Larry A. (2010): Critical environmental security. Rethinking the links between natural resources and political violence. Halifax, N.S.: Centre for Foreign Policy Studies (New issues in security, #5).
- Schön, Donald A.; Rein, Martin (1994): Frame Reflection. Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies. New York: Basic Books.
- Schramm, Engelbert; Kluge, Thomas (2016): Wege zu einer nachhaltigen und exportstarken Wasserwirtschaft. Frankfurt am Main: Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg (ISOE Policy Brief Nr. 4).
- Schreiner, Patrick (2012): Nachhaltiges Wirtschaften - Ziel, Konzept oder Chimäre? In: *Forum Wissenschaft* (2), (1-4). Online verfügbar unter <http://www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/6029182.html>, zuletzt geprüft am 20.11.2017.
- Schuppert, Gunnar Folke (Hg.) (2005): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 1).
- Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (Hg.) (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Sehring; Jenniver (2002): Rhetorik der Kurskorrektur. Verlorene Dekaden der Armutsbekämpfung von oben. In: *Blätter des Informationszentrums Dritte Welt iz3w* (264), S. 25.
- Seitz, Volker (2009): Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann. 3. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv premium, 24735).
- Simonis, Udo Ernst (2001): Wasser als Konflikursache – Plädoyer für eine internationale Wasserstrategie. Berlin: WZB, Forschungsschwerpunkt Technik, Arbeit, Umwelt (Papers / WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2001,406).
- Simonis, Udo Ernst (2004): Defining good governance. The conceptual competition in on. Wissenschaftszentrum Berlin. Berlin (Discussion papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und Industrieller Wandel).
- Spies, Eva (2010): Exportgut "partizipative Entwicklung". Eine global anwendbare Form des Fremdverstehens? In: *Journal für Entwicklungspolitik* 26 (3), S. 50–72.
- Stefan, Barbara (2015): Der Demokratie-Index: Über die wissenschaftliche Praxis der Normierung von Demokratie als politisches Machtinstrument. In: *Momentum Quarterly* 4 (3), S. 187–204.
- Stockmann, Reinhard; Menzel, Ulrich; Nuscheler, Franz (2016): Entwicklungspolitik. Theorien - Probleme - Strategien. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Berlin: De Gruyter Oldenbourg. Online verfügbar unter <http://www.degruyter.com/view/product/223787>.
- Strauß, Harald (2016): Der bearbeitete Planet. Systematik, Ethik und Ökonomik der Nachhaltigen Entwicklung. 1. Auflage. Berlin: Parodos.
- Strohecker, Johanna Katharina (2007): Entwicklungspolitik als westliche Hegemonie. Das Post-Development und Stimmen aus Südamerika. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Subramaniam, Mangala (2014): Neoliberalism and water rights. The case of India. In: *Current Sociology* 62 (3), S. 393–411. DOI: 10.1177/0011392114523973.
- Swyngedouw, Erik (2015): Urbanization and environmental imaginaries. Politicizing urban political ecologies. In: Tom Perreault, Gavin Bridge und James McCarthy (Hg.): *The Routledge handbook of political ecology*. London: Routledge (Routledge international handbooks), S. 609–619.
- The Food Agriculture Organization of the United Nations (2017): FAO AQUASTAT Database. FAO's Information System on Water and Agriculture. Hg. v. The Food Agriculture Organization of the United Nations. Online verfügbar unter <http://www.fao.org/nr/water/aquastat/main/index.stm>.
- The Food Agriculture Organization of the United Nations; Dubois, Olivier (2011): *The State of the World's Land and Water Resources for Food and Agriculture. Managing Systems at Risk*. Hoboken: Taylor & Francis. Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=956939>.
- The Food Agriculture Organization of the United Nations (FAO) (2007): *Coping with Water Scarcity. challenge of the twenty-firts century. World Water Day 2007*. Hg. v. The Food Agriculture Organization of the United Nations (FAO) und UN Water. New York. Online verfügbar unter <http://www.unwater.org/wwd07/downloads/documents/escarcity.pdf>, zuletzt geprüft am 27.10.2017.
- The World Bank (2006): *Approaches to Private Participation in Water Services*: The World Bank.
- The World Bank (2006): *Good Governance for Good Water Management*. Unter Mitarbeit von Julia Bucknall. Hg. v. The World Bank (Environment Matters).
- The World Bank (2008): *The growth report. Strategies for sustained growth and inclusive development*. Washington DC: World Bank on behalf of the Commission on Growth and Development. Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/academiccompletetitles/home.action>.
- Thioune Diop, Moustapha (Hg.) (2017): *Entwicklungspolitik und Partizipation in Senegal*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Thioune Diop, Moustapha (2017): Exkurs – Stand der internationalen Entwicklungspolitik Eine kritische Auseinandersetzung. In: Moustapha Thioune Diop (Hg.): *Entwicklungspolitik und Partizipation in Senegal*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 58–75.

- Thomas, Alan (2004): Poverty and the 'end of development'. In: Tim Allen und Alan Thomas (Hg.): Poverty and development into the 21st century. Reprinted. Oxford: The Open Univ. in assoc. with Oxford Univ. Press, S. 3–22.
- Thompson, Alfred (2011): The Story Perspective. The Use of Individual Life Narratives in Understanding Development Effects and Processes. Research and Perspectives on Development Practice. Hg. v. Kimmage Development Studies Centre. Dublin/Ireland.
- Tödting, Thomas (2013): Water governance. From a global and regional perspective (Schriftenreihe Schriften zur internationalen Politik, 39).
- Töppe, Andrea (2002): River Development Planning. In: Sabine Kunst, Tanja Kruse und Andrea Burmester (Hg.): Sustainable Water and Soil Management. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 219–260.
- Trawick, Paul (2003): Against the Privatization of Water. An Indigenous Model for Improving Existing Laws and Successfully Governing the Commons. In: *World Development* 31 (6), S. 977–996. DOI: 10.1016/S0305-750X(03)00049-4.
- Truman, Harry S. (2017): Inaugural Address. January 20, 1949. Hg. v. Harry S. Truman Presidential Library & Museum. Independence/USA. Online verfügbar unter [https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/50yr\\_archive/inagural20jan1949.htm](https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/50yr_archive/inagural20jan1949.htm), zuletzt geprüft am 19.10.2017.
- Umweltbundesamt (2013): Bodenversiegelung. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung#textpart-1>, zuletzt aktualisiert am 08.10.2013, zuletzt geprüft am 21.11.2017.
- UNDP (2013): User's Guide on Assessing Water Governance. Hg. v. United Nations Development Programme. Oslo/Norway. Online verfügbar unter <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/Democratic%20Governance/OGC/Users%20Guide%20on%20Assessing%20Water%20Governance1.pdf?download>, zuletzt geprüft am 24.10.2017.
- UNEP (2010): Africa water atlas. Hg. v. United Nations Environment Programme. Nairobi.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) (2015): Water for a sustainable world. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (United Nations world water development report, 2015).
- Unzicker, Kai; Hessler, Gudrun (Hg.) (2012): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- USAid (2018): What We Do. Online verfügbar unter <https://www.usaid.gov/what-we-do/environment-and-global-climate-change>, zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- Urban, Brigitte (2002): Water and Soil Towards Sustainable Land Use. In: Sabine Kunst, Tanja Kruse und Andrea Burmester (Hg.): Sustainable Water and Soil Management. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 261–293.
- van den Brandeler, Francine; Hordijk, Michaela; Schönfeld, Kim von; Sydenstricker-Neto, John (2014): Decentralization, participation and deliberation in water governance. A case study of the implications for Guarulhos, Brazil. In: *Environment and Urbanization* 26 (2), S. 489–504. DOI: 10.1177/0956247814544423.
- van Edig, Annette; van Edig, Helmut (2005): Integriertes Wasserressourcen-Management - Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung. In: Susanne Neubert und Waltina Scheumann (Hg.): Integriertes Wasserressourcen-Management. (IWRM) : ein Konzept in die Praxis überführen. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges, S. 135–157.
- Varady, Robert; Gerlak, Andrea; Haverland, Arin (2009): Hydrosolidarity and International Water Governance. In: *International Negotiation* 14 (2), S. 311–328. DOI: 10.1163/157180609X432842.
- Viehöver, Willy (2012): »Menschen lesbarer machen«. Narration, Diskurs, Referenz. In: Markus Arnold, Gert Dressel und Willy Viehöver (Hg.): Erzählungen im Öffentlichen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–132.
- Wagner, Karl (2013): Es werden keine Gefangenen gemacht: gegenwärtige Trends der Ausbeutung des Planeten. In: Ugo Bardi (Hg.): Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen. 2. Auflage. München: oekom verlag, S. 21–28.
- Wahl, Peter (2011): Zwischen Tag und Dunkel. Informelle Interventionen von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): Demokratie und

Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Walk, Heike (2011): Partizipative Governance. Beteiligungsformen in der Klimapolitik. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 131–148.

Wang, Jinxia; Huang, Jikun; Zhang, Lijuan; Huang, Qiuqiong; Rozelle, Scott (2010): Water Governance and Water Use Efficiency. The Five Principles of WUA Management and Performance in China 1. In: *JAWRA Journal of the American Water Resources Association* 46 (4), S. 665–685. DOI: 10.1111/j.1752-1688.2010.00439.x.

Water-Nature's Magician (2005). In: Jay H. Lehr und Jack Keeley (Hg.): *Water Encyclopedia*. Hoboken, NJ, USA: John Wiley & Sons, Inc.

Webb, Ellen; Bushkin-Bedient, Sheila; Cheng, Amanda; Kassotis, Christopher D.; Balise, Victoria; Nagel, Susan C. (2014): Developmental and reproductive effects of chemicals associated with unconventional oil and natural gas operations. In: *Reviews on environmental health* 29 (4), S. 307–318. DOI: 10.1515/reveh-2014-0057.

Weber, Michael; Hoering, Uwe (2002): Wasser für Umwelt und Entwicklung. Sind wir auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser? Eine Bilanz zehn Jahre nach der Rio-Konferenz. Unter Mitarbeit von Michael Bender, Gerhard Nagl, Danuta Sacher, Thomas König und Dörte Bernhardt. Hg. v. Forum Umwelt&Entwicklung und Brot für die Welt. Bonn.

Weidenberg, Kim (Hg.) (2008): Wasser. Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. *Wasserkolloquium*. Berlin: Dietz (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 41). Online verfügbar unter [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Texte\\_41.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_41.pdf).

Weiß, Martina; Schaldach, Rüdiger; Alcamo, Joseph; Flörke, Martina (2009): Quantifying the Human Appropriation of Fresh Water by African Agriculture. In: *Ecology and Society* 14 (2), (25). Online verfügbar unter <https://www.ecologyandsociety.org/vol14/iss2/art25/>, zuletzt geprüft am 21.11.2017.

Weller, Ines (2008): Konsum im Wandel Richtung Nachhaltigkeit? Forschungsergebnisse und Perspektiven. In: Hellmuth Lange (Hg.): *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 43–70.

Wilson, Kalpana (2012): *Race, Racism and Development. Interrogating History, Discourse and Practice*. London: Zed Books. Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1426836>.

Winker, Martina; Schramm, Engelbert (2015): Nachhaltige Konzepte für kommunale Wasserwirtschaft. In: Johannes Pinnekamp und Verena Kölling (Hg.): 48. Essener Tagung für Wasser und Abfallwirtschaft "Forschung trifft Praxis". 15. bis 17. April 2015 im Eurogress Aachen. Aachen: Ges. zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft an der RWTH Aachen e.V (Gewässerschutz, Wasser, Abwasser, 236), 61/1-61/9.

Wissen, Markus (2011): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot (Raumproduktionen, 10).

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (1994): *Welt im Wandel: Die Gefährdung der Böden*. Jahrgutachten 1994. Bremerhaven: WBGU.

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (1996): *Welt im Wandel: Herausforderung für die deutsche Wissenschaft*. Jahrgutachten 1996. Unter Mitarbeit von Friedrich O. Beese, Gotthilf Hempel, Paul Klemmer, Lenelis Kruse-Graumann, Hans-Joachim Schellnhuber, Udo Ernst Simonis et al. Berlin: Springer. Online verfügbar unter [http://www.wbgu.de/wbgu\\_jg1996.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_jg1996.pdf).

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (1998): *Wege zu einem nachhaltigen Umgang mit Süßwasser*. Jahrgutachten 1997. Berlin, Heidelberg, New York, Barcelona, Budapest, Hongkong, London, Mailand, Paris, Santa Clara, Singapur, Tokyo: Springer (Welt im Wandel, 1997).

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (2005): *Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik*. Berlin: Springer (Welt im Wandel). Online verfügbar unter <http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2011/10515/>.

Woodhouse, Philip (2004): *Environmental degradation and sustainability*. In: Tim Allen und Alan Thomas (Hg.): *Poverty and development into the 21st century*. Reprinted. Oxford: The Open Univ. in assoc. with Oxford Univ. Press, S. 141–162.

- Worker, Jesse; Silva, Lalanath de (2015): The Environmental Democracy Index. A right to know, a right to be heard, a right to access justice. Hg. v. World Resources Institute. Washington, DC.
- World Bank (o. J.): World Bank Country and Lending Groups. Country Classification. Hg. v. The World Bank Group. Online verfügbar unter <https://datahelpdesk.worldbank.org/knowledgebase/articles/906519-world-bank-country-and-lending-groups>;  
[http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/wesp\\_current/2014wesp\\_country\\_classification.pdf](http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/wesp_current/2014wesp_country_classification.pdf), zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- World Happiness Report (o. J.): FAQ. Online verfügbar unter <http://worldhappiness.report/faq/>, zuletzt geprüft am 02.05.2018.
- Wouters, Jan; Braeckman, Antoon; Lievens, Matthias; Bécault, Emilie (Hg.) (2015): Global governance and democracy. A multidisciplinary analysis. Cheltenham, UK, Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing (Leuven Global Governance). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4087074>.
- Wright Morton, Lois; Brown, Susan S. (Hg.) (2011): Pathways for Getting to Better Water Quality: The Citizen Effect. New York, NY: Springer New York.
- Xu, Guo; Hümmer, Veronika (2010): Die Folgen der Ungleichheit : ein neues Maß der menschlichen Entwicklung. DIW-Wochenbericht 77(2010)47. Online verfügbar unter <http://libero/bibliothek/virtuell/Z0114/2010/47.pdf>.
- Zetland, David; Möller-Gulland, Jennifer (2012): The Political Economy of Land and Water Grabs. In: *SSRN Journal*. DOI: 10.2139/ssrn.2010552.
- Ziai, A. (2012): Post-Development. Fundamentalkritik der "Entwicklung". In: *Geogr. Helv.* 67 (3), S. 133–138. DOI: 10.5194/gh-67-133-2012.
- Ziai, A. (2014): Fortschritt zur Inkohärenz. Der Entwicklungsdiskurs seit den 1980ern. In: *Momentum Quarterly* 3 (1), S. 1–57.
- Ziai, Aram (2001): Post-development: Perspektiven für eine afrikanische Debatte? IAK-Diskussionsbeiträge. Hamburg (Focus Afrika, 18).
- Ziai, Aram (2004): Entwicklungstheorie: Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs. In: *Blätter des Informationszentrums Dritte Welt iz3w* (276), S. 15–19.
- Ziai, Aram (2007): Development discourse and its critics: an introduction to post-development. In: Aram Ziai (Hg.): Exploring post-development. Theory and practice, problems and perspectives. London: Routledge (Routledge Studies in Human Geography), S. 3–17.
- Ziai, Aram (Hg.) (2007): Exploring post-development. Theory and practice, problems and perspectives. ebrary, Inc. London: Routledge (Routledge Studies in Human Geography). Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/alltitles/docDetail.action?docID=10176328>.
- Ziai, Aram (2007): Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung. Zugl.: Kassel, Univ., Habil.-Schr., 2006. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ziai, Aram (2010): Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklung. In: *Peripherie* 30 (120), S. 399–426.
- Ziai, Aram (2010): Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* (10), S. 23–29.
- Ziai, Aram (2011): The Millennium Development Goals. Back to the future? In: *Third World Quarterly* 32 (1), S. 27–43. DOI: 10.1080/01436597.2011.543811.
- Ziai, Aram (2012): Postkoloniale Politikwissenschaft. Grundlagen einer postkolonialen politischen Theorie und deren Anwendungsfelder. In: Julia Reuter und Alexandra Karentzos (Hg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283–296.
- Zürn, Michael (2010): Global governance as multi-level governance. In: Henrik Enderlein, Michael Zürn und Sonja Wälti (Hg.): Handbook on multi-level governance. Cheltenham, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 80–99.
- Zwarteveen, Margreet; Kemerink-Seyoum, Jeltsje S.; Kooy, Michelle; Evers, Jaap; Guerrero, Tatiana Acevedo; Batubara, Bosman et al. (2017): Engaging with the politics of water governance. In: *WIREs Water* 4 (6), 1-9. DOI: 10.1002/wat2.1245.





## VII. Anhang

AGEG Consultants eG (2009): Ex-post Evaluierung 2008 Verbesserung der Wasserversorgung in der Tigray Region, Äthiopien. Kurzbericht. Unter Mitarbeit von Richard Ellert, Temesgen Bogale und Yibeltal Fentie. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

Auswärtiges Amt (2011): Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung. Hg. v. Auswärtiges Amt. Berlin.

BMZ Presseservice (2010): Initiative "Wasser für Afrika" - Gudrun Koop übernimmt Schirmherrschaft. Archiv der Pressemitteilungen von Oktober 2009 bis Dezember 2013. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Online verfügbar unter [http://p://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/archiv/2010/februar/pm\\_20100208\\_22.html](http://p://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/archiv/2010/februar/pm_20100208_22.html), zuletzt geprüft am 25.03.2016.

BMZ Presseservice (2012): Grenzüberschreitende Kooperation. Starke Institutionen für grenzüberschreitende Flüsse im südlichen Afrika. Zukunftscharta EINEWELT - Unsere Verantwortung. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Online verfügbar unter [http://p://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/themen/umwelt/wasser/deutscher\\_beitrag/grenzuebers](http://p://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/umwelt/wasser/deutscher_beitrag/grenzuebers), zuletzt geprüft am 09.07.2014.

BMZ Presseservice (2013): Wasser. Afrika südlich der Sahara. Zukunftscharta EINEWELT - Unsere Verantwortung. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Online verfügbar unter [http://p://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/laender\\_regionen/subsahara/wasser.html](http://p://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/subsahara/wasser.html), zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011): Germany's International Approach to Climate Change. Spotlight on Africa. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Frankfurt am Main.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2016): Committed to Biodiversity. Germany's International Cooperation in Support of the Convention on Biological Diversity for Sustainable Development. Unter Mitarbeit von Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und Kreditanstalt für Wiederaufbau. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Marktheidenfeld.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2006): Sektorkonzept Wasser. BMZ Konzepte 143. Unter Mitarbeit von Manfred Konukiewitz. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007a): Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik. BMZ Konzepte 157. Unter Mitarbeit von Jutta Wagner, Ulrike Haupt, Hendrik Denker und Thomas Bonschab. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2007b): Nachhaltigkeit braucht Vielfalt. Alle Menschen leben in Abhängigkeit. Unter Mitarbeit von Anne-Katrin Pfeiffer. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): Sektorkonzept Soziale Sicherung. BMZ Konzepte 180. Unter Mitarbeit von Judith Schwethelm, Steffanie Ruff und Jutta Wagner. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011a): Klimawandel und Entwicklung. BMZ Informationsbroschüre 01/2011. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011b): Regionale Kooperation in Afrika. Der entwicklungspolitische Beitrag Deutschlands. BMZ Informationsbroschüre 07/2011. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012a): Armut wirksamer bekämpfen - weltweit! Übersektorales Konzept zur Armutsreduzierung. BMZ-Strategiepapier 6. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012b): Bilaterale Projekte (KfW, GIZ, InWEnt, DED, CIM) des BMZ zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung, sowie zum Wald- und Biodiversitätsschutz inklusive REDD+ in 2011. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/themen\\_und\\_schwerpunkte/klimaschutz/20130409\\_pdf-A\\_projektliste\\_2011.pdf](https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/klimaschutz/20130409_pdf-A_projektliste_2011.pdf), zuletzt geprüft am 05.09.2016.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013a): Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt. BMZ Strategiepapier 4/2013. Bonn. Online verfügbar unter [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier328\\_04\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier328_04_2013.pdf), zuletzt geprüft am 21.11.2017.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013b): Factsheet: German Development Cooperation in the Water Sector. Division 313 "Water, Energy and Urban Development".

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014a): Deutsche Entwicklungspolitik in Zahlen und Fakten. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014b): Die neue Afrika-Politik des BMZ. Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent. BMZ-Strategiepapier 6. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014c): Strategie zur Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik der Post-2015-Welt. BMZ-Strategiepapier 5. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Neue Akzente in unserer Afrikapolitik. Zwischenbilanz nach einem Jahr. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017a): Afrika und Europa. Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017b): BMZ Wasserstrategie. Schlüssel zur Umsetzung der Agenda 20130 und des Klimaabkommens. BMZ Strategiepapier 08. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017c): Der Zukunftsvertrag für die Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Rostock.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017d): Deutsche Entwicklungszusammenarbeit wirkt. Beispiele im Überblick. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bönen.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017e): Entwicklungspolitik. Politik in den Herkunftsländern beraten. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Online verfügbar unter <http://www.bmz.de/de/themen/migration/entwicklungspolitik/politikberatung/index.html>, zuletzt geprüft am 20.11.2017.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017f): Freier und fairer Handel als Motor für Entwicklung. Die deutsche Strategie für Aid for Trade. BMZ Strategiepapier 07. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017g): Umwelterklärung 2017 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Standort Bonn, Dahlmannstraße 4. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Kreditanstalt für Wiederaufbau (2015): Safe Water Supply in Uganda: Efforts to reach access to Water at Scale in peri-urban low income areas. German development cooperation supports innovative water supply services. Unter Mitarbeit von Christine König, Christian Rieck, Anna Kristina Kanathigoda und Mascha Klein. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und KfW Development Bank. Bonn.

Bundesregierung Bundesrepublik Deutschland (2009): Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel. vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Berlin. Online verfügbar unter [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das\\_gesamt\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/das_gesamt_bf.pdf), zuletzt geprüft am 09.05.2016.

Center for Evaluation (2009): Zwischenevaluation 2008 Wasser Sektor Reform Programm, Sambia. Kurzbericht. Unter Mitarbeit von Nicola Reade, Jonathan Kampata und Stabsstelle Monitoring und Evaluierung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

Centrum für Evaluation (2009): Zwischenevaluierung 2008 KV-Programm zur Entwicklung des Wassersektors, Kenia. Kurzbericht. Unter Mitarbeit von Nicola Reade, Nancy Ndirangu, Peter Maats, Godfrey Ndeng'e und Stabsstelle Monitoring und Evaluierung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2012a): Green Economy - the economy of the future. Approaches for inclusive, resource-efficient and low-carbon development. Unter Mitarbeit von Corinna Kusel und Detlef Schreiber. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2012b): Urban Water and Sanitation Poverty in Tanzania. Evidence from the field and recommendations for successful combat strategies. Unter Mitarbeit von Dirk Pauschert, Katrin Gronemeier und Katrin Bruebach. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2013a): Collective Action: reducing shared water risk to support sustainable growth. Regional Conference, Dar es Salaam, 28-30 May 2013. Conference Synopsis. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2013b): Green Economy in Sub-Saharan Africa. Lessons from Benin, Ethiopia, Ghana, Namibia and Nigeria. Unter Mitarbeit von Harald Richter. Bonn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2013c): Kiosk Services Options for Water Utilities in Tanzania. Experiences. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2013d): Measuring - Assessing - Making Improvements. Findings and conclusions from monitoring and evaluation, 2010-2012. Unter Mitarbeit von Martina Vahlhaus und Dorothea Giesen-Thole. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2013e): Wind und Sonne für sauberes Trinkwasser. Afrika (Subsahara) Wasser. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Online verfügbar unter <http://www.developpp.de/de/content/wind-und-sonne-fuer-sauberes-trinkwasser>, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2014a): Sustainable Sanitation. Water, Energy, Transport. Leistungsangebot. Unter Mitarbeit von Arne Panesar. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2014b): Wasser für Alle. Unter Mitarbeit von Michael Rosenauer, Katja Schmitt und Jadranka Saravanja. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2015a): International Agricultural Research: List of BMZ Funded Projects. Unter Mitarbeit von Marlis Lindecke. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2015b): Nachhaltigkeit gestalten und unternehmerisch umsetzen. Unter Mitarbeit von Bernd Schleich. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn. Online verfügbar unter [https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-Broschuere\\_Nachhaltigkeit.pdf](https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-Broschuere_Nachhaltigkeit.pdf), zuletzt geprüft am 07.09.216.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2015c): Wirkung Messen - Zu Wirkung Beitragen. Erkenntnisse und Konsequenzen aus Monitoring und Evaluierung 2012 - 2014. Unter Mitarbeit von Ricardo Gomez und Dorothea Giesen-Thole. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2017): Nachhaltiges Landmanagement in "Somaliland". GIZ Projekte Weltweit. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Online verfügbar unter <https://www.giz.de/de/weltweit/37266.html>, zuletzt geprüft am 10.10.2017.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (2017): Projektdaten. Online verfügbar unter [https://www.giz.de/projektdaten/index.action?request\\_locale=en\\_GB](https://www.giz.de/projektdaten/index.action?request_locale=en_GB), zuletzt geprüft am 17.10.2017.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012): Good Governance in the Kenyan Water Sector. Policies, pipes and participation of the people - water governance practices on the ground. Unter Mitarbeit von Daniel Nordmann, Philipp Peters und Roland Werchota. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014): Water, Life and Perspectives. Intergenerational dialogue in Mathare, Kenya. Unter Mitarbeit von Dirk Schäfer. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): List of BMZ Funded Projects. As of August 2015. International Agricultural Research. Unter Mitarbeit von Marlis Lindecke. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn, Berlin.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Resilienz und Ländliche Entwicklung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Sustainable Sanitation. global commitment to human dignity. Unter Mitarbeit von Anna Kristina Kanathigoda. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2015): Was ist nachhaltige Landwirtschaft? Unter Mitarbeit von Stephan Krall. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; Sustainable Land Management (GIZ-SLM) Programme (2015): GIZ Ethiopia: Lessons and Experiences in Sustainable Land Management. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Addis Ababa, Äthiopien.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; United Republic of Tanzania Ministry of Water (2013): Collective Action: Reducing shared water risk to support sustainable growth. Regional Conference, Dar es Salaam, 28-30 May 2013. Conference Synopsis. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Eschborn, Dar es Salaam.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (2001): Traditional Knowledge. relating to the conservation and sustainable use of biodiversity. Issue Papers. Unter Mitarbeit von C. Schäfer. Hg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (2007): MDG Monitoring for Urban Water Supply and Sanitation. Catching up with Reality in Sub-Saharan Africa. Unter Mitarbeit von Dirk Schäfer, Roland Werchota und Kirsten Dölle. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (2007): Project/Programme Progress Review (PPR) 2007. Lake Chad Sustainable Water Management, Chad. Brief Report. Unter Mitarbeit von Kerstin Bark. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (2008): Water Supply and Sanitation Sector Reforms in Kenya, Tanzania, Uganda and Zambia. Challenges and Lessons. GTZ Sector Network SOWAS. Unter Mitarbeit von Tony Richards, Ernst Doering, Dirk Schäfer, Helmut Lang, Hermann Plumm, Roland Werchota und Amelie D'Souza. Dar es Salaam.

Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) (2013): Sauberes Wasser - ein knappes Gut. Afrika (Subsahara) Wasser. Unter Mitarbeit von Lisa Süß. Online verfügbar unter <http://www.developp.de/de/content/sauberes-wasser-%E2%80%93-ein-knappes-gut>, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) (2015): Begleitende Massnahmen der allgemeinen Budgethilfe in Subsahara-Afrika. Unter Mitarbeit von Franziska Krisch, Johannes Schmitt und Ulrike Dörr. Hg. v. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval). Bergisch-Gladbach.

G7 Gipfel 2015 Schloss Elmau (2015): Abschlusserklärung G7-Gipfel. 7.-8. Juni 2015. Hg. v. Bundesregierung Bundesrepublik Deutschland. Online verfügbar unter [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/G8\\_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?__blob=publicationFile&v=5), zuletzt geprüft am 07.09.2016.

GFA Consulting Group GmbH (2009): Synthesebericht der unabhängigen Evaluierungen im Themenschwerpunkt Wasser 2008. Unter Mitarbeit von Jan Sass, Annika Schöpe und Stabsstelle Monitoring und Evaluierung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.

GTZ-Water (2004): Sharing the Experience on Regulation in the Water Sector. (SOWAS - Sub-Saharan Africa). SOWAS Working Group on Regulation and PSP in Sub-Saharan Africa. Unter Mitarbeit von GTZ Kenya und GTZ Uganda. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Lusaka, Zambia.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2005): Schlussprüfung: Tansania. Wildbewirtschaftung Selous Wildreservat und Ressourcenschutz im Lushoto Distrikt. BMZ Projektnummer 2002 24 709, 1994 65 352, 1996 21 178, 1995 65 763. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2011): Ex Post-Evaluierung Kurzbericht: Senegal. Wasserversorgung Regionalstädte. BMZ Projektnummer 1998 66 021. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2011): Ex Post-Evaluierung: Kurzbericht Namibia. Abwasserrückgewinnung Windhoek. BMZ Projektnummer 1996 65 852. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2011): Ex Post-Evaluierung: Kurzbericht Ruanda. Ländliche Wasserversorgung 8 Gemeinden um Kigali, Phase I + II. BMZ Projektnummer 1998 66 351, 2001 66 538. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2012): Ex Post-Evaluierung Kurzbericht: Uganda. Wasserver- und Abwasserentsorgung Entebbe. BMZ Projektnummer 1998 66 807. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2012): Ex Post-Evaluierung: Kurzbericht Ghana. Ländliche Wasserversorgung III. BMZ Projektnummer 1999 65 336. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2014): Ex Post-Evaluierung Äthiopien. Wasser- und Sanitärversorgung/Abwassermanagement. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2014): Ex-Post-Evaluierung Kenia. Sektor: Landwirtschaftsentwicklung Kleinbewässerung Mount Kenya. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2014): Ex-Post-Evaluierung Tansania. Grundlegende Versorgung im Bereich Trinkwasser und Sanitärversorgung und Abwassermanagement. BMZ Projektnummer 2003 65 080, 2003 70 254. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2014): Overview of KfW Development Bank. Facts and figures. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2015): Ex-Post-Evaluierung Sambia. Trinkwasser, Sanitär und Abwasser. BMZ Projektnummer 2000 66 407, 2002 70 256. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau (2017): Projektdatenbank. Online verfügbar unter <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Projekte/Projektdatenbank/index.jsp#>, zuletzt geprüft am 17.10.2017.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; AG Consulting Engineers Salzgitter GmbH; Windhoek Consulting Engineers (2004): Schlussprüfung: Namibia. Wasserversorgungssystem Ogongo-Oshakati. BMZ Projektnummer 1190 66 341. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; CES Consultant; GFA Consulting Group GmbH (2010): Ex Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) Simbabwe. Bewässerungsprogramm Communal Areas III. BMZ Projektnummer 1994 65 141, 1994 70 055. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; Dorsch Consult (2002): Schlussprüfung: Botsuana. Wasserversorgung ländliche Zentren II. BMZ-Projektnummer 1991 65 739. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; Gauff Consult (2005): Schlussprüfung: Kenia. Wasserversorgung Birnin Gwari. BMZ Projektnummer 1992 65 141, 1992 70 117. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; GITEC Consult GmbH; Dorsch Consult (2008): Ex-Post-Evaluierungsbericht (Schlussprüfung) Sambia. Wasserversorgung Nordwestprovinz I/II + Wasserversorgung Solwezi. BMZ Projektnummer 1980 65 724, 1995 65 060, 1997 65 249. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; GWK Consult (2005): Schlussprüfung: Sambia. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Chipata II. BMZ Projektnummer 1994 65 014, 1994 70 287. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; H.P. Gauff GmbH & Co. (2004): Schlussprüfung: Kenia. Wasserversorgung Malindi und Umland. BMZ Projektnummer 1980 66 458, 1980 66 516. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Kreditanstalt für Wiederaufbau; IGIP Consultant (2005): Schlussprüfung: Ghana. Ländliche Wasserversorgung I und II. BMZ-Projektnummer 1994 65 485, 1996 70 134, 1997 65 066. Hg. v. Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Lammerding, André; Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (2009): All Inclusive? How Regulation in Water and Sanitation can be Pro-Poor. Lessons from Sub-Saharan Africa. Regulation Brief No. 1. Unter Mitarbeit von Dirk Schäfer, Simone Klawitter, Andrea Goertler und Esther Gerlach. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Eschborn.

Neubert, Susanne; Horlemann, Lena (2005): Empfehlungen zur zukünftigen strategischen Orientierung der deutschen EZ im Wasser- und Bewässerungssektor. Schlussgutachten im Rahmen des Forschungsprojekts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): "Wasser und Armut: Schlußfolgerungen für die Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 und das Erreichen der Millenium Development Goals (MDG). Discussion Paper 4/2005. Hg. v. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Bonn.

Pahlenberg, Lena; Weimann-Koinzack, Constanze (2015): Water, Sanitation & Hygiene (WASH) and Nutrition . Relevance of WASH interventions in reducing undernutrition. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bonn.

Stabsstelle Monitoring und Evaluierung (2014a): Projektevaluierung: Kurzbericht. Sambia: Wasser-Sektor-Reform. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Stabsstelle Monitoring und Evaluierung (2014b): Projektevaluierung: Kurzbericht. SADC: Grenzüberschreitendes Wassermanagement in der Southern African Development Community (SADC). Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Stabsstelle Monitoring und Evaluierung (2015): Projektevaluierung: Kurzbericht. Burkina Faso: Unterstützung des programmorientierten Ansatzes im Wassersektor. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Stabsstelle Monitoring und Evaluierung (2015): Projektevaluierung: Kurzbericht. DR Kongo: Unterstützung der Wassersektorreform. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Bonn, Eschborn.

Statistisches Bundesamt; Seibel, Steffen (2005): Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Analysen von Querbeziehungen und von Ursachen für die Indikatorenentwicklung mit Hilfe von Gesamtrechnungsdaten. Hintergrundpapier. Hg. v. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.

Struck, Gabriele; Centrum für Evaluation (2008): Schlussevaluierung 2008. KV-Verbesserung der Wasser-Versorgung in der Volta- und Eastern-Region, Ghana. Kurzbericht. Unter Mitarbeit von Stabsstelle Monitoring und Evaluierung. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Eschborn.